

ISSN 0343-690X

**Linksextremistische
Bestrebungen**

**Rechtsextremistische
Bestrebungen**

**Sicherheitsgefährdende und
extremistische Bestrebungen
von Ausländern**

Spionageabwehr

Verfassungs- schutzbericht 1984

Inhaltsverzeichnis Seite 8

Sachwortregister Seite 24

Herausgeber:
Der Bundesminister des Innern, Graurheindorfer Straße 198,
5300 Bonn 1, August 1985

Druck: Clausen & Bosse, Leck

VORBEMERKUNG

Der Verfassungsschutzbericht enthält eine Zusammenfassung der Aktivitäten und politischen Ziele extremistischer und sicherheitsgefährdender Organisationen und bewertet sie. Er kann und soll keinen erschöpfenden Überblick geben, weist jedoch auf wichtige Entwicklungen und Zusammenhänge hin. Die Öffentlichkeit und die Bürger erhalten mit den jährlichen Verfassungsschutzberichten Informationen zur aktiven Auseinandersetzung mit den Gegnern unseres demokratischen Staates. Unsere Staats- und Gesellschaftsform bleibt letztlich nur lebendig, wenn Bürger sich aktiv für sie einsetzen, die große Mehrzahl mit ihrer politischen Entscheidung für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat diese Staats- und Gesellschaftsform unterstützt.

Aus ihrer Verantwortung für den Schutz der Verfassung informiert die Bundesregierung Parlament und Öffentlichkeit über Gefährdungen der inneren Sicherheit, die offene und latente Bedrohung unserer Rechts- und Verfassungsordnung. Im einzelnen ist hierzu zu bemerken:

1. Auch 1984 agitierten *Linksextremisten* offen oder verdeckt gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und beeinträchtigten mit gewalttätigen Aktionen die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Die Zahl linksextremistisch motivierter Gewalttaten nahm von 1540 im Vorjahr auf 1269 im Jahr 1984 ab. Auch die Zahl der hierin enthaltenen Terroranschläge ging von 215 auf 148 zurück. Jedoch war der Anteil besonders schwerwiegender Fälle 1984 auffallend hoch, wuchs das Ausmaß der Zerstörungen, nahm die Zahl gefährlicher Eingriffe in den Verkehr zu.

Nahezu unverändert blieb die Mitgliederzahl linksextremistischer Organisationen, die – nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften – von 61000 Ende 1983 auf 61200 Ende 1984 nur unwesentlich anstieg. Die um Mehrfachmitgliedschaften bereinigte Mitgliederzahl linksextremistisch beeinflusster Organisationen ist im Berichtsjahr von 56000 auf 55300 leicht zurückgegangen. Die Einzelaufgabe periodischer Publikationen linksextremistischer Kern- und Nebenorganisationen ging von über 5,6 Mio 1983 auf knapp 5 Mio 1984 zurück, die Jahresgesamtaufgabe dieser Publikationen sank im gleichen Zeitraum von ca. 39,6 Mio auf ca. 35,5 Mio. Im Zentrum linksextremistischer Agitation stand der Widerstand gegen die NATO-Nachrüstung. Weitere Kampagnen galten z. B. den „Arbeitskämpfen“ um die 35-Stunden-Woche und der Agitation gegen Maßnahmen zum Schutz der inneren Sicherheit, insbesondere die Arbeit der Sicherheitsbehörden.

Die Wahlergebnisse linksextremistischer Parteien lagen im Durchschnitt bei weit unter einem Prozent. Bei der Europawahl gelang es der DKP allerdings erstmals seit langer Zeit, wieder ein bundesweites Wahlbündnis einzugehen, das unter dem Namen „Die Friedensliste“ einen Stimmanteil von 1,3% erreichte. In den Studentenparlamenten ging der Einfluß linksextremistischer und linksextremistisch orientierter Gruppen zwar leicht zurück; sie erreichten gleichwohl noch einen durchschnittlichen Stimmanteil von gut 28%.

Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) und ihr Ableger in Berlin (West), die „Sozialistische Einheitspartei Westberlins“ (SEW), blieben mit ihren zahlreichen Nebenorganisationen und einem weitreichenden Netz beeinflusster Vereinigungen die stärkste und handlungsfähigste linksextremistische Gruppierung. Die Mitgliederzahl dieser Organisationen ist – nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften – von ca. 106500 im Vorjahr auf ca. 107600 Ende 1984 angestiegen. DKP und SEW folgten auch

1984 vorbehaltlos der von KPdSU und SED vorgegebenen ideologischen und politischen Linie. Ausländische „Bruderparteien“ unterstützten sie als Teil der „Kommunistischen Weltbewegung“, die SED leitete sie an und finanzierte sie weitgehend. Der politische Einfluß der DKP blieb erheblich größer als es Mitgliederzahlen und Wahlergebnisse aussagen. In der „Bündnispolitik“ gelangen ihr weitere Fortschritte. Ihr Einfluß in der Protestbewegung ging erheblich über die Zahl ihrer teilnehmenden Mitglieder hinaus.

Gruppen der „Neuen Linken“, d. h. der Linksextremisten, die nicht dem sowjetisch orientierten Kommunismus zuzurechnen sind, verstärkten und ergänzten die Protestvorhaben der sog. „Friedensbewegung“. Auf deren Aktionsplanung nahmen sie wesentlichen Einfluß. Die Aktivitäten der „Neuen Linken“ gegen Bundeswehr und ausländische NATO-Streitkräfte nahmen zu. Weitere Kampagnen richteten sich gegen die Nutzung der Kernenergie und gegen die Einführung moderner Technologien. Bei den marxistisch-leninistischen Organisationen, den sog. K-Gruppen, setzten sich der Zerfall und die Abwanderung von Mitgliedern zu den „Grünen“ und zu „Alternativen Listen“ fort. Dagegen konnten trotzkistische Gruppen ihren Mitgliederstand und ihr organisatorisches Gefüge halten.

Der Aufschwung anarchistischer Gruppierungen in den letzten Jahren ist beendet. Militante „Autonome“ klagten zunehmend über den Zerfall ihrer „Zusammenhänge“ und über mangelnde „inhaltliche Perspektiven“. Ihre Bereitschaft zur Anwendung auch terroristischer Handlungsformen hielt an. Ebenso die Annäherung an „antiimperialistische“ Positionen, wie sie von den terroristischen Organisationen vertreten werden.

Die 148 *linksextremistischen Terrorakte* im Jahre 1984 umfassen 145 versuchte oder ausgeführte Sprengstoff- und Brandanschläge und 3 Raubüberfälle. Der Anteil besonders schwerwiegender Fälle war 1984 auffallend hoch. Der Hungerstreik inhaftierter RAF-Terroristen schürte die geplante terroristische „Gesamtoffensive“. In der Zeit des Hungerstreiks vom 4. Dezember 1984 bis zu seinem Abbruch am 5. Februar 1985 verübten Terroristen 39 Anschläge. Kommandogruppen der „Roten-Armee-Fraktion“ führten am 18. 12. 1984 einen gescheiterten Sprengstoffanschlag auf die NATO-Truppendelegation in Oberammergau aus und begingen am 1. 2. 1985 den gewissenlosen Mord an dem Vorstandsvorsitzenden der MTU, Dr. Ernst Zimmermann.

Für den überwiegenden Teil aller 1984 begangenen Terrorakte, nämlich 116, sind Terroristen aus Gruppen der „militanten Autonomen“ verantwortlich. Hier zeigen sich Übergänge von der „Militanz“ zum „Terrorismus“.

Etwa $\frac{1}{3}$ aller Anschläge galten militärischen Einrichtungen der Bundeswehr und der Alliierten sowie Unternehmen mit Rüstungsproduktion. Nahezu im selben Umfang waren Einrichtungen der Energiewirtschaft, Forschungsinstitute und Firmen betroffen, die am Bau von Kernenergieanlagen und Entsorgungseinrichtungen beteiligt sind.

Die „Rote Armee Fraktion“ (RAF) hat es 1984 – wie schon in früheren Jahren – geschafft, länger andauernde „Schwächephasen“ zu überwinden. Sie hat ihre im Untergrund agierenden Kader kontinuierlich mit neuen Mitgliedern aus ihrem engeren und weiteren Unterstützungsbereich aufgefüllt und damit ihre Aktionsfähigkeit wiederhergestellt. Die RAF hat inzwischen auch ihre materielle Basis erneuert, die nach der Entdeckung von 13 Erddepots im Herbst 1982 stark angeschlagen war.

Der bereits 1983 verzeichnete Rückgang terroristischer Gewaltakte „Revolutionärer Zellen“ einschließlich ihrer autonomen Frauengruppe „Rote Zora“ hat sich 1984 fortgesetzt.

2. *Deutsche Rechtsextremisten* bekämpften – offen oder verdeckt – die parlamentarische repräsentative Demokratie und forderten eine totalitäre Staatsform. Ihr Programm sind übersteigter Nationalismus, völkischer Kollektivismus sowie aggressive Ausländer- und Judenfeindlichkeit. Für die neuen Nationalsozialisten oder Neonazis unter den Rechtsextremisten ist kennzeichnend, daß sie sich in ihren politischen Zielen an Weltanschauung, Programm und Machtanspruch des Nationalsozialismus orientieren.

Rechtsextremisten verübten im Berichtsjahr 74 Gewalttaten – 7 weniger als im Vorjahr –, davon wie auch 1983 11 Terrorakte. Umfangreiche Funde von Waffen, Munition und Sprengstoff und auf dem geheimen Meldeweg gewonnene Informationen zeigen jedoch, daß die Bereitschaft zur Gewaltanwendung besonders in neonazistischen Kreisen anhält. Die Verbindungen zu militanten Gesinnungsgenossen im Ausland spielen bei Planungsabsprachen und Waffenbeschaffungen eine wichtige Rolle.

Ende 1984 bestanden in der Bundesrepublik Deutschland 89 rechtsextremistische Organisationen mit rd. 22100 Mitgliedern. Die Zahl der Organisationen – Vorjahr 68 – und die Zahl der Mitglieder – Vorjahr 20300 – ist somit angestiegen. Der Zuwachs bei den Organisationen betrifft fast ausschließlich neonazistische Vereinigungen, deren Zahl von 16 im Vorjahr auf 34 Ende 1984 angestiegen ist. Hierbei handelt es sich in 12 Fällen um Kleinstgruppen aus jeweils 5 bis maximal 25 ehemaligen Mitgliedern der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“, deren Verbot die Zersplitterung des deutschen Neonazismus verstärkt hat. Die erhöhte Mitgliederzahl rechtsextremistischer Vereinigungen geht vor allem auf Werbeaktionen Dr. Freys für seine „freiheitlichen“ Aktionsgemeinschaften zurück, deren Mitglieder gleichzeitig der „Deutschen Volksunion“ (DVU) angehören. Die DVU – mitgliederstärkste rechtsextremistische Organisation – konnte dadurch ihre Mitgliederzahl 1984 von ca. 11000 auf über 12000 – Dr. Frey spricht von mehr als 14000 – steigern. Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) verzeichnete 1984 einen geringen Mitgliederzuwachs von 6000 auf 6100. Sie erzielte bei der Europawahl 0,8 % Stimmen, gemessen an früheren Wahlergebnissen ein für sie günstiges Ergebnis, und erreichte mit dem Geld aus der Wahlkampfkostenerstattung eine finanzielle Stabilisierung.

Die Zahl der erkannten neuen Nationalsozialisten ist 1984 von 1400 auf 1350 leicht zurückgegangen. Das im Dezember 1983 vom Bundesminister des Innern verfügte Verbot der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA) hat zu einem Rückgang der Aktivitäten ihrer Anhänger geführt. Eine Reihe von ihnen hat sich aus der rechtsextremistischen Szene zurückgezogen. 1984 nahmen gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Rechtsextremisten und ihren politischen Gegnern zu, wobei die Angriffe häufig von Linksextremisten ausgingen. Rechtsextremisten setzten Skinheads bzw. militante Fußballfans wiederholt als „Schutztruppe“ ein. Eine ideologische Indoktrination dieser Kreise gelingt Rechtsextremisten jedoch in aller Regel nicht.

Die Gesamtzahl rechtsextremistischer Periodika erhöhte sich im Berichtsjahr von 82 auf 87. Ihre tatsächliche Jahresgesamtauflage stieg von gut 8 Mio. im Jahre 1983 auf ca. 8½ Mio. im Jahre 1984 an.

3. *Ausländische Extremisten* beeinträchtigten auch 1984 die öffentliche Sicherheit und wichtige außenpolitische Belange der Bundesrepublik Deutschland. Ihre Aktivitäten richteten sich in erster Linie gegen die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den Heimatländern; aber auch innenpolitische Ereignisse in der Bundes-

republik Deutschland und außenpolitische Entscheidungen der Bundesregierung spielten für die Agitation ausländischer Extremisten eine erhebliche Rolle.

Die Zahl der Mitglieder und Anhänger von Gruppen ausländischer Extremisten wird auf 116000 Personen gegenüber 114300 Ende 1983 geschätzt. Nach dem politisch-ideologischen Standort verteilen sich Mitglieder und Anhänger auf diese Gruppierungen: 81650 für linksextremistische, 14700 für rechtsextremistische und extreme nationalistische Organisationen, 19650 für islamisch-extremistische Organisationen.

Von palästinensischen Splittergruppen drohen nach wie vor terroristische Aktionen, wie die Sicherstellung von Sprengstoff der militanten „Arabischen Organisation 15. Mai“ in Berlin (West), aber auch mehrere Anschläge im europäischen Ausland beweisen.

Mitglieder aus Gruppen der türkischen „Neuen Linken“ unternahmen zahlreiche Gewaltaktionen und Besetzungen. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen linksextremistischen und rechtsextremistischen Türken hielten an; soweit bekannt, gingen sie 1984 ausschließlich von den linksextremistischen Parteigängern aus.

Mitglieder von iranischen extremistischen Organisationen begingen mehr politisch motivierte Gesetzesverletzungen. Gewalttätigkeiten gingen vor allem von iranischen Gruppen aus, die in Opposition zur iranischen Regierung stehen.

Kroatische und solche extremistischen Organisationen, die die Eigenständigkeit der albanischen Volksgruppe im Kosovo propagieren, sind bereit, für ihre Ziele Gewalt anzuwenden. Das zeigten Waffen-, Munitions- und Sprengmittelfunde im Bundesgebiet.

Erstmals seit Jahren ereignete sich im Berichtszeitraum kein Mordanschlag auf Exiljugoslawen.

1984 kam es – wie im Vorjahr – zu 9 versuchten oder vollendeten Terror- oder sonstigen schweren Gewaltakten extremistischer Ausländer. Die Zahl der verübten Gewaltakte insgesamt – einschließlich Sachbeschädigungen, Hausfriedensbruch etc. – stieg von 92 im Jahre 1983 auf 108 im Jahre 1984 an. Im Berichtsjahr ergaben sich wieder Anhaltspunkte, daß terroristische Operationen von ausländischen staatlichen Stellen gelenkt wurden, die ihre Gegner im Ausland verfolgen.

4. *Nachrichtendienste* kommunistisch regierter Staaten versuchten 1984 mit unverminderter Intensität, alle wichtigen Bereiche von Staat und Verwaltung, Wirtschaft und Industrie der Bundesrepublik Deutschland auszuspähen. Die Nachrichtendienste der DDR waren Hauptträger dieser Spionageaktivitäten, gefolgt von den Diensten Polens, der CSSR, Rumäniens und der Sowjetunion.

Schwerpunkte waren die politische Spionage, die Ausforschung von Militär und Rüstungsindustrie sowie die Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage.

Im Jahre 1984 wurden 29 Personen wegen Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit festgenommen. Im gleichen Zeitraum sind 23 Personen von Gerichten der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) rechtskräftig wegen Straftaten im Bereich „Landesverrat und Gefährdung der äußeren Sicherheit“ verurteilt worden. Die Sicherheitsbehörden haben auch in den ersten Monaten des Jahres Spionagefälle aufgedeckt. Die Verdächtigen sind festgenommen worden.

Fazit:

Unsere Demokratie erweist sich als stabil. Sie ist als Staats- und Gesellschaftsform fest im Bewußtsein der großen Mehrheit unserer Bürger verankert. Die Wahlergebnisse

bestätigen, daß der politische Extremismus von links wie von rechts weitgehend isoliert ist. Die Bundesregierung wird ihre Verpflichtungen erfüllen, um Freiheit, inneren Frieden, Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten. Terroranschläge, politische Gewalt, verfassungsfeindliche Aktivitäten und die Spionagetätigkeit gegnerischer Nachrichtendienste müssen abgewehrt werden.

Hiergegen werden wir unsere Anstrengungen zur Aufklärung und Unterbindung solcher Gefahren und Taten verstärken und jedes rechtsstaatliche Mittel dafür einsetzen. Der Kampf gegen die Feinde unserer Staats- und Gesellschaftsform, gegen Terror und Gewalt beginnt im Vorfeld der Gefahr und im Vorfeld der Gewaltanwendung. Dies ist die eigentliche Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden. Die qualifizierte Arbeit der Beamten des Verfassungsschutzes für Freiheit, Sicherheit und Schutz der Bürger verdient Dank und Anerkennung.

Dr. Friedrich Zimmermann
Bundesminister des Innern

Inhaltsverzeichnis

Linksextremistische Bestrebungen 1984

	Seite
I. Allgemeine Erfahrungen	16
1. Orthodoxe Kommunisten	16
2. „Neue Linke“	17
3. Terrorismus	17
II. Übersicht in Zahlen	18
1. Organisationen und Mitgliederstand	18
2. Verlage und Vertriebsdienste	21
3. Periodische Publikationen.	21
4. Linksextremisten im öffentlichen Dienst	21
5. Linksextremistische Einflüsse in Studentenvertretungen	25
5.1 Hochschulen mit verfaßter Studentenschaft	25
5.1.1 Studentenparlamente (SP)	25
5.1.2 Allgemeine Studentenausschüsse (ASten)	27
5.2 Hochschulen ohne verfaßte Studentenschaft	28
6. Soziologische Daten.	28
III. Schwerpunkte linksextremistischer Agitation	29
1. Verfassungspolitik	30
2. Außen- und Verteidigungspolitik	30
3. Innen- und Sicherheitspolitik	31
4. Wirtschafts- und Sozialpolitik	31
5. „Internationalismus“	31
IV. Orthodoxe Kommunisten	32
1. Politische und organisatorische Entwicklung	32
1.1 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)	32
1.1.1 Ideologisch-politischer Standort.	32
1.1.2 DKP-Parteitag vom 6.–8. Januar in Nürnberg	34
1.1.3 Mitgliederstand und Gliederung.	35
1.1.4 Parteischulung	36
1.1.5 Finanzierung	36
1.1.6 Parteipresse	37
1.2 „Sozialistische Einheitspartei Westberlins“ (SEW) mit Neben- und beeinflussten Organisationen	39
1.3 Nebenorganisationen der DKP	41
1.3.1 „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)	41
1.3.2 „Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation“ (JP)	43
1.3.3 „Marxistischer Studentenbund Spartakus“ (MSB).	44
1.4 DKP-beeinflußte Organisationen	44
1.4.1 „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA)	45
1.4.2 „Deutsche Friedens-Union“ (DFU)	46

1.4.3	„Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KFAZ)	48
1.4.4	„Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner“ (DFG-VK)	49
1.4.5	„Demokratische Fraueninitiative“ (DFI)	50
1.4.6	„Vereinigung Demokratischer Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e. V.“ (VDJ)	51
1.4.7	„Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika“ (ASK)	51
2.	Bündnispolitik	52
2.1	Bemühungen um „Aktionseinheit“ mit Sozialdemokraten	53
2.2	Bemühungen um „Aktionseinheit“ mit Gewerkschaften	54
2.3	Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung.	55
2.4	Kampagne gegen Arbeitslosigkeit und für die 35-Stunden-Woche	59
2.5	„Antifaschismus“-Kampagne und Kampagne gegen „Rechtsentwicklung“	60
2.6	„Antiimperialistische Solidarität“	60
2.7	Kampagne gegen angebliche „Berufsverbote“	61
3.	Betriebsarbeit	62
4.	Kinder-, Jugend- und Studentenarbeit	63
4.1	Jugend	63
4.2	Kinder	66
4.3	Studenten	68
5.	Ideologischer Kampf	69
5.1	„Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V.“ (IMSF)	69
5.2	„Marx-Engels-Stiftung e. V.“	70
5.3	„Marxistische Arbeiterbildung“	70
5.4	Druckereien und Verlage	71
5.5	„Kulturarbeit“	73
6.	Teilnahme an Wahlen	76
6.1	Europawahl	76
6.2	Landtagswahl Baden-Württemberg	76
6.3	Kommunalwahlen.	76
6.4	Mandate in Kommunalvertretungen	77
7.	Ausblick 1985	79
V.	SED-Aktivitäten gegen die Bundesrepublik Deutschland	79
1.	Anleitung und Unterstützung der DKP	80
2.	„Westarbeit“ anderer DDR-Institutionen	81
3.	Reisen in die DDR und DDR-„Reisekader“	83
VI.	„Neue Linke“	84
1.	Politischer Standort und Entwicklung	84
2.	Organisationen und Gruppierungen.	88
2.1	Marxistisch-Leninistische Parteien und Bünde (K-Gruppen)	88
2.1.1	„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)	89

2.1.2	„Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)“ (KPD)	90
2.1.3	„Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK)	91
2.1.4	„Kommunistischer Bund“ (KB)	93
2.1.5	„Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ (AB)	93
2.2	Trotzkistische Gruppen	93
2.2.1	„Gruppe Internationale Marxisten“ (GIM)	93
2.2.2	„Bund Sozialistischer Arbeiter“ (BSA)	94
2.2.3	Sonstige trotzkistische Gruppen	94
2.3	Sonstige revolutionär-marxistische Gruppen	94
2.3.1	„Kommunistischer Bund Westdeutschland“ (KBW)	95
2.3.2	„Sozialistisches Büro“ (SB)	95
2.3.3	„Marxistische Gruppe“ (MG)	95
2.4	Anarchisten	97
2.4.1	Anarcho-syndikalistische Gruppen	97
2.4.2	Anarchistische „Gewaltfreie Aktionsgruppen“	98
2.4.3	„Autonome“	98
3.	Aktionsfelder	99
3.1	„Antimilitarismus-“ und „Friedensarbeit“	99
3.1.1	Protestbewegung gegen „NATO-Strategien“	99
3.1.2	Aktionen gegen Bundeswehr und Stationierungs- streitkräfte	100
3.2	Unterstützung der Umweltschutzbewegung	102
3.3	„Anti-technokratischer Widerstand“	102
3.4	„Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit“	103
3.5	Tätigkeit an Hochschulen	105
4.	Ausblick 1985	105
VII.	Verbindungen zu ausländischen Linksextremisten	106
1.	Orthodoxe Kommunisten und deren Vorfeld	106
1.1	Kern- und Nebenorganisationen	106
1.2	Orthodox-kommunistisch beeinflusste Organisationen	107
2.	„Neue Linke“	109
VIII.	Deutscher linksextremistischer Terrorismus	110
1.	Entwicklung der Terroraktionen	110
2.	Terrorgruppen	112
2.1	„Rote Armee Fraktion“ (RAF)	112
2.2	„Revolutionäre Zellen“ (RZ)	113
3.	Terroristische Aktivitäten sonstiger Gruppen	115
4.	Umfeld der „Roten Armee Fraktion“	117
5.	Internationale Verflechtungen	119
6.	Strafverfahren	121
6.1	Anklageerhebungen	121
6.2	Einzelne Verurteilungen	121
IX.	Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund und staatliche Maßnahmen	121
1.	Gewalttaten und sonstige Gesetzesverletzungen	121
1.1	Gewaltaktionen	122
1.2	Gewaltandrohungen	123

1.3	Sonstige Gesetzesverletzungen	123
2.	Staatliche Maßnahmen gegen Linksextremisten	123
2.1	Verurteilungen (Überblick)	123
2.2	Anklagen: Insgesamt 521 (1983: 321)	123
	Fundstellennachweis	124

Rechtsextremistische Bestrebungen 1984

I.	Allgemeine Erfahrungen	128
II.	Übersicht in Zahlen	130
1.	Organisationen und Mitgliederstand	130
2.	Organisationsunabhängige Verlage und Vertriebsdienste	132
3.	Periodische Publikationen	132
4.	Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst	132
5.	Soziologische Daten	135
5.1	Analyse verurteilter Personen	135
5.2	Analyse der militanten Rechtsextremisten	136
III.	Schwerpunkte der Agitation 1984	136
1.	Verfassungspolitik	136
2.	Außen- und Verteidigungspolitik	137
3.	Europapolitik	137
4.	Innen- und Rechtspolitik	138
5.	Ausländerpolitik	138
6.	Umweltschutzpolitik	139
7.	Wirtschafts- und Sozialpolitik	139
IV.	Neuer Nationalsozialismus/Neonazismus	140
1.	Zielsetzung	140
2.	Zahl	140
3.	Militante Neonazis	140
4.	Neonazistische Gruppen	141
4.1	„Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA)	141
4.1.1	Die Situation nach dem Verbot	141
4.1.2	„Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP)	143
4.2	„Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG)	143
4.3	„NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP-AO)	144
4.4	„Nationalistische Front“ (NF)	145
4.5	„Bürger- und Bauerninitiative e. V.“ (BBI)	145
4.6	„Deutsche Bürgerinitiative e. V.“ (DBI)	145
V.	„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	148
1.	Wahlen	148
1.1	Europawahl	148
1.2	Kommunalwahlen	149
1.2.1	Bayern	149
1.2.2	Rheinland-Pfalz und Saarland	149

1.2.3	Nordrhein-Westfalen	149
1.2.4	Baden-Württemberg	149
1.3	Landtagswahl im Saarland.	149
2.	Parteiorganisation.	150
2.1	Mitgliederzahl.	150
2.2	Finanzen	150
2.3	Aktivitäten	150
3.	„Junge Nationaldemokraten“ (JN)	151
4.	„Nationaldemokratischer Hochschulbund“ (NHB)	151
5.	Agitation	151
VI.	„National-freiheitliche“ Rechte	153
1.	„Deutsche Volksunion“ (DVU)	154
2.	Verlage	154
3.	Agitation	155
VII.	Sonstige rechtsextremistische Gruppen	157
1.	Jugendgruppen	157
1.1	Überblick	157
1.2	Rechtsextremistische Einflußnahme auf jugendliche Randgruppen	157
1.3	„Wiking-Jugend“ (WJ)	158
2.	Kulturgruppen	159
2.1	„Gesellschaft für Freie Publizistik“ (GFP)	159
2.2	„Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes“ (DKEG)	159
3.	„Die Deutsche Freiheitsbewegung“ (DDF)	159
4.	„Unabhängige Arbeiter-Partei e. V. (Deutsche Sozialisten)“ (UAP)	160
5.	„Vereinigung für gesamtdeutsche Politik e. V.“ (VGP)	160
VIII.	Rechtsextremistische Verlage und Vertriebsdienste	160
1.	Zeitungs- und Schriftenverlage	160
1.1	„Deutsche Wochen-Zeitung“ (DWZ)	160
1.2	„Nation Europa“ (NE)	161
1.3	„Deutsche Monatshefte“ (DM)	161
1.4	„Mensch und Maß“	161
2.	Buchverlage und Vertriebsdienste	162
IX.	Verbindungen zum ausländischen Rechtsextremismus	162
1.	Internationaler Neuer Nationalsozialismus	162
2.	Frankreich	162
3.	Belgien	164
4.	Österreich.	164
5.	Schweiz	164
6.	Irland	165
7.	Spanien	165
8.	Nordamerika	165
X.	Deutscher rechtsextremistischer Terrorismus 1984	167
1.	Verübte Gewalttaten, Waffen- und Sprengstofffunde.	167
2.	Strafverfahren.	170
2.1	Anklageerhebungen	170
2.2	Einzelne Verurteilungen	170

XI.	Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Hintergrund.	171
1.	Überblick	171
2.	Gewaltaktionen	172
3.	Gewaltandrohungen	172
4.	Sonstige Gesetzesverletzungen	172
5.	Gesetzesverletzungen aus antisemitischen Beweggründen.	172
XII.	Staatliche Maßnahmen gegen Rechtsextremisten und rechtsextremistische Vereinigungen	173
1.	Verurteilungen	173
2.	Anklagen	173
3.	Durchsuchungen, Beschlagnahmen, Festnahmen	173
4.	Vereinsverbote	173
	Fundstellennachweis	174

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern 1984

I.	Allgemeine Erfahrungen	175
II.	Übersicht in Zahlen	178
1.	Überblick	178
2.	Organisationen	179
3.	Mitglieder	179
4.	Publizistik	183
5.	Gewaltaktionen	184
III.	Mitgliederentwicklung, Aktionsschwerpunkte, Tendenzen einzelner Ausländergruppen	187
1.	Araber	187
1.1	Mitgliederentwicklung	187
1.2	Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten	187
1.3.	Gewaltaktionen	188
2.	Türken	188
2.1	„Neue Linke“	188
2.1.1	Mitgliederentwicklung	188
2.1.2	Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten	188
2.1.3	Gruppen mit besonderer Bereitschaft zur Gewaltanwendung	190
2.2	Orthodoxe Kommunisten	191
2.2.1	Mitgliederentwicklung	191
2.2.2	Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten	191
2.3	Extreme Nationalisten	193
2.3.1	Mitgliederentwicklung	193
2.3.2	Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten	193

2.4	Islamische Extremisten	194
2.4.1	Mitgliederentwicklung	194
2.4.2	Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten	194
2.5	Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Türken	194
3.	Türkische Kurden	195
3.1	Mitgliederentwicklung	195
3.2	Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten	195
4.	Iraner	197
4.1	Mitgliederentwicklung	197
4.2	Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten	197
4.3	Anhänger der iranischen Regierung	198
4.4	TUDEH-Partei	198
4.5	Gegner der iranischen Regierung	198
4.5.1	„Neue Linke“	198
4.5.2	Monarchisten/Nationalisten	199
5.	Jugoslawen	199
5.1	Mitgliederentwicklung	199
5.2	Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten	199
5.3	Funde von Waffen, Munition und Sprengmitteln	200
6.	Armenier	200
6.1	Mitgliederentwicklung	200
6.2	Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten	201
6.3	Gewaltaktionen	201

Spionageabwehr 1984

I.	Allgemeine Erfahrungen	202
1.	Überblick	202
2.	Kontaktanlässe/Werbungsmethoden	203
2.1	Ansprachen von Bundesbürgern bei Aufenthalten im kommunistischen Machtbereich	203
2.2	Ansprachen von Bundesbürgern in der Bundesrepublik Deutschland und im westlichen Ausland	207
2.3	Ansprachen von Personen mit Wohnsitz im kommunistischen Machtbereich	209
3.	Zielrichtung/Zielobjekte	210
3.1	Zielobjekte politischer Spionage	210
3.2	Zielobjekte der Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage	212
3.3	Zielobjekte der Militärspionage	215
4.	Führungs- und Verbindungswesen	216
4.1	„Wohnstützpunkte“ im Operationsgebiet	216

4.2	Nachrichtendienstliche Hilfsmittel im Führungs- und Meldeweg	217
4.2.1	Transport-Container	217
4.2.2	Geheimschrift	218
4.2.3	Mikrate	218
4.2.4	Funk	220
II.	Besondere Themen	221
1.	Schüler und Studenten im Blickfeld östlicher Nachrichtendienste	221
1.1	Anwerbung bei Ostblockreisen	221
1.2	„Briefanbahnung“	222
1.3	Werbung durch „Inoffizielle Mitarbeiter“	222
1.4	Werbung durch Angehörige Legalier Residenturen	223
1.5	Führungsprinzipien	224
1.6	Fazit	225
2.	Selbstanbieter	225
2.1	Motive	225
2.2	Behandlung der Selbstanbieter durch den ND	226
2.3	Gegenleistungen	226
3.	„Zufluchtsort DDR“	229
4.	Aktivitäten der DDR-Nachrichtendienste außerhalb der Bundesrepublik Deutschland	231
4.1	Frühere und heutige Rahmenbedingungen	231
4.2	Organisatorische Änderungen innerhalb der HVA des MfS	231
4.3	Operationsgebiet Westeuropa	232
4.4	Operationsgebiet USA	232
5.	Die offiziellen DDR-Reisekader als „Fünfte Kolonne“ des MfS	234
5.1	Grundsätze	234
5.2	Auswahl und Nutzung der Reisekader	234
III.	Legale Residenturen	235
1.	Überblick	235
2.	UdSSR	236
3.	CSSR	239
4.	Polen	241
5.	Rumänien	242
IV.	Festnahmen und Verurteilungen	243
	Sachwortregister	245
	Abkürzungsverzeichnis	254

Linksextremistische Bestrebungen 1984

I. Allgemeine Erfahrungen

Zahl und Mitgliederstand linksextremistischer Organisationen haben sich 1984 nur geringfügig verändert. Auch in den ideologischen Positionen sowie den Beziehungen und dem Gewicht der Gruppen untereinander gab es keine wesentlichen Verschiebungen.

Das Hauptthema linksextremistischer Aktivitäten in den vergangenen Jahren, die Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung, hat an Zugkraft verloren. Ein anderes Thema mit vergleichbarem Mobilisierungserfolg fand sich noch nicht.

Erneut setzten Linksextremisten auch Gewalt in Verfolgung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele ein. Die Zahl der Sprengstoff- und Brandanschläge ging zwar gegenüber den Vorjahren zurück; das Ausmaß der Zerstörungen durch solche Aktionen ist aber gestiegen. Zugunommen hat die Zahl gefährlicher Eingriffe in den Straßen-, Schienen- und Luftverkehr.

Der Stimmenanteil, den Linksextremisten in offener Kandidatur bei Wahlen erreichen konnten, blieb gering; andererseits wuchs die Bereitschaft demokratischer Gruppen, Linksextremisten als Partner für Aktionsbündnisse anzuerkennen.

1. Orthodoxe Kommunisten

Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) vertritt in der Bundesrepublik Deutschland den orthodoxen, von der „Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ (KPdSU) interpretierten Kommunismus.

Als Teil der „kommunistischen Weltbewegung“ wird die DKP von ausländischen „Bruderparteien“ unterstützt und von der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) aus der DDR angeleitet und weitgehend finanziell versorgt. Mit ihren zahlreichen Nebenorganisationen, dem breiten Netz von ihr beeinflusster Vereinigungen sowie mit ihrer Finanzkraft ist die DKP stärkste und handlungsfähigste linksextremistische Kraft geblieben. Ihr Einfluß war auch 1984 größer als Mitgliederzahlen und Wahlergebnisse auswiesen. Der „Friedenskampf“ gegen das westliche Verteidigungsbündnis und auch die „Arbeitskämpfe“ um die 35-Stunden-Woche gehörten zu ihren wichtigsten Aktionsfeldern. In der „Bündnispolitik“ (s. Abschn. IV Nr. 2) gelangen ihr weitere Fortschritte.

Bei der Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung mühte sie sich erneut um die Zusammenarbeit von „Friedensbewegung“ und „Arbeiterbewegung“. Während ihr Einfluß in der Protestbewegung er-

heblich über ihren zahlenmäßigen Anteil hinausging, blieb er in den Betrieben – trotz verstärkter Anstrengungen – gering.

2. „Neue Linke“

Bei den Gruppen der „Neuen Linken“, d. h. denjenigen Linksextremisten, die nicht dem orthodoxen Kommunismus zuzurechnen sind, blieb die Vielfalt unterschiedlicher, z. T. widerstreitender ideologischer Richtungen bestehen. Der Zerfall der marxistisch-leninistischen Organisationen (K-Gruppen*) setzte sich fort; die Abwanderung von Mitgliedern zu den „Grünen“ oder zu „Alternativen Listen“ hielt an. Dagegen konnte die „Marxistische Gruppe“ (MG) an den Hochschulen Anhänger hinzugewinnen.

Der in den letzten Jahren erfolgte Aufschwung anarchistischer Gruppierungen kam zum Stillstand. Militante „Autonome“ klagten zunehmend über den Zerfall ihrer „Zusammenhänge“ und über mangelnde „inhaltliche Perspektiven“. Ihre Bereitschaft zur Anwendung auch terroristischer Handlungsformen hielt an, ebenso die Annäherung an „antiimperialistische“ Positionen, wie sie von den terroristischen Organisationen vertreten werden.

3. Terrorismus**

Die „Rote Armee Fraktion“ (RAF) hat aus dem Kreis ihrer Anhänger neue Mitglieder für den Untergrund angeworben. Sie hat trotz weiterer Festnahmen ihre seit 1982 erlittenen personellen Einbußen mehr als ausgeglichen. Der von ihren Inhaftierten im Dezember begonnene Hungerstreik sollte durch Veränderung der Haftbedingungen ihren inneren Zusammenhalt stärken und die von der „Roten Armee Fraktion“ seit langem propagierte „antiimperialistische Front“ aller revolutionären Linken in Westeuropa herbeiführen helfen.

Die Zahl linksextremistischer Terrorakte*** ist insgesamt stark zu-

* Sammelbezeichnung für die Gruppen der „Neuen Linken“, die sich als kommunistische Partei oder als deren Vorläufer verstehen.

** Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129a Abs. 1 des Strafgesetzbuchs genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) oder durch andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

*** Terrorakte sind Anschläge, d. h. schwerwiegende Straftaten, wie sie insbesondere in § 129a Abs. 1 des Strafgesetzbuches genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) und andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen, sofern diese Taten gezielt im Rahmen eines nachhaltig geführten Kampfes für politische Ziele begangen werden. Nicht hierunter fallen Anschläge, die spontan, etwa aus gewalttätig verlaufenen Demonstrationsveranstaltungen heraus, durchgeführt werden.

rückgegangen, von 215 im Jahre 1983 auf 148 im Jahre 1984. Auch die Gewalttaten „Revolutionärer Zellen“ (RZ) haben deutlich nachgelassen. Jedoch haben die Anhänger der „Roten Armee Fraktion“ ihre Anschlagaktivitäten anlässlich des Hungerstreiks gegen Jahresende verstärkt. Vom 4. Dezember 1984, dem Beginn des Hungerstreiks, bis zum Ende des Jahres wurden 17 Terroranschläge mit eindeutigem Bezug zum Hungerstreik der inhaftierten Terroristen verübt. Ein Sprengstoffanschlag der „Roten Armee-Fraktion“ auf die NATO-Schule in Oberammergau am 18. Dezember schlug fehl, er zeigt jedoch die Bereitschaft ihrer Anhänger, auch Menschenopfer in großem Umfang in Kauf zu nehmen.

Etwa 80 % aller Anschläge wurden von Angehörigen kleiner, auch zu terroristischen Aktionen bereiter Gruppender „Neuen Linken“ verübt.

II. Übersicht in Zahlen

1. Organisationen und Mitgliederstand

Zahl der Linksextremisten im wesentlichen unverändert

Die Mitgliederzahl der beiden orthodox-kommunistischen Kernorganisationen, DKP und „Sozialistische Einheitspartei Westberlins“ (SEW), blieb gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Ihre Nebenorganisationen sowie die DKP-beeinflußten Vereinigungen hatten geringfügige Mitgliedergewinne.

Im Bereich der „Neuen Linken“ sind die Mitgliederzahlen der dogmatischen marxistisch-leninistischen Vereinigungen (K-Gruppen) in den Kern- und Nebenorganisationen leicht, in den beeinflußten Gruppen erheblich zurückgegangen. Trotzistische Gruppen* konnten ihren Mitgliederstand halten. Bei den sonstigen Vereinigungen der „Neuen Linken“ gab es erneut einen leichten Zugewinn an Mitgliedern, während sich die Zahl der Organisationen verringerte.

Die nachfolgende Übersicht stellt das organisatorische Gefüge des Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland nur in großen Zügen dar. Die nicht überschaubare hohe Zahl von Sekundärorganisationen (Arbeitskreise, Initiativen, Komitees, Basis-Gruppen usw.) und die nur örtlich tätigen Kleingruppen sind nicht berücksichtigt. Häufig handelt es sich nur um kurzlebige Zusammenschlüsse ohne feste Mitgliedschaft.

* Trotzistische Gruppen wollen – wengleich sie unterschiedlichen Richtungen des internationalen Trotzismus folgen – für die Ablösung des Kapitalismus aber auch der „entarteten Bürokratien“ in den sozialistischen Staaten kämpfen; sie treten ein für die „permanente Revolution“ sowie die „Diktatur des Proletariats“ in Form von „Rätesystemen“.

Organisationen	1982			1983			1984		
	Zahl Mitglieder			Zahl Mitglieder			Zahl Mitglieder		
Orthodoxer Kommunismus									
Kernorganisationen	2	44 500		2	44 500		2	44 500	
Nebenorganisationen	13	27 000		13	27 600		13	28 000	
beeinflusste Organisationen*	50		70 000	52		70 000	50		71 000
„Neue Linke“									
K-Gruppen und Troztkisten									
Kernorganisationen	23	3 900		20	3 400		19	3 100	
Nebenorganisationen	11	1 100		12	1 100		12	900	
beeinflusste Organisationen*	18		4 300	17		4 500	13		2 700
Sonstige revolutionäre Marxisten und Anarchisten**	55	3 700		59	4 900		53	5 100	
Summe	172	80 000	74 300	175	81 500	74 500	162	81 600	73 700
Nach Abzug von Mehrfach- mitgliedschaften und Kinderorganisationen		60 150	55 700		61 000	56 000		61 200	55 300

* Da den beeinflussten Organisationen auch Mitglieder angehören, die keine Kommunisten sind, wurden die Mitgliederzahlen in einer eigenen Spalte aufgeführt. Gruppen mit durchgehend ausländischem Mitgliederbestand sind nicht erfaßt.

** Erfasst sind nur Gruppen, die festere Strukturen aufweisen und über einen längeren Zeitraum aktiv waren. Den losen, statistisch nicht berücksichtigten Zusammenschlüssen dieser Szene sind schätzungsweise 6 000 Personen zuzurechnen.

Periodische Publikationen des orthodoxen Kommunismus im Vergleich 1983–1984

Periodische Publikationen der	Erscheinungsweise	1983			1984		
		Zahl	Einzelauflage**	Jahresauflage	Zahl	Einzelauflage**	Jahresauflage
Kernorganisationen	täglich	3	44 000	12 760 000	3	43 600	12 006 000
	monatlich	44	44 800	537 600	43	43 000	516 000
	zweimonatlich	35	32 500	195 000	49	43 000	258 000
	vierteljährlich*	921	4 711 940	18 847 760	848	4 197 000	16 788 000
		1003	4 833 240	32 340 360	943	4 326 600	29 568 000
Nebenorganisationen	monatlich	9	65 600	787 200	10	64 600	785 200
	zweimonatlich	1	5 000	30 000	2	2 000	12 000
	vierteljährlich*	445	262 300	1 049 200	443	250 300	1 001 200
		455	332 900	1 866 400	455	316 900	1 798 400
beeinflussten Organisationen	wöchentlich	2	35 000	1 755 000	1	30 000	1 560 000
	14täglich	1	6 000	156 000	1	6 000	156 000
	monatlich	8	86 800	1 041 600	10	129 200	1 550 400
	zweimonatlich	11	40 500	243 000	8	39 000	234 000
	vierteljährlich*	38	45 600	182 400	37	58 000	232 000
		60	213 900	3 378 000	57	262 200	3 732 400
	Summe:	1 518	5 380 040	37 584 760	1 455	4 905 700	35 098 800

* Hier sind auch unregelmäßig herausgegebene Publikationen erfaßt, sofern sie mindestens viermal im Jahr erschienen sind.

** Unter Einzelauflage ist die Gesamtzahl der pro Erscheinungsdatum herausgegebenen Exemplare der periodischen Publikationen zu verstehen.

Periodische Publikationen der „Neuen Linken“ im Vergleich 1983–1984

Periodische Publikationen der	Erscheinungsweise	1983			1984		
		Zahl	Einzelauflage**	Jahresauflage	Zahl	Einzelauflage**	Jahresauflage
K-Gruppen und Troztkisten	wöchentlich	3	17 000	884 000	3	12 500	650 000
	14täglich	4	5 450	141 700	3	4 950	128 700
Kernorganisationen	monatlich	5	9 000	108 000	5	9 500	114 000
	zweimonatlich	2	2 000	12 000	1	1 000	6 000
	vierteljährlich*	108	182 200	728 800	117	144 200	576 000
		122	215 650	1 874 500	129	172 150	1 474 700
Nebenorganisationen	monatlich	4	5 000	60 000	4	4 000	48 000
	zweimonatlich	1	2 000	12 000	2	1 700	10 200
	vierteljährlich*	1	1 000	4 000	1	1 000	4 000
		6	8 000	76 000	7	6 700	62 200
beeinflußten Organisationen	14täglich	1	1 000	26 000	1	1 000	26 000
	monatlich	3	3 000	36 000	2	2 000	24 000
	zweimonatlich	2	1 600	9 600	4	6 700	40 200
	vierteljährlich*	12	26 000	109 000	9	21 000	84 000
		18	31 600	180 600	16	30 700	174 200
	Summe:	146	255 250	2 131 100	152	209 550	1 711 100
sonstigen revolutionären Marxisten und der Anarchisten	wöchentlich	1	2 000	104 000	–	–	–
	14täglich	17	80 600	2 191 600	16	54 000	1 500 000
	monatlich	49	91 400	1 028 400	46	75 300	903 600
	zweimonatlich	5	12 000	66 000	4	7 000	42 000
	vierteljährlich*	28	30 900	123 600	23	27 900	111 600
	100	216 900	3 513 600	89	164 200	2 557 200	
	Endsumme:	1 764	5 852 190	43 229 460	1 696	5 279 450	39 367 100

* Hier sind auch unregelmäßig herausgegebene Publikationen erfaßt, sofern sie mindestens viermal im Jahr erschienen sind.

** Unter Einzelauflage ist die Gesamtzahl der pro Erscheinungsdatum herausgegebenen Exemplare der periodischen Publikationen zu verstehen.

2. Verlage und Vertriebsdienste

Die Zahl der linksextremistischen Verlage und Vertriebsdienste ist gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen. Von den 97 in der nachfolgenden Übersicht erfaßten Unternehmen von überregionaler Bedeutung arbeitete wiederum der größte Teil für linksextremistische bzw. linksextremistisch beeinflusste Gruppen, andere sind an keine bestimmte Gruppierung gebunden.

Verlage/Vertriebsdienste	1982	1983	1984
Buchverlage	54	52	49
Zeitungs- und Zeitschriftenverlage	27	26	28
Vertriebsdienste	15	15	20
Summe:	96	93	97

3. Periodische Publikationen

Zahl und Auflage der Zeitungen und Zeitschriften linksextremistischer und linksextremistisch beeinflusster Organisationen haben sich gegenüber dem Vorjahr verringert, der Rückgang hält sich aber im Rahmen der seit Jahren beobachteten Schwankungen. Zur Verringerung der Auflage trug vor allem die anhaltende Krise innerhalb der „Neuen Linken“, aber auch die seit Juli 1983 aus Kostengründen erfolgte Einstellung der Montagsausgabe des DKP-Zentralorgans „Unsere Zeit“ (UZ) bei. Noch immer erreicht die Gesamtauflage der periodischen Publikationen linksextremistischer Organisationen und der von ihnen beeinflussten Gruppen jährlich nahezu 40 Millionen Exemplare. Nicht berücksichtigt sind dabei die zahlreichen Sonderausgaben und Sonderdrucke, die oft in hoher Stückzahl verbreitet werden und solche Publikationen, die weniger als viermal im Jahr erschienen; verlässliche Zahlenangaben sind wegen der großen Fülle dieser Publikationen nicht möglich.

4. Linksextremisten im öffentlichen Dienst

4.1 Ende 1984 waren den Verfassungsschutzbehörden 2220 (1983: 2299) Linksextremisten im öffentlichen Dienst bekannt. Die Dunkelziffer ist erheblich; es liegen Anhaltspunkte vor, daß allein in linksextremistischen Kernorganisationen 3000 bis 4000 Angehörige des öffentlichen Dienstes organisiert sind (die Zahl ist wegen des Zerfallsprozesses in Teilen der „Neuen Linken“ leicht rückläufig). Einzelheiten ergeben sich aus der folgenden Darstellung (Vergleichszahlen für 1983 in Klammern):

	Personen insgesamt	DKP und SEW	Neben- organisa- tionen von DKP und SEW	von DKP und SEW beeinflusste Organisa- tionen**	„Neue Linke“
Bundes- ebene*	221 (225)	170 (171)	7 (8)	9 (7)	35 (39)
Landes- ebene	1473 (1517)	986 (1004)	42 (33)	71 (77)	374 (403)
Kommunal- ebene	526 (557)	404 (420)	8 (5)	19 (11)	95 (121)
	2220 (2299)	1560 (1595)	57 (46)	99 (95)	504 (563)

* Wehrpflichtige in der Bundeswehr sind nicht erfaßt.

** In dieser Rubrik sind Personen, die einer beeinflussten Organisation angehören, nur erfaßt, wenn sie sich selbst linksextremistisch betätigt haben.

4.2 Von den erkannten 221 Linksextremisten im öffentlichen Dienst auf Bundesebene sind 119 bei der Bundespost und 53 bei der Bundesbahn tätig, meist in untergeordneten Funktionen; 9 sind Angehörige der Streitkräfte oder der Bundeswehrverwaltung.

4.3 Von den erkannten 1473 Linksextremisten im öffentlichen Dienst auf Landesebene sind beschäftigt (Vergleichszahlen 1983 in Klammern):

an Schulen und Hochschulen	1139 (1180)
davon als Lehrer	850 (854)
als wiss. Personal an Hochschulen	133 (169)
als sonstiges Personal an Schulen und Hochschulen	156 (157)
in der Justiz	26 (36)
bei der Polizei	2 (-)
in anderen Verwaltungsbereichen	306 (301)
	<hr/> 1473 (1517)

Hinzu kommen noch 75 bei Kommunen beschäftigte Lehrer.

4.4 Von den erkannten 2220 Linksextremisten im öffentlichen Dienst sind 1045 Beamte (1983: 1039), 1028 Angestellte (1983: 1106), 140 Arbeiter (1983: 145) sowie 7 Soldaten auf Zeit (1983: 9).

Die 1045 (1983: 1039) Beamten gehören folgenden Laufbahngruppen an (Vergleichszahlen 1983 in Klammern):

höherer Dienst	515	(514)
gehobener Dienst	431	(427)
mittlerer Dienst	78	(77)
einfacher Dienst	21	(21)

5. Linksextremistische Einflüsse in Studentenvertretungen

Die folgende Darstellung beruht auf einer Untersuchung der Wahlergebnisse an 60 der 64 Hochschulen mit Promotionsrecht. Die Fernuniversität Hagen und die Verwaltungshochschule Speyer wurden nicht berücksichtigt. Für 2 Hochschulen wurden keine Wahlergebnisse bekannt.

An diesen 60 Hochschulen studierten über 900 000 Studenten; die Beteiligung bei den Wahlen betrug im Durchschnitt etwa 25 %. Von den 60 Hochschulen hatten 41 eine verfaßte Studentenschaft. Einzelne dieser Hochschulen verfügen über Abteilungen mit jeweils eigenen studentischen Vertretungen. Die Gesamtzahl der Studentenvertretungen ist daher höher als die Zahl der berücksichtigten Hochschulen.

Der orthodox-kommunistische „Marxistische Studentenbund Spartakus“ (MSB) und der „Sozialistische Hochschulbund“ (SHB), dessen marxistisches Grundverständnis sowie Strategie und Taktik weitgehend mit kommunistischen Vorstellungen übereinstimmen, setzten ihr bereits seit Jahren bestehendes Bündnis auch 1984 fort.

5.1 Hochschulen mit verfaßter Studentenschaft

(Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein)

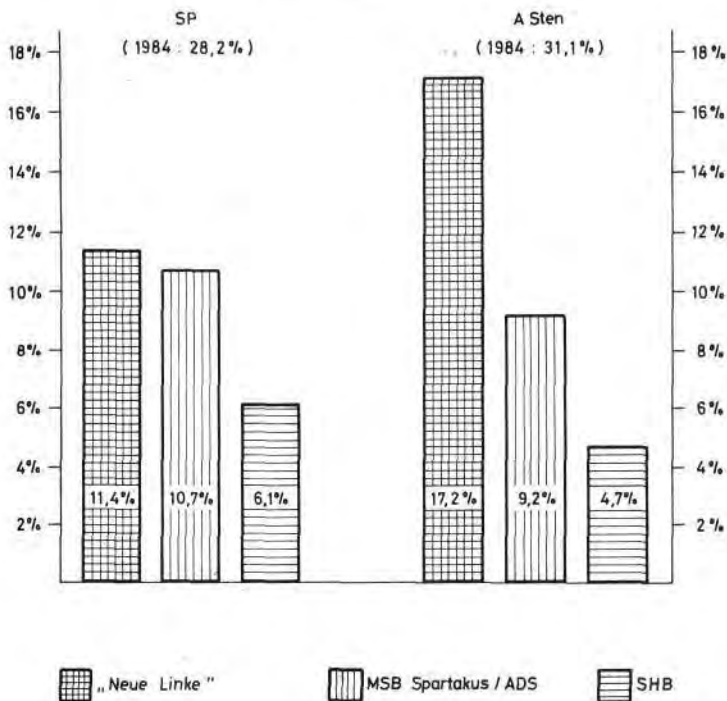
5.1.1 Studentenparlamente

Im Dezember 1984 waren in 38 der 44 berücksichtigten Studentenparlamente Mitglieder von Gruppierungen der „Neuen Linken“, des MSB/ADS* oder des SHB vertreten. In 5 Studentenparlamenten hatten sie mehr als 50 % der Sitze inne.

* „Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten Westberlin“

Linksextremistische Einflüsse in Studentenparlamenten (SP) und Allgemeinen Studentenausschüssen (ASten)

Stand: Dezember 1984



rote blätter

Studentenmagazin des MSB Spartakus

Nach dem Bafög-Kahlschlag:

Jetzt droht Noten terror

SPARTAKUS &
UNORGANISIERTE

WER NICHT KÄMPFT,
HAT SCHON VERLOREN!

Roter Pfeil

Zeitung des Marxistisch-Leninistischen
Schüler- und Studentenverbands - MLSV
13. Jahrgang Februar 84 Nr. 1 Preis 1,50 DM

WEHR DICH!

MSB, aktive Fachschaffter
und Unorganisierte, Ausländer

LISTE 7

Zwischenruf Links

Nr. 12, Oktober/November 1984

Zeitung der Kommunistischen Studenten

Arbeitsgemeinschaft für
REVOLUTIONÄRE HOCHSCHULPOLITIK

- Nachrichten, Analysen, Protokolle -

A & P

AGITATION & PROPAGANDA

Moskauhörig
Sabensich
Bitterböse

Offizielles
Zentralorgan des
MSB Spartakus
München

Bonner Hochschulzeitung

MARXISTISCHE GRUPPE (MG)

VERANSTALTUNGSTIP

Diskussionsveranstaltung

Das Menschenbild
der modernen Wissenschaft

Arbeitskampf von oben

DATENERFASSUNG
AN HOCHSCHULEN

INVASION IN DEN ALLTAG

KOMMUNIST

DKP-Hochschulgruppe KIEL

extremistische Hochschulzeitungen

Einzelheiten ergeben sich aus der folgenden Übersicht
(Vergleichszahlen 1983 in Klammern)*

Gruppen	Zahl der Sitze	Anteil	Vertreten in (Zahl der Parlamente)
	Dezember 1984	Dezember 1984	Dezember 1984
„Neue Linke“	171 (193)	11,4% (12,7%)	22 (24)
MSB/ADS	160 (173)	10,7% (11,4%)	36 (35)
SHB	91 (113)	6,1% (7,4%)	23 (23)
Zusammen	422 (479)	28,2% (31,5%)	38 (39)

* Der Übersicht mußten zum Teil Schätzungen – gestützt auf Erfahrungswerte der Vorjahre – zugrunde gelegt werden.

5.1.2 Allgemeine Studentenausschüsse (ASTen)

Im Dezember 1984 waren Mitglieder von Gruppierungen der „Neuen Linken“, des MSB/ADS oder des SHB in 26 der 42 berücksichtigten ASTen vertreten. Zwei ASTen setzten sich ausschließlich, neun weitere zu mehr als 50 % aus Mitgliedern dieser Gruppierungen zusammen.

Einzelheiten ergeben sich aus der folgenden Übersicht
(Vergleichszahlen 1983 in Klammern)*

Gruppen	Zahl der Sitze	Anteil	Vertreten in (Zahl der ASTen)
	Dezember 1984	Dezember 1984	Dezember 1984
„Neue Linke“	66 (62)	17,2% (16,7%)	14 (16)
MSB/ADS	35 (37)	9,2% (10,0%)	18 (18)
SHB	18 (28)	4,7% (7,5%)	8 (13)
Zusammen	119 (127)	31,1% (34,2%)	26 (28)

* Der Übersicht mußten zum Teil Schätzungen – gestützt auf Erfahrungswerte der Vorjahre – zugrunde gelegt werden.

5.2 Hochschulen ohne verfaßte Studentenschaft

(Baden-Württemberg, Bayern)

An den neun Universitäten in Baden-Württemberg waren im Dezember 1984 – wie im Vorjahr – zumindest in fünf ASten Angehörige von Listen mit linksextremistischer Beteiligung vertreten.

An den 10 bayerischen Universitäten gelangten Mitglieder von Gruppierungen der „Neuen Linken“, des MSB oder des SHB bzw. Vertreter von Listen mit linksextremistischer Beteiligung in sechs (1983: 7) studentische Konvente und zumindest in drei (1983: 5) Sprecherräte.

6. Soziologische Daten der wegen Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund rechtskräftig Verurteilten

In den nachfolgenden Übersichten zu Altersstruktur, Ausbildung und Beruf sind die in den letzten sieben Jahren wegen Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund rechtskräftig verurteilten Personen erfaßt (ohne Linksterrorismus):

6.1 Seit 1978 wurden 2031 Personen bekannt, die – zum Teil mehrmals – wegen Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund verurteilt wurden (2120 Urteile).

Altersstruktur: *

Jugendliche und Heranwachsende	(14–20 J.)	9,2 %
Personen der Altersgruppe	21–30 Jahre	76,3 %
Personen der Altersgruppe	31–40 Jahre	13,2 %
Personen der Altersgruppe	über 40 Jahre	1,3 %

Ausbildungsstand/Beruf:

Schüler/Studenten	44,6 %
Ungelernte	13,8 %
Facharbeiter	13,1 %
Angestellte	11,9 %

Die übrigen 16,6 % verteilen sich auf sonstige Berufsgruppen. 2 % der Verurteilten gehören dem öffentlichen Dienst an; 22,5 % sind Frauen. Die Verteilung nach Altersgruppen, Ausbildung und Beruf zeigt seit Jahren nur geringfügige Veränderungen. Sie gilt im wesentlichen auch für die 1984 wegen strafbarer Handlungen mit linksextremistischem Hintergrund verurteilten 287 Personen.

* Für die Zuordnung wurde auf das Alter zum Tatzeitpunkt abgestellt, bei Mehrfaktären auf das bei der ersten Tat.

6.2 Die 1984 Verurteilten gehörten zur Tatzeit den folgenden links-extremistischen Richtungen an (Vergleichszahlen aus dem Vorjahr in Klammern):

Orthodox-kommunistischen oder orthodox-kommunistisch beeinflußten Organisationen	27,1 %	(30,5 %)
„ <u>Neue Linke</u> “ K-Gruppen und Trotzlisten	16,9 %	(17,3 %)
sonstigen revolutionären Marxisten und Anarchisten	56,0 %	(52,2 %)

III. Schwerpunkte linksextremistischer Agitation

Die linksextremistische Agitation zielte auch 1984 darauf ab, die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland planmäßig herabzusetzen und verächtlich zu machen, um deren Werte in den Augen der Bürger zu erschüttern und den Boden für revolutionäre Veränderungen vorzubereiten. Die marxistisch-leninistischen Organisationen und Gruppierungen – sie stellen die Mehrzahl unter den Linksextremisten – mühten sich, einer „revolutionären Situation“ näher zu kommen, in der sie die bestehende Ordnung revolutionär beseitigen und durch die „Diktatur des Proletariats“ ersetzen wollen. Anarchistisch orientierte Gruppen der undogmatischen „Neuen Linken“* forderten, den demokratischen Rechtsstaat durch „Widerstand“ zu zersetzen und durch „grundlegende Umwälzung“ zu zerstören, um „basisdemokratische“ Räteysteme zu errichten oder eine völlig herrschaftslose – anarchische – Gesellschaft zu schaffen. Andere Linksextremisten begnügten sich mit der Forderung, das „imperialistische System“ und den gesamten „Herrschaftsapparat“ zu zerschlagen, ohne eigene Vorstellungen für Ordnungen und Verhältnisse, die an deren Stelle treten sollen, zu entwickeln.

* Zur undogmatischen „Neuen Linken“ werden diejenigen Gruppen gezählt, die den Marxismus-Leninismus als dogmatisch ablehnen: anarchische und sonstige sozialrevolutionäre Zusammenschlüsse, aber auch revolutionär-marxistische Gruppen, die den Leninismus kritisieren. Diese Gruppen sind oft nur lose organisiert und in ihren ideologischen Aussagen ungenau oder unvollständig.

1. Verfassungspolitik

Die orthodoxen Kommunisten legen seit Jahren Scheinbekenntnisse zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ab. Mit sinnentstellender Interpretation der Verfassungsnormen („Umwertung“) wollen sie ihre tatsächlich angestrebten verfassungsfeindlichen Ziele verschleiern (vgl. Abschnitt IV. Ziff. 1.1.1). Erneut gab die DKP vor, sie wolle „mit allen Kräften“¹ die „demokratischen Grundsätze des Grundgesetzes“ verteidigen². Regierungsparteien und Bundesregierung träten hingegen als „Machthaber“ die Verfassungsordnung „mit Füßen“³ und begingen „offenen Verfassungsbruch“⁴; das Rechtsstaatsprinzip sei bereits „außer Kraft gesetzt“⁵.

Gruppen der „Neuen Linken“, die ihre Ziele meist direkt und unverhohlen formulieren, riefen zu Umsturz und revolutionärer Gewalt auf. Sie diffamierten die demokratische Grundordnung als „Ausbeuterordnung“⁶ oder als „kapitalistisches Gewaltsystem“⁷, als „Nebelwand zur Verschleierung der Alleinherrschaft der Monopole“⁸. Sie forderten den Sturz der Regierung und die „Zerschlagung“ des „bankrotten kapitalistischen Systems“⁹. Undogmatische „Neue Linke“ empfahlen ihren Anhängern: „Schlagt endlich zu – zeigt den Schweinen, daß ihr nicht gelähmt seid. Zerschlagt das System, um zu leben“¹⁰.

2. Außen- und Verteidigungspolitik

Zu den Schwerpunkten linksextremistischer Agitation gehörte auch 1984 der Kampf gegen die NATO-Nachrüstung und gegen den „US-Imperialismus“ als „Hauptkriegstreiber“. Orthodoxe Kommunisten und Gruppen der „Neuen Linken“ beschuldigten die USA eines „expansiven“, „aggressiven“ und „abenteuerlichen“ Imperialismus.

Orthodoxe Kommunisten warfen der Bundesregierung vor, als „Feind unserer Sicherheit“ die „nationalen und Friedensinteressen“ zu mißachten. In einem „atomaren Inferno“ solle der „Sozialismus“ vernichtet werden¹¹. Den westlichen „Kriegsplänen“¹² – der „Militarisierung des Weltraums“, dem „Krieg der Sterne“¹³ – stehe das „sowjetische Friedensprogramm“¹⁴ gegenüber; dafür sei die DKP „der KPdSU und der Sowjetunion dankbar“¹⁵.

Gruppen der „Neuen Linken“ beschuldigten das „offensive Kriegsbündnis“ NATO der „äußersten Menschenverachtung“¹⁶; auch sie agitierten gegen die „militärische Offensive“¹⁷ der „BRD-Imperialisten“¹⁸; im Rahmen ihrer „Revanchismuskampagne“¹⁹ plane die Bundesregierung, „andere Völker zu überfallen“ und mit „Massenvernichtungswaffen auszulöschen“²⁰. Kritik übten „Neue Linke“ aber auch am „Sozialimperialismus“²¹ der Staaten des Warschauer Paktes, die „keineswegs . . . friedliebend und defensiv“²² seien.

3. Innen- und Sicherheitspolitik

Maßnahmen zum Schutz der inneren Sicherheit und die Tätigkeit der Sicherheitsbehörden nahmen als Ziel der linksextremistischen Agitation erneut breiten Raum ein. Die DKP sprach vom „lebensgefährlichen Treiben“ der „Geheimdienste“²³, deren „Achtgroschen-Söldner“²⁴ „Hetzjagd auf die Linke“²⁵ machten.

Ähnlich agitierte die „Neue Linke“: K-Gruppen sprachen von einer „Faschisierung des Staatsapparates“²⁶ und einer Innenpolitik, „die heute bereits tötet“²⁷.

4. Wirtschafts- und Sozialpolitik

Orthodoxe Kommunisten und „Neue Linke“ diffamierten die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung als „kapitalistische Barbarei“²⁸, die mit „brutalsten Kampfmitteln“²⁹ den „Übergang vom Sozial- zum Rüstungsstaat“³⁰ vollziehe.

„Entscheidende Ursachen“ wirtschaftlicher Schwierigkeiten seien die „antisoziale Kahlschlagspolitik“³¹ und die „hemmungslose Hochrüstungspolitik“³². Statt „plumper Sozialpartnerschaftsideologie“³³ müsse jetzt „der Geist des Klassenkampfes“ in die Gewerkschaften getragen werden³⁴ (vgl. Ziffer 2.4 und Abschnitt VI, Ziff. 3.4).

5. „Internationalismus“

Orthodoxe Kommunisten priesen die Unterstützung ideologisch nahestehender Regime und von „Befreiungsbewegungen“ in der „Dritten Welt“, insbesondere des sandinistischen Regimes in Nicaragua und der linksgerichteten Guerilla in El Salvador, als Ausdruck des „proletarischen Internationalismus“³⁵. Auf Kritik aus der „Friedensbewegung“ an der sowjetischen Besetzung Afghanistans reagierte die DKP-beeinflußte „Deutsche Friedens-Union“ (DFU) mit der Frage: „Wird es nicht schon schlimm sein, wenn die Sowjetunion Nicaragua in der Stunde der Not nicht direkt helfen können?“³⁶ „Neue Linke“ betonten Gemeinsamkeiten ihres „antiimperialistischen Kampfes“ hier mit den „Befreiungskämpfen“ in der Dritten Welt³⁷. Der „BRD-Imperialismus“³⁸ führe, ebenso wie die „US-imperialistische Gangsterpolitik“, einen „Kriegsvorbereitungsfeldzug“³⁹ zur „Ausbeutung und Unterdrückung“⁴⁰ in der Dritten Welt. Orthodoxe Kommunisten und Anhänger der „Neuen Linken“ richteten erneut heftige Angriffe gegen den Staat Israel, der angeblich als „aggressiv militärisches Instrument“ als „Hauptstütze“ zur Sicherung „imperialistischer Interessen“ im Nahen Osten fungiere⁴¹. Die zionistischen „Massenmörder im Regierungssessel“⁴² wendeten Methoden an, die „erschreckend an die der Nazis erinnerten“⁴³. Nach ihren Plänen sollten die „orientalischen Juden die Schlächter abgeben, die Palästinenser vertreiben, massakrieren, bewachen, beaufsichtigen“⁴⁴.

IV. Orthodoxe Kommunisten

1. Politische und organisatorische Entwicklung

1.1 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

1.1.1 Ideologisch-politischer Standort

Die DKP vertritt in der Bundesrepublik Deutschland den orthodoxen, d. h. den sowjetisch orientierten Kommunismus. Sie sieht sich dabei in Kontinuität und Tradition mit der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD). Deshalb erklärte ein hoher DKP-Funktionär, die Partei könne „aus längerer geschichtlicher Erfahrung urteilen“; „Kampfbedingungen“, wie sie heute bestehen, habe „sie schon durchgemacht und sogar noch schwerere“.

DKP ohne Einschränkung auf der Linie von KPdSU und SED

Vorbehaltlos folgte die DKP auch 1984 der von KPdSU und SED vorgegebenen ideologischen und politischen Linie. Für sie bleibt die KPdSU „stets Vorbild für ein Wirken im Sinne der Lehren von *Marx*, *Engels* und *Lenin* und des proletarischen Internationalismus“⁴⁵; das Verhältnis zur Sowjetunion bleibe der „Prüfstein für jeden wirklichen Revolutionär“⁴⁶. Der DKP-Vorsitzende Herbert *Mies* versicherte:

„Niemand wird je imstande sein, das Kampfbündnis zwischen den sowjetischen und den deutschen Kommunisten zu erschüttern. Alle – ob Freund oder Feind – sollten wissen: Dieses Bündnis des Herzens und des Verstandes, das sich bereits zur Zeit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution herausbildete und alle Prüfungen der Zeit bestanden hat, wird auch in Zukunft eine feste Größe in der europäischen Politik und in der kommunistischen Weltbewegung sein.“ (UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 1. 9. 1984, S. 7).

Die DDR ist das Vorbild

„Unverbrüchliche Solidarität und Freundschaft“ bekundete die DKP der DDR und ihrer „führenden Partei“, der SED; die DDR sei „eindrucksvoller Beweis für die Lebensfähigkeit und Kraft der marxistischen Theorie“ und derjenigen „Vorstellungen vom Sozialismus“, von denen sich auch die DKP leiten lasse⁴⁷.

Die DKP trat auch 1984 als „Verfechter“ des „proletarischen Internationalismus“ auf, der von einer führenden Rolle der KPdSU in der „kommunistischen Weltbewegung“ ausgeht. Dagegen lehnte sie Formen internationaler kommunistischer Zusammenarbeit scharf ab, wie sie von Vertretern des „sogenannten Eurokommunismus“, des „dritten Weges“ zum Sozialismus, propagiert würden – denn der Klassenkampf habe seinen „internationalen Charakter“ nicht verloren⁴⁸.

Verfassungsfeindliche Ziele der DKP

Die DKP verfolgt unverändert verfassungsfeindliche Ziele. Sie bekennt sich nach wie vor zur „marxistisch-leninistischen Weltanschauung“, die als „zuverlässiger Kompaß“ der Partei und jedem einzelnen Kommunisten den Weg weise⁴⁹ und zu ihrem Ziel, der Errichtung einer sozialistisch/kommunistischen Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland⁵⁰:

„Unser Ideal – das ist die sozialistische Republik ... in der die Arbeiterklasse im Bündnis mit allen übrigen werktätigen Schichten die politische Macht ausübt. In der es demokratische Volkskontrolle und Arbeiterkontrolle gibt ... in der das großkapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum übergegangen sein wird ... in der entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen geplant und gearbeitet wird.“ (UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 1. 12. 1984, S. 83; vgl. auch DKP-Bildungsjahr 1984/85, Heft 2, S. 8).

Als „unabdingbare Voraussetzung“ für den Sozialismus bezeichnet die DKP die „grundlegende Umwälzung der politischen Macht aus den Händen des Großkapitals in die Hände der Arbeiterklasse und der übrigen Verbündeten“⁵¹. Im Sprachgebrauch deutscher Kommunisten sind die Begriffe „grundlegende“ oder „sozialistische Umwälzung“ und „Macht der Arbeiterklasse“ gleichbedeutend mit „sozialistischer Revolution“ und „Diktatur des Proletariats“.

Ihr Grundmodell des Sozialismus/Kommunismus sieht die DKP in den sozialistischen Staaten verwirklicht⁵²; dort hätten dessen grundlegende, unverzichtbare Merkmale bereits „reale Gestalt angenommen“⁵³.

Entsprechend ihrer revolutionären Strategie und Taktik kämpfte die DKP unter den Bedingungen des von ihr so genannten „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ in der Bundesrepublik Deutschland unverändert für „Übergangsformen zum Sozialismus, neue Wege der Revolution“⁵⁴: Das Nahziel bildet dabei die „Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“. Sie soll das Kräfteverhältnis „zugunsten der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte“ verändern bei gleichzeitiger „Schwächung des Monopolkapitals“. Damit sollen Bedingungen für den nächsten „Kampfabschnitt“, die „antimonopolistische Demokratie“ geschaffen werden; diese ist eine „Phase grundlegender Umgestaltung“, in der durch eine „antimonopolistische Staatsmacht“ – getragen von einem „antimonopolistischen Bündnis“ unter Führung der Arbeiterklasse (d. h. der kommunistischen Partei) – Möglichkeiten für den Übergang zur „sozialistischen Revolution“ geschaffen werden⁵⁵. Die „antimonopolistische Demokratie“ entspricht – ebenso wie die „antifaschistisch-demokratische Ordnung“, die in den ersten Jahren der SBZ/DDR errichtet wurde – der Leninschen „revolutionär-demokratischen Diktatur“, einer Vorstufe der „Diktatur des Proletariats“.

Weiterhin bekräftigte die DKP die marxistisch-leninistische Forderung nach der „Einheit von Strategie und Taktik“, nach der Verbindung der „Tageskämpfe mit der sozialistischen Perspektive“⁵⁶. Der Kampf der DKP für Tages- und Nahziele ist also nur Mittel zur Erreichung des Endziels und damit Bestandteil ihrer verfassungsfeindlichen Aktivitäten. Dies gilt gleichermaßen für ihre Nebenorganisationen: So wies z. B. die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) ihre Mitglieder an, Jugendfragen aufzugreifen und „aktionsorientiert“ vorzugehen, den „Kampf um die Tagesforderungen“ stets mit dem „Kampf um den Sozialismus“ zu verbinden.⁵⁷

**DKP propagiert
„neue Wege der
Revolution“**

DKP will mit „Umwertungstaktik“ ihre wirklichen Ziele verschleiern

Auch die DKP ist bereit zu „revolutionärer Gewalt“

Zur Verschleierung ihrer Verfassungsfeindlichkeit gab die DKP erneut vor, „auf der Basis der im Grundgesetz verkündeten demokratischen Prinzipien und Rechte“ zu wirken und für diese zu kämpfen⁵⁸. Damit verfolgt sie die bereits von der KPD angewandte „Umwertungstaktik“: Sie interpretiert die tragenden Begriffe des Grundgesetzes einseitig und verfälschend aus ihrer marxistisch-leninistischen Sicht (z. B. Gleichsetzung „politischer Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen Werktätigen“ mit „tatsächlicher Volkssouveränität, Demokratie und Freiheit für das Volk“), um sich sodann als Verteidigerin des demokratischen Inhalts des Grundgesetzes auszugeben⁵⁹. Dabei mißt sie den – verfassungsmäßig garantierten – Rechten und Freiheiten keinen Eigenwert zu, sondern sieht in ihnen lediglich „Kampfbedingungen der Arbeiterbewegung, aller demokratischen Kräfte“⁶⁰.

Die DKP geht davon aus, daß eine „grundlegende Umwälzung“, die „Revolution“, ohne die Anwendung „revolutionärer Gewalt“ nicht möglich sei. Durch „Reformen“ könne das „Ausbeuter- und Unterdrückersystem“ nicht überwunden werden; vielmehr müsse der Sozialismus „im harten Klassenkampf“ durchgesetzt werden. Zwar hofft die DKP, die Gewalt begrenzen und ohne offenen Bürgerkrieg die Macht erobern zu können, sie stellt sich jedoch auch darauf ein, daß das „Monopolkapital“ versuchen werde, gesellschaftliche Veränderungen mit „blutiger konterrevolutionärer Gewalt“ zu verhindern⁶¹.

Selbst bei tagespolitischen Auseinandersetzungen war die DKP nicht bereit, sich „den bürgerlich rechtlichen Spielregeln des Gegners freiwillig (zu) unterwerfen“. Sie erklärte vielmehr, „zeitlich befristete und punktuelle Militanz“ könne „legitim“ sein⁶² und forderte, „alle Kampfformen“ zu unterstützen, die geeignet seien, „neue Kräfte zu mobilisieren“⁶³.

Orthodoxe Kommunisten beteiligten sich deshalb an Blockaden und Besetzungen, verübten Sachbeschädigungen, störten ihnen mißliebige Veranstaltungen und leisteten der Polizei Widerstand.

1.1.2 DKP-Parteitag vom 6.–8. Januar in Nürnberg

Auf ihrem 7. Parteitag vom 6. bis 8. Januar in Nürnberg stellte sich die DKP unverändert als disziplinierte und geschlossene, der KPdSU und der SED ergebene marxistisch-leninistische Partei dar. Entsprechend der Parteitagslosung „Der Frieden muß siegen! Jetzt erst recht: Arbeitsplätze statt Raketen!“ erklärte die DKP den Kampf gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen und für die „Durchsetzung des Rechts auf Arbeit“ (vgl. Ziffer 2.3 und 2.4) zu den Schwerpunkten ihrer politischen Aktivitäten.

Bei der Neuwahl der Führungsgremien der Partei (Parteivorstand, Zentrale Schieds- und Zentrale Revisionskommission) wurden Herbert *Mies* als Vorsitzender und Herman *Gautier* als stellvertretender Vorsitzender bestätigt. Von den Mitgliedern dieser Gremien (Durchschnittsalter etwa 50 Jahre) waren mehr als zwei Drittel bereits in der

illegalen KPD tätig; fast die Hälfte absolvierte mehrmonatige Lehrgänge an Parteischulen in der DDR oder der Sowjetunion.

1.1.3 Mitgliederstand und Gliederung

Die DKP unternahm wiederum große Anstrengungen, mehr Mitglieder zu gewinnen. Die auf ihrem 7. Parteitag beschlossene „Jugendkampagne“ zur Werbung junger Mitglieder wurde über den ursprünglichen Termin (31. Mai) hinaus bis zum 31. August verlängert. Im September behauptete die DKP, sie habe „mehrere Tausend“ Mitglieder hinzugewonnen⁶⁴ – vor allem aus den Reihen der „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend“ (SDAJ) und des „Marxistischen Studentenbundes Spartakus“ (MSB), den „Kaderreserven“ der Partei. Seit Jahren beklagt die DKP aber eine hohe Fluktuation unter ihren Mitgliedern; als Hauptursache nannte sie die Unfähigkeit, neue Mitglieder der Grundorganisationen zu integrieren.

Der Mitgliederstand dürfte daher 1984 nur leicht, auf etwa 40000, angestiegen sein (die DKP selbst nannte auf ihrem 7. Parteitag eine Mitgliederzahl von 50482).

Auch die Bemühungen, als „Partei der Arbeiterklasse“ den „Arbeiteranteil in der Mitgliedschaft“ zu stärken, waren wenig erfolgreich. Zwar rechnete die DKP 55 % der neuen Mitglieder „unmittelbar zur Arbeiterklasse“, aber nur 10 % davon waren in Betriebsgruppen, den wichtigsten Grundeinheiten der Partei, organisiert⁶⁵. Die DKP bekannte sich zu den Leninschen Normen der Mitgliedschaft und Organisationsprinzipien der „Partei neuen Typus“ (z. B. „demokratischer Zentralismus“, Parteidisziplin, Verbot der Fraktionsbildung). Erst die für alle Mitglieder verbindliche „Parteigesetzlichkeit“ gewährte den

Zahl der DKP-Mitglieder ist leicht angestiegen

„Charakter ... (der) Partei als der bewußten und organisierten Vorhut der Arbeiterklasse, der höchsten Form ihrer Klassenorganisation. Die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Organisation sichert die Stabilität, die Kontinuität der revolutionären Bewegung, die Prinzipienfestigkeit und die erforderliche Elastizität im Kampf, die immer engere Verbindung der Partei mit den breiten Massen des arbeitenden Volkes und die unablässige Stärkung der DKP als der entscheidenden Waffe der Arbeiterklasse im Kampf um ihre soziale und politische Befreiung.“

(Leitfaden für die Gruppenarbeit, hrsg. vom Parteivorstand der DKP, 3. überarbeitete Auflage, Januar 1984, S. 23)

Über die „Einheit und Reinheit“ der Partei wachen die „Schiedskommissionen“; sie forderten erhöhte Wachsamkeit gegenüber Polizei und Verfassungsschutz, spähnten konkurrierende „linksradikale“ Gruppen aus und überwachten die eigenen Parteimitglieder. Wiederholt führten sie bei Verstößen gegen die ideologisch-politische Linie Parteiordnungsverfahren mit dem Ziel des Ausschlusses durch, so z. B. gegen die Herausgeber der erstmals im September erschienenen „Düsseldorfer Debatte – Zeitschrift für Politik, Kunst, Wissenschaft“.

Die Mitglieder der DKP sind in mehr als 1500 Grundorganisationen

(Betriebs-, Wohngebiets- oder Orts- bzw. Stadtteilgruppen und Hochschulguppen) organisiert, die in nahezu 200 Kreisorganisationen zusammengefaßt sind; diesen sind 12 Bezirksorganisationen übergeordnet. Einzugsbereich und Sitz des jeweiligen Bezirksvorstandes entsprechen meist den Bundesländern; in Nordrhein-Westfalen und in Bayern gibt es jeweils 2 Bezirksorganisationen.

1.1.4 Parteischulung

Um den – nach Auffassung der DKP – verschärften „ideologischen Kampf“ erfolgreich zu bestehen, mahnte die Parteiführung, die „ideologische, weltanschauliche Bildungs- und Erziehungsarbeit“ zu verbessern (verantwortlicher Funktionär im Parteiapparat: Dr. Robert Steigerwald, Leiter der Abteilung „Theorie und marxistische Bildung“ und Mitglied des DKP Parteivorstandes). Vor allem die „Bündnis- und Massenarbeit“ verlange ein „Höchstmaß an kommunistischer Grundsatztreue und Prinzipienfestigkeit, an ideologischer und weltanschaulicher Stärke“⁶⁶.

Der marxistisch-leninistischen Indoktrination dienten erneut die zweimonatlichen Bildungsabende der Grundorganisationen; die vom Parteivorstand vorgegebenen Bildungsthemen befaßten sich mit der Parteilehre und der revolutionären Strategie und Taktik. Die Parteiführung kritisierte einen „Rückgang der Bildungsarbeit“.

Die „Marxistischen Betriebsarbeiterschulen“ bei den Bezirksorganisationen, auf denen kommunistische Betriebsarbeiter in „Marxismus-Leninismus“ unterwiesen werden, setzten ihre Tätigkeit fort (vgl. Ziffer 3); die Bezirksorganisation Hessen begann als erste mit einem Frauenfernstudium.

Zu den annähernd 40 ein- oder zweiwöchigen Grund- und Speziallehrgängen (z. B. zur Arbeit unter Arbeitslosen, in der „Friedens“- und in der „Frauenbewegung“ oder auf dem „Kampfplatz Betrieb“) an der parteieigenen „Karl-Liebknecht-Schule“ (mit Internat) in Leverkusen kamen etwa 900 Parteimitglieder.

Die DKP entsandte auch wieder rd. 300 Mitglieder zu Monats-, Dreimonats- oder Jahreslehrgängen auf Funktionärsschulen der SED und KPdSU: die eigens für die DKP in Berlin (Ost) eingerichtete „SED-Parteischule Franz-Mehring“ sowie das „Institut für Gesellschaftswissenschaften“ beim ZK der KPdSU in Moskau. Die FDJ-Hochschule „Wilhelm Pieck“ in der DDR und die Hochschule des Leninschen Komsomol (Jugendorganisation der KPdSU) stellten ebenfalls wieder Plätze für DKP- und SDAJ-Mitglieder zur Verfügung.

1.1.5 Finanzierung

Die DKP wies in ihrem Rechenschaftsbericht gem. § 23 Parteiengesetz für das Jahr 1983 Einnahmen in Höhe von insgesamt 17 809 553,- DM (1982: 16 488 872,- DM) aus (Bundestagsdrucksache Nr. 10/2172 vom 23. 10. 1984); davon entfielen 6,5 Millionen DM = 36,5 % (1982: 6,2 Millionen DM = 37,6 %) auf Mitgliedsbeiträge, 8,7 Millionen DM = 48,9 % (1982: 6,1 Millionen DM = 37 %) auf Spenden und

Die orthodoxen Kommunisten wurden in der DDR und der UdSSR geschult

1,7 Millionen DM = 9,6% (1982: 3,2 Millionen DM = 19,4%) auf Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften usw. Außerdem führte die DKP Sach-, Werk- und Dienstleistungen ihrer Mitglieder (§ 27 Abs. 3 Parteiengesetz) im Wert von 5,6 Millionen DM (1982: 5,5 Millionen DM) auf. Der Mitgliedsbeitrag wird einkommensabhängig bemessen. Im Durchschnitt blieb er 1984 bei etwa 15,-DM im Monat. Die Parteiführung rügte erneut mangelnde „Beitragsehrlichkeit“ der Mitglieder sowie unzulängliche Kassierung und Abrechnung der Beiträge.

Die im Rechenschaftsbericht angegebene Spendensumme enthält sieben größere Einzelspenden (1982: 8) mit Beträgen zwischen 20000,-DM und 100000,-DM (§ 25 Parteiengesetz) und einem Gesamtwert von 268000,-DM (1982: 416000,-DM).

Für ihre Unterstützung des Wahlkampfes der „Friedensliste“ (vgl. Ziff. 1.4.2) zur Wahl des Europäischen Parlaments am 17. Juni beansprucht die DKP von der „Friedensliste“ einen sechsstelligen Betrag aus deren Wahlkampfkostenerstattung.

Auch 1984 waren die orthodoxen Kommunisten auf erhebliche Zuwendungen aus der DDR angewiesen. Die im Rechenschaftsbericht genannten Einnahmen der Partei reichen kaum für die Löhne und Gehälter der mehreren hundert hauptberuflich tätigen DKP-Funktionäre und Hilfskräfte; ohnehin werden einige hauptamtliche Funktionäre in den Gehaltslisten DKP-nahestehender Firmen geführt, obwohl sie dort nicht arbeiten.

Beträge in Millionenhöhe waren nötig, um die Sachausgaben für den aufwendigen Parteiapparat zu bestreiten. Herstellung und Vertrieb des umfangreichen Agitationssmaterials erforderten ebenso hohe Ausgaben wie Großveranstaltungen, Kundgebungen, Wahlkämpfe und Kampagnen. Millionenbeträge wurden ferner für die Finanzierung ihrer Nebenorganisationen und für die Unterstützung beeinflusster Vereinigungen benötigt. Für diese Aufwendungen dürften der DKP wiederum mehr als 60 Millionen DM auf konspirativem Wege aus der DDR zugeflossen sein. Hinzu kommen umfangreiche geldwerte Leistungen in der DDR, wie unentgeltliche Benutzung von Schulungseinrichtungen, die Betreuung bei Delegationsreisen und die Übernahme von Erholungs-, Kur- und Krankenhausaufenthalten von DKP-Funktionären.

Die orthodoxen Kommunisten erhalten jährlich mehr als 60 Mio. DM aus der DDR

1.1.6 Parteipresse

Ihr Zentralorgan „Unsere Zeit“ (UZ, Chefredakteur: Georg Polikeit, Mitglied des Präsidiums des DKP-Parteivorstandes) ist für die DKP das „wichtigste Instrument“, um ihren Standpunkt zu verbreiten, in aktuelle Auseinandersetzungen einzugreifen sowie die „einheitliche Unterrichtung und Orientierung“ und das „einheitliche Auftreten und Handeln“ der Mitglieder zu gewährleisten⁶⁷.

Die Auflage der von Dienstag bis Samstag täglich erscheinenden Zeitung ging 1984 auf weniger als 25000 Exemplare zurück; die Freitagsausgabe mit Wochenendbeilage sank auf etwa 48000 (1983: 50000)

Kommunisten betreiben intensive Pressearbeit



Bürger aktiv gegen „Ampel-Klau“ / Seite 2

Wo hat Ludwig... betrogen? / Seite 3

2. März 1984

Stadtzeitung der DKP für Oldenburg

14. Jahrgang Nr. 4

Pulverturm

unser veedel



Stadtnachrichten

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei für Mainz



FRISCHER WIND

ZEITUNG FÜR SCHWANDORF UND UMGEBUNG

März 1984 Nr. 2
10. Jahrgang



LINKS RHEINISCHE



ZEITUNG DER DKP FÜR LUDWIGSHAFEN

Spezial-Vers auf die Kosten...
Ludwigshafen, Tel. 06 22-26 20 81

klingen stadt

Solinger Stadtzeitung der DKP
Jahrgang 18 / Nr. 2
Februar '84

FLASCHEN POST

Kommunalzeitung der DKP Gerresheim

AM 30. 9.

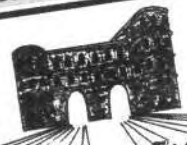
Nr. 1



marburger echo

Zeitung der DKP für Marburg

Jan. 84



TRIERER KEIKER

Zeitung der DKP für die Stadt Trier

Pinneberger DKP- INFORMATION

Nr. 1

16. Jahrgang

Januar 1984

Neues München

Zeitung der DKP

Jahrgang 14, Nr. 1



Einblick



Oberstein

DKP — Stadtzeitungen

Exemplare. Zu aktuellen Anlässen wie den „Großaktionen“ im „Friedensherbst '84“ oder zum „Kampf für die 35-Stunden-Woche“, wurden wiederum Extrablätter in hohen Stückzahlen (bis zu 170 000 Exemplaren) herausgegeben. Die vom 7. DKP-Parteitag beschlossene „UZ-Aktion '84“ vom 1. September 1984 bis 31. März 1985, die 6000 neue UZ-Abonnenten werben und den Freiverkauf der Wochenendausgabe auf 20 000 Exemplare erhöhen soll, verlief bisher für die Partei unbefriedigend.

Als bedeutenden Erfolg ihrer Öffentlichkeitsarbeit wertete die DKP das 6. zentrale „UZ-Pressesfest-Volksfest der DKP“ (vom 25. bis 27. Mai in Duisburg) – mehr als 300 000 Besucher, Gäste aus 40 Ländern, darunter Vertreter von 26 „Bruderzeitungen“, seien gekommen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand wiederum ein vielfältiges Unterhaltungsprogramm mit Künstlern und Sportlern aus der Bundesrepublik Deutschland, aus sozialistischen Staaten und Ländern der Dritten Welt.

Neben der UZ verbreitete die DKP eine große Zahl weiterer Publikationen. Der DKP-Parteivorstand gab – jeweils in unregelmäßigen Abständen – den „DKP-Pressedienst“, den „infodienst“ mit Material für DKP-Betriebszeitungen, Wohngebiets- und Hochschulzeitungen, die „DKP-Landrevue“ sowie die zweimonatlich erscheinende Zeitschrift „praxis-Erfahrungen aus dem Leben und der Arbeit der Partei“ heraus. Von den etwa 380 DKP-Betriebszeitungen und 480 weiteren „Kleinzeitungen“ der Bezirks-, Kreis- und Grundorganisationen erschienen einige bis zu zwölfmal im Jahr; die Einzelaufgaben dieser Blätter reichen von mehreren Hundert bis zu 120 000 Exemplaren.

Besondere Bedeutung für die Pressearbeit der DKP behielt die „Progress-Presse-Agentur GmbH“ (PPA). Die etwa 15 im wesentlichen von der DKP-Führung angeleiteten Redakteure und Korrespondenten sind in der PPA-Zentrale in Düsseldorf und den Büros in Bonn, Mannheim, München und Kiel tätig (das PPA-Büro Hamburg wurde aufgelöst). Die Agentur veröffentlicht einen „PPA-Tagesdienst“ mit Berichten über die Aktivitäten der DKP und ihrer Vorfeldorganisationen und mit DKP-genehmen Beiträgen aus nichtkommunistischen Zeitungen.

1.2 „Sozialistische Einheitspartei Westberlins“ (SEW) mit Neben- und beeinflussten Organisationen

Die SEW, die den orthodoxen Kommunismus in Berlin (West) repräsentiert, folgte auch 1984 uneingeschränkt den ideologischen und politischen Vorgaben von KPdSU und SED. Wie die DKP, so wird auch die SEW von der SED angeleitet und materiell erheblich unterstützt. Die enge Verbundenheit gegenüber der „Bruderpartei“ KPdSU machte der SEW-Vorsitzende Horst *Schmitt* deutlich:

„Wir versichern euch, liebe sowjetische Genossen, daß der Bruderbund zwischen unseren beiden marxistisch-leninistischen Parteien für immer unzerstörbar ist ...“ (SEW-Zentralorgan „Die Wahrheit“ vom 26. 5. 1984).

Auch die SEW ist völlig von SED und KPdSU abhängig

Die SEW zählte Ende 1984 unverändert etwa 4500 Mitglieder; die Auflage ihres als Tageszeitung erscheinenden Zentralorgans „Die Wahrheit“ blieb bei etwa 13000 Exemplaren.

Für die SEW und ihre Vorfeldorganisationen gehörten die Kampagne gegen die NATO und deren Verteidigungskonzeption sowie der „Kampf um die 35-Stunden-Woche“ zu den Schwerpunkten der politischen Arbeit. Im Juni startete die Partei eine Unterschriftenkampagne „Unsere Stadt gegen Atomwaffen“. Im „Friedensherbst“ bemühte sie sich auch für Berlin um eine „regionale Großaktion am 20. Oktober“. In den örtlichen Gremien der Protestbewegung konnte sie ihre einflußreiche Stellung behaupten. Bei Aktionsabsprachen schob sie erneut von ihr oder ihren Nebenorganisationen gesteuerte „bezirkliche Friedensinitiativen“ vor. Anfang November eröffnete die SEW mit einer „Parteikonferenz“ ihren Wahlkampf für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin und zu den Bezirksverordnetenversammlungen (10. März 1985). Ihr Wahlprogramm: „Mit der SEW für Frieden, Arbeit und eine gesicherte Zukunft“ nannte als Schwerpunkte den „Friedenskampf“, die Forderungen nach Ausbau der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern und den Kampf gegen Arbeitslosigkeit.

Wichtigstes innerparteiliches Ereignis war der 7. Parteitag (25.–27. Mai), auf dem die SEW mehr als 100 Gäste, darunter Abordnungen von 25 kommunistischen „Bruderparteien“, begrüßen konnte. Der SEW-Vorsitzende Horst *Schmitt* und die stellvertretenden Vorsitzenden Dietmar *Ahrens* und Inge *Kopp* wurden in ihren Ämtern bestätigt. Mit der Wahl des Vorsitzenden des Studentenverbandes „Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten Westberlins“ (ADS Westberlin), Michael *Rump*, in den Parteivorstand sind auch nach außen hin die Verflechtungen zwischen SEW und ADS Westberlin deutlich geworden.

Die ADS Westberlin und die SEW-Hochschulgruppen (beide haben unverändert je etwa 350 Mitglieder) beteiligten sich ebenso wie die SEW-Jugendorganisation „Sozialistischer Jugendverband Karl Liebknecht“ (SJV Karl Liebknecht) an der Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung.

Zum „Jugendtag '84“ des SJV Karl Liebknecht am 27. Oktober unter dem Motto „Frieden, Arbeit, Bildung und antiimperialistische Solidarität“ kamen etwa 10000 Besucher. Maßgeblich beteiligt war der Jugendverband an der Gründung des „Westberliner Vorbereitungskomitees für die 12. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1985 in Moskau“. Der Mitgliederstand des SJV Karl Liebknecht blieb mit etwa 800 Personen, darunter etwa 250 Kinder der „Pionierorganisation Karl Liebknecht“, gegenüber dem Vorjahr unverändert; auch 1984 unterhielt der Verband enge Beziehungen zur „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) der DDR und zum Leninschen Komsomol.

Die SEW konnte sich auf ein Netz von Vorfeldorganisationen stützen wie die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Westberlin – Verband der Antifaschisten“ (VVN Westberlin VdA) mit etwa 500 Mitgliedern, die „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft-

Westberlin“ (DSFW) mit etwa 500 Mitgliedern und den „Demokratischen Frauenbund Westberlin“ (DFB) mit etwa 600 Mitgliedern.

1.3 Nebenorganisationen der DKP

Auch 1984 setzte die DKP bei ihrer politischen Arbeit ihre Nebenorganisationen ein; die wichtigsten sind nach wie vor

- die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ),
- die „Jungen Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation“ (JP) und
- der „Marxistische Studentenbund Spartakus“ (MSB).

Diese Verbände sind zwar formell selbständig, mit eigenen Satzungen und Führungsorganen, sie bekennen sich jedoch zum Marxismus-Leninismus und zur führenden Rolle der DKP. Wesentliche Funktionen sind mit DKP-Mitgliedern besetzt.

1.3.1 „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)*

Die SDAJ bekannte sich auf ihrem VIII. Bundeskongreß am 15./16. Dezember in Bottrop erneut zum Marxismus-Leninismus als „Anleitung zum revolutionären Handeln“⁶⁸. Sie bezeichnete die DKP als die „revolutionäre Partei der Arbeiterklasse“ und „Kampfgefährten“ für eine „sozialistische Bundesrepublik“⁶⁹ und betonte den Vorbildcharakter des „realen Sozialismus“⁷⁰; In der DDR seien die großen Ziele der Arbeiterjugendbewegung realisiert⁷¹; in der UdSSR bestehe eine „wirklich freie Gesellschaftsordnung“⁷².

Die auf dem VIII. Bundeskongreß neugewählte SDAJ-Bundesvorsitzende Birgit Radow gehört dem DKP-Parteivorstand an, ihr Stellvertreter, Hans-Georg Eberhard, ist Mitglied der DKP. SDAJ-Landesvorsitzende gehören den jeweiligen DKP-Bezirksvorständen an.

Trotz eines Mitgliederwettbewerbs (Oktober 1983 bis März 1984) stagnierte die SDAJ bei etwa 15 000 aktiven Mitgliedern, die in etwa 1000 Gruppen organisiert sind. Die Gliederungen wurden wiederholt angewiesen, neue Gruppen zu bilden, „wo Jugendliche leben und arbeiten: im Betrieb, in der Schule, im Stadtteil“⁷³.

Das monatlich erscheinende SDAJ-Organ „elan – Das Jugendmagazin“ hatte eine Auflage von knapp 30 000 Exemplaren; die „Jugendpolitischen Blätter“ erreichten monatlich ca. 2000 Exemplare. „Elan“ gab monatlich den „elan-Artikeldienst für Betriebs-, Lehrlings-, Stadtteil- und Schülerzeitungen“ heraus. Gemeinsam mit Bundeswehrsoldaten gaben „elan“-Redakteure 1984 vier Ausgaben der Publikation „Rührt Euch – Zeitung für Soldaten“ heraus. Unregelmäßig und meist in geringen Auflagen verbreitete die SDAJ wiederum mehrere hundert Kleinzeitungen.

Die Schulung der SDAJ-Mitglieder erfolgte auf den Bildungsabenden ihrer Gruppen, in Bildungszirkeln und auf den meist einwöchigen Lehrgängen an der kommunistischen „Jugendbildungsstätte Burg

* Eine ausführliche Darstellung der politischen Linie, der Organisationsstrukturen und der politischen Aktionen der SDAJ gibt die 1984 vom Bundesminister des Innern veröffentlichte Darstellung „Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)

Lehrgänge Aurach 1984

Aurach-Seminare 1. Halbjahr 1984

12. 2. - 18. 2.
Einführung in die
Politik des MSB

19. 2. - 25. 2.
Einführung in die
Politik des MSB

19. 2. - 25. 2.
Friedenspolitik

18. 3. - 24. 3.
Einführung in die
Politik des MSB

18. 3. - 24. 3.
Zur Arbeit in der
Verfaßten Studentenschaft

25. 3. - 31. 3.
Seminar für
Gruppenvorstände

24. 3. - 1. 4.
Einführung in das
„Kapital“

LEHRGANG 5

08. - 14. 04. 1984

SDAJ-Arbeit an der Schule

Dieser Lehrgang ist für Schülergruppenleiter/innen und beschäftigt sich mit den Aufgaben in der Schülerpolitik und der Entwicklung von Gruppen und Gruppenleben der SDAJ'ler an Schulen.

AUFBAUKURS (14 TAGE)

Grundwissen für junge Sozialisten

In diesem Lehrgang wird ein Zirkel "Grundwissen für junge Sozialisten" durchgeführt. Die Themen sind: Klassen, Ausbeutung, Geschichte, Sozialismus, SDAJ und Junge Pioniere.



LEHRGANG 2

29. 01. - 04. 02. 1984

EINFÜHRUNGSKURS

Kampf um Abrüstung - wie weiter?



Inhalte sind die Kriegstrategie des Imperialismus und der Kampf der Friedenskräfte um Frieden und Abrüstung

LEH
17.

LEHRGANG FÜR KREIS-

VORSITZENDE

Auf diesem Lehrgang diskutieren Kreisvorsitzende über die aktuellen politischen Aufgaben und wie wir in der Leitungs- und Anleitungsarbeit vorankommen. Prinzipien der Leitungsarbeit und weltanschauliche Grundfragen sind ebenso Themen.

LEHRGANG 15

22. - 28. 07. 1984

Arbeit statt Raketen

Dieser Lehrgang ist für Betriebsgruppenleiter/innen und beschäftigt sich mit der Umsetzung und Entwicklung unserer Forderungen am Betrieb

LEHRGANG 4

11. - 17. 03. 1984

SDAJ-Arbeit im Stadtteil

Der Lehrgang ist für Genossinnen und Genossen, die sich mit der Entwicklung von jungen Gruppenleitern und Gruppen im Stadtteil beschäftigen.

LEHRGANG 9

24. - 30. 04. 1984

Die Arbeit als Pionierleiter



LEHRGANG 16

29. 07. - 04. 08. 1984

EINFÜHRUNGSKURS

Antifaschismus

Antifaschistischer Kampf Ende 20-er, Anfang 30-er Jahre und im "Dritten Reich" und die Lehren daraus für die Arbeiterbewegung heute soll der Inhalt dieser Lehrgänge sein.

LEHRGANG 3

25. 02. - 03. 03. 1984

KLASSIKERKURS

Das Kommunistische Manifest

Hier werden Grundlagen des Marxismus anhand des Kommunistischen Manifestes von Marx/Engels vermittelt.

Kommunistische "Jugendbildungsstätte
Burg Wahrberg" / Aurach

Wahrberg“ in Aurach/Krs. Ansbach.* Ausgewählten SDAJ-Mitgliedern standen auch wieder die Schulungseinrichtungen der DKP zur Verfügung (vgl. Ziff. 1.1.4).

Die SDAJ führte ihre zahlreichen Kontakte zu kommunistischen „Bruderorganisationen“ der DDR und des Auslandes fort. Über 40 von ihnen entsandten Vertreter zum VIII. SDAJ-Kongreß.

Abordnungen der SDAJ reisten zu zahlreichen politischen Veranstaltungen der FDJ in die DDR und nach Berlin (Ost) sowie zum *Leninischen Komsomol* der UdSSR. Gemeinsam mit dem „Marxistischen Studentenbund Spartakus“ (MSB) initiierte die SDAJ einen „Freundschaftszug“ in die UdSSR (17.8.–31.8.1984). Sie beteiligte sich an Kongressen anderer „Bruderverbände“ (u. a. in Frankreich, Spanien und den Niederlanden) sowie den Beratungen zu den Vorbereitungen der „12. Weltfestspiele der Jugend und Studenten“ (27.7.–3.8.1985 in Moskau).

Anfang September organisierte sie in der Bundesrepublik Deutschland ein Treffen mit Vertretern westeuropäischer kommunistischer Jugendverbände. Im sowjetisch gesteuerten „Weltbund der Demokratischen Jugend“ (WBDJ) stellt die SDAJ seit Jahren den Schatzmeister.

1.3.2 „Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation“ (JP)

Die JP, die 1984 ihr 10-jähriges Bestehen begingen, hielten an ihrem Ziel fest, im „Kampf gegen die bürgerliche Ideologie“ unter Kindern „sozialistische Ideen“ zu verbreiten und „sozialistisches Klassenbewußtsein“ zu entwickeln.⁷⁴ Die DKP sei die „revolutionäre Partei der Arbeiterklasse in der BRD“ und die „Deutsche Kinder-Partei“⁷⁵. Im „realen Sozialismus“ der DDR sei die „demokratischste Gesellschaftsordnung“⁷⁶ bereits verwirklicht.

Der langjährige JP-Bundesvorsitzende Achim *Krooß* ist Mitglied der DKP und der SDAJ-Bundesgeschäftsführung; auch zahlreiche JP-Funktionäre gehören der DKP oder der SDAJ an.

Die Zahl der JP-Mitglieder blieb bei ca. 4000. Zur Schulung der Pionierleiter wurden wiederum Lehrgänge an der kommunistischen „Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg“ durchgeführt. Die JP-Bundesleitung gab monatlich das „Pionierleiter-Info“ und die Kinderzeitung „pionier“ heraus.

Die JP unterhielten wie in den Vorjahren Kontakte zu Kinderorganisationen in der DDR und in anderen kommunistischen Ländern; sie gehören der „Weltkinderorganisation CIMEA“ an, einer Zweigorganisation des sowjetisch gesteuerten „Weltbundes der Demokratischen Jugend“ (WBDJ).

* Die „Jugendbildungsstätte“ wurde 1977 mit materieller Unterstützung der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) der DDR eingerichtet. Eigentümer der „Burg Wahrberg“ sind die Besitzer des Guts Wahrberg, von denen einer als Mitglied der DKP angehört. Auf der Burg sind zumindest fünf Personen ständig beschäftigt, darunter der Leiter der „Jugendbildungsstätte“ sowie deren Geschäftsführer; die Referenten der Schulungskurse kommen z. T. von auswärts.

1.3.3 „Marxistischer Studentenbund Spartakus“ (MSB)

Als „revolutionärer Studentenverband“ will der MSB einen Beitrag zur „grundlegenden Umgestaltung“ der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung leisten⁷⁷ – orientiert an den Ideen von Marx, Engels und Lenin. Sein Ziel ist die „sozialistische Demokratie“ unter Führung der „marxistisch-leninistischen Partei“⁷⁸. Wiederholt betonte der MSB seine enge Verbundenheit mit der DKP und beschrieb den „realen Sozialismus“ als vorbildlich.

Gegen die vorgesehene Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) rief er zum „Klassenkampf“⁷⁹ auf, zu Warnstreiks, Institutsbesetzungen, Blockaden und ähnlichen Kampfformen⁸⁰ „bis hin zur Lahmlegung der Hochschulen“⁸¹.

Der Bundesvorsitzende des MSB, Bernd Gäßler, wurde im Januar auf dem 7. DKP-Parteitag in den Parteivorstand der DKP gewählt. Seine beiden Stellvertreter gehören ebenfalls der DKP an.

Die Mitgliederzahl des MSB blieb mit etwa 6000 im wesentlichen unverändert.

Das MSB-Zentralorgan „rote blätter“ erschien monatlich in einer Auflage von etwa 15000 (1983: ca. 18000) Exemplaren. Zu aktuellen Ereignissen verteilte der MSB wiederum „rote blätter Extraausgaben“ in großer Zahl kostenlos. Im Herbst begann der Verband einen „rote blätter-Wettbewerb“, um den Freiverkauf und die Abonnentenzahl zu steigern und die „politisch-ideologische Ausstrahlungskraft“ zu vertiefen⁸². Der Bundesvorstand gab 1984 erstmals eine Mitgliederzeitung „Klartext“ heraus.

Der MSB bemühte sich um die intensive Schulung seiner Mitglieder, u. a. mit „Bildungsabenden“, Schulungskursen in der kommunistischen „Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg“ und auch in Seminaren mit Referenten des DKP-Parteivorstandes im „Marx-Engels-Zentrum“ in Wuppertal (vgl. Ziff. 5.2).

Die engen Verbindungen des MSB zur FDJ bestanden fort. MSB-Delegationen reisten zum „Jugendfestival“ der FDJ in Berlin (Ost) und beteiligten sich an den „Internationalen Freundschaftslagern“ der FDJ im Bezirk Potsdam (Februar) und am Scharmützelsee (19.–31. 7. 1984) sowie am „Internationalen Jugendlager“ in Werder/Havel (11.–16. 11. 1984).

1.4 DKP-beeinflußte Organisationen

Die DKP kann bei ihrem Bemühen, möglichst viele Bürger zur Unterstützung kommunistischer Nahziele zu mobilisieren, auf die Hilfe von etwa 50 überregional bedeutsamen Organisationen zurückgreifen; diese erscheinen nach außen meist unabhängig, sind aber tatsächlich erheblich von der DKP beeinflusst. Die Mehrzahl ihrer Mitglieder gehört nicht der DKP an. Dies gilt häufig auch für die Vorstände, doch liegen wesentliche Funktionen – vor allem im (hauptamtlichen) organisatorischen Bereich („Sekretariat“) – bei kommunistischen oder prokommunistischen Funktionären. Ein Beispiel für eine solche „Sekretariatsverfassung“ ist die „Freundschaftsgesellschaft Bundes-

republik Deutschland – Kuba e. V.“: Nach außen wird sie von einem Nichtkommunisten repräsentiert, die laufende Arbeit besorgen zwei DKP-Mitglieder und eine ehemalige MSB-Kandidatin.

Die DKP legt Wert darauf, daß die von ihr beeinflußten Organisationen sich nicht offen für „revolutionäre“ Ziele einsetzen. Vielmehr sollen sie Forderungen erheben, die für sich betrachtet nicht verfassungsfeindlich erscheinen und daher auch – wengleich aus anderen Beweggründen – die Zustimmung von Demokraten finden können. Damit soll die Hemmschwelle gegenüber einer Zusammenarbeit mit Kommunisten abgebaut werden. Zu den bedeutendsten Organisationen* zählen bei unterschiedlicher Intensität des kommunistischen Einflusses folgende Gruppierungen:

Ein Netz beeinflusster Organisationen soll Hemmschwelle gegenüber Kommunisten abbauen

1.4.1 „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA)

Der beherrschende kommunistische Einfluß auf die bereits 1949 gegründete VVN-BdA (etwa 13000 Mitglieder) blieb ungeschmälert; fast alle wichtigen Funktionen sind mit Kommunisten besetzt: Der Generalsekretär Kurt *Erlebach* ist Mitglied des DKP-Parteivorstandes, im „geschäftsführenden Präsidium“ haben Kommunisten eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Die Mehrzahl der hauptamtlichen Landessekretäre gehört der DKP an, ebenso wie die beiden Redakteure der seit Januar erscheinenden Mitgliederzeitschrift „antifaschistische Rundschau“.

Die Vorherrschaft der Kommunisten bestimmt auch das „Demokratie“-Verständnis der VVN-BdA. In einem internen Papier beklagte sie, in der Bundesrepublik Deutschland sei nach dem Kriege ein „Neubeginn“ verhindert worden. Dagegen sei mit der DDR ein „antifaschistischer, demokratischer Staat“ entstanden. Auf einer Großkundgebung zum 35. Jahrestag der DDR-Gründung am 9. September in Berlin (Ost) nannte der Altkommunist und Vizepräsident der VVN-BdA, Hans *Jennes*, die DDR ein „Bollwerk des Friedens und des Antifaschismus“.

VVN-BdA: DDR ist ein „demokratischer Staat“

Die DKP räumt der VVN-BdA seit jeher besonderen Rang ein. Auf dem 7. DKP-Parteitag begrüßte der stellvertretende Partei-Vorsitzende Hermann *Gautier* die Vertreter dieser „antifaschistischen Bündnisorganisation“ vor den Nebenorganisationen der Partei. Die Delegierten beschlossen, „noch mehr als bisher die Arbeit der VVN-BdA und alle antifaschistischen Aktionen tatkräftig zu unterstützen“. Schwerpunkte der VVN-BdA-Agitation und -Aktionen blieben der Kampf gegen „Faschismus“ und „Rechtsentwicklung“ sowie die Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung. Die Verbandsgliederungen wurden angewiesen, die „Mitarbeit in den Initiativen und Koordinierungsgremien der Friedensbewegung zu verstärken“. Kommunistische

* Ihre Zusammenarbeit mit internationalen kommunistischen „Frontorganisationen“ ist in Abschnitt VII 1.2 dargestellt.

VVN-BdA kämpft gegen „Antikommunismus“ und „Neofaschismus“

VVN-BdA-Funktionäre wirkten sowohl im bundesweiten „Koordinationsausschuß der Friedensbewegung“ (Sitz in Bonn) als auch in deren „Süddeutschem Koordinierungsausschuß“ (Sitz in Stuttgart) mit.

Neben ihrer maßgeblichen Beteiligung an „antifaschistischen Gegenaktionen“ gegen „neofaschistische Provokationen“ sah die VVN-BdA in der Vorbereitung von Aktionen zum 40. Jahrestag der Beendigung des 2. Weltkrieges (8. Mai 1985) einen Ansatzpunkt, breite „Bündnisse“ zu schaffen. Bereits zur Jahresmitte 1984 initiierte sie durch zwei ihrer kommunistischen Präsidiumsmitglieder einen „Aufruf zum 40. Jahrestag der Befreiung und des Friedens“, der anschließend auch von zahlreichen Nichtextremisten unterzeichnet wurde. Geplant sind „antifaschistische“ Demonstrationen am 4. Mai 1985 in Hamburg, Frankfurt und Köln. Einer der Kernpunkte des Aufrufs ist die Forderung, „dem Antikommunismus und dem Neofaschismus Paroli zu bieten“.

Die VVN-BdA hielt ihre engen Kontakte zum „Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR“ aufrecht. Im Juni vereinbarten beide Organisationen „Maßnahmen zur weiteren Vertiefung der brüderlichen Zusammenarbeit“⁸³.

1.4.2 „Deutsche Friedens-Union“ (DFU)

Die DFU, die seit Jahren nur etwa 1000 Mitglieder (Eigenangabe: 12400) zählt, spielt nach wie vor eine wichtige Rolle in der „Volksfront“-Politik der DKP: Sie beteiligte sich an der Organisation des „Friedenskampfes“ und betreute weiterhin die „Krefelder Initiative“ (Kontaktadresse: Josef Weber, Mitglied des DFU-Direktoriums). Ihr Einfluß auf die Initiativen „Weg mit den Berufsverboten“ und „Christen für die Abrüstung“ (CfA) hielt an. Mehrere Pfarrer aus DFU-Führungsgremien (Direktorium, Bundesvorstand) arbeiten bei der CfA mit.

Der Einfluß der DFU auf „Bewegungen“ und „Initiativen“ wird durch einen aufwendigen und leistungsfähigen „Apparat“ ermöglicht, der in den Händen hauptamtlicher Funktionäre – darunter mehrere erkannte Kommunisten – liegt. In den Leitungsgremien der DFU wirken zahlreiche ehemalige Mitglieder der 1956 verbotenen „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) mit, wie z. B. der Sekretär des DFU-Direktoriums, der in der DDR geschulte Heinz Dreibrodt. Die engen Verbindungen von DKP und DFU werden u. a. dadurch dokumentiert, daß das DFU-Direktoriumsmitglied Lorenz Knorr gleichzeitig der DKP angehört.

DFU verzichtet auf Status als politische Partei

Auf ihrem „Außerordentlichen Unionstag“ am 31. Mai in Essen gab die DFU ihren Status als Partei auf und konstituierte sich als „politische Vereinigung“. Sie deutete an, „Veränderungen in den Parteisetzen“ – gemeint waren offenbar die geänderten Bestimmungen über die Offenlegung der Parteien-Finanzierung – hätten zu diesem Schritt geführt. In ihrem Rechenschaftsbericht gem. § 23 Parteiengesetz hatte die DFU für 1983 Einnahmen in Höhe von 3184531 DM (1982: 2644964 DM) angegeben und davon 14% als Mitgliedsbeiträge und

AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Wir Frauen

dg

**DEMOKRATISCHES
GESUNDHEITSWESEN**
ZEITSCHRIFT FÜR GESUNDHEIT
UND SOZIALBERUFE

Zivil Courage

1 H 5756 F
Nr. 8 November/Dezember 1984
10. Jahrgang
DM 2,-

FRIEDEN durch ABRÜSTUNG

Argumente gegen das Wettrüsten

cuba libre

Informationen der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba - Nr. 4 - Okt. 1984 - 3,- DM

antifaschistische Rundschau

Nr. 10 / Oktober 1984

D 8006 F

FORUM Wissenschaft

Bund demokratischer Wissenschaftler e.V. (BdWi)

Gründungsleiter:
Hans-Joachim Lauth - Heideggerstr. 1
Herten, 481 - Telefon 049 22 13 13

Informationen
Wissenschaft und Frieden

Abrüstungsinformation

Argumente, Dokumente, Informationen

Jörg Huftschmid

Soziale Folgen und wirtschaftspolitische Hintergründe der Aufrüstung und Atomkriegsvorbereitung in der Bundesrepublik

KOMITEE FÜR FRIEDEN, ABRÜSTUNG UND ZUSAMMENARBEITUNG
1. Geschäftsstelle an der Friedrichstraße 20, Postfach 10 15 10, 100 15 Berlin
Telefon 030 889 93 01 - Telefax 030 889 93 11
Friedensrat e.V. Postfach 10 15 10 10, 100 15 Berlin

Nica

Schriften DKP — beeinflusst
Organisationen

Wahlbündnis „Die Friedensliste“

81 % als Spenden ausgewiesen. Bei den Spenden an die Landesverbände sei gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 122 Prozent eingetreten (1983: 574303 DM; 1982: 259049 DM).

In der offiziellen Begründung für die Aufgabe des Parteienstatus hieß es dagegen, schon seit 1965 – die DFU war 1960 auf kommunistisches Betreiben gegründet worden – habe die Organisation ihren „wesentlichen Zweck“ nicht mehr in der eigenständigen „Beteiligung an Wahlen“ gesehen. Auch in Zukunft werde die „Beteiligung an Bündnislisten das Wahrscheinlichere“ sein. Dementsprechend war die DFU, neben der DKP und den „Demokratischen Sozialisten“ (DS), treibende Kraft bei der Entwicklung der politischen Vereinigung „Die Friedensliste“, die zur Europa-Wahl am 17. Juni kandidierte (vgl. Ziff. 6.1).

DKP- und DFU-Funktionäre sind in allen Gremien der „Friedensliste“ vertreten und gehörten zu deren Kandidaten für die Europa-Wahl. Nach eigenem Bekunden hat die DFU die „Politik der Friedensliste entscheidend mitgeprägt“.

Unablässig warb die DFU für die Zusammenarbeit von Kommunisten und Demokraten. In einem Grußschreiben an den 7. DKP-Parteitag bekundete sie ihre „Solidarität“ mit der Partei und wandte sich gegen den „Antikommunismus“. In der „Friedensbewegung“ forderte sie, keine Gruppe „auszugrenzen“⁸⁴. Die Frage sei, ob man zusammen mit Kommunisten „für Frieden und Gerechtigkeit“ eintreten oder aber mit den Vereinigten Staaten „kollaborieren“⁸⁵ wolle.

In mehreren Bundesländern stellt die DFU seit Jahren Koordinierungszentren für landesweite „Friedensbündnisse“. Für die „Ostermärsche '84“ war die DFU-Landesgeschäftsstelle Hessen – wie 1982 und 1983 – „Zentrale Informationsstelle“. Im „Regionalausschuß Nord“ der „Friedensbewegung“, der bei der Hamburger DFU-Landesgeschäftsstelle eingerichtet worden war, und auch im süddeutschen „Aktionsbüro Friedensherbst '84“ arbeiteten DFU-Funktionäre mit.

Die DFU behielt ihren engen Kontakt zum „Friedensrat der DDR“ bei; die DFU-Landesverbände veranstalteten wie in den Vorjahren „Studienreisen“ in die DDR.

1.4.3 „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KFAZ)

Neben der DFU blieb das KFAZ das wichtigste bündnispolitische Instrument des kommunistischen „Friedenskampfes“. Da es weder über eine Satzung noch über feste organisatorische Strukturen verfügt, ist eine demokratische Kontrolle seines zentralen Leitungsgremiums, des „Büros“, faktisch nicht möglich. Von den 16 Mitgliedern des „Büros“ gehören neun persönlich oder über ihre Organisationen (DFU, VVN-BdA) dem sowjetisch gesteuerten „Weltfriedensrat“ (WFR) an, acht „Büro“-Mitglieder üben zugleich führende Funktionen in der DKP oder in von ihr beeinflussten Organisationen aus. Vier nichtkommunistische „Büro“-Mitglieder richteten Grußschreiben an den 7. DKP-

Parteitag. In der personellen Besetzung des „Büros“ spiegeln sich die vorrangig umworbenen Zielgruppen kommunistischer Bündnispolitik wider: Sozialdemokraten, Liberale, Gewerkschafter, Betriebsarbeiter, Christen beider großen Konfessionen und „Ökologen“. Entscheidende Impulse und Aktivitäten innerhalb des „Büros“ gingen aber auch 1984 wieder von orthodoxen Kommunisten aus.

Den Schwerpunkt seiner Tätigkeit sah das KFAZ wiederum in der Einflußnahme auf die „Friedensbewegung“. In deren bundesweitem „Koordinationsausschuß“ wirkten für das Komitee die „Büro“-Mitglieder Achim *Maske* (WFR-Präsidium) und Gunnar *Matthiessen* (WFR), für die Initiative „Frauen in die Bundeswehr? – Wir sagen Nein!“ das „Büro“-Mitglied Mechtild *Jansen* (WFR-Mitglied) mit. Unter dem starken Engagement in der bundesweiten Koordination des „Friedenskampfes“ litt die eigenständige Arbeit des KFAZ: Am 14./15. Juli führte es in Mannheim und am 25./26. August in Münster – ohne größere Resonanz – Seminare zur „längerfristigen und politischen Aktionsstrategie der Friedensbewegung“ durch.

Publikationen, darunter eine Schrift eines DKP-Parteivorstandsmitgliedes, gab das KFAZ – wohl aus steuerrechtlichen Erwägungen – „in Zusammenarbeit“ mit der „Fördergesellschaft für Friedensarbeit e. V.“ heraus, die 1982 in Köln von acht „Büro“-Mitgliedern und einem Mitglied des WFR-Präsidiums gegründet worden war. Spenden wurden nicht mehr auf das Konto des KFAZ, sondern auf das Konto der „Fördergesellschaft“ erbeten.

1.4.4 „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner“ (DFG-VK)

Obwohl die DFG-VK, die im März ihren Sitz nach Velbert verlegte, am Jahresende nur noch etwa 18 500 Mitglieder (1983: mehr als 20 000) zählte, blieb sie die mitgliederstärkste DKP-beeinflußte Organisation. Unter den DKP-beeinflußten Vereinigungen ist sie nach wie vor diejenige mit dem höchsten Anteil an nichtkommunistischen Mitgliedern. Für wichtige Arbeitsbereiche in ihrem Bundesvorstand zeichneten auch 1984 Kommunisten verantwortlich; zwei von ihnen – Gregor *Witt* (Referat „Dokumentation und Information“) und Rolf *Breuch* (Referat „Abrüstung“) – gaben ihre DKP-Mitgliedschaft offen zu erkennen. Klaus *Mannhardt*, bis Anfang 1985 einer der beiden gleichberechtigten Bundesvorsitzenden, gehört dem KFAZ-„Büro“ und dem WFR an. Der Bundesvorstand der DFG-VK übermittelte dem 7. DKP-Parteitag „solidarische Grüße“ und wandte sich gegen „antidemokratische“, „antikommunistische Hetze“. Im Februar waren die beiden DFG-VK-Bundesvorsitzenden Gäste einer „Friedensmanifestation“ in der DDR, im Oktober führten sie eine Delegation des Bundesvorstandes an, die in Berlin (Ost) mit Vertretern des „Friedensrates der DDR“ über eine „Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit“⁸⁶ beriet. Anlässlich des 35. Jahrestages der DDR-Gründung sprachen sie dem DDR-„Friedensrat“ „Anerkennung für das unermüdliche Friedensengagement“ aus⁸⁴.

Schwerpunkt blieb der „Friedenskampf“, die Kampagne gegen die Nachrüstung und gegen die Strategie der NATO.

Kontakte zu DKP und „DDR-Friedensrat“

**DFG-VK betrieb
„Verweigerungskam-
pagne“**

Im September trafen Vertreter des DFG-VK-Bundesvorstandes und des DKP-Parteivorstandes zu einem Meinungsaustausch zusammen. Das Ausmaß des kommunistischen Einflusses ist in den Gliederungen der DFG-VK nach wie vor unterschiedlich, teilweise unbeachtlich. In Leserbriefen im Verbandsorgan „Zivil Courage“ wurde auch Kritik und Distanzierung gegenüber kommunistischen Positionen laut. Der Einfluß der verbandsinternen „radikalpazifistischen Opposition“ ging zurück, ihre Aktivitäten ließen nach.

Obwohl die DFG-VK ein „pazifistischer“ Verband sein will, ist sie ihrem Bundesvorstandsmitglied Gregor Witt (DKP) zufolge bereit, mit „Befreiungsbewegungen“ zusammenzuarbeiten, auch wenn diese „ihren Kampf bewaffnet führen“⁸⁸.

Schwerpunkte der Agitation der DFG-VK blieben der „Friedenskampf“ und die Wehrdienstverweigerung. Im „Koordinationsausschuß der Friedensbewegung“ und in dessen „Geschäftsführung“ war der DFG-VK-Bundesvorstand durch Gregor Witt (DKP) und einen der beiden Bundesvorsitzenden in „exponierter Rolle“⁸⁹ vertreten. Auch in landesweiten und regionalen Zusammenschlüssen der „Friedensbewegung“ wirkte die DFG-VK verantwortlich mit. Wiederholt forderten DFG-VK-Funktionäre, der Verband müsse neben seinen „Bündnisaktivitäten“ innerhalb der „Friedensbewegung“ stärker den „politischen Pazifismus“ repräsentieren. Einen wichtigen Ansatzpunkt dazu sahen sie in der „Verweigerungskampagne“, die u. a. auf eine „Selbstverpflichtung“ der Bürger zur „Verweigerung aller Kriegsvorbereitungen und Kriegsdienste“ abzielte und vor allem „verteidigungsrelevante“ Zielgruppen wie Lehrer, Mediziner und Reservisten erfassen sollte; an der „Popularisierung“ dieser Kampagne war die DFG-VK maßgeblich beteiligt. In der zuständigen Arbeitsgruppe des „Koordinationsausschusses der Friedensbewegung“ wirkten zwei DFG-VK-Bundesvorstandsmitglieder mit.

Die Resonanz auf den von der DFG-VK proklamierten Tag der „massenhaften Kriegsdienstverweigerung“ am 23. Mai (Jahrestag des Grundgesetzes) war indes gering, ebenso die Beteiligung an den „Verweigerungstagen“ im „Friedensherbst '84“ (20. bis 24. November).

1.4.5 „Demokratische Fraueninitiative“ (DFI)

Die 1975 mit Unterstützung der DKP gegründete DFI gliedert sich in mehr als 100 Ortsgruppen ohne feste Mitgliedschaft. In ihrem Leitungsgremium, dem „Zentralen Arbeitskreis“, arbeiten seit Jahren Kommunistinnen und Funktionärinnen DKP-beeinflußter Vereinigungen maßgeblich mit, wie z. B. das DKP-Parteivorstandsmitglied Erika Schorler, die betonte, der Kampf der DFI sei „antimonopolistisch“ und gegen „Antikommunismus“ gerichtet. In Diskussionspapieren ihrer Führungsgremien bezeichnete sich die DFI als „antikapitalistische Fraueninitiative“, die für eine „grundsätzlich andere, humane und sozialistische Gesellschaft“ eintrete. Dem 7. DKP-Parteitag übermittelte die Initiative „solidarische Grüße“.

Seit September 1983 besteht – zur „besseren Abwicklung der finan-

ziellen Seite“⁹⁰ – neben der DFI ein „DFI e. V.“. Vorsitzende dieses Vereins ist Mechtild *Jansen* (Mitglied des „Zentralen Arbeitskreises“ der DFI, des KFAZ-„Büros“ und des WFR, vgl. auch Ziff. 1.4.3); ihre Stellvertreterin ist eine DKP-Funktionärin. Mit „frauenspezifischen“ Losungen beteiligte sich die DFI wiederum an Kampagnen, die auch von Kommunisten gefördert wurden. Schwerpunktforderungen waren dabei – gemäß dem auf der DFI-Bundeskonferenz am 2./3. Juni in Köln diskutierten Aktionsprogramm – „Zurücknahme der Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen“, „35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich“ und „Streichung des § 218“. Den von der DFI mitorganisierten „Großen Frauenprotest zum Muttertag“ am 12. Mai in Bonn (etwa 6000 Teilnehmerinnen) wertete die DKP als „qualitativ neuen Schritt“ ihrer Bündnisarbeit. Neben ihrem zweimonatlich erscheinenden Organ „Wir Frauen“ (Auflage: 3500) gab die DFI erneut einen gleichnamigen Jahreskalender in einer Auflage von 50000 Exemplaren heraus; eine der beiden verantwortlichen Redakteurinnen ist Funktionärin der DKP.

1.4.6 „Vereinigung Demokratischer Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e. V.“ (VDJ)

Im Bundesvorstand der 1972 auf Initiative der DKP gegründeten VDJ arbeiteten auch 1984 Mitglieder und Unterstützer der DKP maßgeblich mit. Schwerpunkte ihrer Aktivitäten waren Veranstaltungen und Gutachten zu den Themen „Frieden und Abrüstung“, „Faschismus in Recht und Justiz“, „Neofaschismus“ und „Berufsverbote“. Die VDJ-Bundesdelegiertenkonferenz am 25. November in Berlin (West) empfahl den 25 Regionalgruppen (zusammen etwa 800 Mitglieder), alle Gelegenheiten zu nutzen, „die Verfassungs- und Völkerrechtswidrigkeit der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles“ darzulegen. Ferner sollten sie der Protestbewegung „organisiert Rechtshilfe“ leisten, auch im Falle von Demonstrationen „im Zusammenhang mit Manövern und anderen militärischen Aktivitäten“. Der bisherige Bundesvorsitzende, Professor Norman *Paech*, wurde in seinem Amt bestätigt.

1.4.7 „Antimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika“ (ASK)

Das ASK bildet das organisatorische Dach für „antiimperialistische Bündnisse“ von Kommunisten und Demokraten. Seit Jahren arbeiten dort kommunistische Organisationen, Publikationen und Personen mit demokratischen Kräften zusammen. Die laufenden Geschäfte des ASK besorgt ein DKP-Mitglied. Im Jahre 1984 konzentrierte das ASK seine Bemühungen auf eine bundesweite Koordination von „Chile-Komitees“ sowie „Solidaritätsaktionen“ für Nicaragua und für „Befreiungsbewegungen“ in Südafrika. So war das Komitee – neben der SDAJ und demokratischen Vereinigungen – Mitorganisator der Konferenz „Frieden für das südliche Afrika“ vom 12. bis 14. Oktober in Köln

(450 Teilnehmer). Für seine Aktivitäten in Nicaragua hat das ASK nach eigenen Angaben bislang mehr als 300000 DM gesammelt. Im ASK arbeitet u. a. das „Antiimperialistische Informationsbulletin“ (AIB) mit, das monatlich in einer Auflage von etwa 5000 Exemplaren erscheint. Von den elf Herausgebern dieser Publikation sind mehr als die Hälfte kommunistische Funktionäre.

2. Bündnispolitik

Um ihre „schwache Stellung in Parlamenten“ wettzumachen und sich eine „Massenbasis“ zu schaffen, suchen orthodoxe Kommunisten die Zusammenarbeit mit nichtkommunistischen Kräften im „außerparlamentarischen Kampf“. Bei ihrem Bemühen um „breite Bündnisse“ sehen sie sich zur „größten taktischen Beweglichkeit“⁹¹ gezwungen. Deshalb formulieren und übernehmen sie Forderungen, die auch von Demokraten vertreten werden. Sie lassen jedoch keinen Zweifel, daß taktische Kompromisse nur dazu dienen, die „strategischen Ziele“ zu erreichen. Entscheidend ist für sie, ob sich der Kampf um die „Tagesforderungen“ mit dem „Kampf um Sozialismus“ verbinden läßt.⁹² Folgerichtig bezeichnet die DKP ihre „Bündnispartner“ als Kräfte, mit denen „die im Programm formulierten“ – verfassungsfeindlichen – „Ziele . . . durchgesetzt werden sollen“⁹³. Für Kommunisten ist Bündnispolitik „kein Selbstzweck“:

„Sie ist ein wichtiges Instrument zur . . . Erfüllung der historischen Mission der Arbeiterklasse: Sturz der kapitalistischen Ordnung und Durchführung der sozialistischen Revolution“ (Kommunistische Bewegung und revolutionärer Kampf, Verlag Marxistische Blätter, Ffm. 1979, S. 218).

Zur Verwirklichung ihrer Ziele strebt die DKP vor allem zwei Bündnisformen an:

- die „Aktionseinheit der Arbeiterklasse“, d. h. die Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und parteilosen Arbeitern,
- das „breite antimonopolistische Bündnis“ („Volksfront“), das sich gegen den „Hauptfeind“, das „Monopolkapital“, richtet und – aufbauend auf der „Aktionseinheit“ – Intellektuelle und „bürgerliche“ Kreise bis hin zu mittleren Unternehmern einbezieht.

Obwohl Kommunisten vorgeben, in solchen „Bündnissen“ keinen Führungsanspruch zu stellen, wissen sie sich doch als Marxisten-Leninisten zur Führung berufen, denn ihr Programm stimme mit den „historischen Gesetzmäßigkeiten“ überein und gebe ihnen „geistige Überlegenheit“.

Ein wichtiges publizistisches Forum kommunistischer Bündnispolitik blieb die „Deutsche Volkszeitung/die tat“ (DVZ/die tat), die unter Leitung eines DKP-Mitgliedes seit Oktober 1983 wöchentlich mit einer Auflage von ca. 30000 Exemplaren erscheint. Der Anteil der

Kommunisten unter den 17 Redaktionsmitgliedern ist auf drei Viertel angestiegen.

Die DKP zog auch 1984 eine positive Bilanz ihrer Aktionseinheits- und Bündnispolitik, für die beim Parteivorstand dessen Abteilung „Demokratische Bündnispolitik“ (Leiter: Peter *Dietzel*) zuständig ist: Die Partei habe einen „erheblichen Grad an Aktivitäten und politisch-organisatorischer Kraft“ in außerparlamentarische Bewegungen eingebracht⁹⁴; ihre „vergleichsweise starken Positionen“ dort seien „gefestigt“⁹⁵ worden. Dabei – so stellte sie zu Recht fest – sei es ihr gelungen, „Isolierungen zu durchbrechen“⁹⁶.

2.1 Bemühungen um „Aktionseinheit“ mit Sozialdemokraten

Die Sozialdemokraten blieben die „Hauptadressaten“ des kommunistischen Bemühens um gemeinsames Handeln; diese „Aktionseinheit“ sei „unverzichtbar“⁹⁷.

Zum 50. Jahrestag des saarländischen „Einheitsfrontabkommens“ („Aufruf an das Saarvolk“ der KPD und SPD vom 2. Juli 1934) erklärte deshalb die DKP, sie wolle die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten „auch für die Zukunft . . . für die sozialistische Umgestaltung der Bundesrepublik“⁹⁸. Das Ziel der „Aktionseinheitspolitik“ sieht die DKP in der DDR mit einer einheitlichen revolutionären Partei der Arbeiterklasse verwirklicht.⁹⁹

Die DKP verstärkte ihre Bemühungen, die SPD-Parteiführung in Bündnisse einzubeziehen („Aktionseinheit von oben“): „Aktionsangebote“ mußten sich an die „sozialdemokratischen Mitglieder-massen“ („Aktionseinheit von unten“) und an die gesamte Partei, „auch an ihre Führung“ richten¹⁰⁰. Veränderungen in der SPD, deren „wesentlich positivere Einstellung zu den Fragen der Rüstungsbegrenzung“, hätten die Möglichkeiten für ein „engeres praktisches“ Zusammenwirken „deutlich verbessert“¹⁰¹. Die Bemühungen um „Aktionseinheit“ seien – so konnte die DKP zu Recht feststellen – ein gutes Stück vorangekommen; der Interpretation der DKP zufolge zeige schon die Tatsache, daß sich ein SPD-Spitzenpolitiker in der internationalen kommunistischen Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ (Nr. 7/1984) geäußert habe, das veränderte Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten¹⁰². Das Leben selbst habe den „Unvereinbarkeitsbeschuß“ der SPD-Führung überholt¹⁰³. Nicht nur im „Friedenskampf“ sah die DKP ein „zunehmendes Maß an Gemeinsamkeit“, auch bei den Streiks im Frühjahr 1984 sei die „Aktionseinheit“ sichtbar geworden; „Felder“ mit neuen Chancen für „gemeinsame Aktivitäten“ gebe es auch beim Kampf für die Verteidigung „demokratischer Rechte“ (u. a. gegen „Berufsverbote“), gegen „Neofaschismus“ und für „internationale Solidarität“. Diese neuen Möglichkeiten seien noch nicht allen Kommunisten voll bewußt. Die Parteimitglieder wurden aufgefordert, offensiv auf Sozialdemokraten zuzugehen.

In diesen Aktionsfeldern kam es erneut zu zahlreichen Bündnissen, in denen auch Kommunisten und SPD-Mitglieder als gleichberechtigte

Kommunisten stießen bei SPD-Mitgliedern auf geringere Vorbehalte

Partner mitarbeiteten. Als Erfolg der Bündnispolitik ist auch die Mitarbeit von SPD-Mitgliedern in Leitungsgremien DKP-beeinflußter Organisationen zu werten, so z. B. im Büro des KFAZ (vgl. Ziff. 1.4.3), im zentralen „Arbeitsausschuß“ der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ (vgl. Ziff. 2.7) und in DKP-beeinflußten Freundschaftsgesellschaften mit sozialistischen Ländern (vgl. Ziffer 1.4).

Unterstützung für ihre Politik der „Aktionseinheit“ mit Sozialdemokraten erhielten orthodoxe Kommunisten erneut vom „Sozialistischen Hochschulbund“ (SHB). Marxistisches Grundverständnis sowie Strategie und Taktik dieses Studentenverbandes stimmen weitgehend mit kommunistischen Vorstellungen überein. Der SHB mit ca. 2000 Mitgliedern, die nach seinen Angaben zu 70 % der SPD angehören, will in der SPD für das Bündnis mit den Kommunisten kämpfen. Er betonte den „hohen Stellenwert“ seiner „Aktionseinheit“ mit dem „Marxistischen Studentenbund Spartakus“ (MSB) und versicherte, auch künftig in außerparlamentarischen Bewegungen „Seite an Seite mit Kommunisten“ zu kämpfen; die SPD-Führung forderte er auf, den gegen eine Zusammenarbeit von Sozialdemokraten mit Kommunisten gerichteten Beschluß von 1971 aufzuheben.

2.2 Bemühungen um „Aktionseinheit“ mit Gewerkschaften

Die Bemühungen orthodoxer Kommunisten, den DGB und seine Einzelgewerkschaften zu unterwandern, um sie langfristig in Werkzeuge („Transmissionsriemen“) kommunistischer Politik umzuwandeln, hielten unvermindert an. Die DKP betonte, „Gewerkschaftspolitik“ sei für sie „von fundamentaler Bedeutung“¹⁰⁴.

DKP praktiziert geteilte Loyalität gegenüber Gewerkschaftsbeschlüssen

Um Wege für kommunistische Infiltration zu öffnen, gab die DKP wiederum vor, sich loyal für eine „autonome“ Gewerkschaftspolitik einzusetzen. In der aktuellen Gewerkschaftsarbeit praktizierte sie jedoch geteilte Loyalität. Sie verurteilte von ihrer Linie abweichende Gewerkschaftsbeschlüsse als „sozialpartnerschaftlich“. Publizität und Unterstützung verschaffte sie hingegen allen in ihren Augen „antimonopolistischen“ und „klassenkämpferischen“ Positionen innerhalb der Gewerkschaften. Die Partei stellte fest, „klassenorientiertes Denken und Handeln“ gewinne in den Gewerkschaften „mehr und mehr an Raum“. Forderungen, die vor Jahren ausschließlich Kommunisten erhoben hätten (z. B. „politischer“ Streik, Vergesellschaftung der Stahlindustrie), seien nunmehr zum „Allgemeingut“¹⁰⁵ geworden.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad von DKP-Mitgliedern, die im Gegensatz zu Anhängern der „Neuen Linken“ nicht von gewerkschaftlichen „Unvereinbarkeitsbeschlüssen“ betroffen sind, blieb unverändert hoch: Etwa drei Viertel aller DKP-Mitglieder gehören DGB-Gewerkschaften an. Von den Delegierten des 7. DKP-Parteitagess waren nach Angaben der Partei 95,2 % gewerkschaftlich organisiert; der Anteil der Gewerkschaftsfunktionäre unter den Delegierten lag bei 63,8 %.

Während orthodoxe Kommunisten auf den oberen Führungsebenen

der Gewerkschaften nur vereinzelt vertreten sind, stellen sie auf Bezirks- und Landesebene – insbesondere bei der IG Druck und Papier sowie der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – mehrere Vorstandsmitglieder. Im Ortsverband Düsseldorf der Deutschen Journalisten-Union in der IG Druck und Papier bekleideten 1984 vier DKP-Mitglieder die wichtigsten Positionen und stellten die Mehrheit unter den Vorstandsmitgliedern.

Die Kommunisten fühlten sich – zu Recht – auch 1984 in Gewerkschaften zunehmend anerkannt. Sie zitierten in ihren Veröffentlichungen die Entschließung der IG Metall vom Oktober 1983, auch Kommunisten hätten „ihren Platz“ in dieser Gewerkschaft, daran lasse man „nicht rütteln“, und betonten, dieser Beschluß sei „einstimmig“ erfolgt: „So etwas war vor zehn Jahren keine Selbstverständlichkeit“¹⁰⁶. Bestärkt fühlte sich die DKP, als sie – der UZ zufolge – im Mai zu ihrem UZ-Pressesfest in Duisburg ein Telegramm der „Industriegewerkschaft Metall, Abteilung 1. Vorsitzender“ erhielt, in dem die Gewerkschaft bedauert habe, aus Termingründen keinen Vertreter entsenden zu können. Im September erklärten führende Funktionäre des Landesbezirks Berlin der „Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr“, die orthodox-kommunistische SEW zähle nicht zu den „Gegnern der Demokratie“.

Nachdem die DKP bereits 1982 die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche zum „Kristallisationspunkt einer autonomen Gewerkschaftspolitik der 80er Jahre“ erklärt hatte¹⁰³, beteiligte sie sich mit großem personellen und materiellen Aufwand an den Streiks für Arbeitszeitverkürzungen (vgl. Ziff. 2.4).

Die kommunistische Gewerkschaftsarbeit wurde durch die Publikationen der „Nachrichten-Verlags GmbH“ Frankfurt/M. unterstützt. In diesem Verlag, der Mitglied der „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger und Buchhändler“ ist, erscheint mit einer Auflage von mehr als 7000 Exemplaren die Monatsschrift „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Sie wendet sich insbesondere an Gewerkschaftsfunktionäre und wird von drei hochrangigen DKP-Funktionären, einem früheren DFU-Funktionär sowie dem ehemaligen Vorsitzenden der IG Druck und Papier herausgegeben. Das Redaktionskollegium besteht aus vier DKP-Mitgliedern.

2.3 Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung

Der „Friedenskampf“ – die Kampagne gegen die Nachrüstung und gegen die Strategie der NATO – blieb Schwerpunkt der kommunistischen Bündnispolitik.

DKP und SEW folgten dabei den Vorgaben der SED, die in einer vertraulichen parteiinternen Information auf ihren Beitrag zur Erhöhung der „Aktivität und Wirksamkeit“ der „Friedensbewegung“ hinwies:

Kommunisten fühlen sich als Gewerkschafter zunehmend anerkannt

„Für die SED und die DDR trifft dies besonders auf die Entwicklung der entsprechenden Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) zu, eine Aktivität, die wir gemäß unseren Bedingungen gemeinsam mit der SEW und DKP entfalten.“

Ihren „Kampf um den Frieden“ erklärten orthodoxe Kommunisten unverhohlen zum

„Hauptbestandteil des proletarischen Klassenkampfes, des Kampfes um die Eroberung der politischen Macht und um die Durchführung der sozialistischen Revolution“ („Philosophie im Friedenskampf“, Verlag Marxistische Blätter, Ffm 1984, S. 13).

In den Gremien der „Friedensbewegung“ sind Kommunisten überrepräsentiert

In der „Friedensbewegung“ blieben orthodoxe Kommunisten auch 1984 nur eine Minderheit; die Masse der Teilnehmer an Aktionen gegen die Nachrüstung identifizierte sich nicht mit kommunistischen Zielen. In organisierenden und koordinierenden Gremien der Bewegung waren die DKP und ihre Vorfelddorganisationen jedoch nach wie vor erheblich überrepräsentiert und konnten – wie z. B. auf den beiden bundesweiten „Aktionskonferenzen der Friedensbewegung“ am 11./12. Februar und 5./6. Mai in Köln – viele ihrer Positionen durchsetzen.

Auf der Konferenz im Mai, die das „integrierte Aktionskonzept für den Friedensherbst '84“ festlegte, stellte die DKP mit ihrem Umfeld mehr als die Hälfte der Teilnehmer.

Im bundesweiten „Koordinationsausschuß der Friedensbewegung“ waren orthodoxe Kommunisten durch die SDAJ, durch mehrere DKP-beeinflußte Vereinigungen und durch Mitglieder des MSB-Spartakus vertreten, blieben aber insgesamt in der Minderheit. Kommunistische Funktionäre arbeiteten in der „Geschäftsführung“ und im Bonner Büro des „Koordinationsausschusses“ verantwortlich mit.

Organisation der „Ostermärsche“ weitgehend in der Hand DKP-beeinflußter Gruppen

Von den Aktionen der Protestbewegung unterstützten die Kommunisten vor allem die „Ostermärsche“, die Kampagne „Volksbefragungen“ und im „Friedensherbst '84“ die „regionalen Großaktionen“ am 20. Oktober. An den „Osteraktionen“ beteiligten sich etwa 200 000 Personen (1983: etwa 250 000). Die DKP und ihr Umfeld hatten sich bei der organisatorischen Vorbereitung in fast allen Teilen der Bundesrepublik zentrale Positionen gesichert. Durch frühzeitige Mobilisierung ihrer Anhänger nahmen sie Einfluß auf die Formulierung der „Ostermarsch“-Aufrufe. Als bundesweite „Zentrale Informationsstelle“ fungierte, wie in den Vorjahren, die Geschäftsstelle der DFU-Hessen; „Sprecher“ war Willi van Ooyen, ein hauptamtlicher DFU-Funktionär. Auf acht von vierzehn größeren zentralen Kundgebungen sprachen auch hochrangige DKP-Funktionäre.

Kommunisten unterstützten „Volksbefragungs“-Kampagne

„Brücke“ zwischen den „Ostermärschen“ und dem „Friedensherbst '84“ war eine Kampagne „Volksbefragungen“ zur NATO-Nachrüstung mit Höhepunkt am 17. Juni, dem Tag der Europa-Wahlen. Orthodoxe Kommunisten arbeiteten sowohl in den Koordinationsgremien dieser Kampagne als auch bei den Befragungen „vor Ort“ mit.

Sie erklärten offen, bei der „konsultativen Volksbefragung“ am 17. Juni gehe es „nicht in erster Linie um Arithmetik“, deshalb seien auch „Mehrfachabstimmungen ... denkbar“¹⁰⁸. Nach Angaben des Bonner „Koordinationsausschusses“ sollen sich mehr als fünf Millionen Bürger (bei etwa 44,5 Millionen Wahlberechtigten) vor 18000 der 60000 Wahllokale an der „Volksbefragung“ beteiligt haben; 87% hätten sich gegen die Raketenstationierung ausgesprochen.

Besonders gefordert sahen sich orthodoxe Kommunisten im „Friedensherbst '84“. Das „integrierte Aktionskonzept“ sah neben „regionalen Großaktionen“ mit „Menschenketten“ am 20. Oktober u. a. „Manöverbehinderungen“ in der Umgebung von Hildesheim und Fulda (im September) sowie „Solidaritätsaktionen mit Nicaragua“ und „Tage der Verweigerung“ (im November) vor. Der DKP-Parteivorstand erklärte die Unterstützung der Herbstaktionen zu den „wichtigsten Aufgaben“ der Partei.¹⁰⁹ Die Kommunisten behaupteten zwar, sie engagierten sich für das Aktionskonzept „in der Gesamtheit“, räumten aber ein, ihre Aktivitäten „deutlich zugunsten des 20. 10.“¹¹⁰ zu gewichten.

Bei den Aktionen gegen die Herbstmanöver galt ihr Interesse in erster Linie „demonstrativen Behinderungen“. Mitglieder der DKP und der SDAJ übernahmen die Organisation von „Friedenscamps“, wirkten aber auch bei Verkehrsblockaden und der „Begehung“ des Schießplatzes Wildflecken (Hessen) mit.

Weit mehr engagierten sich die orthodoxen Kommunisten jedoch bei der Vorbereitung „massenwirksamer“, nach ihrer Meinung „vermittelbarer“ Großaktionen am 20. Oktober in den Regionen Nord, Mitte und Süd.

Der Aktionsplan für die „Region Nord“ (Demonstrationen und Kundgebung in Hamburg) basierte auf einem gemeinsamen Vorschlag des DKP-Bezirksvorsitzenden, der DFU und eines Mitglieds der Jungsozialisten. Im „Regionalausschuß Nord“, dessen Büro sich bei der DFU-Landesgeschäftsstelle befand, besetzten Kommunisten und Funktionäre ihrer Vorfeldorganisationen einflußreiche Positionen. In der „Region Mitte“ lief die Entwicklung zunächst kommunistischen Interessen zuwider. Ein erster Aufruf zu einer „Menschenkette“ von Duisburg nach Hasselbach (Hunsrück), der auch sowjetkritisch hätte interpretiert werden können, wurde jedoch bald durch einen auch der DKP genehmen Text ersetzt. Im „Süddeutschen Koordinierungsausschuß“, der u. a. einen „Menschenstern“ in Stuttgart vorbereitete, waren keine Entscheidungen gegen den Willen der DKP und ihres Umfeldes möglich; Gruppen des „unabhängigen“ Spektrums arbeiteten dort nur vereinzelt mit. Im Stuttgarter „Aktionsbüro“ dominierten Funktionäre der DKP und ihrer Vorfeldorganisationen. Der Antrag, einen Vertreter der „unabhängigen Friedensbewegung der DDR“ als Redner zur Abschlußkundgebung nach Stuttgart einzuladen, wurde vom „Koordinierungsausschuß“ mit Dreiviertel-Mehrheit abgelehnt.

An den „Menschenketten“, Demonstrationsmärschen, „symboli-

DKP beteiligte sich an „Störmanövern“

Starke kommunistische Beteiligung an Kundgebungen und Aktionen am 20. Oktober

schen“ Blockaden und Kundgebungen des 20. Oktober beteiligten sich schließlich bundesweit mehr als 100000 Personen – nach Angaben der Veranstalter über 400000 (vergleichbare Großaktionen im Herbst 1983 hatten etwa 650000 Teilnehmer). Die Beteiligung blieb in allen Regionen hinter den Erwartungen der Organisatoren zurück. Bei den zentralen Abschlußkundgebungen und mehreren „Auftaktaktionen“ traten DKP-Funktionäre neben Vertretern demokratischer Organisationen als Redner auf. Die DKP sah darin eine „neue Qualität“ und einen Ausdruck für die wachsenden Möglichkeiten zur „Vertiefung der Politik der Aktionseinheit“¹¹¹.

Ebenso wie der „Friedensherbst '84“ fand auch die Kampagne zum „Krefelder Appell“, die Ende 1980 von der DFU in Gang gesetzt und seither von Kommunisten und Nichtextremisten – häufig im Bündnis – gefördert wurde, geringeren Zuspruch als in den Vorjahren. Mit Beginn der Raketenstationierung verlor ihre einseitig gegen die Nachrüstung der NATO gerichtete Forderung an Wirkung.

**„Krefelder Initiative“
leitet neue Kampagne
ein**

Um neue „Handlungsperspektiven“ aufzuzeigen, richtete die „Krefelder Initiative“ – der offizielle Träger der Kampagne – am 8./9. September ihr „4. Forum“ in Dortmund aus. Planung und Vorbereitung der Veranstaltung sowie die Ausarbeitung der Plattform für eine neue „Massenkampagne“ lagen bei der DFU. Der Aufruf der neuen Kampagne steht unter dem Motto „Hiroshima mahnt – für Europa und die Welt: Stoppt den Rüstungswahnsinn“. Als „Minimalkonsens“ enthält er die Forderung nach einem Einfrieren („Freeze“) der Rüstung. Bereits zur Jahresmitte hatte ein DKP-Parteivorstandsmitglied öffentlich vorgeschlagen, als „politisches Dach“ für eine neue „nationale Initiative der Friedensbewegung“ die Forderung nach „Stopp und Einfrieren der atomaren Rüstung – nach dem ‚Freeze‘“ zu wählen, um so eine „Konfrontation mit der Bundesregierung“ zu ermöglichen. Über die „Umsetzung“ dieser Kampagne beriet auf dem „4. Forum“ eine eigens dafür eingesetzte Arbeitsgruppe. Zwei der drei Referenten waren DKP-Mitglieder. Den Abschluß des „4. Forums“ bildete – wie schon beim „2. Forum“ 1981 in Dortmund – ein Festival „Künstler für den Frieden“ mit etwa 10000 Besuchern und kommunistischen wie nichtkommunistischen Künstlern, darunter Akteure aus der Sowjetunion und DDR.

**Kommunisten
unterstützen berufs-
spezifische Friedens-
initiativen**

Unterstützung erfuhr die „Krefelder Initiative“ wiederum durch „berufsspezifische Friedensinitiativen“, die zwar überwiegend Demokraten in ihren Reihen vereinen, häufig jedoch auf die Hilfe der DKP und der DFU angewiesen sind oder deren Mitwirkung dulden. Eine herausgehobene Rolle spielte dabei wiederum Reiner Braun (DKP), der bei der DFU hauptamtlich die Arbeit des erweiterten „Krefelder Kreises“ betreut: Er arbeitete an einer Dokumentation der „Sportler für den Frieden“ mit, leitete eine Arbeitsgruppe des „2. Friedenskongresses Psychologie-Psychosoziale Berufe“ (18. bis 20. Mai in Dortmund), gehörte zur Vorbereitungsgruppe der Kongresse „Verantwortung für den Frieden – Naturwissenschaftler warnen vor der Militarisierung des Weltraums“ (7./8. Juli in Göttingen) sowie „Ver-

antwortung für den Frieden – Naturwissenschaftler warnen vor chemischen und biologischen Waffen“ (17./18. November in Mainz) und referierte auf dem Kongreß „Kulturwissenschaftler für Frieden und Abrüstung in Ost und West“ (10./11. November in Hannover).

„Berufsspezifische“ Hilfe leistete im „Friedenskampf“ auch der DKP-beeinflußte „Bund demokratischer Wissenschaftler e. V.“ (BdWI) mit einem „Informationsdienst Wissenschaft und Frieden“.

Um die „Schlagkraft“ der Protestbewegung zu erhöhen¹¹² und deren Basis zu erweitern, bemühten sich orthodoxe Kommunisten verstärkt um einen „Schulterschuß“ von „Friedens- und Arbeiterbewegung“ und erklärten „Frieden und Arbeit“ zu „Kernfragen des Jahres 1984“¹¹³. Das besondere Augenmerk der DKP galt dabei den „mehr als 300 aktiven betrieblichen Friedensinitiativen“¹¹⁴. Zu deren Koordination wurde unter maßgeblicher kommunistischer Beteiligung der „Dortmunder Kreis betrieblicher Friedensinitiativen“ ins Leben gerufen.

2.4 Kampagne gegen Arbeitslosigkeit und für die 35-Stunden-Woche

Die DKP bekräftigte ihre Absicht, die „Arbeitslosenbewegung politischer (zu) machen“ und aufzuzeigen, „daß jetzt endlich die Macht des Monopolkapitals geknackt werden muß“¹¹⁵.

Die Bemühungen von DKP und SDAJ, in Arbeitsloseninitiativen Fuß zu fassen, blieben aber – von Ausnahmen abgesehen – ohne erkennbare Erfolge. Gegen Jahresende räumte die DKP ein, ihr Wirken unter Arbeitslosen sei „noch unterentwickelt“¹¹⁶.

Günstigen Boden für „antimonopolistische“ Agitation sahen Kommunisten in den Streiks für die 35-Stunden-Woche. Sie werteten diesen Arbeitskampf als „eine der bedeutendsten Klassenauseinandersetzungen in der Geschichte der Bundesrepublik“ und erklärten, seine Unterstützung sei „höchste Klassenpflicht“¹¹⁷ aller Kommunisten und „zentrale Aufgabe“¹¹⁸ der Partei; seine „Politisierung“ könne die Arbeiterklasse und die Gewerkschaftsbewegung „an revolutionäres Bewußtsein“¹¹⁹ herauführen. Die Ziele der Extremisten während des Arbeitskampfes unterschieden sich somit grundlegend von denen demokratischer Gewerkschafter, was aber ihr praktisches Zusammenwirken nicht hinderte.

Mitglieder der DKP und der SDAJ betätigten sich als Streikposten und unterstützten die Streikenden „agitatorisch“ mit zahlreichen Sonderpublikationen, mit „Solidaritätserklärungen“ und Spenden sowie mit Kulturgruppen; einige von ihnen gehörten zum Kreis derjenigen Kulturgruppen, deren Einbeziehung in den Arbeitskampf den örtlichen Gewerkschaftsgliederungen von der Abteilung „Kulturpolitik“ beim DGB-Vorstand empfohlen worden war. Die DKP lobte den Einsatz und die „mobilisierende Rolle“ ihrer Mitglieder. Sie hob neue „Kampfformen“ wie Betriebsbesetzungen als positiv hervor, weil dabei die „Sozialpartnerschaft“ endgültig zerreiße und die Arbeiter wenigstens für kurze Zeit „Herren über ihre Fabriken“¹²⁰ seien.

DKP sah Streik als „Schule des Klassenkampfes“

Kommunisten wollen „Sozialpartnerschaft“ zerstören

Mit Nachdruck wandten sich Kommunisten gegen mögliche „Kompromisse“¹²³. Sie propagierten die „Ausweitung des Kampfes in der Länge der Zeit und der Breite der Forderungspalette“, um so „in die Systemauseinandersetzung“¹²² hinüberzuleiten.

Auf dem Höhepunkt der Streikwelle rief der DKP-Vorsitzende dazu auf, den „Druck der Betriebe und der Straße zu verstärken“¹²³.

Mit den Ergebnissen der Schlichtungsverhandlungen unzufrieden, erklärte die DKP, dies sei „nicht das Ende, sondern der Anfang eines harten Kampfes“¹²⁴. Nach Auslaufen des Tarifvertrages 1986 müsse es weitergehen. Die „Schwächen und Halbheiten“ in der „Kampfführung“ dürften sich „nicht wiederholen“.¹²⁵

Die DKP behauptete, während der Streiks seien zwischen Vertretern der Partei und der Gewerkschaften zahlreiche Gespräche geführt worden; dadurch und wegen ihres Einsatzes „vor Ort“ habe die Partei „an Ansehen gewinnen“ können.¹²⁶

2.5 „Antifaschismus“-Kampagne und Kampagne gegen „Rechtsentwicklung“

Mit Blick auf tatsächliche oder angebliche rechtsextremistische Aktivitäten beschworen orthodoxe Kommunisten die Einheit aller „Antifaschisten“ als „Vermächtnis des Widerstands“. Ihr Ziel dabei blieb, die Trennungslinie zwischen Antidemokraten (Faschisten und Kommunisten) und Demokraten aufzuheben und durch eine neue Frontstellung zu ersetzen: auf der einen Seite die „Faschisten“ – auf der anderen die „Antifaschisten“ unter Einschluß der Kommunisten, der – nach eigener Behauptung – „konsequentesten Antifaschisten“ und damit angeblich „konsequentesten Demokraten“. An die Stelle des „antitotalitären“ Konsens in weiten Teilen der Bevölkerung sollen nach dem Willen der Kommunisten also „antimonopolistische“ und „antifaschistische“ Positionen treten.

Größere „antifaschistische“ Aktionen richteten sich – wie in den Vorjahren – gegen Veranstaltungen der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) und Treffen von „SS-Traditionsverbänden“.

Wichtigstes bündnispolitisches Instrument des „Antifaschismus“-Kampfes blieb die DKP-beherrschte VVN-BdA. Um „breite antifaschistische Bündnisse“ zu schaffen, initiierte sie Mitte 1984 – repräsentiert durch zwei DKP-Funktionäre – einen „Aufruf zum 40. Jahrestag der Befreiung und des Friedens am 8. Mai 1985“ (vgl. Ziff. 1.4.1). Darin werden Kundgebungen für den 4. Mai 1985 angekündigt und gefordert, „dem Antikommunismus und dem Neofaschismus Paroli zu bieten“. Nach wie vor spielt der Arbeitskreis „Blumen für Stukenbrock“ eine besondere Rolle in der kommunistischen „Antifaschismus“-Kampagne. Sein Sprecher – Werner Höner – ist DKP-Funktionär, mehr als ein Drittel seiner Mitglieder sind Kommunisten.

2.6 „Antiimperialistische Solidarität“

Die DKP unterstrich auch 1984 die Gemeinsamkeiten zwischen ihrem „Friedenskampf“ und ihrem „antiimperialistischen Kampf“¹²⁷. Wich-

tigste DKP-beeinflußte „antiimperialistische“ Bündnisorganisationen blieben das „Antiimperialistische Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika“ (ASK) und auch die „Freundschaftsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland – Kuba e. V.“, die – bei steigender Mitgliederzahl (Eigenangabe 1984: 3400) – ihre Positionen bundesweit festigen konnte. Die „Freundschaftsgesellschaft“ tritt für Solidarität mit der „Revolution“ in Kuba ein und organisiert Studienreisen dorthin zu Themen wie „Demokratie und Bildung“, „Revolution/Wirtschaft/Kultur“ oder „Gesundheitswesen“.

Beide Organisationen entsandten DKP-Mitglieder in die beim bundesweiten „Koordinationsausschuß der Friedensbewegung“ eingesetzte Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Demonstration „Für Frieden und Gerechtigkeit in Mittelamerika“ am 3. November in Bonn. Darüber hinaus beteiligten sich die DKP und ihre Vorfeldorganisationen an zahlreichen „Solidaritätsaktionen für Mittelamerika“, um Agitation gegen die Politik der USA zu betreiben und die Sandinisten in Nicaragua und die Guerilleros in El Salvador zu unterstützen (vgl. Ziff. 1.4.7).

Zu Jahresbeginn initiierten orthodoxe Kommunisten eine „Solidaritätsbrigade Carlos Fonseca“ zur Förderung der „brüderlichen Beziehungen ... zur Sandinistischen Bewegung Nicaraguas“¹²⁸. „Brigadisten“ aus der Bundesrepublik Deutschland begannen in Nicaragua mit den Bauarbeiten für eine Druckerei der „Sandinistischen Jugend“; eine Spendenaktion der DKP und ihres Umfeldes für dieses Projekt erbrachte – nach Angaben der Organisatoren – bis Dezember ca. 900 000 DM¹²⁹.

Kommunisten unterstützen „Revolution“ in Nicaragua

2.7 Kampagne gegen angebliche „Berufsverbote“

Die bundesweite Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ (Sitz Hamburg; Kontakt: Horst Bethge, DFU-Direktorium) organisierte und koordinierte auch 1984 Aktionen gegen Maßnahmen der zuständigen Dienstbehörden zur Fernhaltung von Extremisten aus dem öffentlichen Dienst – von ihr irreführend als „Berufsverbote“ bezeichnet. Dabei bezieht sie in ihre Solidarität ausschließlich Linksextremisten ein. Sie stützt sich auf etwa 350 lokale und regionale Initiativen, deren Zusammenhalt wiederum weitgehend durch die DFU sichergestellt wurde. Zwei Drittel der Mitglieder des zentralen „Arbeitsausschusses“ der bundesweiten Initiative sind Funktionäre der DKP oder ihrer Vorfeldorganisationen. Am 4./5. Februar richtete der „Arbeitsausschuß“ in Böblingen eine internationale Konferenz „Stoppt den Abbau der Demokratie!“ aus. Die etwa 600 Teilnehmer forderten die Aufhebung „aller Berufsverbotsmaßnahmen“. In der zweiten Jahreshälfte agitierten „Berufsverbots“-Initiativen mit einer Welle von Aktionen und Erklärungen gegen Gerichtsverfahren in Niedersachsen und Suspendierungen von DKP-Mitgliedern bei der Deutschen Bundespost.

Mit ähnlicher Zielsetzung initiierte die DKP im Verlauf des Jahres in den meisten Bundesländern neue Zusammenschlüsse unter der Be-

zeichnung „Solidarische Hilfe – Verein gegen staatliche Willkür“. Sie werden in der Regel von DKP-Funktionären geleitet und wenden sich gegen andere staatliche Maßnahmen, z. B. der Sicherheitsbehörden, die sie als „Willkür“ hinstellen.

3. Betriebsarbeit

Die DKP bezeichnete die Betriebe als das „wichtigste Feld des Klassenkampfes“¹³⁰. Die „Arbeiterklasse“ mit ihrem „Kern“ in den Konzern- und Großbetrieben müsse mit Hilfe „kommunistischer Arbeiterpolitik“ zum Klassenbewußtsein und damit zu ihrer „historischen Mission“, zum Kampf für „grundlegende gesellschaftliche Veränderungen, für den Sozialismus“¹³¹ geführt werden. Die „große Bedeutung“, die dabei den DKP-Betriebsgruppen zukommt, hob der Parteivorsitzende *Mies* erneut hervor:

„Betriebsgruppen der DKP – das sind Motoren des Klassenkampfes zwischen Kapital und Arbeit.“ (UZ vom 5. 4. 1984)

Obwohl in allen DKP-Bezirksorganisationen kleine Gruppen von Parteimitgliedern (sog. „Betriebsaktivs“) bestanden, konnte die Partei ihre Basis in den Betrieben nicht nennenswert erweitern: 1984 wurden etwa 340 (1983: etwa 330) Betriebsgruppen bekannt, davon etwa die Hälfte in der Metallindustrie und über 50 im öffentlichen Dienst, zumeist in Kommunal- und Landesverwaltungen (z. B. Betriebsgruppen bei den Stadtverwaltungen Köln, Frankfurt, München; Betriebsgruppe Deutsche Bundesbahn, Hamburg, und Deutsche Bundespost, Frankfurt).

In ihren Betriebszeitungen sieht die DKP eine ihrer „schärfsten Waffen“ zur „politischen, ideologischen und ökonomischen Aufklärungsarbeit“¹³². Die ca. 380 Zeitungen (1983: etwa 360) – mit Auflagen zwischen 100 und 7000 Exemplaren (geschätzte Jahresauflage 1,9 Millionen Exemplare) – erschienen jedoch oft unregelmäßig; häufig wurden sie nicht von den Betriebsgruppen selbst, sondern von übergeordneten Parteigliederungen herausgegeben. Die seit Herbst 1983 vom „Institut für Marxistische Studien und Forschungen“ (vgl. Ziff. 5.1) als Argumentationshilfe erstellte Schriftenreihe „Durchblick“ wurde 1984 mit 3 Heften fortgesetzt.

Über das Ergebnis der Betriebsratswahlen (1. März bis 31. Mai), bei denen DKP-Mitglieder zumeist auf gewerkschaftlichen Einheitslisten kandidierten, äußerten sich DKP-Funktionäre überwiegend positiv. Erneut dürften mehr als 1500 orthodoxe Kommunisten in die Betriebsräte gewählt worden sein. Ihre Aufgaben umschrieb die DKP mit den Worten:

„Ein Kommunist als Betriebsrat ist nicht nur einfach ein Interessenvertreter, er ist auch in dieser Funktion ein Revolutionär.“ (UZ vom 5. 7. 1984).

Kommunistische Betriebsräte sollen „Revolutionäre“ sein

Zur Koordinierung und Aktivierung der Betriebsarbeit veranstaltete die DKP 1984 neben überörtlichen Konzern- und Branchenberatungen (Ford, ARBED und VW, Elektro, Metall, öffentlicher Dienst und Stahl) ihre erste bundesweite „Betriebsrätekonferenz“ (am 12. Februar in Köln; etwa 400 Teilnehmer), einen Arbeiterkongreß „Frieden und Arbeit“ (am 27. Oktober in Castrop-Rauxel; etwa 1700 Teilnehmer) und eine zentrale „Betriebszeitungskonferenz“ (am 10./11. November in Düsseldorf; etwa 90 Teilnehmer). An den „Marxistischen Betriebsarbeiterschulen“, die bei allen Bezirksvorständen eingerichtet sind (vgl. Ziff. 1.1.3) – für die DKP einer ihrer „Hebel“ zur „systematischen, langfristig orientierten Kaderentwicklung“ –, wurden auch 1984 Betriebsarbeiter in Abendkursen im „Marxismus-Leninismus“ unterwiesen.¹³³

(Zur DKP-Agitation anlässlich von Arbeitskämpfen vgl. Ziff. 2.4)

4. Jugend-, Kinder- und Studentearbeit

Die DKP möchte möglichst viele Jugendliche zu einer „Wehrt-Euchstimmung“ führen, für eine grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber unserer freiheitlichen Ordnung und für ein „dauerhaftes Engagement“ als junge Kommunisten gewinnen.¹³⁴

Erneut hielt sie die Parteigliederungen an, die Arbeit der kommunistischen Jugend-, Kinder- und Studentenorganisationen SDAJ, „Junge Pioniere“ und MSB Spartakus tatkräftig zu unterstützen.

4.1 Jugend

Mit einem neugefaßten „Aktionsprogramm“ (verabschiedet auf dem VIII. SDAJ-Bundeskongreß) umriß die SDAJ ihre wichtigsten „Kampffelder“. Sie wies ihre Mitglieder an, Jugendfragen überall, wo die Jugend „lebt, arbeitet, lernt und ihre Freizeit verbringt“, in Betrieben, Schulen, Stadtteilen, Freizeitzentren und Kasernen aufzugreifen und „aktionsorientiert“ vorzugehen; der „Kampf um die Tagesforderungen“ sei stets mit dem „Kampf um den Sozialismus“ zu verbinden¹³⁵. Die praktische Umsetzung dieser Forderung erfolgte auch 1984 durch vielfältige, z. T. spektakuläre Aktionen (z. B. Anketten, Blockaden, Besetzungen) und durch die Bündnispolitik, die die SDAJ – nicht ohne Erfolg – umsetzte.

Zum Jahresende konnte die SDAJ zufrieden feststellen, sie habe an „Ausstrahlungskraft gewonnen“¹³⁶.

„Wir sind in der Friedens-, in der Arbeiterjugend-, in der Schüler-, in den großen demokratischen Bewegungen fest verankert. Uns kann man weder übersehen noch übergehen“ (aus dem Referat des Bundesvorstandes an den VIII. SDAJ-Bundeskongreß).

Die SDAJ hielt sich für die „bestorganisierte Kraft unter den politischen Jugendorganisationen“¹³⁷ und – nicht zu Unrecht – für bündnispolitisch erfolgreich: Mehr als die Hälfte der etwa 750 Delegierten

SDAJ sieht sich von demokratischen Jugendorganisationen anerkannt

ihres VIII. Bundeskongresses (15./16. Dezember in Bottrop) hätten Funktionen in Betrieben, Gewerkschaften oder in Schülervertretungen.

Mit „Jungsozialisten, Falken, Naturfreundejugend und anderen“ sei die Zusammenarbeit „in vielen Fragen“ und „auf allen Ebenen selbstverständlicher geworden“. ¹³⁸ Sichtbare Erfolge bei der Zurückdrängung des „Antikommunismus“ stellte die SDAJ vor allem bei ihrer Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung fest. ¹³⁹ Wie schon in den Vorjahren arbeitete sie im bundesweiten „Koordinationsausschuß der Friedensbewegung“ und in seinen verschiedenen Arbeitsgruppen verantwortlich mit.

Junge Kommunisten arbeiten gegen die Bundeswehr

Sie wiederholte die Forderung an ihre Mitglieder und Anhänger, den Einberufungen zur Bundeswehr – einer „Institution des bürgerlichen Herrschaftsapparates“ ¹⁴⁰ – zu folgen und beim Grundwehrdienst „aktive demokratische Arbeit“ zu leisten, z. B. durch Mitarbeit in „Arbeitskreisen Demokratischer Soldaten“ (ADS) oder in „Soldaten-Friedensinitiativen“. 1984 wurden wieder mehr als 20 Soldaten-Initiativen mit kommunistischer Beteiligung sowie SDAJ-beeinflußte „Arbeitskreise Demokratischer Soldaten“ (ADS) bekannt. Die meisten örtlichen, unter kommunistischer Beteiligung erschienenen Soldatenzeitungen wurden 1984 zugunsten der Regionalausgaben der Publikation „Rührt Euch – Zeitung für Soldaten“ (vgl. Ziff. 1.3.1) eingestellt.

Junge Kommunisten und von ihnen beeinflußte Gruppen führten mehr als 160 (1983: 420) eigene Aktionen gegen die Bundeswehr durch (Mahnwachen, Menschenketten, Fackelzüge, Blockaden, Verbreiten von Flugschriften etc.). Darüber hinaus waren sie – häufig im Bündnis mit anderen Linksextremisten und auch mit demokratischen Kräften – an über 1000 weiteren derartigen Aktionen von „Friedensinitiativen“ etc. beteiligt.

Neben der „Friedensarbeit“ bemühten sich Kommunisten, eine große „Bewegung zu sozialen und Bildungsfragen der Jugend“ in Gang zu bringen. Die SDAJ agitierte gegen die Lehrstellensituation, polemisierte nach den Streiks für die 35-Stunden-Woche gegen den „Schwachsinn der Sozialpartnerschaft“ ¹⁴¹ und betrieb im Bündnis mit demokratischen Jugendverbänden im Herbst (24. November bis 1. Dezember) die Aktionswoche „Für das Recht auf Arbeit und Bildung – Gemeinsam gegen Rechts“.

SDAJ agitiert in Betrieben und an Schulen

Die „Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit“ hatte für die jungen Kommunisten auch 1984 einen hohen Stellenwert; sie bemühten sich um die Übernahme von Funktionen in den Gewerkschaften nach der Devise:

„Junger Revolutionär zu sein, heißt in der BRD ein klares, ein positives Verhältnis zu den DGB-Gewerkschaften zu haben“ (UZ vom 19. 12. 1984).

Die Zahl der SDAJ-Betriebsgruppen stieg nach eigenen Angaben auf 196 (1983: mehr als 160). Bei den Jugendvertreterwahlen 1984

die
beißzange



Ma 1984

ZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN ARBEITER-JUGEND HEIDENHEIM

Wir sind ein
großer roter
Haufen



ROTSTIFT

Die Zeitung für Völklinger
Lehrlinge • Schüler • Herausgeber SDAJ
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend

BARIKADE
Zeitung
der SDAJ • Salzgitter

Die Feile

Roter
Blitz

STADTBLATT
SDAJ

Die Feile

DER
HAMMER

URABST

VW-LEHRLING

Du könntest jetzt noch
im Bett liegen

Knacks

Mitglied der Jungen Presse (Duisburg-Essen)
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend

Rot-
Stift

Zeitung der SDAJ-Betriebsgruppe Audi

März 1984

**ROTE
ZEITUNG**

ZEITUNG DER SDAJ-AHRENSBURG

tag

1984

Mütterpower

gegen

RECHTS

SDAJ
Arbeit statt Rechts!

SDAJ - Kleinzeitungen

(1. Mai–30. Juni) riefen Kommunisten zur Wahl der „aktivsten Gewerkschafter“ auf und stellten später fest, viele der neuen Jugendvertreter seien auch Mitglieder der SDAJ.

Bei den Wahlen zu Schülervertretungen hielt die SDAJ ihre Mitglieder zur Kandidatur an und agitierte für die Wahl der „Friedenskämpfer“, der „Rotstiftgegner“, der „Aktiven“. SDAJ-Mitglieder gelangten nach Angaben ihres Verbandes in zahlreiche örtliche Schülervertretungen; sie arbeiteten auch in Landesschülervertretungen mit. Als einen „Fixpunkt“ ihrer Schülerarbeit bezeichnete die SDAJ die Gründung der Bundesschülervertretung im März; zwei der sieben neu gewählten Vorstandsmitglieder gehörten der SDAJ an; beide sind über das Schüleralter hinaus.

Zur Unterstützung der kommunistischen Schüler- und Betriebsarbeit veranstaltete die kommunistische „Jugendbildungsstätte Burg Wahrheit“ 1984 wieder Lehrgänge für die Leiter von Betriebsgruppen und Schulgruppen.

Einen Höhepunkt der SDAJ-Arbeit im „Freizeitbereich“ bildeten erneut die SDAJ-Pfingstcamps; an den 16 Camps (u. a. in Kiel-Falkenstein; Vethem bei Walsrode; Oertzewinkel, Lüneburger Heide; Ahlen, Westfalen; Bergisch Born b. Remscheid; Dippoldsberg) beteiligten sich nach kommunistischen Angaben etwa 17000 Jugendliche.

Die SDAJ versuchte auch 1984 mit Hilfe des von ihr beeinflussten Motorradclubs „Kuhle Wampe“, dem mehr als 50 örtliche Zusammenschlüsse angehören, motorradbegeisterte Jugendliche für ihre politischen Ziele zu gewinnen.

Die seit Jahren andauernden Bemühungen der SDAJ um Aufnahme in den Deutschen Bundesjugendring blieben auch 1984 erfolglos; sie ist aber nach wie vor in den Landesjugendringen Bremen, Hamburg und Saarland und in ca. 80 Kreis- und Stadtjugendringen vertreten. Auch in der „Deutschen Jugendpresse e. V.“ (DJP) arbeitet die SDAJ mit.

Hohe Erwartungen knüpfen junge Kommunisten an die 12. „Weltfestspiele der Jugend und Studenten“ (27. 7. bis 3. 8. 1985 in Moskau); die Vorbereitungen sollen genutzt werden, um die „Wahrheit über die Sowjetunion und die Vorzüge des Sozialismus zu verbreiten“¹⁴². Die Gründung eines „Gemeinsamen Arbeitsausschusses“ für die Vorbereitung, in dem auch demokratische Jugendverbände vertreten sind, wertete die SDAJ als „großen Erfolg für die Jugendbewegung unseres Landes“.

4.2 Kinder

Träger der kommunistischen Arbeit unter Kindern blieben vor allem die „Jungen Pioniere“ (JP). Sie versuchen, Kinder kommunistisch zu indoktrinieren und für politische Aktionen einzusetzen. „Junge Pioniere“ berichteten auf dem Parteitag der DKP über ihre Arbeit. Sie warben auf Spielplätzen für kommunistische Tagesziele. Im Frühjahr agitierten sie für die 35-Stunden-Woche. Während ihrer Pfingstcamps (u. a. in Nordenham/Großensiel; Hameln; Ergste bei Schwerte; Ah-

Bei mir gibt es keine zwei Sorten von Pioniernachmittagen: Unpolitische zum Drangewöhnen, und politische, um unsere Inhalte zu vermitteln. Ich überlege mir bei jedem Pioniernachmittag: Was will ich den Kindern politisch verdeutlichen, und wie mache ich das am besten? Alle Kinder erleben von Anfang an: Junge Pioniere sind die, bei denen immer was los ist. Junge Pioniere sind die mit dem roten Halstuch. Junge Pioniere sind die mit der Friedenstaube. Junge Pioniere haben was mit Kommunisten zu tun.



KEINER IST ZU KLEIN, UM FÜR DEN FRIEDEN AKTIV ZU SEIN

Kinder wollen Frieden

Friedenstaube, flieg!
Der Reagan, der will Krieg!
Die Bosse rüsten wie besessen.
Uns Kinder haben sie ganz vergessen.
Friedenstaube, flieg!



Die DDR ist kinderfreundlicher als die Bundesrepublik, weil sie eine bessere Gesellschaftsordnung hat: den Sozialismus.



Raketen fressen unsere Groschen,
hela helalilo,
die Rüstungsbosse g'hörn verdroschen,
hela helalilo.

Aber wenn ich sehe, wie die in Bonn den arbeitenden Menschen das Geld aus der Tasche ziehen, , dann weiß ich eins: Meine Interessen vertreten die nicht. Die machen keine Politik für die Arbeiter. Die machen Politik für die Bosse. Das ist eine Sauerei, und das sage ich auch den Kindern.

Ich fühle mich verantwortlich, den Kindern heute unsere Haltung zu den Raketen zu erläutern, unsere Aktivitäten zu erklären und sie darin mit einzubeziehen. Je eher sie erleben, wie man sich gegen Raketen wehrt, desto besser.

kommunistische Indoktrination von Kindern

len/Westf.; Essen; Mannheim), an denen sich mehr als 3000 Kinder beteiligten, führten sie u. a. Unterschriftensammlungen gegen die „US-Atomraketen“ durch; ferner starteten sie eine „Solidaritätsaktion für die Kinder Nicaraguas“. Die „Jungen Pioniere“ setzten sich die Gründung „Hunderter neuer Gruppen“ und die Gewinnung „Tausender neuer Mitglieder“ zum Ziel, um erfolgreich für den „Frieden“ und gegen die „geistig-moralische Wende“ kämpfen zu können.¹⁴³ DKP und JP veranstalteten im Sommer wieder preiswerte Kinderferienreisen in die DDR unter dem Motto „Wir fahren in ein kinderfreundliches Land“, an denen sich ca. 4000 Kinder beteiligten. Ihnen und ihren Eltern soll auf diesen Reisen eine Überlegenheit des „realen Sozialismus“ gegenüber dem „kinderfeindlichen“ System in der Bundesrepublik Deutschland vorgespiegelt werden.

4.3 Studenten

Die DKP mit ihren etwa 100 Hochschulgruppen – denen die an einer Hochschule studierenden und beschäftigten Parteimitglieder angehören – und ihr Studentenverband, der „Marxistische Studentenbund Spartakus“ (MSB), setzten ihre regen hochschulpolitischen Aktivitäten fort. Dabei stärten die DKP-Hochschulgruppen den MSB durch „aktive und beispielhafte Mitarbeit“; „jeder kommunistische Student ein aktiver MSBler“¹⁴⁴.

Der MSB hielt an seiner „Politik der gewerkschaftlichen Orientierung“ fest: Anknüpfend an soziale und hochschulpolitische Anliegen der Studenten bemühte er sich um Einfluß in den studentischen Vertretungen und um Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Besonderer Schwerpunkt seiner Aktivitäten blieb das Streben nach „Aktionseinheit“ mit Sozialdemokraten¹⁴⁵, vor allem mit den „Jungsozialisten-Hochschulgruppen“ (Juso-HG)¹⁴⁶.

„Aktionseinheit“ zwischen MSB und SHB

Seine langjährige „Aktionseinheit“ mit dem „Sozialistischen Hochschulbund“ (SHB) bezeichnete der MSB als „strategisches Zentrum“ und „fortgeschrittenste Form“ der Zusammenarbeit.¹⁴⁷ Noch gebe es nur in der Studentenschaft eine Organisation wie den SHB – „eine marxistische Organisation der Sozialdemokratie“, in deren Reihen die „Aktionseinheit als programmatischer Grundsatz“ gelte.¹⁴⁸ Positiv konnte der MSB auch seine Beziehungen zu demokratischen Studentenorganisationen bewerten und nach der Mitgliederversammlung der „Vereinigten Deutschen Studentenschaften“ (VDS) Ende März in Köln die „neue stabile Einheit im studentischen Dachverband auf kämpferischer Basis“¹⁴⁹ herausstellen:

Dem neuen vierköpfigen VDS-Vorstand gehören wieder je ein Vertreter des MSB, des SHB, der Juso-HG und der Jungdemokraten an. Damit reichen die Einflußmöglichkeiten von MSB und SHB weit über die eigenen Stimmanteile bei Wahlen zu den Studentenvertretungen hinaus.

Das neue VDS-„Aktionsprogramm“ wertete der MSB als „Kampflattform für das gemeinsame Handeln gegen Rechts“¹⁵⁰. Seine Mitarbeit in den VDS versuchte er wiederum für eigene Aktivitäten

auszunutzen. Bei der Europawahl kandidierten MSB-Funktionäre auf der „Friedensliste“, wobei lediglich ihre Funktionen in den VDS angegeben wurden. Zu den Vertretern der VDS in der „Geschäftsführung“ des „Koordinationsausschusses der Friedensbewegung“ gehörte mit Ute *Obermeyer* (DKP) eine führende MSB-Funktionärin. Eine maßgebliche Rolle spielten die kommunistischen Studenten in der Kampagne gegen die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG); sie mobilisierten nachdrücklich zu dem von den VDS ausgerufenen „Anti-HRG-Tag“ am 29. November.

5. Ideologischer Kampf

Auseinandersetzungen zwischen „Fortschritt und Reaktion“ spielen sich nach Meinung der DKP „mit zunehmender Schärfe“ in den Bereichen Ideologie und Kultur ab. Die Kommunisten seien deshalb aufgerufen, ein Gegengewicht zur „konservativen, rechtsgerichteten Sinn- und Wertoffensive“ zu setzen und verstärkt „bewußtseinsbildend in den Arbeiterkämpfen und demokratischen Bewegungen“ zu wirken. Dabei müsse die DKP ihr „unverwechselbares kommunistisches Profil“ zeigen und in „offensiver Sozialismuspropaganda“ die „wirkliche Alternative zur historisch überlebten kapitalistischen Ausbeuterordnung“ darstellen.¹⁵¹

In diesem „ideologischen Kampf“ bediente sich die DKP vielfältiger Methoden. Sie konnte wiederum auf eine Reihe bewährter organisatorischer Einrichtungen zurückgreifen:

5.1 „Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V.“ (IMSF)

Das IMSF in Frankfurt/M. – „wissenschaftliches“ Institut der DKP – will „Theorie und Methode des wissenschaftlichen Sozialismus auf ökonomische und soziale Prozesse des heutigen Kapitalismus“ anwenden; es soll durch Publikationen, „marxistische Bildungswochen“ und sonstige Veranstaltungen zur „Verbreitung des Marxismus“ beitragen.¹⁵² Sowohl der Leiter des Instituts (Dr. Heinz *Jung*, Mitglied des DKP-Parteivorstandes) als auch sein Stellvertreter (Dr. Jürgen *Reusch*) und die Mehrzahl der übrigen festen Mitarbeiter sind Parteimitglieder. Auch von den 18 Mitgliedern des Ende 1983 eingerichteten „wissenschaftlichen Beirats des IMSF“ sind die meisten Kommunisten, darunter Prof. Josef *Schleifstein* und Dr. Robert *Steigerwald*, Mitglieder des DKP-Parteivorstandes.

Fragen „betrieblicher Bewegungen und Formierungsprozesse der Arbeiterklasse“ in der Bundesrepublik Deutschland standen 1984 im Mittelpunkt der Institutsarbeit. Ergebnisse, Analysen und Dokumentationen wurden wiederum in einem Jahrbuch und in mehreren periodischen Schriftenreihen verbreitet. Zu Diskussionsveranstaltungen des IMSF wurden erneut Gewerkschafter und vereinzelt auch Teilnehmer aus dem Bereich der „Neuen Linken“ geladen.

Im Jahre 1984 organisierte das IMSF Diskussionsveranstaltungen über „Marxismus, Staat und Recht heute“ am 19. Mai (ca. 100 Teilnehmer) und „Alternativen zum Wettrüsten, Positionen, Kritik, Aufgaben aus marxistischer Sicht“ am 2. Juni (ca. 40 Teilnehmer). Unter dem Motto „Einführung in die Staatstheorie und die Analyse des BRD-Staates“ veranstaltete das IMSF vom 26. Juni bis 1. Juli in Bonn die „Marxistische Studienwoche 84“ (ca. 50 Teilnehmer). Gemeinsam mit dem „Kommunistischen Studentenverband Österreichs“ und der Zeitschrift „Weg und Ziel“ (theoretisches Organ der KP Österreichs) führte es vom 1. bis 6. Oktober in Salzburg eine „Marxistische Woche“ zum Thema „Arbeiterklasse und gesellschaftlicher Fortschritt – alte und neue Fragen“ durch (ca. 100 Teilnehmer). „Hauptprojekt“ war die Tagung „Situation und Perspektive der bundesdeutschen Gewerkschaften“ am 10./11. November in Mörfelden (ca. 300 Teilnehmer), auf der über die Zusammenarbeit der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, Veränderung und Arbeitsbedingungen durch neue Technologien sowie Handlungs- und Streikfähigkeit der Gewerkschaften diskutiert wurde.

5.2 „Marx-Engels-Stiftung e. V.“

Die „Marx-Engels-Stiftung e. V.“ in Wuppertal (langjähriger Vorstandsvorsitzender: DKP-Vorsitzender *Mies*) soll der Öffentlichkeit Kenntnisse über die „heutige Wirksamkeit der Ideen“ der beiden „Klassiker“ vermitteln. Der Verein ist Träger des „Marx-Engels-Zentrums“ in Wuppertal, das von dem DKP-Funktionär Dr. Richard *Kumpf* geleitet wird. Im Zentrum befinden sich eine Bibliothek und eine vom „Deutschen Museum für Geschichte“ der DDR überlassene ständige Ausstellung über das Lebenswerk von Marx und Engels, die nach Angaben des Vereins in den vergangenen Jahren auch von Schulklassen besucht wurde. 1984 führte der Verein im Zentrum wieder mehrere Veranstaltungen durch, so ein Symposium „Marxismus und nationale Politik“ (25. Februar) sowie ein Seminar zu Engels' Werk „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ (6. Oktober). Daneben stand das „Marx-Engels-Zentrum“ DKP-Nebenorganisationen für Schulungsveranstaltungen zur Verfügung.

5.3 „Marxistische Arbeiterbildung“

Die 1969 gegründete „Marxistische Arbeiterbildung – Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus“ (MAB) dient der DKP zur Schulung ihrer Mitglieder, vor allem aber soll sie politisch Interessierte, die der Partei noch nicht angehören, mit dem „wissenschaftlichen Sozialismus“ vertraut machen.¹⁵³ Der MAB-Vorsitzende Hans *Schneider* (Mitglied des DKP-Parteivorstandes) nannte als „Richtschnur“ für die praktische Arbeit die „Hinwendung zur konkreten ideologischen Arbeit mit Interessenten aus Betrieb und Gewerkschaft“, es gebe bereits einzelne „Ansätze einer Mitarbeit von Jusos und Sozialdemokraten in der MAB“¹⁵⁴.

Die etwa 60 örtlichen MAB-Gemeinschaften organisierten als ihren

„Beitrag im ideologischen Kampf um Frieden und Arbeit“¹⁵⁵ wiederum zahlreiche Vortragsveranstaltungen – auch mit Referenten aus der DDR. Etwa ein Viertel der MAB-Gemeinschaften arbeitet als „Marxistische Abendschule“ (MASCH); sie boten Kurse zu ausgewählten Themen des Marxismus-Leninismus an, z. B. „Einführung in die marxistische Philosophie“, „Historischer Materialismus“, „Grundlagen der politischen Ökonomie“, „Geschichte der KPdSU“, „Sozialismus in der DDR“. Mit Fotozirkeln, Filmabenden, Sprachkursen und Exkursionen versuchte die MAB, ihr Programmangebot attraktiv zu gestalten.

5.4 Druckereien und Verlage

Die „marxistische Literatur“ soll nach Weisung des DKP-Parteivorstandes als „Waffe im Klassenkampf“ noch stärker genutzt und verbreitet werden¹⁵⁶.

Die 11 Verlage und etwa 30 „collectiv“-Buchhandlungen der „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger und Buchhändler“ decken mit periodischen Schriften, Büchern und sonstigen Veröffentlichungen alle „Kampffelder“ der orthodoxen Kommunisten ab. Der „Verlag Marxistische Blätter“ bringt neben grundsätzlicher Literatur zum Marxismus-Leninismus das theoretische Organ der DKP „Marxistische Blätter“ (Auflage über 7000 Exemplare) und Bücher führender DKP-Funktionäre zur Strategie und Taktik der Partei heraus; im „Weltkreis-Verlag“ erscheinen neben dem Sprachrohr der SDAJ, „elan“, insbesondere Bücher zur Jugendpolitik; der „Röderberg-Verlag“ ist auf „antifaschistische“ Literatur, der „Nachrichten-Verlag“ auf gewerkschaftsbezogene Veröffentlichungen spezialisiert. Die Publikationen des „Pahl-Rugenstein-Verlag“ dienen vor allem der Bündnispolitik. Zum 8. Mai 1985, dem 40. Jahrestag der Beendigung des 2. Weltkrieges, stellte er ein Programm von 95 Buchtiteln, darunter 23 Neuerscheinungen, vor. Daneben verlegt er u. a. die Zeitschriften „Blätter für deutsche und internationale Politik“, „Demokratische Erziehung“, „demokratisches gesundheitswesen“ und „Demokratie und Recht“. Gegen Ende des Jahres trat die Redaktion der Zeitschrift „Demokratie und Recht“ aus Protest gegen die „Vengung“ ihrer Arbeitsmöglichkeiten zurück: Mit ihrer Praxis, auch Beiträge mit Kritik an orthodox-kommunistischen Positionen zu akzeptieren, sei sie an „unüberwindliche, durch die gegebene Verbindung von Verlag und aktiver Herausgebermehrheit bedingte immanente Grenzen“ gestoßen.

Die „Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH“ in Neuss – die „Hausdruckerei“ der DKP (Geschäftsführung: Josef Mallmann, DKP) – verlegt und druckt seit Jahren das DKP-Zentralorgan „Unsere Zeit“; sie druckte 1984 auch fast alle sonstigen Publikationen der DKP und ihrer Vorfeldorganisationen sowie Agitationsmaterial für die „Friedenskampagne“ und den „Kampf um die 35-Stunden-Woche“. Plambeck erledigte darüber hinaus wiederum Druckaufträge für sozialistische Länder und organisierte Herstellung und Vertrieb des „Messe-

Kommunisten verfügen über ein Netz von Verlagen und Buchhandlungen



Verlag "pläne" GmbH
Postfach 827
4600 Dortmund 1
Te. (0231) 818925 - 28

Röderberg - Verlag GmbH
Schumannstr. 56
6000 Frankfurt / M. 1



Brücken - Verlag GmbH
Literaturvertrieb Import Export
Ackerstr. 3
4000 Düsseldorf 1

Asso - Verlag
Josefplatz 3
4200 Oberhausen 1



Nachrichten - Verlags GmbH
Kurfürstenstraße 18
Postfach 900749
6000 Frankfurt / M. 90
Telefon (069) 778079

Weltkreis - Verlags - GmbH
Braunschweiger Straße 12 - 20
Postfach 789
4600 Dortmund 1
Telefon (0231) 83801 - 0
Telex: 822292 plaen



collectiv
literatur

Arbeitsgemeinschaft
sozialistischer und demokratischer
Verleger und Buchhändler



Verlag Marxistische Blätter GmbH
Heddernheimer Landstr. 78a
6000 Frankfurt / M. 50

Pahl - Rugenstein - Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51



Institut für Marxistische Studien
und Forschung (IMSF)
Liebigstr. 6
6000 Frankfurt / Main 1

Verlag Atelier im Bauernhaus
In der Bredenaus 5
2802 Fischerhude



Plambeck & Co
Druck und Verlag GmbH
Postfach 920
4040 Neuss 1



Darmitz Verlag
im Verlag Plambeck & Co
Druck und Verlag GmbH
Xantener Straße 7, 4040 Neuss
Redaktionen und Lektorat:
Hohenzollernstr. 146 Rg.,
8000 München 40

Collectiv - Buchhandlungen

(ca. 30 Buchhandlungen)

11. Verboon

magazin International“ (MMI), das 1984 zu neun Messen in sozialistischen Ländern erschien; mit den Gewinnen aus dem einnahmeträchtigen Anzeigengeschäft des MMI können Verluste bei anderen Publikationen dieses kommunistischen Verlages aufgefangen werden.

Der Düsseldorfer „Brücken-Verlag“ hat die „Verlagsauslieferung“ eines umfangreichen Sortiments der DKP genehmer Literatur aus der UdSSR, DDR und anderen sozialistischen Ländern übernommen. 1984 setzte er erstmals „Buchmobile“ (fahrbare Buchhandlungen) ein, die Informationen über den „realen Sozialismus“ auch an „literarisch ,unterversorgte“ Orte bringen sollen¹⁵⁷. Die etwa 30 „collectiv“-Buchhandlungen, meist Filialen des „Brücken-Verlages“, warben mit Bücherlesungen von der DKP als „fortschrittlich“ angesehener Autoren aus der Bundesrepublik Deutschland und namhafter DDR-Schriftsteller; ferner organisierten sie „Verkaufsausstellungen“ mit DDR-Literatur. Über die Veranstaltungen dieser Buchhandlungen äußerte sich die DKP anerkennend: Sie würden an einigen Orten „sehr überlegt in die Tätigkeit der Partei einbezogen“¹⁵⁸.

5.5 „Kulturarbeit“

Seit Jahren nutzt die DKP Kunst und Kultur als Mittel, „Einfluß unter den Massen“¹⁵⁹ zu gewinnen.

Zu diesem Zweck setzte sie wieder ihr „Genossinnen und Genossen Kulturschaffenden“ ein und ließ sich durch andere zur Zusammenarbeit mit ihr bereite – und von ihr daher als „fortschrittlich“ bezeichnete – Künstler unterstützen.

Gegenüber früheren Jahren verstärkte die Partei die „kulturpolitische“ Diskussion. Das DKP-Zentralorgan UZ veröffentlichte von August bis November zahlreiche Beiträge zum Verhältnis von Politik und Ästhetik. In einer Zwischenbilanz Ende September schrieb ein Mitarbeiter des DKP-Parteivorstandes, „Kunst“ und „Agitprop“ seien keine „Gegensätze“; neben der „abstrahierenden“ Kunst brauche man solche, „die sich unmittelbar einmisch“¹⁶⁰.

Der „kulturpolitischen“ Bestandsaufnahme diene die 4. Tagung des DKP Parteivorstandes am 24./25. November in Düsseldorf. Die Parteiführung gab den Auftrag, in allen Bezirken und in Schwerpunktkreisen „Kulturaktives“ zu schaffen und für 1985 ein „Kulturpolitisches Forum“ vorzubereiten. DKP-Präsidiumsmitglied Gerd Deumlich bekräftigte die Forderung nach „Parteilichkeit“ der Kunst, d. h. nach Parteinahme für die „Arbeiterklasse“ und „ihre“ kommunistische Partei im politischen Kampf. Kulturelle Aktivitäten müßten „politisch angeleitet“ werden; „sozialistische Kunst“ könne sich „nicht ohne Einfluß der Partei“ entwickeln. Konsequenz dieser Linie waren u. a. mit dem Ziel des Parteiausschlusses durchgeführte Parteiordnungsverfahren gegen die drei Redakteure der seit September monatlich erscheinenden „Düsseldorfer Debatte – Zeitschrift für Politik, Kunst, Wissenschaft“ (vgl. Ziff. 1.1.3). Im Oktober warnte die DKP ihre Mitglieder auch vor einer Mitarbeit bei der Zeitschrift „Das Argument“, die eine „Abkehr von marxistischen Grundpositionen“ vollzogen

DKP stellt auch die Kunst in den Dienst des „Klassenkampfes“

Arbeiterfotografie

11. Jahrgang
Nummer 41
September-Oktober 1984
7 DM

NICARAGUA

Eiserne Lerche

Hefte für eine demokratische Musikkultur
L 4702 FX
April-Juni 84



Demokratische Erziehung

Mai 1984 · 10. Jahrgang · Heft 5 · G 2809 E

Kabellernachen und Kultur
Märkte, Mäzene, Sponsoren
Künstler im DGB
100 TV-Meisterwerke
Fotos, Plakate und ein Panorama

F 2482 F
tendenzen

Nr. 145, 25. Jahrgang
Januar bis März 1984
DM 8,50

Kunst und Medien

kürbiskern

„Ambol
Frieden:
zigsten
Musikn
Jazz in



LOGIKEN DES MODERNEN TODES

...ommunistische Kulturarbei

habe; obwohl ihr nach wie vor „bekannte Marxisten“ als „Aushängeschilder“ dienten, richtete sie sich „gegen die DKP“¹⁶¹.

Bei ihrer „Kulturarbeit“ kann die DKP auf parteinahe Publikationen und Verlage zurückgreifen; erstmals sprach sie in diesem Zusammenhang offen von „unseren Verlagen“¹⁶². Zu ihnen gehören u. a.

- der Musikverlag „pläne GmbH“ (u. a. mit Schallplattenproduktionen und der Vierteljahresschrift „Eiserne Lerche – Hefte für eine demokratische Musikkultur“, verantwortlicher Redakteur: Dr. Olaf Cless, Mitarbeiter des DKP-Partei Vorstandes),
- die Filmfirma „UNIDOC“ (seit September auch mit Videoproduktionen) und
- der „Darnitz Verlag im Verlag Plambeck & Co.“ (u. a. mit der Literaturzeitschrift „kürbiskern. Literatur, Kritik, Klassenkampf“, zu deren Herausgeber u. a. die DKP-Funktionäre Hannes Stütz und Oskar Neumann gehören, sowie der Kunstzeitschrift „tendenzen – Zeitschrift für engagierte Kunst“, bei der der Chefredakteur und weitere Mitglieder des Redaktionskollektivs der DKP angehören).

Zu den „kulturellen Kernbereichen“ zählt die DKP auch das Bildungswesen, auf das sie mit Hilfe der Zeitschrift „Demokratische Erziehung“, deren verantwortliche Redakteure in der kommunistischen Bildungsarbeit tätig sind, Einfluß zu nehmen sucht. Mitherausgeber ist Stephan Voets, Referent für Wissenschaftspolitik beim DKP-Partei Vorstand.

Kommunistische und „fortschrittliche“ Künstler unterstützten die Wahlkämpfe der DKP und der von ihr beeinflussten „Friedensliste“ (vgl. Ziff. 1.4.2 und 6.1). In München unterzeichneten mehr als 60 „Kulturschaffende“ einen Aufruf, bei den Kommunalwahlen am 18. März die DKP zu wählen; zur Landtagswahl in Baden-Württemberg am 25. März warb eine „DKP-Wahlrevue“ für die Partei.

Das DKP-Zentralorgan „Unsere Zeit“ (UZ), das sich verstärkt um Bilder von „Arbeiterfotografen“ bemüht, erhielt von zahlreichen Künstlern Preise für seine „Weihnachtstombola: Künstler für die UZ – Neue Leser für die Arbeiterzeitung“. Kommunistische und „fortschrittliche“ Künstler übernahmen „Patenschaften“ für „Berufsverbotsopfer“ und engagierten sich „vor Ort“ bei den Streiks für die Einführung der 35-Stunden-Woche. Einzelne Künstler unterstützten dabei auch rechtswidrige Aktionen.

Zu den Höhepunkten kommunistischer „Kulturarbeit“ gehörten das kulturelle Rahmenprogramm zum 7. DKP-Parteitag, das UZ-Pressifest (vgl. Ziff. 1.1.5), die traditionellen DKP-„Arbeiterkonzerte“ und die neue Veranstaltungsreihe „Theatertage für Arbeiter“ (vgl. Abschnitt V Ziffer 2). Im Spätsommer kamen kommunistische und „fortschrittliche“ Künstler wie schon in den Vorjahren zum einwöchigen „Victor-Jara-Treffen“ der SDAJ auf Burg Wahrberg zusammen. Es sollte der „künstlerisch-handwerklichen Qualifizierung“ dienen und Impulse geben für den „Kampf der demokratischen Kräfte gegen die Rechtskoalition“¹⁶³.

Auch die SDAJ wurde in der „Kulturarbeit“ initiativ. Sie richtete am 17. November in Hannover ihr erstes bundesweites „Kulturtreffen“ mit etwa 100 Teilnehmern aus, darunter auch Vertreter des „Werkkreises Literatur der Arbeitswelt“.

6. Teilnahme an Wahlen

Im Berichtsjahr beteiligte sich die DKP an den Landtagswahlen in Baden-Württemberg sowie den Kommunalwahlen in Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, in Rheinland-Pfalz und im Saarland.

Zur Europawahl konnte sie erstmals seit der Bundestagswahl 1969, als auf die DKP-gesteuerte „Aktion Demokratischer Fortschritt“ (ADF) 0,6 % der Erst- und Zweitstimmen entfielen, mit der „Friedensliste“ wieder ein bundesweites Wahlbündnis verwirklichen.

Bemühungen um den Aufbau von Wahlbündnissen zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg scheiterten; erfolgreich waren sie jedoch zu den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg und ebenso in Bayern, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Bündnispartner für solche „alternativen“ und sonstigen Listenverbindungen waren insbesondere „Demokratische Sozialisten“, „Grüne“ und auch Parteilose.

6.1 Europawahl

Die DKP verzichtete auf eine eigene Kandidatur bei den Wahlen zum europäischen Parlament (17. Juni) und unterstützte das von DKP-Mitgliedern mitgegründete und beeinflusste Personenbündnis „Die Friedensliste“ (vgl. Ziffer 1.4.2). Diese erzielte – nur 3 Monate nach der Gründung – 313108 = 1,3 % der Stimmen. Bei der Europawahl 1969 waren auf die DKP lediglich 0,4 % der Stimmen entfallen. Nach Meinung des DKP-Vorsitzenden *Mies* bestätigte der Wahlausgang „die Richtigkeit der Bemühungen um Wahlbündnisse unter Einschluß der Kommunisten“. Die DKP werde ihr „aktives Engagement“ für Bündnisse wie die „Friedensliste“ verstärken¹⁶⁴. Die „Friedensliste“ erhielt eine Wahlkampfkostenerstattung in Höhe von rd. 2,85 Mio DM.

6.2 Landtagswahl Baden-Württemberg

Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg (25. März) kandidierte die DKP erstmals in allen 70 Wahlkreisen. Die Partei erhielt 13620 Stimmen = 0,3 % (1980: 11738 Stimmen = 0,3 %). Trotz des leichten Stimmengewinns zeigte sie sich mit dem Ergebnis nicht zufrieden; Stimmenverluste hatte es in mehreren Großstädten und auch in „Arbeiterschwerpunkten“ gegeben.

6.3 Kommunalwahlen

Bei den Kommunalwahlen ging der Stimmenanteil der DKP insgesamt deutlich zurück. Gleichwohl stieg die Zahl der Mandate, denn

**Kommunisten hatten
Erfolg mit neuem
Wahlbündnis**

die Partei konnte in einigen Kommunen, in denen sie den Wahlkampf schwerpunktmäßig geführt hatte, beachtliche Erfolge erzielen.

In **Bayern** (18. März) kandidierte die DKP in 18 von 25 kreisfreien Städten und in 9 von 71 Landkreisen. Darüber hinaus war sie an drei Wahlbündnissen beteiligt.

Die DKP erhielt in den kreisfreien Städten 0,6% (1978: 0,9%), in den kreisfreien Städten und Landkreisen zusammen 0,2% (1978: 0,3%) der Stimmen. Insgesamt fielen vier Mandate an DKP-Mitglieder.

In **Rheinland-Pfalz** (17. Juni) beteiligte sich die DKP mit eigenen Listen in zwei von 24 Landkreisen, in 10 von 2303 Gemeinden und in 2 von 163 Verbandsgemeinden; über „Alternative Listen“, „Wählergruppen“ oder „Persönlichkeitswahlen“ trat sie in weiteren 8 Gemeinden und einer Verbandsgemeinde an.

Auf die DKP entfielen in den Landkreisen und kreisfreien Städten 2192 Stimmen = 0,1% (1979: 6006 Stimmen = 0,3%). Insgesamt 6 Mandate entfielen auf DKP-Mitglieder.

Im **Saarland** (17. Juni) kandidierte die DKP in allen fünf Kreisen und im Stadtverband Saarbrücken, ferner in 8 von 52 Gemeinden und zu 16 Ortsräten. Bei den Stadtverbands- und Kreistagswahlen erhielt sie 3657 Stimmen = 0,6% (1979: 8312 Stimmen = 1,3%), bei den Gemeinderatswahlen 3011 Stimmen = 0,5% (1979: 6039 Stimmen = 0,9%). Die Partei errang insgesamt 4 Mandate.

In **Nordrhein-Westfalen** (30. September) beteiligte sich die DKP in allen 23 kreisfreien Städten, in 10 von 31 Kreisen und in zahlreichen kreisangehörigen Gemeinden mit eigenen Listen; ferner konnte sie Parteimitglieder in eine Reihe von Wahlbündnissen einbringen.

Landesweit erhielt die DKP 36045 Stimmen = 0,4% (1979: 55571 Stimmen = 0,7%). Trotz des hohen Stimmenrückgangs insgesamt erzielte die DKP in einigen als „Wahlkampfschwerpunkte“ ausgesuchten Gemeinden beachtliche Ergebnisse, so u. a. in Wülfrath 13,4% (5 Mandate), in Gevelsberg 12,4% (6 Mandate) und in Bottrop 8,5% der Stimmen (5 Mandate).

Die DKP-Mitglieder sind in insgesamt 14 Kommunalparlamenten mit zusammen 34 Sitzen vertreten.

In **Baden-Württemberg** (28. Oktober) kandidierte die DKP in 14 von 1100 Gemeinden und in 5 von 35 Landkreisen mit eigenen Listen. In 4 Gemeinden und einem Landkreis trat sie auf der Liste mit dem Zusatz „Freie Wählervereinigung“ an; in weiteren 13 Gemeinden beteiligte sie sich an Wahlbündnissen.

DKP-Mitglieder konnten 9 Mandate erringen, davon 3 über Bündnislisten.

6.4 Mandate in Kommunalvertretungen

Die Zahl der Mandate von DKP-Mitgliedern ist nach den Kommunalwahlen 1984 auf insgesamt 101 (bislang 93) in 50 (bislang 44) Kreis-, Stadt- und Gemeindevertretungen sowie 18 (bislang 11) in 13 (bislang 8) Bezirksvertretungen bzw. Ortsbeiräten angestiegen; in 4 hessischen Gemeinden stellte die DKP weiterhin je ein Magistratsmitglied.

Mandate von DKP-Mitgliedern in Kommunalvertretungen

BUNDESLAND	1979		1980		1981		1982		1983		1984	
	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b
SCHLESWIG - HOLSTEIN	2	-	2	-	2	-	2	-	2	-	2	-
HAMBURG	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
BREMEN	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
NIEDERSACHSEN	4	-	4	-	18	2	18	2	18	2	18	2
NORDRHEIN - WESTFALEN	20	3	20	3	20	3	20	3	20	3	29	5
HESSEN	25	8	25	8	30	6	30	6	30	6	30	6
RHEINLAND - PFALZ	9	-	9	-	9	-	9	-	9	-	6	-
SAARLAND	2	-	2	-	2	-	2	-	2	-	3	1
BADEN - WÜRTTEMBERG	6	-	8	-	8	-	8	-	8	-	9	4
BAYERN	4	-	4	-	4	-	4	-	4	-	4	-
GESAMT :	72	11	74	11	93	11	93	11	93	11	101	18

a) Anzahl der Kreistags- und Gemeinderatsmandate

b) Anzahl der Sitze in Bezirksvertretungen bzw. Ortsbeiräten

7. Ausblick 1985

Zum Jahreswechsel 1984/85 kündigte der DKP-Vorsitzende Herbert Mies an, seine Partei werde dazu beitragen, daß „auch das Jahr 1985 ein Kampf- und Aktionsjahr“ werde. Gleichzeitig markierte er die Schwerpunkte für 1985: Mit „antifaschistischen Manifestationen“ zum 40. Jahrestag der Beendigung des 2. Weltkrieges am 8. Mai (vgl. Ziff. 2.5) sollten „Richtpunkte“ für den weiteren „Friedenskampf“ gesetzt werden. Beim Kampf für Arbeitszeitverkürzungen und für ein Beschäftigungsprogramm könnten die Erfahrungen des „Drucker- und Metallerstreiks“ genutzt werden. Daneben sei 1985 ein entscheidendes Jahr für die „Solidarität mit Nicaragua“.

Wichtigste internationale Großveranstaltung unter Beteiligung kommunistischer „Frontorganisationen“ (vgl. Abschnitt VII.1.2) werden die VI. „Allchristliche Friedensversammlung“ im Juli 1985 in Prag und die „12. Weltfestspiele der Jugend und Studenten“ vom 27. Juli bis 3. August 1985 in Moskau sein (vgl. Ziff. 4.1).

V. SED-Aktivitäten gegen die Bundesrepublik Deutschland

Die SED entfaltete auch 1984 vielfältige Aktivitäten, um die politische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland zugunsten der kommunistischen Zielsetzung zu beeinflussen. Da die DDR nach außen hin „besondere Beziehungen“ zwischen beiden deutschen Staaten verneint, führte sie diese „Westarbeit“ entweder verdeckt durch oder gab sie als „internationale“ Zusammenarbeit im Rahmen der „friedlichen Koexistenz“ aus. Angeleitet und kontrolliert wird die gesamte „Westarbeit“ der gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen der DDR nach wie vor von der früheren „Westabteilung“ des ZK der SED, die 1984 in „Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft“ umbenannt worden ist; ihr langjähriger Leiter, Herbert Häber, wurde im Mai zum Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED gewählt. Diese Abteilung stützt sich auf die „Westsektoren“ bei den SED-Bezirksleitungen, denen die DKP-Bezirksorganisationen im Bundesgebiet wie folgt als „Patenbezirke“ zugewiesen sind:

Staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen der DDR arbeiten gegen die Bundesrepublik Deutschland

SED-Bezirksleitung	„Patenbezirk“ (= zugewiesene DKP-Bezirksorganisation)
Rostock	Hamburg
Neubrandenburg	Schleswig-Holstein
Schwerin	Bremen/Niedersachsen-Nord
Frankfurt/Oder } Erfurt }	Hessen
Potsdam	Rheinland-Pfalz
Magdeburg	Niedersachsen
Cottbus	Saar
Leipzig } Halle }	Ruhr/Westfalen
Dresden	Baden-Württemberg
Karl-Marx-Stadt	Rheinland/Westfalen
Gera	Südbayern
Suhl	Nordbayern

1. Anleitung und Unterstützung der DKP

Die besonderen Beziehungen zwischen den beiden „Bruderparteien“ SED und DKP werden schon in den Äußerungen ihrer führenden Funktionäre deutlich. So versicherte der DKP-Parteivorsitzende Herbert *Mies* dem ZK der SED, die Kommunisten der Bundesrepublik Deutschland seien stolz darauf, mit der SED „auf das engste und brüderlichste verbunden zu sein“ und immer in „Freundschaft und brüderlicher Verbundenheit“ zu den Kommunisten der DDR zu stehen¹⁶⁵. Zuvor hatte *Mies* auf der zentralen DKP-Veranstaltung „35 Jahre DDR – 35 Jahre Kampf für Frieden und Sozialismus“ am 2. Oktober in Hannover die „unverbrüchliche Solidarität und Freundschaft“ der DKP mit dem sozialistischen deutschen Staat und seiner führenden Partei, der SED, bekräftigt¹⁶⁶. SED-Generalsekretär Erich *Honecker* und Herbert *Häber* beschworen die vom „Thälmannschen Geist“ geprägte „solidarische Verbundenheit“ der SED mit der DKP¹⁶⁷.

Anleitung und Kontrolle der DKP sowie deren erhebliche materielle Unterstützung durch die SED erfolgten auch 1984 weitgehend konspirativ. Grundlage der Zusammenarbeit bildete der von den Parteiführungen festgelegte Rahmenplan; die Modalitäten zur Erfüllung dieses Planes wurden von den Leitungen der Bezirksorganisationen von SED und DKP in Einzelplänen vereinbart.

Zahlreiche Gespräche zwischen SED- und DKP-Funktionären auf verschiedenen Ebenen, Delegationsaustausch, Berichte an die SED-Führung und die Aufbewahrung von DKP-Unterlagen (u. a. Kaderunterlagen) in SED-Archiven sicherten auch im Berichtsjahr die lückenlose Kontrolle der DKP durch die SED.

**Kaderunterlagen der
DKP wurden bei der
SED aufbewahrt**

2. „Westarbeit“ anderer DDR-Institutionen

„Massenorganisationen“ und andere Institutionen der DDR wirkten auch 1984 mit ihrer „Westarbeit“ auf entsprechende Zielgruppen in der Bundesrepublik Deutschland ein. Beispielhaft dafür sind nach wie vor die Aktivitäten der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ), des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“ (FDGB) und des „Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR“ (IPW) in Berlin (Ost).

Strategisches Ziel der FDJ-„Westarbeit“ ist unverändert die „solidarische Unterstützung“ der „Bruderorganisationen“ – „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ), „Marxistischer Studentenbund Spartakus“ (MSB), „Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation“ (JP) und „Sozialistischer Jugendverband Karl Liebknecht“ (SJV Karl Liebknecht) – bei ihrem „revolutionären Kampf gegen den Imperialismus“ sowie die „Verbreiterung des antiimperialistischen Potentials“ in anderen Jugendverbänden.

Die Formen der Zusammenarbeit der FDJ mit den „Bruderorganisationen“ stimmen weitgehend mit denen zwischen SED und DKP überein: Arbeitsvereinbarungen, Anleitungsgespräche, materielle Hilfen, Delegationsaustausch.

Die FDJ entsandte zunehmend Mitglieder zu Veranstaltungen links-extremistischer Organisationen in das Bundesgebiet. Allein an den „Pfungstcamps“ der SDAJ beteiligten sich über 70 FDJ-Angehörige aus der DDR.

Unverändert enge „freundschaftliche“ Beziehungen unterhielt die FDJ mit dem „Sozialistischen Hochschulbund“ (SHB); kennzeichnend hierfür war die Teilnahme einer FDJ-Abordnung an der 25. ordentlichen Bundesdelegiertenversammlung des SHB im Oktober in Münster sowie der Besuch einer Delegation des SHB-Bundesvorstandes beim FDJ-Zentralrat im Dezember. Vertreter des FDJ-Zentralrats sprachen wiederholt auch mit den Leitungen demokratischer Jugendorganisationen der Bundesrepublik Deutschland, sowohl bei zweiseitigen Treffen als auch bei Veranstaltungen der FDJ mit gleichzeitiger Beteiligung von „Bruderorganisationen“, so z. B. beim „Internationalen Jugendlager“ in Werder/Havel (11. bis 16. November). In diesen Gesprächen fand die FDJ fast immer Zustimmung für ihr zentrales Anliegen: den sofortigen Stopp der NATO-Nachrüstung und den Abzug der bereits aufgestellten Systeme.

Das „INTERNATIONAL – Informations- und Bildungszentrum e. V.“ der DDR organisierte wieder „Studien- und Informationsreisen“ vornehmlich für Gewerkschafter aus der Bundesrepublik Deutschland. Das touristische Programm und Gespräche mit Funktionären des FDGB und anderer Organisationen sowie mit „Werktätigen“ sollten den Besuchern die „sozialistischen Errungenschaften“ der DDR aufzeigen und sie im Sinne der SED und des „realen Sozialismus“ beeinflussen. Außerdem betreute „INTERNATIONAL“ von der DKP organisierte Studiengruppen sowie Elterndelegationen,

FDJ unterstützt „Bruderorganisationen“ in der Bundesrepublik Deutschland

13. Festkonzert der DKP

Rheinland-Westfalen
mit der
Halleschen
Philharmonie

Verkaufsausstellung vom 20. 10. - 28. 10.
In der Markthalle Hamburg



BÜCHER
AUS DER DDR

Internationale
Buchhandlung

Sonntag, 28. 10., 11.00 Uhr

Hermann Kant (DDR)

liest einen neuen Text
Ort: Markthalle

Volkstheater Rostock „Theatertage für Arbeiter 1984“

Theaterabend der DKP Marburg
mit dem

Rostocker Volkstheater

„Ich bin ein Mensch“

von Alexander Sanin

morgen, Freitag, 19. Oktober 1984



Wir freuen uns, allen Freunden
zeitgenössischer

DDR-Originalgrafik

mitteln zu können,

daß ab Montag, dem 16. 4. 84, 9.30 Uhr

Ausstellung und Verkauf

aktueller grafischer Arbeiten der DDR beginnt.

Hallo Bochum!

Bücher aus der DDR -
Bücher über die DDR -
voll Fragen, Antworten und Lesespaß

Woche des realen Sozialismus

19. bis 24. November DKP-Zentrum, He...



DISKUSSION UND DIAVORTRAG
KUNST IN DER DDR HEUTE
SONNTAG, 15. APRIL, 20UHR
WORPSWEDER KUNSTHALLE
DKP

relle "Westarbo

die zur Vorbereitung der kommunistischen Kinderferienaktion in die DDR reisten (vgl. Abschnitt IV Ziff. 4.2.)

Das „Institut für Internationale Politik und Wirtschaft“ (IPW) in Berlin (Ost) entsandte auch 1984 zahlreiche „Reisekader“ zu wissenschaftlichen Institutionen und Konferenzen in die Bundesrepublik Deutschland; sie sollen für die Politik der DDR werben und zugleich Informationen sammeln. Vertreter des IPW referierten auch auf der bundesweiten Veranstaltungsreihe der DKP „Sozialismus konkret – 35 Jahre DDR“ und nahmen an Sitzungen des „Instituts für Marxistische Studien und Forschungen e. V.“ (IMSF) teil. Informationen und Kontakte des IPW nutzt auch das „Ministerium für Staatssicherheit“ (MfS) für seine Aufklärung.

Die „kulturelle Westarbeit“, die der politischen Unterstützung der DKP und zugleich der Propaganda für die DDR dient, wurde durch den Einsatz zahlreicher Theater-, Musik-, Kleinkunstensembles und Rockgruppen aus der DDR bei Veranstaltungen der DKP und ihrer Nebenorganisationen fortgesetzt. Schwerpunkte waren der „Internationale Frauentag“, der 1. Mai, die „Pfingstcamps“ der SDAJ, das Pressefest der UZ sowie der 35. Jahrestag der Gründung der DDR. Der „Verband bildender Künstler der DDR“ (VBK) überließ der DKP die Ausstellung „DDR heute – Malerei, Grafik, Plastik“, die Objekte wurden im April/Mai in Worpsswede und in Bremen gezeigt. Das Volkstheater Rostock trat im Oktober bei der DKP-initiierten Veranstaltungsreihe „Theater für Arbeiter“ in sechs Städten auf. Im November bestritt die „Hallesche Philharmonie“ von der DKP veranstaltete „Arbeiterkonzerte“.

3. Reisen in die DDR und DDR-„Reisekader“

Auch im Berichtsjahr entsandten die DKP, ihre Nebenorganisationen und die von ihr beeinflussten Vereinigungen eine große Anzahl Funktionäre sowie weit über 600 Delegationen mit mehr als 10000 Teilnehmern zu Gesprächen, Schulungen und „Studienaufenthalten“ in die DDR. Diese Reisen dienten neben der Anleitung, ideologischen Festigung und Schulung von „Genossen“ sowie der Darstellung des „realen Sozialismus“ auch der Mitgliederwerbung unter mitreisenden „Sympathisanten“. Von SED und DKP wird den Delegationsreisen große Bedeutung beigemessen. Herbert Häber bemerkte hierzu auf der 8. Tagung des KZ der SED:

„... so ist es auch kein Zufall, wenn gerade in diesen Monaten in stärkerem Umfang denn je Arbeiterdelegationen aus der BRD, Gruppen von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern sowie auch Besucher aus anderen Gesellschaftsschichten wachsendes Interesse daran zeigen, wie in der DDR die Aufgaben unserer Zeit zum Wohle des Volkes angepackt und gelöst werden“ („Neues Deutschland“ vom 25. 5. 1984).

Kommunisten nutzen Reisen in die DDR zur Mitgliederwerbung

1984 wurden wiederum weit über 1000 Einreisen von DDR-„Reisekadern“ – das sind Funktionäre, die im Rahmen der „Westarbeit“ der SED einen politischen Auftrag im Bundesgebiet zu erfüllen haben – bekannt. Sie haben über Reiseverlauf und Kontaktpersonen ausführliche Berichte für die SED und das MfS zu erstellen. Zu den „Reisekadern“ zählten vornehmlich Funktionäre der SED und der „Massenorganisationen“, z. B. der FDJ. Die Zahl der einreisenden Funktionäre wissenschaftlicher Einrichtungen ist gestiegen; sie propagierten auf zahlreichen der über 100 DKP-Veranstaltungen „Sozialismus konkret – 35 Jahre DDR“ die „Errungenschaften“ und die „Friedenspolitik“ der DDR.

Die DKP will künftig jährlich solche „Wochen des realen Sozialismus“ mit Referenten aus der DDR durchführen.

VI. „Neue Linke“

1. Politischer Standort und Entwicklung

Neben den orthodoxen Kommunisten agitierten auch 1984 wieder kleinere, nicht von Moskau gesteuerte marxistisch-leninistische Parteien und Bünde, ferner trotzkistische Organisationen, andere revolutionär-marxistische Vereinigungen, anarchistische Zusammenschlüsse und sonstige undogmatische Sozialrevolutionäre gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland. Sie propagierten „grundlegende Umwälzung“, „Revolution“, „Zerstörung“ und „Zerschlagung“ des Systems.

Die Marxisten-Leninisten und Trotzisten wollen – wie die DKP – über die „Diktatur des Proletariats“ zur „klassenlosen Gesellschaft“, zum Kommunismus gelangen. Mißstände im „realen Sozialismus“ sind für sie das Ergebnis „bürokratischer“ oder „revisionistischer“ Entartung.

Anarchistische Gruppen entwickelten „für die Zeit nach der Revolution“, nach der „bewaffneten Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats“, die verschiedensten Modelle „herrschaftsfreier Gesellschaft“. Einige nihilistische Gruppen begnügten sich mit „Widerstand“ gegen den „BRD-Imperialismus“, mit dem „Kampf“ gegen den „ganzen Saftladen BRD“, andere versuchten, „Freiräume“ zu erobern – „jetzt und heute“, zur unbeschränkten Entfaltung der eigenen Existenz.

**Gruppen der „Neuen
Linken“ bekennen
sich meist offen zur
Gewalt**

Erneut forderten und gebrauchten Gruppen der „Neuen Linken“ Gewalt, um ihren verfassungsfeindlichen Zielen näherzukommen; einige der „autonomen“ anarchistischen Zusammenschlüsse griffen auch wieder zu terroristischen Mitteln, indem sie Brand- und Sprengstoffanschläge verübten.

Unter den dogmatischen * Gruppen der „Neuen Linken“ konnten die Trotzlisten ihren Mitgliederstand und ihr organisatorisches Gefüge halten; die Situation der marxistisch-leninistischen Parteien und Bünde (K-Gruppen **) ist dagegen von zunehmender Resignation gekennzeichnet. Ihre Entwicklung zeigt, daß Bemühungen um den Aufbau einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik Deutschland ohne die nachhaltige politische und materielle Unterstützung durch regierende „Bruderparteien“ – wie sie die DKP seit ihrem Bestehen von der SED und der KPdSU erhält – letztlich erfolglos bleiben. Die meisten marxistisch-leninistischen Organisationen sprechen inzwischen von der Notwendigkeit neuer „Standortbestimmungen“. Dabei müsse die „Verengung und Dogmatisierung“, die in allen Strömungen des „Marxismus“ entstanden sei, aufgebrochen werden. Die Versuche einzelner K-Gruppen, durch praktische Zusammenarbeit und gemeinsame Erörterung theoretischer Fragen die „Einheit der revolutionären Sozialisten“ voranzubringen, blieben erfolglos. Bei den Diskussionen kam es „eher zur Herausarbeitung der Differenzen“. Erstmals beteiligten sich auch Trotzlisten an solchen Gesprächen. Die Bemühungen um Aktionsbündnisse innerhalb der „Neuen Linken“ und zunehmend auch mit orthodoxen Kommunisten hielten an. Erneut suchten Mitglieder von K-Gruppen nach zusätzlichen Betätigungsfeldern u. a. in „Dritte-Welt-Solidaritätsgruppen“, Initiativen der „Friedensbewegung“, bei den „Grünen“ oder in „Alternativen Listen“.

Rückläufige Entwicklungen gab es auch bei anarchistischen und sonstigen undogmatischen *** Gruppierungen. Die zu Beginn der 80er Jahre mit gewalttätigen Protesten gegen Rekrutengelöbnisse, gegen Bauprojekte zur Nutzung der Kernenergie, gegen den Bau der „Startbahn West“ und insbesondere in den „Häuserkämpfen“ bundesweit angewachsene „autonome Protestbewegung“ ist weitgehend zerfallen; jedoch agitierten einzelne Gruppen weiterhin auf diesen Aktionsfeldern und brachten ihren Protest auch durch gewalttätige Aktionen zum Ausdruck. „Autonome“ Gruppen suchten, oft isoliert voneinander, nach neuen Ansätzen für eine „revolutionäre radikale Politik“; mit den bisherigen Formen „militanter Antistaatlichkeit“ sei die Bewegung in eine Sackgasse geraten. Manche näherten sich den Positionen „antiimperialistischer“ Gruppen im terroristischen Umfeld und suchten in Aktionen gegen „BRD- und US-Imperialismus“ ein neues Ziel.

Einigen anarchistischen und anarchosyndikalistischen (s. Abschnitt VI. Ziff. 2.4.1) Zirkeln gelang der Aufbau überregionaler Zusammen-

Der Niedergang der K-Gruppen hielt an

„Autonome Protestbewegung“ ist weitgehend zerfallen

* Als dogmatische „Neue Linke“ werden die ideologisch und organisatorisch zumeist festgefügt Gruppen bezeichnet, die die Lehre von Marx in ihrer leninistischen Ausprägung ihrem Erklärungs- und Handlungskonzept sowie ihrer Organisationsstruktur zugrunde legen, zugleich aber die bürokratischen und imperialistischen Elemente des sowjetischen Systems kritisieren.

** Siehe Fußnote auf Seite 17

*** Siehe Fußnote auf Seite 29

Plündert die
Staats
kassen

HAUT DIE BULLEN PLATT
WIE STULLEN



Macht kaputt
was euch kaputt
macht

Uii! AMOK

Anarchistische Parole

Wir Lassen uns die Revolution nicht verbieten

DER SUMPF BLÜHT

KOMMT ALLE

Ihr seid die werkzeuge der mächtigen
Ihr werdet verraten, verkauft
Ihr sterbt, angeblich für das vaterland
Ihr bekommt ein ehrenmahl für heldenhafte verteidigung des abendlandes
Eure frauen und kinder bekommen witwen- und waisenrente
Ihr lasst euch verarschen

Schafft viele betonierende, demollerende
und Sprengdeckel klauende Zellen.
SABOTAGE TUT NOT

Versucht doch nur einmal auszubrechen, dann werdet ihr sehen
Sie haben euren eigenen geist getötet
Laßt euch nicht verarschen, schlägt endlich zu!
Zeigt den schweinen, daß ihr nicht gelähmt seid
Zerschlagt das system, um zu leben

Das System, daß wir hier
bekämpfen wollen ist ein weltweites. Das Weltwirtschaftssystem und die NATO
sind die Grundlagen für die tägliche Unterdrückung hier.

Heute Kinder wirds was geben... wir
haben nämlich eine 35-gramm-Bombe am
Fenster der Göttinger Staatsanwaltschaft
zur Extase gebracht.

Diese äußerst subversive Handlung soll
den Schweinen gehörig einheizen. Den
Schweinen, die im Moment dabei sind,
den antistaatlichen und antiimperialis-
tischen Widerstand in der BRD zu kri-
minalisieren und durch eine Prozesswel-
le zu ersticken.

Die Vernichtung des Militarismus muß geschehen durch konkrete Akte der Widerge-
setzlichkeit und des Ungehorsams gegenüber jeder Form von Autorität. Für eine Ge-
sellschaft ohne Heere und Gefängnisse! Für die Anarchie!

BILDET BANDEN, SAMMELT WAFFEN, UM DEN STAAT JETZT ABZUSCHAFFEN!

ES GIBT VIEL ZU TUN, ZERSTÖREN WIR DAS SYSTEM!

Wir fordern alle Leute auf, die die Hamburger Friedhofsruhe nicht länger
ertragen wollen und denen, es wichtig ist, daß '85 ein Jahr der Revolte wird

Aufrufe zu Sabotage und
"Widerstand"

Aktionsfelder der „Neuen Linken“

hänge. Impulse gab u. a. ein „Internationales Anarchistentreffen“ im September in Venedig; Teilnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland sprachen von einem bedeutsamen Schritt zur „umfassenden Wiederbelebung der anarchistischen Bewegung“¹⁶⁸.

Ein gemeinsames, beherrschendes Aktionsthema hatten die Gruppen der „Neuen Linken“ 1984 nicht; anarchistische und einzelne K-Gruppen begannen zum „Orwell-Jahr 1984“ mit einer Kampagne gegen den „Computerstaat“. Vorbereitungen zu Aktionen gegen den maschinenlesbaren Personalausweis wurden aber aufgegeben, nachdem dessen Einführung verschoben worden war. K-Gruppen, Trotzlisten und andere revolutionäre Marxisten mühten sich im Frühjahr mit großem Einsatz um „Verschärfung“ und „Politisierung“ des Arbeitskampfes für die 35-Stunden-Woche. Bei der Aktionsplanung für den „Friedensherbst '84“ drängte die „Neue Linke“ auf Agitation und Aktion gegen die angeblichen „neuen offensiven Kriegsführungsstrategien“ der NATO. Weitere wichtige Aktionsfelder der „Neuen Linken“ waren der „Widerstand“ gegen den „Atomstaat“, der „antifaschistische Kampf gegen Neonazis“, die Solidarität mit der Revolution in Nicaragua und Proteste gegen eine angeblich ausländergefeindliche Politik.

Für den Informationsaustausch vor allem in der undogmatischen „Neuen Linken“ blieben Alternativzeitungen von besonderer Bedeutung; viele druckten wiederum, ohne selbst extremistische Bestrebungen zu verfolgen, Erklärungen und Aufrufe linksextremistischer Gruppen ab. „Autonome“ Gruppen gaben, oft in Zusammenarbeit mit „antiimperialistischen“ Gruppierungen (Antiimpis) und mit sonstigen Sozialrevolutionären, wieder eigene – zum Teil überregional verbreitete – Publikationen heraus, wie „große freiheit“ (Hamburg), „Regenbogen“ – Neue Folge (Dortmund), „Krasse Zeiten – Graue Morgen“ (Rhein-Main-Gebiet), „Karlsruher Stadtzeitung“ und „Mauerbruch“ (Nürnberg). Das bislang in Berlin herausgegebene Szenenblatt „radikal“ stellte im Frühjahr wegen Differenzen über die „inhaltliche Konzeption“ und „Zweifeln an der politischen Basis“ sein Erscheinen für längere Zeit ein. Im September erschien eine weitere Ausgabe. Die Verfasser blieben anonym; als Bezugsquelle nannten sie die Anschrift einer Alternativzeitung in der Schweiz. Nur noch fünf Schwarzsender (1983: 12), an denen sich Kräfte der „Neuen Linken“ beteiligten, wurden bekannt.

2. Organisationen und Gruppierungen

2.1 Marxistisch-Leninistische Parteien und Bünde (K-Gruppen)

Zum Jahresende bestanden, wie im Vorjahr, vier bundesweit tätige K-Gruppen. Zwei davon, die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) und die „Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)“ (KPD) beanspruchten für sich, die „revolutionäre Partei der Arbeiterklasse“ zu sein und beteiligten sich

auch an Wahlen. Die Organisation der beiden anderen Gruppen, „Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK) und „Kommunistischer Bund“ (KB), wurde lückenhafter; sie konnten jedoch Stützpunkte in den meisten Bundesländern halten. Bei den kleineren, nur regional verbreiteten Gruppen gab es Stagnation und Auflösung. Die „Gruppe Z“, 1979 vom KB abgespalten, besteht nach Angaben ehemaliger Mitglieder nicht mehr als organisatorischer Zusammenhang. Sie war geschlossen den „Grünen“ beigetreten, um dort ihre Ziele weiter zu verfolgen. Ehemals führende Funktionäre dieser Gruppe arbeiteten nach wie vor auf Bundes- und Landesebene bei den „Grünen“ mit.

Der „Kommunistische Bund Westdeutschland“ (KBW), einst die mitglieder- und finanzstärkste K-Gruppe, löste sich Anfang 1985 auf. Der Mitgliederbestand in den Kernorganisationen der K-Gruppen ging auf etwa 2600 (1983: etwa 2700) Personen zurück. Alle Gruppen hatten erhebliche Schwierigkeiten, Nachwuchs zu gewinnen.

2.1.1 „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)

Die 1982 aus dem „Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands“ (KABD) hervorgegangene MLPD blieb mitgliederstärkste K-Gruppe; sie konnte ihre Mitgliederzahl erneut geringfügig auf etwa 1100 (1983: ca. 1000) erhöhen. Die Partei (Vorsitzender: Stefan Engel) ist bundesweit in elf Bezirke mit insgesamt mehr als 80 Ortsgruppen und Stützpunkten gegliedert. Die Auflage ihres wöchentlich erscheinenden Zentralorgans „Rote Fahne“ hielt sich bei etwa 10000 Exemplaren.

Die MLPD bekennt sich zu den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und auch Mao-Tsetung. Als einzige Organisation der „Neuen Linken“ würdigte sie noch Maos „Idee der Großen proletarischen Kulturrevolution im Sozialismus“ als „wertvolle Lehre für die Arbeiter der ganzen Welt“¹⁶⁹.

Die Entwicklung in China nach dem Tode Mao-Tsetungs und die Verhältnisse in den anderen „realsozialistischen Ländern“ verurteilte die MLPD als „revisionistische Entartungen“. Unverändert scharf kritisierte sie die DKP als „Hauptträger des modernen Revisionismus“ in der Bundesrepublik Deutschland. Wichtigstes Ereignis neben ihrer Beteiligung am „Kampf um die 35-Stunden-Woche“ war für die MLPD ihre erstmalige Kandidatur bei Wahlen zu den Kommunalparlamenten von Gelsenkirchen und Stuttgart. Sie gab an, hierfür ca. 200000 Stadtzeitungen und bei ihren Wahlveranstaltungen etwa 80000 Wahlprogramme verbreitet und bis zu 1300 Besucher gezählt zu haben. Über ihr Wahlergebnis – in Gelsenkirchen erhielt sie 399 Stimmen und in Stuttgart 489 Stimmen – war sie enttäuscht.

Als unzulänglich wertete die MLPD die Arbeit ihrer 3 Nebenorganisationen: „Revolutionärer Jugendverband Deutschlands“ (RJVD) mit dem Organ „Rebell“, „Marxistisch-Leninistischer Schüler- und Studentenverband“ (MLSV) mit dem Organ „Roter Pfeil“ und „Marxistisch-Leninistischer Bund Intellektueller“ (MLBI). Zum Jahresende

MLPD beteiligte sich erstmals an Wahlen

war die Mitgliederzahl aller drei Verbände zusammen auf insgesamt etwa 350 (1983: 600) gesunken. Die MLPD will Resignation und „Liquidatorentum“ mit einer „Kritik-Selbstkritik-Kampagne“ überwinden. Bis zu ihrem für 1985 geplanten 2. Parteitag soll eine „Offensive der proletarischen Denkweise“ das „ideologisch-politische Niveau“ und die „proletarische Kampfmentalität“ heben.

2.1.2 „Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)“ (KPD)

Als einzige K-Gruppe blieb die bereits zur Jahreswende 1968/69 gegründete KPD auf eine ausländische kommunistische Partei – die „Partei der Arbeit Albaniens“ (PAA) – orientiert.

Sie bezeichnete die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin weiterhin als ihre politischen Leitlinien. In ihrem Programm fordert sie die „Zerschlagung“ der „Ausbeuterordnung in Ost- und Westdeutschland“ in einer „gewaltsamen sozialistischen Revolution“ und den Aufbau eines „vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland“. Das Grundgesetz lehnte sie als „typisch kapitalistische Verfassung“ ab; auf dessen Boden könne und wolle sie nicht stehen¹⁷⁰.

Die bereits 1983 begonnene „Sozialismus- und Programmdiskussion“ konzentrierte sich auf Lenins Anspruch der „führenden Rolle der kommunistischen Partei“. Selbst der Parteivorsitzende Horst-Dieter Koch zweifelte, ob diese Forderung wie in der Sowjetunion oder in Albanien verwirklicht werden könne. Entwürfe für ein neues Programm und ein neues Statut sollen den Mitgliedern Anfang 1985 vorgelegt und auf einem „Sonderparteitag“ beraten werden.

Unklare Zielvorstellungen, anhaltende politische Rückschläge und eine äußerst angespannte finanzielle Situation lähmten die Aktivitäten der KPD. Sie konnte zwar ihren Mitgliederstand bei etwa 400 halten, ihre Vorfeldorganisationen erlitten jedoch erhebliche Verluste.

Die „Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition“ (RGO) mit dem Organ „RGO-Nachrichten“ verlor etwa drei Viertel ihrer Mitglieder; zum Jahresende gehörten ihr noch etwa 300 (1983: etwa 1200) Mitglieder an.

Die Mitgliederzahl der „Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg“ (VOLKSFRONT) – Organ: „Volksecho“ –, in der auch der BWK mitarbeitet, ging auf etwa 1300 (1983: etwa 1500) zurück.

Die Arbeit der KPD-Nebenorganisationen – „Kommunistische Jugend Deutschlands“ (KJD) mit ca. 150 Mitgliedern (1983: ca. 200) und dem Organ „Roter Rebell“, und „Kommunistische Studenten“ (KS) – Organ: „Zwischenruf links“ – stagniert seit langem.

Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen kandidierte die KPD lediglich in Dortmund, dem Sitz ihrer Zentrale. Sie erreichte nur 131 Stimmen.

Die KPD bemühte sich weiterhin um den Zusammenschluß der „revolutionären Sozialisten“ zu einer Organisation. Für die „Einheit in einer gemeinsamen Partei“ komme jeder in Betracht, der für den „revolutionären Marxismus, für den Sturz der Bourgeoisie, die Zerschla-

gung des bürgerlichen Staates“ sei¹⁷¹. An diesem „Annäherungsprozeß“ beteiligten sich der „Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK), Gruppen der anarchosyndikalistischen „Freie Arbeiter-Union“ (FAU) aus Hamburg und Heidelberg und die marxistisch-leninistische Gruppe „Neue Hauptseite Theorie“ (NHT). 1984 begann die KPD auch mit der trotzkistischen „Gruppe Internationale Marxisten“ (GIM) Gespräche über eine „Vereinigung“.

Im Januar beschloss KPD und BWK auf einer „gemeinsamen Vollversammlung“ ihrer zentralen Komitees die Herausgabe einer vierteljährlichen „Theoretischen Zeitung“ für die „Diskussion und Auseinandersetzung unter den revolutionären Sozialisten“. Das neue Theorieblatt erschien 1984 dreimal (im April, August und November) als Beilage zu den zentralen Publikationen von KPD, BWK, FAU und NHT. Im Oktober setzte der BWK gegen den Widerstand der KPD die Aufnahme der beiden FAU-Gruppen und der NHT in die „gemeinsame Vollversammlung“ durch.

2.1.3 „Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK)

Der 1980 aus einer Abspaltung vom „Kommunistischen Bund Westdeutschland“ entstandene BWK sprach erstmals von einer „Diskrepanz“ zwischen Teilen seines Programms und „wichtigen Bestandteilen der eigenen Politik“¹⁷². Das vom KBW übernommene Programm, in dem sich der BWK zum „Marxismus-Leninismus“ bekennt und nach „Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates“ die „Errichtung der proletarischen Diktatur“ fordert, sei bislang unentbehrlicher Halt für seine politische Praxis gewesen. Inzwischen sei aber eine „organisierte Auseinandersetzung“ über die Grundlagen proletarischer Parteibildung „unumgänglich“¹⁷³. Auf seiner 4. ordentlichen Delegiertenkonferenz (20./21. April in Hannover) mit Gästen der KPD, der MLPD, des „Kommunistischen Bundes“, der FAU und der NHT bekräftigte der BWK sein Ziel einer „Neuordnung aller Kräfte“, für die „proletarische Interessen maßgebend sind“¹⁷⁴. Auch mit der DKP komme eine Zusammenarbeit in Betracht. Wie schon im Vorjahr wandte sich der BWK gegen eine Gleichsetzung von UdSSR und USA; die UdSSR bleibe, trotz aller „Großmachtpolitik“, eine „wichtige Reserve“ für den „Befreiungskampf gegen Kolonialismus und Neokolonialismus“.

Zum Jahresende waren in den sieben Landesverbänden des BWK etwa 400 Mitglieder (1983: ca. 450) organisiert. Die Auflage der 14-täglich erscheinenden zentralen Zeitschrift „Politische Berichte“ hielt sich bei 1500 Exemplaren; auch die 14-täglich erscheinenden, nach Branchen aufgeteilten „Nachrichtenhefte“ blieben bei einer Gesamtauflage von ca. 1200 Exemplaren.

Die „Arbeitsgemeinschaft für revolutionäre Hochschulpolitik“, 1982 auf Initiative der „Kommunistischen Hochschulgruppen“ des BWK gemeinsam mit den „Kommunistischen Studenten“ der KPD und der FAU gegründet, erzielte 1984 keine Fortschritte; die „Kommunistischen Studenten“ stellten ihre Mitarbeit weitgehend ein.

BWK beginnt Programm-Diskussion

Internationale trotzkistische Zusammenschlüsse

<p><u>“IV. Internationale (Vereinigtes Sekretariat)”</u></p>	<p><u>“Internationales Komitee der Vierten Inter- nationale”</u></p>	<p><u>“IV. Internationale (Internationales Zentrum für ihren Wiederaufbau)”</u></p>	<p><u>“Internationale Spartacist-Tendenz”(IST)</u></p>	<p><u>“IV. Internationale Trotzkisten-Posadisten”</u></p>	<p><u>“Internationale Sozialisten”</u></p>
<p><u>deutsche Sektion :</u></p> <p>“Gruppe Internationale Marxisten” (GIM)</p> <p>Sitz : Frankfurt/M.</p> <p>Publikation: “was tun”</p>	<p><u>deutsche Sektion :</u></p> <p>“Bund Sozialistischer Arbeiter” (BSA)</p> <p>Sitz : Essen</p> <p>Publikation: “neue Arbeiterpresse”</p>	<p><u>deutsche Sektion :</u></p> <p>“Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation” (ISA)</p> <p>Sitz : Köln</p> <p>Publikation: “Sozialistische Arbeiter- zeitung”</p>	<p><u>deutsche Sektion :</u></p> <p>“Trotzkistische Liga Deutschlands” (TLD)</p> <p>Sitz : Frankfurt/M.</p> <p>Publikation: “Spartakist”</p>	<p><u>deutsche Sektion :</u></p> <p>“Posadistische Kommunistische Partei”</p> <p>Sitz : Frankfurt/M.</p> <p>Publikation: “Arbeiterstimme”</p>	<p><u>deutsche Sektion :</u></p> <p>“Sozialistische Arbeitergruppe” (SAG)</p> <p>Sitz : Hannover</p> <p>Publikation: “Klassenkampf”</p>
<p>Sitz : Brüssel</p> <p>Schwerpunkt: Westeuropa</p> <p>Publikation: “Internationale Presse- korrespondenz” (INPREKORR)</p>	<p>Sitz : London</p> <p>Schwerpunkt: Westeuropa, Nordamerika</p>	<p>Sitz : Paris</p> <p>Schwerpunkt: Westeuropa, Lateinamerika</p> <p>Publikation: “internationale Tri- büne”</p>	<p>Schwerpunkt: USA, Kanada, Australien</p> <p>Publikation: “Spartacist”</p>	<p>Schwerpunkt: Lateinamerika</p>	<p>Schwerpunkt: Westeuropa, USA</p>

2.1.4 „Kommunistischer Bund“ (KB)

Der KB sah sich als eigenständige „revolutionäre“ Organisation auf dem Boden des „Marxismus-Leninismus“. Sein Einfluß innerhalb der „Neuen Linken“ und die Einsatzbereitschaft seiner Mitglieder ließen weiter nach. Intern wurden Klagen laut, im KB gebe es „nur noch wenige organisierte Zusammenhänge“; bedenklich groß sei die Zahl derer, die „sich politisch zurückziehen oder anders orientieren“. Zum Jahresende gehörten dem KB noch etwa 400 Mitglieder (1983: ca. 500) an, davon 200 in Hamburg (1983: 300). Die Auflage seiner Monatszeitschrift „Arbeiterkampf“ blieb bei durchschnittlich 5000 Exemplaren. Im Juni legte der KB seinen Mitglieder in Hamburg nahe, „einzeln, aber möglichst geschlossen“ den „Grünen“ beizutreten; im Oktober teilte er mit, die von ihm gesteuerte Hamburger „Alternative Liste“ (AL) werde sich in die „GAL-Landesverband die Grünen“ auflösen¹⁷⁵.

KB-Mitglieder arbeiten bei den „Grünen“ mit

2.1.5 „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ (AB)

Die politische Arbeit des AB, dem unverändert etwa 300 Mitglieder, vor allem in Bayern und Nordrhein-Westfalen, angehören, stagnierte. Wichtigstes Aktionsfeld blieb die „Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit“ und dort die Kampagne für die 35-Stunden-Woche. In seiner Agitation griff der AB erneut Positionen der DDR auf. Er forderte deren völkerrechtliche Anerkennung und bezeichnete das Streben nach Wiedervereinigung als „imperialistisch“. Von seinem Zentralorgan „Kommunistische Arbeiterzeitung“ (KAZ) erschienen wegen finanzieller Engpässe und Meinungsverschiedenheiten nur 2 Ausgaben, davon eine als Sondernummer zum „Kampf für die 35-Stunden-Woche“. Die Aktivitäten seiner Nebenorganisation „Kommunistischer Hochschulbund“ (KHB) blieben im wesentlichen auf Städte in Süddeutschland beschränkt.

2.2 Trotzistische Gruppen

1984 wurden 13 – teils bundesweit, teils nur regional aktive – trotzistische Gruppen mit einem Mitgliederbestand von unverändert etwa 700 Personen bekannt. Diese trotzistischen Zusammenschlüsse folgen unterschiedlichen, z. T. miteinander konkurrierenden Richtungen des internationalen Trotzismus; gemeinsam ist ihnen der Kampf für die „permanente Revolution“ und die „Diktatur des Proletariats“ in Form von „Rätesystemen“. Damit wollen sie den „Kapitalismus“ ebenso wie die „entarteten Bürokratien“ in den sozialistischen Staaten ablösen.

2.2.1 „Gruppe Internationale Marxisten“ (GIM)

Die aktivste und stärkste trotzistische Organisation blieb mit etwa 250 Mitgliedern die GIM, deutsche Sektion der IV. Internationale; sie ist dem „Vereinigten Sekretariat“ in Brüssel angeschlossen. Die Auflage ihrer 14-tägig erscheinenden Zeitung „was tun“ hielt sich bei etwa 2300 Exemplaren. Zur Unterstützung der „Arbeitskämpfe um

Trotzkisten erzielten Fortschritte in ihrer „Jugendarbeit“

die 35-Stunden-Woche“ erschien „was tun“ ab Mitte April als wöchentliche „Aktionszeitung“. Die insgesamt zwölf Wochenausgaben erreichten eine Gesamtauflage von etwa 150000 Exemplaren.

Auf ihrer „Nationalkonferenz“ im Februar sprach die GIM von einer „Vorwärtsentwicklung“ seit 1982; es sei gelungen, „verstärkt nach außen zu arbeiten“.

Mitglieder der GIM waren, neben Vertretern der KPD, deren „Massenorganisation“ Volksfront und der DKP, maßgeblich an der Organisation des durch mehrere Bundesländer geführten „Marsch gegen Ausländerfeindlichkeit“ (29. September bis 13. Oktober) beteiligt. Am 13./14. Oktober schlossen sich in Köln von der GIM unterstützte Jugendgruppen „Rote Maulwürfe“ zur „Revolutionär-Sozialistischen Jugend – roter Maulwurf“ (RSJ) zusammen. Der neue Jugendverband mit etwa 150 Mitgliedern in 16 örtlichen Gruppen bezeichnet sich als „Organisation in politischer Sympathie zur IV. Internationale“. Im Juni hatten die „Roten Maulwürfe“ gemeinsam mit der GIM bei Freiburg ein „Internationales Jugendlager“ der „IV. Internationale“ („Vereinigtes Sekretariat“) mit etwa 650 Teilnehmern aus 15 Ländern organisiert.

2.2.2 „Bund Sozialistischer Arbeiter“ (BSA)

Der BSA, deutsche Sektion des „Internationalen Komitees“ der IV. Internationale (Sitz: London), verfügt zusammen mit seiner Jugendorganisation „Sozialistischer Jugendbund“ (SJB) unverändert über etwa 150 Mitglieder. Zu Aktionsbündnissen mit anderen linksextremistischen Gruppen zeigte er sich – wie im Vorjahr – nur selten bereit. Beim „Kampf für die 35-Stunden-Woche“ forderte er die Mobilisierung der „ganzen Arbeiterklasse“ für einen „Generalstreik“. Eine im August gestartete „Mitgliederkampagne Herbst '84“ des SJB blieb ohne größere Resonanz.

2.2.3 Sonstige trotzkistische Gruppen

Kleinere trotzkistische Gruppen, wie die „Trotzkistische Liga Deutschlands“ (TLD), die „Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation“ (ISA), die „Internationale Kommunistische Strömung“ (IKS), die „Sozialistische Arbeitergruppe“ (SAG) und die „Posadistische Kommunistische Partei“ agitierten in ihren Publikationen ebenfalls für eine Verschärfung der Arbeitskämpfe in der Druck- und Metallindustrie und gegen „Ausländerfeindlichkeit“.

2.3 Sonstige revolutionär-marxistische Gruppen

Von den drei im Vorjahr noch bundesweit aktiven sonstigen revolutionär-marxistischen Gruppen hat der „Kommunistische Bund Westdeutschland“ (KBW) seine bisher verfolgten politischen Ziele endgültig aufgegeben. Das „Sozialistische Büro“ (SB) steht vor dem Zerfall; nur die „Marxistische Gruppe“ (MG) blieb weiterhin im Aufschwung.

2.3.1 „Kommunistischer Bund Westdeutschlands“ (KBW)

Die noch verbliebenen Gruppen des KBW konnten keine nennenswerten Aktivitäten mehr entfalten. Auf einer letzten Mitgliederversammlung am 6. Februar 1985 in Frankfurt/M. beschlossen die etwa 100 Teilnehmer entsprechend einer Empfehlung des Vorstandes die Auflösung des KBW als „politische Organisation“. Über die Nutzung des KBW-Vermögens (etwa 9 Millionen DM) – u. a. für Zwecke der „grün-alternativen-Bewegung“ – soll ein neuer Verein mit Namen „Assoziation“ wachen. Auch das weitere Erscheinen der Monatsschrift „Kommune – Forum für Politik und Ökonomie“ wurde finanziell abgesichert. Der Redaktion gehören neben ehemaligen KBW-Mitgliedern inzwischen auch Mitarbeiter der im September eingestellten sozialistischen Monatsschrift „Moderne Zeiten“ (MOZ) an. Die Auflage stieg nach Übernahme der MOZ-Abonnenten auf ca. 3600 (1983: ca. 2800) Exemplare.

2.3.2 „Sozialistisches Büro“ (SB)

Die Aktivitäten des SB beschränkten sich weitgehend auf die Herausgabe der Publikationen „links – Sozialistische Zeitung“ (monatliche Auflage ca. 5000), „express – Zeitung für Sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit“ (monatliche Auflage ca. 3000) und „widersprüche – Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich“ (vierteljährliche Auflage bis zu 3000 Exemplare). Überzeugungen früherer Jahre, das SB bilde einen wichtigen Teil der „sozialistischen revolutionären Bewegung“ und sei Forum der Diskussion und Propaganda sozial-revolutionärer Theorien und Praktiken gingen zunehmend verloren. Führende SB-Mitglieder stellten im Frühjahr fest, „revolutionstheoretische SB-Gewißheiten“ würden von den meisten Mitgliedern inzwischen in Frage gestellt.

2.3.3 „Marxistische Gruppe“ (MG)

Organisatorisch gleicht die MG marxistisch-leninistischen Kaderorganisationen: hierarchischer Aufbau, straffe Disziplin, intensive Schulung, strenge Abschirmung. Gleichwohl lehnt sie wesentliche Positionen des Leninismus ab. Die MG sieht in der angeblich „hemmungslosen“ Ausbeutung der Arbeitskräfte im „kapitalistischen Staat“ einen „dauerhaften Grund für die Revolution“¹⁷⁶; diese setze aber eine Bewußtseinsveränderung beim Proletariat voraus, zu der die MG vor allem durch „systematische Indoktrination“ und „planmäßige Aufhetzung zum Klassenkampf“ unter „Anleitung geschulter Agitatoren“ beitragen will¹⁷⁷.

Die Zahl ihrer Mitglieder stieg auf etwa 1500 (1983: 1300) – überwiegend Studenten und Angehörige akademischer Berufe; hinzu kommen mehrere tausend in „Sympathisantenplena“ fest eingebundene Anhänger. Organisatorischer Schwerpunkt der MG blieb Bayern. Neben ihrer zentralen Publikation, der Monatsschrift „MSZ – Gegen die Kosten der Freiheit, Marxistische Zeitung“ (Auflage: ca. 8000), gab die MG unregelmäßig die „Marxistische Arbeiter Zeitung“ (MAZ) mit Betriebs-, Branchen- und örtlichen Ausgaben heraus sowie –

2.4.2 Anarchistische „Gewaltfreie Aktionsgruppen“

Für „Gewaltfreie Aktionsgruppen und Einzelne“ aus der anarchistischen „Graswurzelbewegung“ blieb die „Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen“ (FöGA) bundesweite „Anlauf-, Koordinations- und Servicestelle“.

In der „Graswurzelbewegung“ arbeiteten weiterhin etwa 80 Gruppen und Kollektive mit – zusammen etwa 900 (1983: etwa 1000) Personen. Die Auflage der periodischen Schrift „graswurzelrevolution“ ging auf etwa 4000 Exemplare zurück (1983: durchschnittlich 4500 Exemplare).

Die FöGA will in einer „gewaltfreien Revolution“ (Graswurzelrevolution) die „Herrschaft“ des Staates durch die „Macht der Basis“ ersetzen. Ihr Ziel ist eine „dezentralisierte Gesellschaftsordnung, die auf Selbstregierung oder Anarchie“ beruht¹⁷⁹. Der Weg dazu führe über „Konfrontation“ mit dem „Staat“, dem „Kapital“, den „Institutionen“ (z. B. Medien, Verbände) und dem „angepaßten Bewußtsein“¹⁸⁰.

„Gewaltfreie“ Anarchisten erlitten Rückschläge

Nach Jahren des Aufschwungs geriet die „Graswurzelbewegung“ in eine Krise. Die FöGA beklagte, es gebe „keine gemeinsamen Arbeitsfelder der Gruppen“ mehr; eine große Fluktuation der Mitglieder und der Gruppen verhindere verbindliche basisdemokratische Strukturen. Die Wirkung nach außen – in der „Friedensbewegung“ – sei über die „innere Substanz“ wesentlich hinausgegangen¹⁸¹. Die FöGA konzentrierte sich im Berichtsjahr auf die Behinderung der NATO-Herbstmanöver und – mit dem Ziel der „Wehrkraftzersetzung“ – auf die Kampagne zur „Verweigerung aller Kriegsdienste und Kriegsvorbereitungen“.

2.4.3 „Autonome“

Unter den zahlreichen kleinen, oft nur kurzlebigen Zusammenschlüssen der undogmatischen „Neuen Linken“ blieben die „autonomen“ anarchistischen Gruppen die wichtigste Strömung. Die Gemeinsamkeiten in den Zielen und auch die Kontakte zwischen den einzelnen Gruppen gingen jedoch 1984 weitgehend verloren. Bundesweite Treffen zur Entwicklung einheitlicher Konzepte und Strategien und selbst größere regionale Zusammenkünfte kamen nicht mehr zustande. Die ausgiebigen „Krisen- und Perspektivdiskussionen“ vor Ort führten zu Veränderungen in der „autonomen“ Szene.

In der Lagebeurteilung stimmten die meisten Gruppen überein: Die bisherige „autonome Politik“ habe sich „in Eingriffen in tagesaktuelle Ereignisse“, in einer „diffusen Antistaatlichkeit“ erschöpft. Außer dem Zusammenhalt durch die „eigenen Widerstandsformen“ habe sie keine Bezugspunkte geschaffen¹⁸².

„Autonome“ versuchen Neuorientierung

Auf „einzelne erkämpfte Siege“ seien „immer mehr Niederlagen“ gefolgt, dem „anfänglich erlebten Gefühl von Befreiung“ stehe inzwischen „das Gefühl von Ohnmacht und ungelöster Widersprüche“ gegenüber¹⁸³. Selbst die „altbewährte Form“ der „militanten Demo“ sei überholt. Der „militante antistaatliche Spontaneismus“ müsse schnell

überwunden werden. Viele „Autonome“ seien schon von dem „ewigen Gelabere müde“ geworden und „versackt“¹⁸⁴.

Die Übriggebliebenen gingen verschiedene Wege. Nicht unbedeutende Teile wandten sich den Zielen der „Antiimpis“ zu und unterstützten deren Aktionen gegen „US- und BRD-Imperialismus“. Andere warben für einen „autonomen Kommunismus“, den die „Arbeiterklasse“ gemeinsam mit der „Klasse der Unterdrückten“ – der „Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger und Jobber“ – erkämpfen könne. Zu dieser „Klasse“ zählten auch die „Autonomen“; sie hätten bisher „Kohle vom System relativ problemlos abziehen“ können¹⁸⁵, würden jetzt aber zwangsweise wieder „in das System der Arbeit“ einbezogen. „Revolutionäre Autonome“ mit Durchhaltementalität forderten: „Bildet Banden, sammelt Waffen, um den Staat jetzt abzuschaffen“¹⁸⁶. Trotz „Repression und Kriminalisierung“, so meinten „autonome Startbahngegner“, müsse weiterhin „Widerstand umgesetzt“, der „reibunglose Ablauf“ im „Polizeistaat“ behindert werden. Die Bewegung müsse „Störfaktor“ und „Sand im Getriebe der Macht“ bleiben¹⁸⁷.

Auch 1984 kam es zu zahlreichen „Sabotageaktionen“: An Baustellen für Kernenergieprojekte und anderen technischen Großanlagen wurden Baumaschinen und Fahrzeuge beschädigt oder zerstört, Türschlösser an Banken und Geschäften wurden unbrauchbar gemacht, Fahrkartenautomaten beschädigt und an militärischen Einrichtungen Zäune und andere Absperrungen zerstört. Stark angestiegen ist die Zahl der gefährlichen Eingriffe in den Straßen-, Schienen- und Luftverkehr. Mehr als 90 solcher Aktionen mit Beteiligung von Linksextrémisten wurden bekannt.

3. Aktionsfelder

3.1 „Antimilitarismus-“ und „Friedensarbeit“

3.1.1 Protestbewegung gegen „NATO-Strategien“

Gruppen der „Neuen Linken“ beteiligten sich wiederum an den Protestaktionen der „Friedensbewegung“; auf deren Aktionsplanung konnten sie 1984 wesentlichen Einfluß nehmen. Wichtigstes Instrument dazu blieb die „Bundeskonzferenz Unabhängiger Friedensgruppen“ (BUF) und die „Koordinationsstelle Ziviler Ungehorsam“ (KoZU) mit Sitz in Kassel, die im Frühjahr die Funktion eines „BUF-Büros“ übernahm. An den „Bundeskonzferenzen“ beteiligten sich neben den „Grünen“ und christlichen sowie pazifistischen Friedensinitiativen die anarchistische FöGA, der KB, Mitglieder anderer K-Gruppen sowie Vertreter autonomer und sonstiger Zusammenschlüsse der undogmatischen „Neuen Linken“. Im „Koordinationsausschuß der Friedensbewegung“ in Bonn wurde das „BUF-Spektrum“ und die KoZU zumeist von Mitgliedern der FöGA oder des KB vertreten. Bereits auf dem BUF-Treffen am 21./22. Januar in Frank-

„Neue Linke“ wollen
Kampagne gegen
„NATO-Kriegsprogramm“

furt wurde die angebliche „offensive Kriegsvorbereitung“ der NATO verurteilt und gefordert, bei künftigen Aktionen der „Friedensbewegung“ vor allem deren „aggressive Kriegsführungsstrategien“ zu „entlarven“. Anhänger des KB, der KPD und „3. Welt-Initiativen“ plädierten für eine Kampagne zum Austritt aus der NATO, fanden dafür jedoch keine Mehrheit; im April gründeten sie eine Initiative „Kein Friede mit der NATO – Raus aus der NATO“.

Anarchistische Kräfte im „BUF-Spektrum“ empfahlen anstelle einseitiger „Anti-NATO“-Ausrichtung eine „antimilitaristische“ und auch „blockübergreifende“ Bewegung, die „wehrkraftzersetzend“ wirke, Soldaten „demoralisiere“ und das Funktionieren der Bundeswehr störe.

Auf den „Aktionskonferenzen der Friedensbewegung“ am 11./12. Februar und am 5./6. Mai in Köln konnten die „Unabhängigen“ ihr Aktionsziel gegen das „NATO-Kriegsprogramm“ – weg von der einseitigen „Anti-Raketen-Bewegung“ in das „integrierte Aktionskonzept für den Friedensherbst '84“ einbringen. Dazu gehörten die Störung der NATO-Herbstmanöver und die Solidaritätsaktionen für die linksgerichtete sandinistische Regierung in Nicaragua (am 3. November in Bonn).

3.1.2 Aktionen gegen Bundeswehr und Stationierungstreitkräfte

Die Aktivitäten der „Neuen Linken“ gegen Bundeswehr und ausländische NATO-Streitkräfte nahmen zu. Höhepunkte bildeten die „Störmanöver“ der „Friedensbewegung“ während des „Friedensherbstes '84“: Mehrere tausend Personen, darunter Linksextremisten aller Richtungen, beteiligten sich im September an „Friedenscamps“ in der Nähe von Hildesheim und Fulda, an Behinderungen der NATO-Manöver in Niedersachsen und Blockaden militärischer Einrichtungen in Hessen. Es kam zu einer Fülle strafbarer Handlungen.

Die Zahl der eigenen Aktionen der „Neuen Linken“ gegen die Bundeswehr (Demonstrationen, Blockaden, Verteilen von Flugblättern vor Kasernen etc.) stieg auf 100 (1983: etwa 80) an. Darüber hinaus waren Gruppen der „Neuen Linken“ – teilweise im Bündnis mit orthodoxen Kommunisten und demokratischen Organisationen – an über 1000 weiteren Aktionen gegen die Bundeswehr beteiligt; in mehr als 80 Fällen wurde versucht, in militärische Sicherheitsbereiche einzudringen, 32 Brandanschläge gegen Objekte der Bundeswehr wurden bekannt.

Die Zahl der Aktionen gegen ausländische NATO-Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland (Mahnwachen, Menschenketten, Blockaden, Fackelmärsche etc.) stieg auf mehr als 600 (1983: über 400); beteiligt waren Linksextremisten aller Richtungen. Truppen der USA waren am häufigsten betroffen.

Die Kampagne gegen Munitionstransporte für die US-Streitkräfte wurde fortgesetzt. Hauptinitiator von Aktionen war erneut das Bremer „Komitee gegen Bombenzüge“ (KgB), ein örtliches Bündnis der „unabhängigen/autonomen Anti-Kriegs-Bewegung“, das dadurch

Gruppen der „Neuen Linken“ initiierten „Störmanöver“

Mehr als 1700 Aktionen gegen Bundeswehr und andere NATO-Streitkräfte

„Neue Linke“ organisierte Blockade von Munitionszügen

heute MANÖVER



Behindert die NATO-Herbstmanöver:
Was ist eine Welt ohne Kriege?

KOMMUNISMUS
Dafür kämpfen wir

Kommunistische Jugend Deutschlands



morgen KRIEG

Behindert die NATO-Herbstmanöver:

Gebt dem Militär
kein Wasser!

Behindert die NATO-Herbstmanöver:

Gebt dem Militär
keine Verpflegung!

Behindert die NATO-Herbstmanöver:

Besatzertuppen
raus aus Deutschland!

Kommunistische Jugend Deutschlands



Behindert die NATO-Herbstmanöver:

NATO bedeutet Krieg!
BRD raus aus der NATO!

Kommunistische Jugend Deutschlands



Agitation gegen Manöver

zum „bundesweiten Kampf gegen NATO und Imperialismus/Militarismus“ beitragen will. Es organisierte eine erste größere Blockadeaktion (26.–28. Juni): etwa 600 Teilnehmer, darunter Linksextremisten aber auch nichtextremistische Anhänger norddeutscher „Friedens-“ und Umweltschutzinitiativen, bildeten kleine Aktionsgruppen, die bei Nordenham auf einer Bahnstrecke den Abtransport der Ladung eines Munitionsschiffes zeitweise behinderten. Im November und Dezember kam es bei „antimilitaristischen Spaziergängen“ auf derselben Strecke zu weiteren Zugbehinderungen.

Nur noch wenige Gruppen der „Neuen Linken“ versuchten, Soldaten und Reservisten der Bundeswehr für eine Mitarbeit zu gewinnen, insgesamt wurden lediglich vier (1983: drei) von K-Gruppen oder Trotzlisten herausgegebene „Soldatenzeitungen“ bekannt.

3.2 Unterstützung der Umweltschutzbewegung

Mit dem Abklingen der Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung wandten sich Gruppen der „Neuen Linken“ wieder verstärkt der Umweltschutzbewegung, vor allem dem Kampf gegen die Nutzung der Kernenergie zu. Sie agitierten gegen „Atomstaat“ und gegen die „Plutoniumwirtschaft“ und warben für ein „Widerstandskonzept“ der „Anti-AKW-Bewegung“ gegen das Zwischenlager für radioaktive Abfälle bei Gorleben. Der KB berichtete in seinem Organ „Arbeiterkampf“ über alle Stadien der Aktionsvorbereitung. Die FöGA verlangte, den „Widerstand“ bis zur „Unregierbarkeit“ dieser Region, des Wendlands, zu verstärken. Militante Gruppen aus Hamburg forderten, das Wendland müsse für die Verantwortlichen zum „Feindesland“ werden, in dem die beteiligten Firmen um ihre „Anlagen und Geräte fürchten“ und nicht wissen, wann und wo ihre Atommülltransporte durch „zerstörte Straßen und Schienen“ aufgehalten werden. Gruppen aus Berlin, aus Hamburg und anderen norddeutschen Großstädten beteiligten sich am 30. April an Blockaden wichtiger Zufahrtsstraßen in den Landkreis Lüchow-Dannenberg. Linksextremisten werteten diese Aktionen als „ungeheuer ermutigend“; der „Atomstaat“ sei mit einer neuen Taktik „unzähliger, dezentraler“ Blockaden „ausgetrickst und blamiert“ worden¹⁸⁸.

Anfang Oktober versuchten Gruppierungen der „Neuen Linken“ im Bündnis mit Umweltschutzinitiativen gewaltsam die ersten Transporte radioaktiver Abfälle in das Zwischenlager Gorleben zu verhindern. Sie sperrten Straßen u. a. mit brennenden Strohballen, Baumstämmen und Nagelbrettern. Wiederholt kam es 1984 auch zu Brand- und Sprengstoffanschlägen gegen beteiligte Firmen, bei denen Sachschäden in Millionenhöhe entstanden (vgl. Abschn. VII, Ziff. 3).

3.3 „Anti-technokratischer Widerstand“

Im „Orwell-Jahr 1984“ richteten sich Agitation und Aktionen vieler Gruppen der „Neuen Linken“ gegen die Computertechnologie und die angeblich zunehmende Überwachungs-, Verdattungs- und Verkalbelungspolitik.

Aktionen gegen die Einführung neuer maschinenlesbarer Personalausweise, wie z. B. der zum 1. April geplante „bundesweite Waschtage“ gültiger Personalausweise, wurden vorläufig abgesetzt.

Mitglieder anarchistischer Gruppierungen, einzelner K-Gruppen, örtlicher „Anti-Kabel-Initiativen“ und „Aktionsgruppen gegen den Personalausweis“ trafen sich zu zwei bundesweiten Beratungen (17.–19. Februar in Gießen und 30. Juni/1. Juli in Göttingen). Dabei kamen sie überein, in der Bevölkerung weiterhin gegen den „Erfassungsstaat“ zu agitieren und angebliche Zusammenhänge zwischen Volkszählung, neuem Personalausweis und Verkabelung herauszustellen; unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen diene jede neue Technologie nur der „Vernichtung der sozialen Gemeinschaft“ und der Sicherung der „Herrschaft des Staates“.

Erneut gingen Gruppierungen der „Neuen Linken“ auch mit Gewalt, mit Brand- und Sprengstoffanschlägen gegen Firmen für elektronische Anlagen, gegen Rechenzentren und gegen Baumaßnahmen der Bundespost zur Verlegung von Breitbandkabeln vor. Gegen die „Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen“ und die „totale Überwachung“ durch den Staat empfahlen sie „Sabotage und aktiven Widerstand“.

3.4 „Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit“

Für K-Gruppen, Troztkisten und andere revolutionär-marxistische Zusammenschlüsse blieben Betriebe und Gewerkschaften ein zentrales Arbeitsfeld. Der „Kampf um die 35-Stunden-Woche“ war ihnen Anlaß zu besonderen Anstrengungen.

Die KPD und ihre „Massenorganisation“ „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ (RGO) verteilten nach eigenen Angaben über 600 000 Streikzeitungen und Flugblätter. Die GIM gab ihr Organ „was tun“ von April bis Juli wöchentlich als „Aktionszeitung“ für Streikende mit einer Gesamtauflage von mehr als 150 000 Exemplaren heraus. Auch die MLPD beteiligte sich massiv und rief zum „unbefristeten Streik“ auf. Das Ergebnis von Schlichtungen bezeichnete sie als „Betrug“ und forderte, „der Leberkäse muß vom Tisch“.

Dagegen blieben die Betriebsratswahlen 1984 für die „Neue Linke“ – im Gegensatz zu den orthodoxen Kommunisten – zweitrangig. Über Erfolge berichtete lediglich die KPD: In „knapp 100 Betrieben“ hätten „ca. 130 Genossinnen und Genossen“ zusammen mit 170 anderen Kollegen auf „fortschrittlichen Listen und Blockvorschlägen“ kandidiert; von diesen sei die Hälfte gewählt worden, davon über 50 % in Betrieben mit mehr als 1000 Beschäftigten.

Die KPD-gesteuerte RGO verlor 1984 allerdings drei Viertel ihrer Mitglieder; ihre Zahl ging auf etwa 300 zurück. Nur noch 15 (1983: 30) Betriebszeitungen und etwa 10 Betriebszellen der KPD wurden bekannt. Die MLPD setzte mit mehr als 70 Betriebszeitungen ihre Bemühungen fort, den „Geist des Klassenkampfes“ in Betriebe und Gewerkschaften zu tragen; über 30 MLPD-Betriebszellen waren aktiv.

Die GIM berichtete im Februar über „Fortschritte“ bei der „Verankerung in Betrieb und Gewerkschaft“: 75 % ihrer Mitglieder seien ge-

Heute Massenarbeitslosigkeit
Wehrt Euch
 Morgens Masseneleid
Arbeitslose: Unterstützt die 35-Stunden-Woche

WAS TUN

D 1418 D
Jakob Moneta
 Zwischenbilanz
Bankenkrach
 wostun-Monatsheft 147-D 2000 Hauptk. 100 173 1072
 100 Pf. 100 Pf. 146 108 - 08020

neue
Arbeiter Presse
 Nr. 374 18. Mai 1984
 1 H 099 C 50 Pf
 Wochenzeitung
35-Stunden-Woche:

Lieber Franz Steinkühler!

Bosse bleiben hart: Deshalb Bundesweit streiken!
 1 Tag DGB-Solidaritätsstreik

neue
Arbeiter Presse
 Nr. 378 15. Juni 1984
 1 H 099 C 50 Pf
 Wochenzeitung

MOBILISIERT GEGEN DIE KOHL-REGIERUNG!

Keine politische Schlichtung!
MOBILISIERT FÜR GENERALSTREIK!

SPARTAKISTA
 HERAUSGEGEBEN VON DER TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS
 Juni 1984
30 Stunden Arbeit für 40 Stunden Lohn! Besetzt die Betriebe!

Politische Berichte

Kapitalistenverband fordert „neue Ordnungspolitik“ – die Schmalen bei Lohn und Arbeitsbedingungen sollen weg

Wochenarbeitszeit
METALLKAPITALISTEN LEGEN GRUNDSÄTZE FÜR BETRIEBSVEREINBARUNGEN VOR

Stahlindustrie
„NULLRÜNDE“ UND AUSPRESSTUNG WIE NOCH NIE! STAHLKAPITALISTEN RÜSTEN GEGEN KONKURRENZ

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Extrakt zu den Urabstimmungen in Nordwürttemberg/Nordbaden und Hessen
Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren!
ROTER MORGEN
 Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands
NEIN zur Arbeitslosigkeit! JA zur 35-Stunden-Woche JA zum STREIK

1,00 DM
Proletarier aller Länder, vereinigt euch!
Rote Fahne
 Zentralorgan der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands – MLPD
Der »Leber-Käse« muß vom Tisch!

E 250 C
 Spenden für die ROTE FAHNE
 15 Wochen britischer Bergarbeiterstreik
Streikagitation der Linken

werkschaftlich organisiert, 22,5 % hätten gewerkschaftliche oder betriebliche Funktionen inne.

Die MG verteilte wiederum Publikationen in hohen Stückzahlen vor allem vor Großbetrieben; die „Marxistische Arbeiter Zeitung“ (MAZ) erschien mit mindestens 15 Betriebsausgaben, mit örtlichen Ausgaben und als Zeitung für verschiedene Branchen, für Berufsschulen und Lehrlinge.

3.5 Tätigkeit an Hochschulen

Bei den Wahlen zu den Studentenvertretungen konnten die Gruppen der „Neuen Linken“ ihre Position im wesentlichen halten (vgl. Abschnitt II, Ziff. 5). Zum Jahresende lag ihr Anteil an den Sitzen in den Studentenparlamenten bei etwa 11 % (1983: knapp 13 %), in den Allgemeinen Studentenausschüssen unverändert bei etwa 17 %.

Die MG beteiligte sich auch 1984 nur vereinzelt an den Wahlen zu Studentenvertretungen. Mit Diskussionsveranstaltungen und ihren zahlreichen Publikationen konnte sie aber erneut mehrere tausend Hochschulangehörige erreichen.

Die „Basisgruppenfraktion“ in den „Vereinigten Deutschen Studentenschaften“ (VDS) erklärte, sie wolle über „reformistische Perspektiven“ hinauskommen; sie setze nicht auf „Emanzipation durch ‚fortschrittlichen Gebrauch‘ des bestehenden Staates“, sondern auf eine „radikale Umwälzung“ von Hochschule, Wissenschaft und „kapitalistischer Gesellschaft“¹⁸⁹. Auch kleinere Gruppierungen der „Neuen Linken“ an den Hochschulen propagierten den „Kampf gegen die herrschenden Strukturen – Staat und Kapitalismus“; sie forderten die „Abschaffung des staatlichen Gewaltmonopols“ und „allumfassende gesellschaftliche Veränderungen“ mit dem Ziel einer „basisdemokratischen freien sozialistischen Gesellschaft“. Auch sie beteiligten sich an der Agitation gegen die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes, u. a. mit der Parole: „Weg mit dem Elitedreck“.

Die Hochschul- und Studentenorganisationen der K-Gruppen sind weitgehend bedeutungslos geworden.

4. Ausblick 1985

Auch die Gruppen der „Neuen Linken“ sehen die Arbeit in ihren wichtigsten Aktionsfeldern als langfristige Aufgabe. Sie wollen Agitation und Aktionen gegen die Bundeswehr und die NATO fortsetzen. Einzelne Gruppen kündigten erneut Störungen von Manövern und Behinderungen von Munitionstransporten an. Der Kampf gegen „staatliche Repression“, gegen den angeblich drohenden „Computer- und Überwachungsstaat“ und auch der „Widerstand“ gegen das „Atomprogramm“ bleiben zentrale Themen.

Auch die Versuche, soziale Engpässe als Beweise für „kapitalistische Ausbeutungspolitik“ herauszustellen und die Bemühungen um Unterstützung bei den „Randgruppen der Gesellschaft“, bei „Jobbern,

Anteil der „Neuen Linken“ in Studentenvertretungen blieb unverändert hoch

Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern“, sollen fortgesetzt werden. Die Ausrichtung des Weltwirtschaftsgipfels Anfang Mai 1985 in Bonn sehen die meisten Gruppen der „Neuen Linken“ als Gelegenheit, die Wirtschaftspolitik der westlichen Industrienationen als „Kriegs-, Verelendungs-, Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik“ zu diffamieren. Bereits im Herbst begannen erste Gespräche über Protestaktionen und Störungen des Gipfeltreffens.

VII. Verbindungen zu ausländischen Linksextremisten

1. Orthodoxe Kommunisten und deren Vorfeld

1.1 Kern- und Nebenorganisationen

Die DKP sieht in „ihrer internationalistischen Verbundenheit mit der kommunistischen Weltbewegung“ einen „Faktor der Stärke“. Sie unterhielt auch 1984 vielfältige Kontakte zu ihren „Bruderparteien“, vor allem denen in den Ländern des „realen Sozialismus“.

Kommunisten unterhalten enge Verbindungen zu ihren „Bruderparteien“

Die engen Beziehungen zwischen DKP und KPdSU wurden anlässlich des 7. DKP-Parteitages im Januar in Nürnberg besonders deutlich – der Leiter der KPdSU-Delegation Grigorij W. Romanow, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, hatte in seiner Rede die „festen Bande der brüderlichen Freundschaft“ zwischen KPdSU und DKP hervorgehoben und den DKP-Vorsitzenden *Mies* als „namhaften Funktionär der internationalen kommunistischen Bewegung“ und als „großen Freund der Sowjetunion“ bezeichnet. Die Verbindungen wurden durch weitere Begegnungen führender Funktionäre beider Parteien unterstrichen, so anlässlich der Beisetzung des im Februar verstorbenen sowjetischen Partei- und Staatschefs Juri W. *Andropow* und im November in Moskau und Ludwigshafen bei Veranstaltungen zum Jahrestag der Oktoberrevolution. Vom 13. bis 26. Juli führte die DKP – nach 1975, 1977 und 1981 – ihren vierten „Arbeiterzug in die Sowjetunion“ mit über 300 Teilnehmern durch. Neben DKP-Mitgliedern zählten auch SPD-Mitglieder, „Demokratische Sozialisten“, „Grüne“ und Parteilose zu den Teilnehmern¹⁹⁰. Bei einem abschließenden Treffen mit *Mies* und Karl-Heinz *Schröder* (Mitglied des Präsidiums und Sekretariats der DKP) am 26. Juli in Moskau bekräftigten Michail *Gorbatschow* (inzwischen Generalsekretär des ZK der KPdSU) sowie Boris *Ponomarjow* (Kandidat des Politbüros, Sekretär und Leiter der „Internationalen Abteilung“ des ZK der KPdSU) die „unabänderliche Solidarität“ ihrer Partei mit der DKP, die als Partei Ernst *Thälmanns* die „besten Traditionen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung“ fortsetze¹⁹¹.

Führende Vertreter der DKP besuchten auch die kommunistischen

Parteien der CSSR, Österreichs, Polens und Ungarns und nahmen an Parteitag und sonstigen Veranstaltungen (z. B. Pressefeste, Jahrestage) ihrer „Bruderparteien“ in Äthiopien, Frankreich, Italien, Kongo, Kuba, Luxemburg, Österreich, Rumänien und Spanien und der „Sandinistischen Befreiungsfront“ Nicaraguas teil. Im Bundesgebiet trafen Funktionäre des DKP-Parteivorstandes zu Gesprächen mit Abordnungen von „Bruderparteien“ und „Befreiungsbewegungen“ aus Angola, der CSSR, El Salvador, Kuba, Namibia, aus Nicaragua, den Niederlanden, aus Südafrika, der Türkei, Vietnam und der „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ (PLO) zusammen. Außerdem entsandte die DKP Vertreter zu zahlreichen internationalen Begegnungen: zu einem Informations- und Meinungsaustausch zur Vorbereitung der Europawahl (17. April in Esch, Luxemburg, mit Funktionären acht westeuropäischer kommunistischer Parteien), zu einem Treffen anlässlich des 62. Gründungstages des KPdSU-Zentralorgans „Prawda“ (4. und 5. Mai in Moskau mit Gastdelegationen von 84 kommunistischen und „revolutionär-demokratischen“ Presseorganen) und zu einer Konferenz über die Tätigkeit der internationalen kommunistischen Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ (4. bis 6. Dezember in Prag mit Vertretern von 91 kommunistischen Parteien). Am 19. Mai trafen sich in Köln Vertreter kommunistischer Betriebsgruppen aus Werken des Ford-Konzerns in Großbritannien, Belgien, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland.

Auch die SEW nahm 1984 an zahlreichen Veranstaltungen und Treffen mit „Bruderparteien“ teil, um ihrer „internationalistischen“ Verpflichtung nachzukommen und ihre Rolle als angeblich eigenständige Partei zu unterstreichen. So besuchten SEW-Delegationen u. a. die UdSSR, die DDR, Rumänien und Schweden. Am VII. Parteitag der SEW (25. bis 27. Mai) nahmen 25 offizielle Abordnungen von „Bruderparteien“ teil, darunter eine KPdSU-Delegation unter Leitung von Genadi Fjodorowitsch Sisow, Vorsitzender der Zentralen Revisionskommission der KPdSU.

1.2 Orthodox-kommunistisch beeinflusste Organisationen

Zur Unterstützung der sowjetischen Außenpolitik operieren weltweit – angeleitet von der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU – kommunistische „Frontorganisationen“. Diese Organisationen sind Propagandaorgane des Weltkommunismus. Sie haben die Aufgabe, auf dem von der Sowjetunion als unverzichtbar erkannten Feld der psychologischen Kriegsführung das Massenbewußtsein zu beeinflussen, zu mobilisieren und schließlich im Sinne Moskaus zu verändern. Ziel der Aktivitäten der kommunistischen Frontorganisationen bzw. ihrer nationalen Mitgliederorganisationen ist es, auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit den jeweiligen nichtkommunistischen Organisationen und Personen und damit zu einer Ausweitung und Festigung des Einfluß- und Aktionsbereiches der Politik Moskaus zu kommen.

Fast alle größeren DKP-beeinflußten Vereinigungen arbeiteten 1984 in solchen „Frontorganisationen“ mit*.

Die bedeutendste ist nach wie vor der „Weltfriedensrat“ (WFR), mit dem die DKP und von ihr beeinflusste Organisationen auf vielfältige Weise verflochten sind. Aus der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) gehören fünf Personen zum Präsidium des WFR. Das DKP-Präsidiumsmitglied Martha *Buschmann* ist eine der WFR-Vizepräsidenten. Die DFU und die VVN-BdA sind dem WFR korporativ angeschlossen. Weitere etwa 20 Einzelpersonen aus der Bundesrepublik Deutschland sind in der „Konferenz der Mitglieder des Weltfriedensrates in der BRD“ vereinigt. Federführend für die „Konferenz“ ist Achim *Maske*, Mitglied des „Büros“ des KFAZ und des WFR-Präsidiums.

Der Präsident des WFR, der indische Kommunist Romesh *Chandra*, betonte auf einer WFR-Präsidiumstagung vom 21. bis 24. Januar in Berlin (West) die „bedeutende Rolle“ des WFR bei der „Koordination der Friedensbewegung der Welt“¹⁹².

Vorrangig im „Friedenskampf“ engagierten sich 1984 auch weitere internationale „Frontorganisationen“:

- Die „Internationale Föderation der Widerstandskämpfer“ (FIR), in deren leitenden Gremien die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA) durch führende Funktionäre vertreten ist: Drei kommunistische VVN-BdA-Funktionäre sind im „Büro“ der FIR tätig, darunter der Generalsekretär Kurt *Erlebach* (DKP-Parteivorstand). Sechs der acht VVN-BdA-Funktionäre im „Generalrat“ der FIR sind Kommunisten.
- Die „Internationale Demokratische Frauenföderation“ (IDFF), mit der die „Demokratische Fraueninitiative“ (DFI) personell verbunden ist und zusammenarbeitet. Zum „Rat“ der IDFF gehört Marianne *Konze*, Leiterin des Arbeitskreises „Frauenpolitik“ beim DKP-Parteivorstand und seit März 1985 auch Mitglied des Sekretariats des DKP-Parteivorstands.
- Die „Weltföderation der Wissenschaftler“ (WFW), in deren zentralen Organen (Exekutivrat, Abrüstungsausschuß, Sozialökonomischer Ausschuß, Wissenschaftspolitischer Ausschuß) der „Bund demokratischer Wissenschaftler“ (BdWi) mitarbeitet. Er stellt aus seinen Reihen ein DKP-Mitglied als Assistenten des WFW-Generalsekretärs.
- Die „Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen“ (IVDJ), der die „Vereinigung Demokratischer Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e. V.“ (VDJ) als Sektion angeschlossen ist. VDJ-Bundesvorstandsmitglied Gerhard *Stuby* war bis Oktober erster Vizepräsident der IVDJ (vorher Generalsekretär).

* Eine Gesamtdarstellung der Tätigkeit internationaler sowjetkommunistischer Propagandaorganisationen und ihrer Partner in der Bundesrepublik Deutschland enthält die vom Bundesminister des Innern im Herbst 1984 in der Reihe „Texte zur Inneren Sicherheit“ veröffentlichte Broschüre „Kommunistische Frontorganisationen im ideologischen Klassenkampf“.

- Die „Christliche Friedenskonferenz“ (CFK), die in der Bundesrepublik Deutschland durch einen eigenen „Regionalausschuß“ vertreten ist. Die Mehrzahl seiner Repräsentanten übt gleichzeitig Funktionen in der „Deutschen Friedens-Union“ (DFU) oder der von ihr beeinflussten Initiative „Christen für die Abrüstung“ (CfA) aus.
- Die „Organisation für Afro-Asiatische Völkersolidarität“ (AAPSO), in deren Präsidium das „Antiimperialistische Solidaritäts-Komitee für Afrika, Asien und Lateinamerika“ (ASK) mitarbeitet.

2. „Neue Linke“

Die „internationalistische“ Orientierung der „Neuen Linken“ zeigte sich in Auslandsbesuchen und Solidaritätsaktionen insbesondere für die Revolutionsregierung in Nicaragua.

Angehörige der „Neuen Linken“ beteiligten sich an Einsätzen von „Arbeitsbrigaden“ in Nicaragua, um dort den „antiimperialistischen“ Kampf zu unterstützen und „revolutionäre Erfahrungen“ zu sammeln.

Mitglieder der trotzkistischen GIM reisten nach Großbritannien zur aktiven Unterstützung streikender britischer Bergarbeiter und nahmen – ebenso wie Mitglieder des „Bundes Sozialistischer Arbeiter“ (BSA) – an Veranstaltungen verschiedener Art der rivalisierenden Richtungen der „IV. Internationale“ im Ausland teil.

Im September besuchten mehr als 100 Anhänger anarchistischer Zusammenschlüsse einen internationalen „Anarchie-Kongreß“ in Venedig (24.–30. September) mit Teilnehmern aus etwa 30 Ländern.

Ebenfalls im September hielten sich Mitglieder des Zentralkomitees der KPD zu Beratungen mit der „Partei der Arbeit Albaniens“ (PAA) in Tirana auf. Anlässlich des 40. Jahrestages der „Befreiung“ Albaniens am 29. November bekräftigte die KPD in ihrem Zentralorgan „Roter Morgen“ erneut den „Vorbildcharakter“ Albaniens und die führende Rolle der PAA.

VIII. Deutscher linksextremistischer Terrorismus

1. Entwicklung der Terroraktionen*

Zahl der Terroranschläge ist gesunken

Die Zahl der Terrorakte, die von deutschen Linksterroristen begangen wurden oder ihnen nach dem gegenwärtigen Ermittlungsstand zuzurechnen sind, ist nach einem stetigen Anstieg in den letzten Jahren (1980: 77; 1981: 129; 1982: 184; 1983: 215) 1984 erstmals wieder gesunken. Mit 145 ausgeführten oder versuchten Sprengstoff- und Brandanschlägen sowie drei Raubüberfällen ist sie um nahezu ein Drittel geringer als im Vorjahr. Dabei ist allerdings der Anteil der besonders schwerwiegenden Fälle auffallend hoch. Der insgesamt durch die Anschläge entstandene Schaden beläuft sich auf schätzungsweise mehr als 30 Millionen DM.

Hohe Sachschäden

Zahlreiche und schwerwiegende Terrorakte i. V. m. Hungerstreik inhaftierter Terroristen

Gegen Jahresende stiegen, veranlaßt durch den Hungerstreik inhaftierter Terroristen der „Roten Armee Fraktion“, die Anschläge wieder an. In der Zeit vom 4. 12. 84 – dem Beginn des Hungerstreiks – bis zum Hungerstreikende am 5. 2. 85 wurden 39 Terrorakte mit eindeutigen Hungerstreikbezug verübt, darunter 2 durch den „harten Kern“ der „Roten Armee Fraktion“:

- am 18. 12. 84 ein gescheiterter Sprengstoffanschlag auf die NATO-Truppschule in Oberammergau
- am 1. 2. 85 der Mord an dem MTU-Vorstandsvorsitzenden Dr. Ernst Zimmermann.

Nach Begehungsart und Täterkreis lassen sich die Anschläge des Jahres 1984 wie folgt aufschlüsseln:

	Brand- anschläge	Sprengstoff- anschläge	sonstige Terrorakte	insgesamt
„Rote Armee Fraktion“	–	1	2	3
RAF-Anhänger	5	13	–	18**
„Revolutionäre Zellen/Rote Zora“	4	7	–	11
sonstige Gruppen/ Einzeltäter	92	23	1	116
Summe	101	44	3	148

Die Aufklärungsquote der Brand- und Sprengstoffanschläge war auch 1984 gering.

** In zwei Tatbekenntnissen weisen sich die als „Revolutionäre Zellen“ auftretenden Täter durch ihre Argumentation als Anhänger der „Roten Armee Fraktion“ aus.

* Zur Terrorismusentwicklung in den zurückliegenden Jahren und zum letzten Hungerstreik inhaftierter Terroristen siehe auch die vom Bundesminister des Innern herausgegebene Broschüre „Terroristen im Kampf gegen Recht und Menschenwürde“.

Die Zahl der Terrorakte mag hauptsächlich deswegen zurückgegangen sein, weil es den gewaltorientierten Kräften an einem der NATO-Nachrüstung vergleichbaren politischen Reizthema mangelte.

Außerdem waren viele gewaltorientierte Gruppen darüber enttäuscht, daß sie in den politischen Protestbewegungen der letzten Jahre keine Bereitschaft zur „Massenmilitanz“ zu wecken vermochten; dies hat bei ihnen teilweise zu Verunsicherung und Resignation geführt.

Regional wurden erstmals in Niedersachsen (36 Anschläge) die meisten Anschläge verübt. Dort wurde insbesondere im Großraum Lüneburg der „Kampf“ gegen die Nutzung der Kernenergie verstärkt mit terroristischen Mitteln geführt. Es folgten Nordrhein-Westfalen mit 29, Berlin mit 26 und Hessen mit 19 Anschlägen.

Zeitlich waren im Januar (17 Anschläge; thematische Anknüpfung: die NATO-Nachrüstung sowie das „Orwell-Jahr“), im Oktober (23 Anschläge, vor allem im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme des Zwischenlagers in Gorleben) und im Dezember (22 Anschläge, größtenteils unter Bezugnahme auf den Hungerstreik von Inhaftierten der „Roten Armee Fraktion“ und ihres Umfelds) die Anschläge besonders zahlreich.

Die Anschläge sind Ausdruck der feindseligen Haltung dieser Gruppen gegen den Staat, die Gesellschaft, sowie die industrielle und technische Entwicklung.

Bei den Anschlagzielen standen mit etwa einem Fünftel aller Anschläge militärische Einrichtungen der Bundeswehr und der Alliierten sowie Unternehmen mit Rüstungsproduktion vorne an. Nahezu im selben Umfang waren Einrichtungen der Energiewirtschaft, am Bau von Kernenergieanlagen und Entsorgungseinrichtungen beteiligte Firmen sowie Forschungsinstitute betroffen. Insoweit waren zahlreiche Anschläge zugleich Sabotagehandlungen. In dazu bekanntgewordenen Bekenntschreiben wurde neben ökologischen Motiven auch die angebliche Gefahr einer möglichen militärischen Nutzung radioaktiver Abfallprodukte zum Vorwand genommen.

Auf zahlreiche Wirtschaftsbetriebe, Geldinstitute und Kaufhäuser wurden als Repräsentanten unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems Terrorakte durchgeführt. Anschläge gegen Polizeidienststellen, Justizverwaltungen und sonstige Behörden verübten Linksterroristen als Ausdruck ihrer Ablehnung des Staates, den sie als „Unterdrückungsapparat“ verunglimpften. Vielfach waren auch lokale Themen, wie etwa Straßenbaumaßnahmen, Stadtanierungspläne usw. Anlaß für Terrorakte. Weiterhin bildet das Thema Umwelt einen Schwerpunkt als Vorwand für terroristische Aktionen. Dagegen hat die Startbahn-West des Frankfurter Flughafens ebenso wie das ehemals besonders in Berlin aktuelle Thema „Stadtanierung“ stark an Anziehungskraft verloren. Eine 1983 begonnene Serie von Brandstiftungen und Sprengstoffexplosionen auf Gebäude und Fahrzeuge von Anhängern rechtsextremistischer Gruppen setzte sich auch 1984 mit sieben Anschlägen insbesondere im norddeutschen Raum fort.

Bemühungen um Massenmilitanz erfolglos

Regionale Anschlagsschwerpunkte: Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Berlin

Hauptanschlagsziele: Militär, Energiewirtschaft, Polizei und Justiz

2. Terrorgruppen

2.1 „Rote Armee Fraktion“ (RAF)

„Rote Armee Fraktion“ hat Festnahmen ausgeglichen

Die Entwicklung im Jahre 1984 hat erneut gezeigt, daß die „Rote Armee Fraktion“ über ein terroristisches Umfeld verfügt, das es ihr ermöglicht, auch länger andauernde „Schwächephasen“ zu überwinden. Die seit Herbst 1982 durch Verhaftungen erlittenen personellen Verluste einschließlich der Festnahmen von sieben ihrer Mitglieder im Juni 1984 in der Nähe von Esslingen und im Juli 1984 in Frankfurt konnten inzwischen durch Neuzugänge zahlenmäßig zumindest ausgeglichen werden.

Materielle Basis erneuert

Nachdem im Herbst 1983 13 Erdverstecke entdeckt worden waren, wodurch die materielle terroristische Basis stark geschwächt wurde, existieren sichergestellten Aufzeichnungen zufolge wieder mehrere Verstecke, in denen Waffen, Munition, Sprengstoff, Personaldokumente und möglicherweise auch Aufzeichnungen über Ausspähungen eingelagert sind. Darüber hinaus schafften die Raubüberfälle auf eine Filiale der Städtischen Sparkasse in Würzburg am 26. März (Beute: ca. 171 000,- DM) und auf ein Waffengeschäft im Raum Ludwigshafen am 5. November (Beute: 22 Faustfeuerwaffen und zwei Vorderschaftrettetierflinten sowie Munition) die materiellen Voraussetzungen für das Leben im Untergrund und für die Vorbereitung und Ausführung terroristischer Gewalttaten.

Hauptanschlagsziele: Militär und Justiz

Als Hauptanschlagsziele gelten nach wie vor Repräsentanten und Einrichtungen von NATO, US-Armee und Bundeswehr sowie Angehörige der Justiz. Der versuchte Sprengstoffanschlag der „Roten Armee Fraktion“ auf die NATO-Schule in Oberammergau am 18. Dezember entsprach dieser Planung und hätte bei einem Gelingen zu verheerenden Folgen führen können. Ihre Absicht war es, wie die „Rote Armee Fraktion“ in ihrem Tatbekenntnis einräumte, möglichst viele Personen zu töten. Ein solcher Mordanschlag entspricht den Vorstellungen der „Rote Armee Fraktion“ von „militärischen Angriffen“: seit 1972 hat sie bei ihren Terroranschlägen die Tötung von zufällig betroffenen Menschen in Kauf genommen.

Versuchter Sprengstoffanschlag in Oberammergau am 18. 12. 1984

Mit dem am 4. Dezember 1984 begonnenen und am 5. Februar 1985 beendeten bundesweiten, kollektiven Hungerstreik sowie den parallel dazu im Rahmen einer „Gesamtoffensive“ durchgeführten Aktionen verfolgten die „Rote Armee Fraktion“ und ihre Anhänger als Nahziel die Zusammenlegung der sich als Kriegsgefangene verstehenden inhaftierten Terroristen „in große Gruppen“ und die Anwendung der „Mindestgarantien der Genfer Konvention“.

Hungerstreik soll „revolutionäre Linke“ mobilisieren

Vor allem jedoch wurde der Streik als Teil einer gemeinsamen „Offensive“ der „revolutionären Linken“ und als mobilisierender Faktor für die Bildung einer terroristischen „antiimperialistischen Front in Westeuropa“ verstanden.

Diese terroristische Strategie, die eine Weiterentwicklung aller bisherigen Hungerstreikaktionen darstellt, hatte die „Rote Armee Fraktion“ in ihren Kerngedanken bereits in einem im Juli in Frankfurt sichergestellten „Planungspapier“ vom 22. 4. 1984 formuliert. Danach erwartete die „Rote Armee Fraktion“ von einer „Gesamtoffensive“, bestehend aus ihren eigenen Anschlägen gegen Militär, Justiz und Sicherheitsbehörden, den gewalttätigen Aktionen ihrer Anhänger und schließlich dem Hungerstreik die Realisierung der seit 1982 diskutierten, aber nicht erreichten gemeinsamen „Front“ der „revolutionären Linken“. Die zahlreichen Anschläge ihrer Anhänger im Zusammenhang mit dem Hungerstreik zeigen, daß ihr Konzept teilweise Erfolg hatte. So wurden

- ab Hungerstreikbeginn am 4. 12. 1984 bis Jahresende 1984 17 Anschläge
- vom 1. 1. 1985 bis zum Ende des Hungerstreiks am 5. 2. 1985 22 Anschläge

mit eindeutigem Hungerstreikbezug gegen zahlreiche Einrichtungen verübt.

Den Höhepunkt dieser Welle schwerster Gewalttaten bildete der brutale Mord an dem MTU-Vorstandsvorsitzenden Dr. Ernst Zimmermann am 1. 2. 1985. Diesen Mord hat die „Rote Armee Fraktion“ zum Anlaß genommen, die inhaftierten Terroristen aufzufordern, ihren Hungerstreik zu beenden.

Da die „Rote Armee Fraktion“ sich in absehbarer Zukunft – wie schon seit mehr als einem Jahrzehnt – auch durch schwere Rückschläge nicht wird beeindrucken lassen, muß mit ihr weiterhin als schwerwiegende Gefahr im linksextremistischen Terrorismus gerechnet werden. Ihre abweisende Haltung gegenüber der u. a. von zwei inhaftierten ehemaligen Mitgliedern der „Roten Armee Fraktion“ initiierten Amnestiekampagne macht deutlich, daß sich die „Rote Armee Fraktion“ vorerst auch „von innen“ heraus nicht von ihrem Terror abbringen läßt.

2.2 „Revolutionäre Zellen“ (RZ)

Der bereits 1983 verzeichnete Rückgang terroristischer Gewaltakte „Revolutionärer Zellen“ einschließlich ihrer autonomen Frauengruppe „Rote Zora“ hat sich 1984 fortgesetzt. So liegt die Zahl von elf ausgeführten bzw. versuchten Brand- und Sprengstoffanschlägen deutlich unter denen der Vorjahre (1981: 21, 1982: 38, 1983: 27). Anhaltspunkte für einen mit diesen Zahlen korrespondierenden Rückgang in der Anhängerschaft gibt es jedoch nicht. Allein sechs Anschläge wurden in Nordrhein-Westfalen verübt, die restlichen verteilen sich auf Berlin, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg. Dagegen haben die „Revolutionären Zellen“ im Rhein-Main-Gebiet, das immer ein regionaler Schwerpunkt ihrer Aktivitäten gewesen ist, seit September 1983 keine Terroranschläge mehr durchgeführt.

Die „Rote Zora“, die im Vorjahr ihre Anschlagaktivitäten in einem bis dahin nicht gekannten Maße gesteigert hatte, zeichnete für zwei

Ziel der „Terroroffensive“ der „Roten Armee Fraktion“: eine gemeinsame „Front“ mit anderen militanten Kräften

„Rote Armee Fraktion“ bleibt weiterhin schwerwiegende Gefahr für die innere Sicherheit

Anschläge „Revolutionärer Zellen“ sind deutlich zurückgegangen

Zielrichtung der Anschläge: Angebliche „kapitalistische Strategien und Ausbeutungsverhältnisse“

Publizistisch-propagandistische Aktivitäten haben ebenfalls nachgelassen

RZ-Diskussionspapier „Wolf im Schafspelz“ zur 35-Stunden-Woche

der in Nordrhein-Westfalen verübten Anschläge gemeinsam mit den „Revolutionären Zellen“ verantwortlich, führte darüber hinaus jedoch keine eigenständigen Terroraktionen durch.

Die Anschläge der „Revolutionären Zellen“ richteten sich in erster Linie gegen Firmen und Einrichtungen, an denen sich – aus ihrer Sicht – angebliche „kapitalistische Strategien und Ausbeutungsverhältnisse“ besonders deutlich vermitteln lassen. Beispielhaft für eine solche Anschlagsmotivation stehen von Mitgliedern einer „Revolutionären Zelle“ und der RZ-Frauen-Gruppe „Rote Zora“ Anfang August verübte Anschläge gegen Unternehmen der Schreibwaren- bzw. Elektroindustrie: In einer Erklärung begründeten sie ihre Taten damit, daß die betroffenen Firmen Lohnarbeiten in Haftanstalten durchführen ließen und aus dieser „Produktionsform“ Profit zögen.

Darüber hinaus waren u. a. eine diplomatische Vertretung, ein Verkehrsbetrieb und ein Forschungsinstitut betroffen. Als thematische Anknüpfungspunkte nannten „Revolutionäre Zellen“ in den Tatbekennnissen vor allem die Rüstungspolitik und Dritte-Welt-Probleme.

Auch die publizistische Propaganda „Revolutionärer Zellen“ hat nachgelassen. Neben den Bekennerschreiben haben sie lediglich das Grundsatzpapier „Wolf im Schafspelz“ verbreitet. Außerdem wurde einer Frauenzeitschrift eine Selbstdarstellung der „Roten Zora“ zugespielt. Die Gründe für den Rückgang der terroristischen Propagandaaktionen dürften aufgrund ihrer früheren Aussagen darauf zurückzuführen sein, daß radikale und gewaltorientierte politische Massenbewegungen fehlen, deren Kampf die „Revolutionären Zellen“ mit ihren Mitteln vorantreiben könnten. Eine Zusammenarbeit mit überwiegend „gewaltfrei ausgerichteten Massenbewegungen“ oder „Massenorganisationen“ (z. B. der „Friedensbewegung“) lehnen die „Revolutionären Zellen“ ab, weil deren zahlenmäßige Überlegenheit wegen der Dominanz gewaltfreier Kräfte zur Unterdrückung „radikaler Positionen“ führe. Diese Bewegungen würden von ihren führenden Kräften auf einem „systemkonformen“ Kurs gehalten. Deshalb lasse sich mit ihnen eine wirkliche Veränderung der in der Bundesrepublik Deutschland vorherrschenden gesellschaftspolitischen Verhältnisse nicht erreichen.

In der Schrift „Wolf im Schafspelz“ setzen sich die „Revolutionären Zellen“ mit der Forderung nach der 35-Stunden-Woche auseinander, die sie u. a. wegen drohender Lohneinbußen und der zu erwartenden Arbeitszeit-Flexibilisierung als in ihren Auswirkungen arbeitnehmerfeindlich ablehnen. Gleichzeitig griffen sie die Gewerkschaftsführung wegen ihrer „Integrationsfunktion“ für das „System“ heftig an. Sie propagierten die Bildung einer gewaltorientierten „autonomen Gegenbewegung“ mit „sozialrevolutionärer“ Zielsetzung und forderten mehr Sabotageakte.

In einem gewissen Umfang entsprechen die gegenwärtigen Terrorakte „Revolutionärer Zellen“ bereits diesen Vorstellungen. Dies zeigen Anschläge auf Firmen und Institutionen, die mit der Entwicklung und Produktion von Computern und sonstigen Erzeugnissen aus dem Be-

reich der Mikroelektronik befaßt sind. Unverkennbar ist auch der Versuch, thematisch an eine vermeintliche „soziale Krise“ (Arbeitslosigkeit, Abbau von Sozialleistungen etc.) anzuknüpfen, um dadurch Betroffene mobilisieren zu können. Daneben zeigen terroristische Aktionen wie der Sprengstoffanschlag gegen die Deutsche Entwicklungsgesellschaft im März in Köln, daß auch „antiimperialistische“ bzw. internationalistische Ansätze nach wie vor zu den konzeptionellen Vorstellungen der „Revolutionären Zellen“ gehören.

Insgesamt spiegeln die publizistischen Äußerungen der „Revolutionären Zellen“ eine deutliche Verunsicherung darüber wider, wie die gewaltorientierten Ansätze in der linksextremistischen „Szene“ ausgeweitet werden können. Bereits 1983 hatten „Revolutionäre Zellen“ in zwei umfangreichen Schriften eingeräumt, mit ihren Bemühungen gescheitert zu sein, gewaltfreie und gewaltbereite Kräfte zusammenzuführen, um „Massenmiliz“ zu erreichen. Diese Rückschläge lösten Zweifel an der Richtigkeit des bisherigen Konzeptes aus und haben wohl maßgeblich zum Rückgang der Anschläge beigetragen. Hinzu kam aber auch die im linksextremistischen Spektrum an den „Revolutionären Zellen“ geübte Kritik, sie hätten sich von der „militanten Basis“ entfernt und zu einer Avantgarde entwickelt.

Die Resonanz innerhalb der extremistischen Linken auf die Aktionen und Verlautbarungen der „Revolutionären Zellen“ war 1984 geringer als in früheren Jahren.

Vereinzelte Reaktionen auf die Grundsatzpapiere der „Revolutionären Zellen“ in der Alternativpresse zeigen aber, daß deren Konzept in gewaltorientierten Kreisen der extremistischen Linken immer noch diskutiert wird. Einige eigenständig operierende Tätergruppen ließen in ihren Tatbekenntnissen wiederum erkennen, daß sie sich an den taktischen und methodischen Vorstellungen der „Revolutionären Zellen“ orientieren. Dabei kam es gelegentlich zu einer Vermischung von terroristischen Positionen der „Revolutionären Zellen“ und der „Roten Armee Fraktion“. Grundlegende inhaltliche Auseinandersetzungen mit Praxis und Zielvorstellungen der „Revolutionären Zellen“ wurden im Gegensatz zum vergangenen Jahr nicht bekannt.

3. Terroristische Aktivitäten sonstiger Gruppen

Die bei zahlreichen Kleingruppen überwiegend des autonomen linksextremistischen Spektrums bestehende Neigung, ihre Ablehnung des staatlichen und gesellschaftlichen Systems der Bundesrepublik Deutschland in Terroranschlägen zum Ausdruck zu bringen, hat sich – wenn auch geringer als im Vorjahr – fortgesetzt.

Anhaltspunkte für eine zahlenmäßige Veränderung des Gewaltpotentials insgesamt liegen nicht vor. Die gewaltorientierten Kleingruppen verfügen vielfach nicht über eigene ideologische Rechtfertigungen; sie übernehmen gelegentlich in ihren Bekennterschreiben Thesen und Forderungen, die bereits von den „Revolutionären Zellen“ oder der

„Revolutionäre Zellen“ verunsichert: Bemühungen um „Massenmiliz“ gescheitert

Aktivitäten der „Revolutionären Zellen“ fanden weniger Resonanz in der extremistischen Linken

Terroristische Aktivitäten sonstiger Gruppen haben nachgelassen

Orientierung häufig an Konzepten der „Revolutionären Zellen“

Anschläge gegen NATO, neue Technologien und Kernenergie als Agitations-schwerpunkte

Tatbekenntnisse seltener als bei den bekannten Terrorgruppen

Vielfach genereller gewalttätiger Widerstand gegen staatliche und wirtschaftliche Ordnung

„Roten Armee Fraktion“ formuliert worden sind. Darüber hinaus orientieren sie sich in der Planung und Durchführung ihrer Anschläge sowie bei der Auswahl ihrer Zielobjekte häufig an den bekannten Gewaltkonzepten, insbesondere der „Revolutionären Zellen“.

Die von ihnen durchgeführten oder versuchten Brand- und Sprengstoffanschläge richteten sich hauptsächlich gegen Einrichtungen der Bundeswehr und der NATO, gegen „Rüstungsbetriebe“, den Einsatz neuer Technologien wie Mikroelektronik und Verkabelung und – im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme des Zwischenlagers Gorleben – auch wieder merklich verstärkt gegen Kernkraftwerke und Entsorgungsanlagen.

Wie in den beiden vorangegangenen Jahren waren solche Gruppen auch 1984 für etwa 80 % aller Terrorakte verantwortlich. Die hohe Beteiligung dieser Gruppen an terroristischen Aktivitäten und die Höhe der von ihnen angerichteten Schäden im Einzelfall verdeutlichen die von ihnen ausgehende Gefährdung der inneren Sicherheit. So verursachten unbekannte Täter durch Brandanschläge gegen eine mit Baumaßnahmen für Kernkraftwerke betraute Firma einen Gesamtschaden von 450000,-DM. Durch einen Anschlag auf ein Zulieferungsunternehmen für Endlagerstätten radioaktiver Abfallstoffe entstand Sachschaden in Höhe von ca. einer Million DM.

Abweichend von den „Revolutionären Zellen“ oder den Anhängern der „Roten Armee Fraktion“ haben diese terroristischen Kleingruppen nur in etwa einem Drittel aller Fälle die Anschläge durch schriftliche Tatbekenntnisse, Telefonanrufe oder am Tatort hinterlassene Parolen begründet. Dabei bewegen sich Argumentation und Diktion ihrer Rechtfertigungsversuche vielfach auf einem wesentlich niedrigeren Niveau. So erklärte eine Gruppe „Die Revolutionäre Front“ zu einem Brandanschlag im Januar auf Sprengmittelkammern der Bundeswehr in Bayern, sie wolle mit ihrem Anschlag „ein Zeichen setzen, daß die USA ihre offensichtlichen Kriegsvorbereitungspläne und Weltbeherrschungspläne nicht in Ruhe durchführen werden können“. Anschläge gegen die wirtschaftliche Nutzung der Kernenergie wurden vielfach mit der angeblichen „Profitsucht“ der „Atommafia“ begründet.

Mehrere Gruppen versuchten in Bekennerschreiben durch detaillierte Begründungen ihrer Anschläge auch ihren generellen gewalttätigen Widerstand gegen die bestehende staatliche und wirtschaftliche Ordnung zu rechtfertigen. Beispielhaft sind insofern einige zu Anschlägen gegen Computerhersteller abgegebene Erklärungen, mit denen die Täter auf die angeblich vom Staat angestrebte lückenlose Überwachung der Bevölkerung hinweisen. Zu einem versuchten Sprengstoffanschlag auf ein Unternehmen der Computerindustrie erklärte z. B. im Mai eine gewaltorientierte „Friedensini Saarbrücken“, die Informationstechnologie sei „ein zentrales Element zur Kriegsführung nach außen und nach innen gegen die eigene Bevölkerung“. Überwachungsanlagen und Computerdateien sollten „die totale Kontrolle möglich machen“. Andere Gruppierungen versuchten ihre terroristi-

schen Aktivitäten mit sozialrevolutionären Motiven zu erklären. So begründeten „Revolutionäre Autonome“ einen Brandanschlag im September in Hamburg auf einen Elektrogroßkonzern mit angeblicher „Ausbeutung, Hunger, Elend und Folter“ sowie mit der „sozialen und materiellen Verelendung in den Metropolen“, für die sie „die NATO und ihre Kriegspolitik“ verantwortlich machten. Diese Gruppen erhoffen sich den entscheidenden Impuls zur gewaltsamen Beseitigung der gegenwärtigen staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung von einer sich ihrer Meinung nach rapide ausbreitenden Massenarmut. Die Voraussetzungen für einen Umsturz sehen sie in der „Solidarität“ und der „Kampfbereitschaft“ der angeblich um ihre „Existenz ringenden breiten Bevölkerungsschichten“.

4. Umfeld der „Roten Armee Fraktion“

Der das Terror-Konzept der „Roten Armee Fraktion“ verbal und materiell unterstützende Personenkreis ist zahlenmäßig im Vergleich zum Vorjahr weitgehend konstant geblieben. Die seit 1982 zu beobachtenden Bemühungen der Anhänger der „Roten Armee Fraktion“, ihre Basis „durch ein Konzept der Öffnung“ zu verbreitern, waren bisher ohne Erfolg.

Hiervon, wie von allen bisherigen Rückschlägen der „Roten Armee Fraktion“ läßt sich das Umfeld von ca. 500 Personen, vor allem die langjährigen Angehörigen der Unterstützergruppen, nicht beeindruckt. Sie sind teilweise nach wie vor ein zuverlässiges Potential für die „Rote Armee Fraktion“. So hat sich das engere Umfeld von ca. 200 Personen, das geradezu dogmatisch auf die Ziele der „Roten Armee Fraktion“ ausgerichtet ist, erneut als vorrangige Nachwuchsbasis für die im Untergrund operierenden Kader der „Roten Armee Fraktion“ erwiesen. Mehr als zehn Angehörige des engeren Umfeldes der „Roten Armee Fraktion“ sind 1984 in den terroristischen Untergrund abgetaucht. Daß auch darüber hinaus die Bedeutung ihres engeren Umfeldes für die „Rote Armee Fraktion“ zugenommen hat, ergibt sich aus deren „Planungspapier“ vom 22. April 1984. Darin haben die Mitglieder der „Roten Armee Fraktion“ ihre Absicht verdeutlicht, ihre Anhänger stärker als bisher in die Vorbereitung und Durchführung einer neuen Terroroffensive einzubinden. Es gibt nach wie vor Hinweise auf Verbindungen zwischen den Bandenmitgliedern der „Roten Armee Fraktion“ im Untergrund und ihnen besonders vertrauenswürdig erscheinenden Personen des Umfeldes, die ihnen auch durch die Übernahme von Aufträgen, z. B. die Vermittlung von Unterkünften, behilflich sind.

Zu den bekannten Aufgaben der Anhänger der „Roten Armee Fraktion“ gehören die „Öffentlichkeitsarbeit“ für die „Rote Armee Fraktion“ und der Besuch inhaftierter Bandenmitglieder und -unterstützer. Die propagandistischen Anstrengungen der Anhänger der „Roten Armee Fraktion“ richteten sich weiterhin darauf, ein gewaltorientiertes Protestpotential, vor allem sogenannte „autonome Antimpe-

Anhänger der „Roten Armee Fraktion“ stellen Nachwuchs für den Untergrund

Aufgabenzuweisung: Öffentlichkeitsarbeit für die „Rote Armee Fraktion“, Betreuung der Inhaftierten

Umfeld der „Roten Armee Fraktion“ wirbt für „antiimperialistische Front“

Haftbedingungskampagnen sollen Solidarisierung erreichen

Umfeld der „Roten Armee Fraktion“ richtet sich am Hungerstreik mit vielfältigen Aktivitäten wieder auf

Zunahme der Anschläge von Anhängern der „Roten Armee Fraktion“ anlässlich des Hungerstreiks

rialisten“ zu bewegen, im Sinne der Gewaltvorgaben der „Roten Armee Fraktion“ eine „antiimperialistische Front“ zu bilden, die gemeinsam mit den Kadern im Untergrund und den inhaftierten Bandenmitgliedern gegen den behaupteten „US-Imperialismus“ bzw. gegen „imperialistische Strukturen“ in Westeuropa ankämpfen soll. Zahlreiche Aktionen in Verbindung mit dem am 4. Dezember begonnenen Hungerstreik zeigen, daß diese Versuche zumindest in Teilbereichen dieses Spektrums auf eine gewisse Resonanz gestoßen sind.

Ein herausragendes Aktionsfeld waren auch im Jahre 1984 Kampagnen, die an Gerichtsverfahren gegen Bandenmitglieder der „Roten Armee Fraktion“ und Angehörige ihres Umfeldes anknüpften, sowie die Unterstützung der Inhaftierten in ihrer Kampagne gegen die Haftbedingungen. Hiermit versuchten sie auch extremistische Gruppen außerhalb des Umfeldes der „Roten Armee Fraktion“ zu mobilisieren. Eine zur Durchbrechung der behaupteten „Isolierung“ Anfang des Jahres initiierte „Grußaktion“, in deren Verlauf Gruppen unterschiedlichster politischer Ausrichtung Informationsmaterial an die Inhaftierten senden sollten, brach trotz anfänglicher Resonanz schon nach kurzer Zeit in sich zusammen: Zahlreiche für eine Beteiligung gewonnene Gruppen fühlten sich nach einiger Zeit vom Umfeld der „Roten Armee Fraktion“ „funktionalisiert“ und zogen sich aus der Aktion zurück; hinzu kamen Koordinierungsprobleme.

Die Anfang des Jahres in der Alternativpresse diskutierte Forderung nach einer Amnestie für inhaftierte Terroristen ist im engeren Umfeld der „Roten Armee Fraktion“ auf nahezu einhellige Ablehnung gestoßen. Auch dies verdeutlicht die Entschlossenheit dieses Personenkreises, den Kampf mit terroristischen Mitteln fortzusetzen.

Der am 4. Dezember begonnene Hungerstreik war in den Gruppierungen des Umfeldes der „Roten Armee Fraktion“ bereits seit langem diskutiert worden. In einer Phase beginnender Resignation versprach man sich davon neue Impulse und Motivation für die eigenen Aktivitäten, darüber hinaus eine Mobilisierung weiterer Kreise.

Etwa ab Mitte Dezember organisierten Anhänger der „Roten Armee Fraktion“ und Angehörige der inhaftierten Terroristen zahlreiche Informations- bzw. Agitationsveranstaltungen, Demonstrationen, Besetzungsaktionen sowie Störungen von Veranstaltungen und bekundeten in Schmier-, Sprüh- und Plakataktionen ihre Solidarität mit den hungerstreikenden Terroristen. Die Forderung auf Zusammenlegung der inhaftierten Terroristen zu größeren sogenannten „interaktionsfähigen“ Gruppen fand über die terroristische Szene hinaus gewisse Unterstützung.

Sonstige Themen spielten in der Agitation des Umfeldes keine nennenswerte Rolle. Die Aktivitäten gegen die NATO-Nachrüstung, die im letzten Jahr stark im Vordergrund gestanden hatten, gingen zurück. Der Kampf gegen Munitionstransporte hat für diese Gruppen seine Bedeutung ebenfalls weitgehend verloren. An den Aktivitäten gegen die Herbstmanöver in der Bundesrepublik beteiligten sich nur vereinzelt Angehörige des Umfeldes der „Roten Armee Fraktion“.

Mehrfach dagegen bekundeten Anhänger der „Roten Armee Fraktion“ durch Beteiligung an Protestaktionen linksextremistischer Kreise ihre Solidarität mit extremistischen Ausländergruppen und bestimmten „Befreiungsbewegungen“ z. B. in Mittelamerika. Einen Schwerpunkt bildeten Solidaritätsveranstaltungen für das Regime in Nicaragua.

Wie schon in den vorangegangenen Jahren versuchten Anhänger der „Roten Armee Fraktion“ wiederum durch Terrorakte unterschiedlicher Qualität eine „antiimperialistische Praxis“ zu dokumentieren. Die Anschläge wurden zu einem nicht geringen Teil als Solidaritätsaktionen für linksextremistische ausländische „revolutionäre“ Gruppen oder Bewegungen (z. B. in der Türkei, in Spanien, in Frankreich und in Mittelamerika) hingestellt oder richteten sich gegen Zielobjekte (z. B. ausländische Banken), die nach Auffassung der Täter in besonderem Maße die kapitalistische „Ausbeutungsstrategie“ wie auch die angebliche „imperialistische Weltbeherrschungspolitik“ verkörpern. Die dazu verbreiteten Tatbekenntnisse sollten die Notwendigkeit einer internationalen „Front“ begründen, die sich u. a. gegen ein vermeintlich von der USA, der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich betriebenes „NATO-Projekt“ zur Vereinheitlichung Westeuropas zu richten habe (Bekennerschreiben zum Sprengstoffanschlag auf die französische Bank „Credit Lyonnais“ in Frankfurt am 11. 10. 1984). Nach dem Beginn des Hungerstreiks der inhaftierten Terroristen der „Roten Armee Fraktion“ und von Angehörigen ihres Umfeldes haben vorwiegend Anhänger der „Roten Armee Fraktion“ eine Reihe von Sprengstoff- und Brandanschlägen zur Unterstützung der Hungerstreikenden versucht bzw. ausgeführt. Diese sind, wie der Hungerstreik, ein Bestandteil der von der „Roten Armee Fraktion“ geplanten terroristischen „Gesamtoffensive“. Sie richteten sich vorwiegend gegen militärische Einrichtungen, aber auch gegen diplomatische Vertretungen und Wirtschaftsunternehmen und verursachten z. T. hohe Schäden. So führte ein Brandanschlag auf eine Lagerhalle der Fa. Siemens in Frankfurt zu Sachschäden in Höhe von weit mehr als 10 Millionen DM.

5. Internationale Verflechtungen

Im Laufe des Jahres zeichnete sich ab, daß die „Rote Armee Fraktion“ zunehmend eine Zusammenarbeit mit ausländischen terroristischen Organisationen anstrebt. Darauf weisen Erklärungen der „Roten Armee Fraktion“ und ihres Umfeldes (z. B. „die antiimperialistische Front in Westeuropa aufbauen“¹⁹³, „perspektive der revolutionären front in westeuropa, die jetzt real wird“¹⁹⁴) hin.

Auch in einer erstmals im Dezember 1984 erschienenen Schrift „Zusammen kämpfen – Zeitung für die antiimperialistische Front in Westeuropa“ erklären die wahrscheinlich dem Umfeld der „Roten Armee Fraktion“ zuzuordnenden Urheber, sie wollten mit dieser Schrift „kommunikation über die tatsache und bestimmung revolutionärer

Anhaltspunkte für zunehmende internationale Kooperation der „Roten Armee Fraktion“ mit anderen Terrorgruppen

Übereinstimmung mit Anschlagzielen französischer und belgischer Terroristen

Anhänger der „Roten Armee Fraktion“ tauschen sich aus mit Anhängern der „Action Directe“

Solidaritätsaktionen für deutsche Terroristen im Ausland

politik in der metropole westeuropa“ schaffen. Für „die entwicklung der kommunistischen perspektive in der metropole (sei) revolutionäre antagonistische praxis mittel und ziel“.

Ähnliche Ansätze zeigten sich in den letzten Monaten verstärkt in Bekennerschreiben terroristischer Gruppierungen in Frankreich („Action Directe“) und Belgien („Cellules Communistes Combattantes“). Die Zielrichtung der Anschläge dieser Gruppierungen gegen die NATO und Institutionen, die nach ihrer Auffassung „imperialistische“ bzw. „kapitalistische“ Strukturen verkörpern, gleicht der deutscher Linksterroristen. So erklären die belgischen „Cellules Communistes Combattantes“ (C. C. C.) in einem Bekennerschreiben, daß die „Übereinstimmung der Angriffsziele . . . sicher kein Produkt des Zufalls“¹⁹⁵ sei. Darüber hinaus bezogen sich diese Terrorgruppierungen in einigen ihrer Erklärungen auf Aktionen und Aussagen deutscher terroristischer Vereinigungen.

Die Anhaltspunkte für bestehende Kontakte verdichteten sich im Dezember durch die Erkenntnis, daß zumindest die „Rote Armee Fraktion“ und „Action Directe“ Sprengmittel desselben Ursprungs verwendeten. Deutlich wurde die Verbindung zwischen der „Roten Armee Fraktion“ und der „Action Directe“ letztlich durch ein Mitte Januar 1985 verbreitetes gemeinsames Kommuniqué „Für die Einheit der Revolutionäre in Westeuropa“, in dem beide Terrorgruppen offen bekennen, als Teil der „westeuropäischen Guerilla“ ihren Terror gegen die imperialistischen Staaten durch Anschläge gegen die „zentralen imperialistischen Strategien“ gemeinsam führen zu wollen.

Im terroristischen Umfeld bestehende Kontakte zwischen Anhängern der „Roten Armee Fraktion“ und Unterstützern bzw. Angehörigen inhaftierter Terroristen zu ausländischen Gruppen vor allem in Spanien, aber auch in Frankreich, Italien und Irland, erstreckten sich im wesentlichen auf einen Meinungs-austausch über Fragen der jeweiligen Haftbedingungen.

Daß deutsche Terroristen nach wie vor auf die Solidarität ausländischer Gesinnungsgenossen zählen können, zeigten Anfang 1985 in den Niederlanden Demonstrationen von Jugendlichen, die die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Den Haag blockierten, in das deutsche Generalkonsulat in Amsterdam eindringen, dort Wände mit Farbe besprühen und in Flugblättern für die Ziele der hungerstreikenden Häftlinge in der Bundesrepublik eintraten. Außerdem stoppten sie durch Notbremsung einen Intercity-Zug und beschmierten ihn mit Parolen.

Als verbale Unterstützung für deutsche Terroristen sind Solidaritätserklärungen wie die des PFLP-Funktionärs Abu Sharif in einem taz-Interview oder Äußerungen von libyscher Seite zu werten, worin eine Unterstützung der „Roten Armee Fraktion“ in Aussicht gestellt wird. Erkenntnisse über eine direkte Unterstützung deutscher Terroristen durch den Ostblock sind nicht angefallen.

6. Strafverfahren

6.1 Anklageerhebungen

Die im Oktober 1983 bzw. Januar 1984 eröffneten Hauptverhandlungen gegen die RAF-Mitglieder *Christian Klar*, *Brigitte Mohnhaupt*, *Adelheid Schulz* und *Rolf-Clemens Wagner* dauern an. Im Mai 1984 begann ferner die Hauptverhandlung gegen die am 1. März 1983 in Darmstadt festgenommene *Gisela Dutzi* wegen Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung („Rote Armee Fraktion“).

Gegen 10 (1983: 5) Personen wurden Anklagen wegen Werbens für oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (§ 129 a StGB) erhoben.

6.2 Einzelne Verurteilungen

1984 ergingen gegen vier (1983: 22) Personen Urteile wegen Straftaten mit linksterroristischem Hintergrund. So wurde das ehemalige Mitglied der „Roten Armee Fraktion“ *Peter-Jürgen Boock* u. a. wegen Beteiligung an der Ermordung von *Jürgen Ponto*, *Siegfried Buback*, *Hanns-Martin Schleyer* und deren Begleiter zu dreimal lebenslanger und 15 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

IX. Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund und staatliche Maßnahmen

1. Gewalttaten und sonstige Gesetzesverletzungen

Linksextremisten setzten wiederum Gewalt bis hin zum Terror als Mittel zur Förderung ihrer politischen Ziele ein. Die Zahl der 1984 bekanntgewordenen Gesetzesverletzungen* ging gegenüber dem Vorjahr erneut leicht zurück. In die nachfolgende Übersicht sind auch terroristische Gewaltaktionen (1984: 44 Sprengstoff- und 101 Brandanschläge; 1983: 51 Sprengstoff- und 164 Brandanschläge) einbezogen.

* Gesetzesverletzungen sind Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, z. B. Körperverletzungen, Gewaltandrohung, der unberechtigte Besitz von Waffen, Munition und Sprengstoff usw. Dabei wurde – wie in den Vorjahren – jede gewaltsame Aktion und jede sonstige Gesetzesverletzung nur einmal gezählt, auch wenn sie aus mehreren Einzeltaten bestand oder mehrere Straftatbestände erfüllte, mehrere Handlungen-umfaßte oder von mehreren Tätern gemeinschaftlich begangen wurde.

	1983	1984
Sprengstoffanschläge	55	47
Brandanschläge*	304	172
Aktionen mit Körperverletzungen	41	65**
Raubüberfälle	0	3
Landfriedensbruch und Widerstandshandlungen	90	117
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, Luft- oder den Straßenverkehr	5	95**
Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung	1045	770
Gewalttaten insgesamt	1540	1269
Gewaltandrohungen	7	38
Sonstige Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund	157	216
Gesamt:	1704	1523

* Umfaßt Brandstiftungen und alle Sachbeschädigungen unter Einsatz von Brandmitteln

** Die Steigerung beruht zum Teil auf einer gegenüber dem Vorjahr verbesserten Erfassung der Straftaten.

1.1 Gewaltaktionen

Bei den im Berichtsjahr festgestellten 65 Aktionen mit Körperverletzungen wurden insgesamt 146 Personen verletzt, darunter 106 Polizeibeamte (1983: mehr als 160) und 7 Angehörige der Streitkräfte. In 12 Fällen waren die verletzten Personen Rechtsextremisten. Zu Angriffen auf die Polizei kam es immer wieder bei den als „Sonntagsspaziergänge“ angekündigten Ausschreitungen an der „Startbahn West“ des Frankfurter Flughafens; auch bei den Protestaktionen vor „Nuklearbetrieben“ in Hanau (15. Dezember) wurden Polizeibeamte massiv angegriffen und verletzt.

Die festgestellten verkehrsgefährdenden Aktionen richteten sich mit Schwerpunkt gegen Munitionszüge und andere militärische Transporte im Bahnverkehr (40 Aktionen) und gegen Atommülltransporte (41 Aktionen); auch der Flugbetrieb war Ziel mehrerer Aktionen mit linksextremistischem Hintergrund.

Die Täter errichteten u. a. unbeleuchtete Straßensperren aus abgesägten Bäumen oder Telefonmasten, entfernten Eisenbahnschwellen, blockierten Weichen mit schnellbindendem Mörtel, beschädigten Signaleinrichtungen und zerstörten Landebefeuerungsanlagen an Militärflugplätzen.

Ziel der Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung waren in mehr als 200 Fällen Objekte der Bundeswehr oder der ausländischen NATO-Streitkräfte, in mehr als 130 Fällen Gebäude von Banken oder Warenhäusern, in mehr als 90 Fällen Polizeifahrzeuge oder Polizeidienststellen und in mehr als 70 Fällen Geräte und Einrichtungen von Baufirmen – zumeist solcher, die an Projekten für die zivile Nutzung der Kernenergie oder für militärische Anlagen tätig sind.

1.2 Gewaltandrohungen

Von den 38 erfaßten Gewaltandrohungen mit linksextremistischem Hintergrund (meist Bombendrohungen) richteten sich 15 gegen militärische Einrichtungen oder gegen die Durchführung militärischer Übungen; 13 Drohungen bezweckten die Verhinderung von Kernenergieprojekten oder von anderen als umweltschädlich hingestellten Baumaßnahmen; 3 Gewaltandrohungen gegen Veranstaltungen von Rechtsextremisten wurden bekannt. Die übrigen 7 Gewaltandrohungen richteten sich gegen zivile amerikanische Einrichtungen, gegen Kaufhäuser oder öffentliche Auftritte von Politikern.

1.3 Sonstige Gesetzesverletzungen

Bei den 216 bekanntgewordenen sonstigen Gesetzesverletzungen handelt es sich im wesentlichen um Fälle des Hausfriedensbruchs, um Beleidigungsdelikte oder um Verstöße gegen das Versammlungsgesetz; die zahlreichen Schmieraktionen sind hierbei nicht mitgezählt, weil über sie kein vollständiger Überblick besteht.

2. Staatliche Maßnahmen gegen Linksextremisten

2.1 Verurteilungen (Überblick):*

(Fortgeschriebene Vergleichszahlen 1983 in Klammern)

Insgesamt:	291	(564)	
davon:	20	(53)	Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr, 3 (5) ohne Bewährung
	16	(17)	Freiheitsstrafen von mehr als einem Jahr, 8 (11) ohne Bewährung
	172	(298)	Geldstrafen, Verwarnungen, Geldbußen
	1	(1)	Jugendstrafe mit Bewährung
	82	(195)	Arbeitsauflagen, Arreste und sonstige Schuldsprüche.

2.2 Anklagen: Insgesamt 521 (1983: 321)

Über die Zahl der gegen Linksextremisten ergangenen Durchsuchungs- und Beschlagnahmeanordnungen liegen keine exakten Erhebungen vor.

* Erfaßt wurden nur erstinstanzliche Urteile, die im Berichtsjahr ergangen sind, unabhängig vom Eintritt der Rechtskraft. Die Zahl der Urteile dürfte insgesamt höher liegen, da erfahrungsgemäß viele Verurteilungen erst erhebliche Zeit nach Erstellung des Verfassungsschutzberichtes bekannt werden.

Fundstellennachweis

1. UZ-Eigenbeilage vom 1. 9. 1984
2. UZ vom 23. 5. 1984
3. UZ vom 23. 5. 1984
4. UZ-Eigenbeilage vom
1. 12. 1984
5. UZ-Eigenbeilage vom 1. 9. 1984
6. „Politische Berichte – Extra“
vom 16. 4. 1984
7. „Roter Morgen“ vom 2. 3. 1984
8. „Rote Fahne“ vom 27. 10. 1984
9. „neue Arbeiterpresse“
10. Aufruf in der Publikation „Vandal und Kahlschlag“, Göttin-
gen, Dezember 1984
11. UZ-Eigenbeilage vom
31. 8. 1984
12. UZ vom 20. 12. 1984
13. UZ vom 28. 1. 1984 und vom
22. 1. 1985
14. UZ-Eigenbeilage vom
31. 8. 1984
15. UZ-Eigenbeilage vom
31. 8. 1984
16. „Rote Fahne“ vom 11. 2. 1984;
„Arbeiterkampf“ vom 9. 4. 1984
17. „was tun“ vom 13. 4. 1984
18. „Politische Berichte“ vom
6. 10. 1984
19. „Politische Berichte“ vom
17. 11. 1984
20. „Rote Fahne“ vom 11. 2. 1984
21. „Rote Fahne“ vom 15. 9. 1984
22. „Zwischenruf links“, Oktober/
November 1984
23. UZ vom 25. 1. 1984
24. UZ-Eigenbeilage vom
31. 8. 1984
25. UZ vom 25. 1. 1984
26. „Rote Fahne“ vom 4. 2. 1984
27. „Roter Morgen“ vom 3. 2. 1984
28. „Rote Fahne“ vom 7. 4. 1984
29. UZ-Eigenbeilage vom
31. 8. 1984
30. PPA vom 21./22. 11. 1984
31. PPA vom 21./22. 11. 1984
32. UZ-Eigenbeilage vom
31. 8. 1984
33. UZ-Eigenbeilage vom
31. 8. 1984
34. „Rote Fahne“ vom 31. 3. 1984
35. DKP-Pressedienst vom
18. 8. 1984
36. Zitiert nach: Thesen und Dis-
kussionsbeiträge zum 2. Großen
Ratschlag des Hamburger Fo-
rums am 10. Februar 1985
37. Flugblattaufruf zur „Mittelame-
rika-Demonstration“ am 3. No-
vember in Bonn
38. „Arbeiterkampf“ vom 4. 6. 1984
39. „Roter Rebell“, November
1984
40. „Rote Fahne“ vom 24. 3. 1984
41. Gemeinsamer Aufruf des MSB
Spartakus, des SHB und des Pa-
lästina/Libanon-Komitees Mar-
burg zu einer Veranstaltung im
Juni 1984
42. „Rote Fahne“ vom 1. 9. 1984
43. „Rote Fahne“ vom 28. 1. 1984
44. Politische Berichte Nr. 22/1984,
S. 39
45. UZ vom 14. 2. 1984
46. Eigenbeilage zur UZ vom
1. 12. 1984, S. 31
47. UZ vom 4. und 6. 10. 1984
48. „Marxistische Blätter“, Nr. 1/
1984, S. 37
49. UZ vom 28. 3. 1984
50. DKP-Bildungsjahr 1984/85,
Heft 2, u. a. S. 1 und 7
51. DKP-Bildungsjahr 1983/84,
Heft 5, S. 22
52. UZ vom 4. 1. 1984
53. DKP-Bildungsjahr 1984/85,
Heft 2, u. a. S. 11
54. DKP-Bildungsjahr 1983/84,
Heft 5, S. 19
55. DKP-Bildungsjahr 1984/85,
Heft 3, S. 9 und 22 ff
56. UZ vom 30. 8. 1984
57. „Jugendpolitische Blätter“
(JPB), 8/84, S. 16
58. DKP-Bildungsjahr 1983/84,
Heft 5, S. 20; Protokoll des
7. Parteitages der DKP, S. 79
59. UZ vom 23. 5. 1984
60. UZ-Extra, Eigenbeilage zu UZ
vom 28. 4. 1984, S. 17
61. DKP-Bildungsjahr 1983/84,

- Heft 5, S. 19; 1984/85, Heft 2, S. 8 und 19
62. UZ vom 17. 11. 1984
 63. Eigenbeilage zu UZ vom 1. 9. 1984, S. 12
 64. UZ vom 18. 9. 1984
 65. UZ vom 18. 9. 1984
 66. UZ-Eigenbeilage vom 1. 12. 1984 und vom 1. 9. 1984
 67. UZ-Extra, Eigenbeilage der UZ vom 28. 4. 1984, S. 25
 68. Referat des Bundesvorstandes an den VIII. Bundeskongreß
 69. „Aktionsprogramm für die Grundrechte der Jugend“ – AP –, neugefaßt und auf dem Bundeskongreß verabschiedet
 70. „Jugendpolitische Blätter“ (JPB) 8/84, S. 17
 71. „Jugendpolitische Blätter“ (JPB) 8/84, S. 19
 72. Antrag auf dem Bundeskongreß zu den „Weltfestspielen der Jugend und Studenten“
 73. SDAJ-Press-Info, Nr. 7/84 vom 20. 2. 1984
 74. „Jugendpolitische Blätter“ 1/84, S. 24; „Marxistische Blätter“ 3/84, S. 62
 75. „Handbuch für Pionierleiter“, S. 29
 76. „Warum ist die DDR ein kinderfreundliches Land? – Diskussionsmaterial für Pionierleiter“, S. 11
 77. 3. Bildungsthema SS '84, S. 3
 78. „Einführung in die Politik des MSB Spartakus“, 4. Auflage, S. 68
 79. „rote blätter“ 11/84, S. 17
 80. „rote blätter“ 11/84, S. 38
 81. „MSB-HRG-Press 2“
 82. „rote blätter“ 11/84, S. 39
 83. SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ vom 4. 6. 1984
 84. „Diskussionsbeitrag zur weiteren Arbeit der Friedensbewegung“
 85. Referat auf dem Unionstag
 86. SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ vom 11. 10. 1984
 87. „Informationen des Friedensrates der DDR“, Nr. 10–11/1984
 88. „Jugendpolitische Blätter“, Nr. 4/1984
 89. „friedenspolitischer Informationsdienst“ der DFG-VK, Nr. 3–4/1984
 90. DFI-Gruppeninfo Internes vom 21. 12. 1983
 91. „Marxistische Blätter“, Nr. 2/1984, S. 79
 92. „Jugendpolitische Blätter“, August 1984, S. 16; UZ vom 30. 8. 1984
 93. Mies/Gerns, Weg und Ziel der DKP, Ffm. 1979, S. 123f
 94. UZ vom 12. 1. 1984
 95. UZ-Extra vom 31. 8. 1984, S. 28
 96. „Marxistische Blätter“, Nr. 3/1984, S. 93
 97. „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Nr. 1/1984, S. 68
 98. Herbert Mies, „Aktionseinheit für Frieden und Arbeit – das Gebot der Stunde“, hrsg. vom Parteivorstand der DKP, Oktober 1984, S. 40
 99. UZ vom 21. 8. 1984
 100. DKP-Bildungsjahr 1983/84, Heft 4, S. 10
 101. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 1. 9. 1984, S. 18ff
 102. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 1. 9. 1984, S. 19
 103. DKP-Bildungsjahr 1983/84, Heft 4, S. 20
 104. UZ vom 29. 9. 1984
 105. „Marxistische Blätter“, Nr. 2/1984, S. 44
 106. UZ-Extra vom 29. 3. 1984
 107. UZ vom 3. 3. 1982
 108. Flugschrift „Volksbefragung: Hinweise – Tips – Fakten“
 109. UZ vom 31. 8. 1984
 110. Rundbrief des MSB-Bundesvorstandes vom 5. 9. 1984
 111. UZ vom 26. 10. 1984, UZ-Extra vom 1. 12. 1984
 112. UZ-Extra vom 28. 4. 1984, S. 4
 113. „Aktionsprogramm '84 der DKP für Frieden und Arbeit“
 114. UZ vom 25. 11. 1984
 115. „praxis“, Nr. 1/84
 116. UZ-Extra vom 1. 12. 1984
 117. UZ vom 1. 2. 1984
 118. UZ vom 1. 4. 1984
 119. Broschüre „Marxismus und Gewerkschaften“, hrsg. vom MSB-Bundesvorstand
 120. UZ vom 7. und 28. 7. 1984
 121. UZ-Extra vom 28. 4. 1984
 122. „Marxistische Blätter“ Nr. 2/84, S. 38
 123. UZ vom 2. 6. 1984
 124. UZ vom 7. 7. 1984
 125. „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“ Nr. 9/1984
 126. UZ-Extra vom 31. 8. 1984, S. 23/24

127. UZ vom 7. 1. 1984
128. Ansprache des DKP-Vorsitzen-
den *Mies* am 25. 6. 1984 – „DKP-
Pressedienst“ Nr. 53/84
129. UZ vom 8. 12. 1984
130. UZ vom 13. 11. 1984
131. UZ vom 30. 10. 1984
132. UZ vom 13. 11. 1984
133. „praxis“, Nr. 3/84, S. 28 f
134. „Marxistische Blätter“ 3/84,
S. 79
135. „Jugendpolitische Blätter“
(JPB) 8/84, S. 16
136. Tätigkeitsbericht an den VIII.
Bundeskongreß
137. „Jugendpolitische Blätter“
(JPB) 6/84, S. 33
138. Referat des Bundesvorstandes
an den VIII. Bundeskongreß
139. „Marxistische Blätter“ 3/84,
S. 41 f
140. „Jugendpolitische Blätter“
(JPB) 6/84, S. 17
141. „elan“ 8/84, S. 16
142. Antrag an den VIII. SDAJ-
Bundeskongreß
143. 4. Bundesleitungssitzung und
Kreisvorsitzenden-Beratung,
Februar 1984
144. Protokoll des 7. DKP-Partei-
tages, S. 581, 584
145. „rote blätter“ 5/84, S. 19
146. „rote blätter“ 9/84, S. 33
147. „rote blätter“ 9/84, S. 33
148. „Marxistische Blätter“ 3/84,
S. 59
149. „rote blätter“ 5/84, S. 18
150. „rote blätter“ 9/84, S. 33
151. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom
1. 12. 1984, S. 38; UZ vom
28. 3. 1984
152. Faltblatt „15 Jahre IMSF“, S. 1
153. „Leitfaden für die Gruppenar-
beit“, hrsg. vom Parteivorstand
der DKP, 3. überarbeitete Auf-
lage, Januar 1984, S. 82
154. MAB-Informationen, 1–84,
S. 7
155. „Marxistische Blätter“, Nr. 6/
1984, S. 96
156. „Leitfaden für die Gruppenar-
beit“, hrsg. vom Parteivorstand
der DKP, 3. überarbeitete Auf-
lage, Januar 1984, S. 84; UZ
vom 11. 1. 1984
157. UZ vom 31. 3. 1984
158. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom
1. 12. 1984, S. 68
159. UZ vom 27. 11. 1984
160. UZ vom 22. 9. 1984
161. UZ vom 24. 10. 1984
162. UZ-Extra vom 1. 12. 1984
163. UZ vom 10. 7. 1984
164. UZ vom 19. 6. 1984
165. SED-Zentralorgan „Neues
Deutschland“ vom 9. 10. 1984
166. UZ vom 4. 10. 1984
167. SED-Zentralorgan „Neues
Deutschland“ vom 18./19. 8.,
23. 8. und 11. 9. 1984
168. trafik Nr. 14, Oktober 1984
169. „Rote Fahne“ vom 15. 9. 1984,
S. 1
170. „Roter Morgen“ vom 1. 6. 1984,
S. 2
171. „Roter Morgen“ vom
2. 11. 1984, S. 5
172. Beilage zu den Publikationen
von BWK, KPD, NHT u. a.
vom 30. 11. 1984, S. 1
173. Beilage a. a. O., S. 1
174. Beilage a. a. O., S. 3
175. „Arbeiterkampf“ vom
22. 10. 1984
176. Broschüre: „Abweichende Mei-
nungen zur Wende – Das ‚Mo-
dell Deutschland‘ macht mo-
bil“, Karl Held/Theo Ebel,
München 1984
177. Hamburger Hochschulzeitung
Nr. 105 vom 7. 5. 1984
178. MAZ-Extra vom 23. 5. 1984
179. Selbstdarstellung der FöGA in
„Kriegsgefahr und Friedensbe-
wegung“, Weber, Zucht u. Co.,
Versandbuchhandlung & Verlag
GmbH/Kassel 1984
180. „graswurzelrevolution“ Nr. 88,
Oktober 1984
181. „graswurzelrevolution“ Nr. 88
und 89, Oktober und November
1984
182. Autonome aus Braunschweig in
„Karlsruher Stadtzeitung“
Nr. 33, September 1984
183. „Krasse Zeiten – Graue Mor-
gen“, Nr. 7, Mai/Juni 1984
184. Regenbogen – Neue Folge, Nr. 2
185. Regenbogen – Neue Folge,
Nr. 2, März 1984
186. Bekennerbrief „Revolutionärer
Autonomer“ zum Brandan-
schlag auf das Auslieferungslag-
er der Firma Siemens in Ham-
burg, Oktober 1984
187. Bekennerbrief „Autonomer
Startbahngegner“ zu einem
Brandanschlag auf Geräte einer
Baufirma, November 1984
188. „Arbeiterkampf“ vom 7. 5. 1984

189. Stellungnahme der Basisgruppen zur 9. Mitgliederversammlung der VDS im März 1984
190. UZ vom 14. 7. 1984
191. UZ vom 28. 7. 1984
192. „Die Wahrheit“ vom 23. 1. 1984
193. Erklärung zum versuchten Sprengstoffanschlag zum Nachteil der Fa. AEG in Mühlheim/Ruhr am 23. 12. 1984
194. Erklärung der RAF zum versuchten Sprengstoffanschlag auf die NATO-Schule in Oberammergau am 18. 12. 1984
195. Bekenner schreiben der C. C. C. zum Sprengstoffanschlag zum Nachteil der Fa. Honywell in Evere/Belgien am 8. 10. 1984

Rechtsextremistische Bestrebungen 1984

I. Allgemeine Erfahrungen

Rechtsextremisten lehnen parlamentarische Demokratie ab.

Rechtsextremistische Bestrebungen sind dadurch gekennzeichnet, daß sie – offen oder verdeckt – die Grundlagen der parlamentarischen repräsentativen Demokratie ablehnen und eine totalitäre Regierungsform fordern. Dabei ist ein den Gedanken der Völkerverständigung mißachtender Nationalismus Ausgangspunkt unsachlicher Beschimpfungen sowie der Herabsetzung ausländischer Staaten und deren Staatsangehöriger und damit auch einer Mißachtung ihrer Menschenrechte. Die unverhohlene oder verdeckte Wiederbelebung des Antisemitismus ist mit der Würde der Menschen und anderen wesentlichen Menschenrechten nicht vereinbar; gleiches gilt für andere rassistische Thesen. Die von Rechtsextremisten geforderte pauschale Überbewertung der Interessen der „Volksgemeinschaft“ und des „Volksganzen“ auf Kosten der Interessen des einzelnen führt zu einer Aushöhlung der Grundrechte, die in erster Linie Individualfreiheitsrechte garantieren. Darüber hinaus diffamieren und bekämpfen Rechtsextremisten planmäßig die bestehende Staatsform. Ein besonderes Kennzeichen rechtsextremistischer Bestrebungen liegt ferner in der Rechtfertigung des NS-Regimes, wobei unter Herausstellung angeblich positiver Merkmale des „Dritten Reiches“ die Verbrechen des NS-Regimes verharmlost oder sogar jegliches nationalsozialistisches Unrecht gegulnet werden.

Neonazis wollen „Drittes Reich“ wieder aufleben lassen

Unter den Rechtsextremisten erklären die Neonationalsozialisten (Neonazis) am deutlichsten, daß sie die „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ (NSDAP) und das „Dritte Reich“ wieder aufleben lassen wollen. Die „Nationaldemokraten“ und die „National-Freiheitlichen“ dagegen bekunden in der Öffentlichkeit ständig ihre Grundgesetztreue, lassen aber z. B. durch die Überbewertung der „Volksgemeinschaft“ und des „Volksganzen“ auf Kosten der individuellen Freiheitsrechte, durch Verharmlosung der NS-Zeit und Diffamierungskampagnen gegen Repräsentanten und Institutionen der Demokratie deutlich erkennen, daß sie in Wahrheit einen anderen Staat wollen. Ihre Treuebekundungen zur Demokratie sind daher nur Lippenbekenntnisse. Seit einigen Jahren ist Adolf Hitler nicht mehr die unbestrittene Leitfigur für alle Neonationalsozialisten. Vielmehr gewinnt ein Sozialismus im Sinne der nationalrevolutionären Frühphase des Nationalsozialismus mehr und mehr Attraktivität. Von den Brüdern Otto und Gregor Strasser sowie anderen Frühnationalsozialisten leiten eine Reihe von neonazistischen Ideologen die Idee eines „deutschen Sozialismus“ ab, der 1984 wiederum mit „antiimperialistischen“ Kampagnen verbunden wurde.

Nationalistisch-neutralistische Tendenzen mit dem Ziel eines atomwaffenfreien, von den beiden Weltmächten unabhängigen, aber von einem wiedervereinigten Deutschland dominierten Europa greifen in rechtsextremistischen Kreisen weiter um sich. Außer den „National-Freiheitlichen“ gibt es keine erwähnenswerten rechtsextremistischen Kräfte mehr, die sich uneingeschränkt zum westlichen Verteidigungsbündnis bekennen. Ein aggressiver, z. T. militanter Antiamerikanismus kennzeichnet weite Teile des Rechtsextremismus.

Rechtsextremisten verübten 1984 74 Gewalttaten, davon 11 Terrorakte. Etwas über 100 militante Rechtsextremisten – fast ausschließlich Neonazis – fielen seit 1977 – dem Beginn des rechtsextremistischen Terrorismus – durch Terrorakte, Beteiligung an Terrorakten oder Mitwirkung bei terroristischen Planungen auf.

Auch die zahlreichen Funde von Waffen, Munition und Sprengstoff weisen auf die anhaltende Militanz von Teilen des deutschen Rechtsextremismus hin. 1984 wurden u. a. sichergestellt: 111 (1983: 142) z. T. vollautomatische Schußwaffen, etwa 10590 (1983: 3000) Schußmunition, 49 (1983: 17) Granaten und sonstige Sprengkörper sowie gefährliche Materialien zur Sprengstoffherstellung.

Die Verbindungen zu militanten Gesinnungsgenossen im Ausland spielen bei Planungsabsprachen und Waffenbeschaffungen eine wichtige Rolle.

Den Verfassungsschutzbehörden sind derzeit 1350 (1983: 1400) Neonazis bekannt, von denen 231 als militant zu bezeichnen sind. Die sog. „Nationalrevolutionären“ unter ihnen erklären, auch den „antiimperialistischen Befreiungskampf“ unterstützen zu wollen. Ihnen ist es wiederholt gelungen, Kontakte zu eher links einzuordnenden ausländischen „Befreiungsbewegungen“ aufzunehmen wie der IRA oder der PLO.

1984 nahmen gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Rechtsextremisten und politischen Gegnern zu, wobei die Angriffe häufig von Linksextremisten ausgingen.

Vor diesem Hintergrund sind auch die Verbindungen zwischen Rechtsextremisten und Skinheads bzw. militanten Fußballfans zu sehen, die meist nur „Randale“ suchen. Die Rechtsextremisten nutzen dies und spannen sie u. a. auch als „Schutztruppe“ ein. Auch die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) hat 1984 davon Gebrauch gemacht. Skinheads und Fußballfans ideologisch zu indoktrinieren, gelingt jedoch in aller Regel nicht.

Das im Dezember 1983 durch den Bundesminister des Innern ausgesprochene Verbot der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten / Nationale Aktivisten“ (ANS / NA) hat fast überall zu einem Rückgang der Aktivitäten ihrer Anhänger geführt. Einige örtliche und regionale Untergliederungen sind gänzlich inaktiv geworden. Eine Reihe von Aktivisten und Anhängern hat sich aus der rechtsextremistischen Szene zurückgezogen.

Die NPD konnte bei der Europawahl nach einem Wahlkampf, den sie auf Agitation gegen die Europäische Gemeinschaft aufgebaut hatte,

Nationalistisch-neutralistische Tendenzen und aggressiver Antiamerikanismus

Gewaltbereitschaft hält an

Zahlreiche Funde von Waffen, Munition und Sprengstoff

Gewaltsame Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern

Ideologische Indoktrination von Skinheads und militanten Fußballfans nicht gelungen

am 17. Juni einen Achtungserfolg mit 0,8% der Stimmen verbuchen, was für sie einen beachtlichen psychologischen Auftrieb bedeutete, da sie bei der Bundestagswahl 1983 nur die Hälfte der Stimmen erringen konnte. Aufgrund der ihr zufließenden Wahlkampfkostenerstattung brachte die Wahl für sie eine finanzielle Stabilisierung.

Der Münchener Zeitungsverleger Dr. Gerhard Frey, der im November den „Schutzbund für Leben und Umwelt“ als neue Aktionsgemeinschaft gründete, konnte 1984 wiederum Mitglieder für die von ihm geführte „Deutsche Volkunion“ (DVU) hinzugewinnen.

II. Übersicht in Zahlen

1. Organisationen und Mitgliederstand

Anstieg der Zahl organisierter Rechtsextremisten

Ende 1984 waren 89 (1983: 68) rechtsextremistische Organisationen mit rund 22100 Mitgliedern (1983: 20300) bekannt.

Die Zahl der neonazistischen Organisationen erhöhte sich von 16 auf 34. Hiervon treten 12 frühere Aktivistenkreise der 1983 verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten / Nationale Aktivisten“ (ANS / NA) jetzt unter anderen Namen auf. Die Zahl der organisierten Neonazis blieb mit 1150 (1983: 1130) annähernd konstant. Hinzuzurechnen sind 200 „Alleingänger“ zum Teil aus verbotenen oder selbst aufgelösten Gruppen, die keiner der bestehenden neonazistischen Gruppen angehören. Dem Neonazibereich sind Ende 1984 insgesamt also rund 1350 Personen zuzuordnen (1983: 1400).

Mitgliederzuwachs bei NPD und DVU

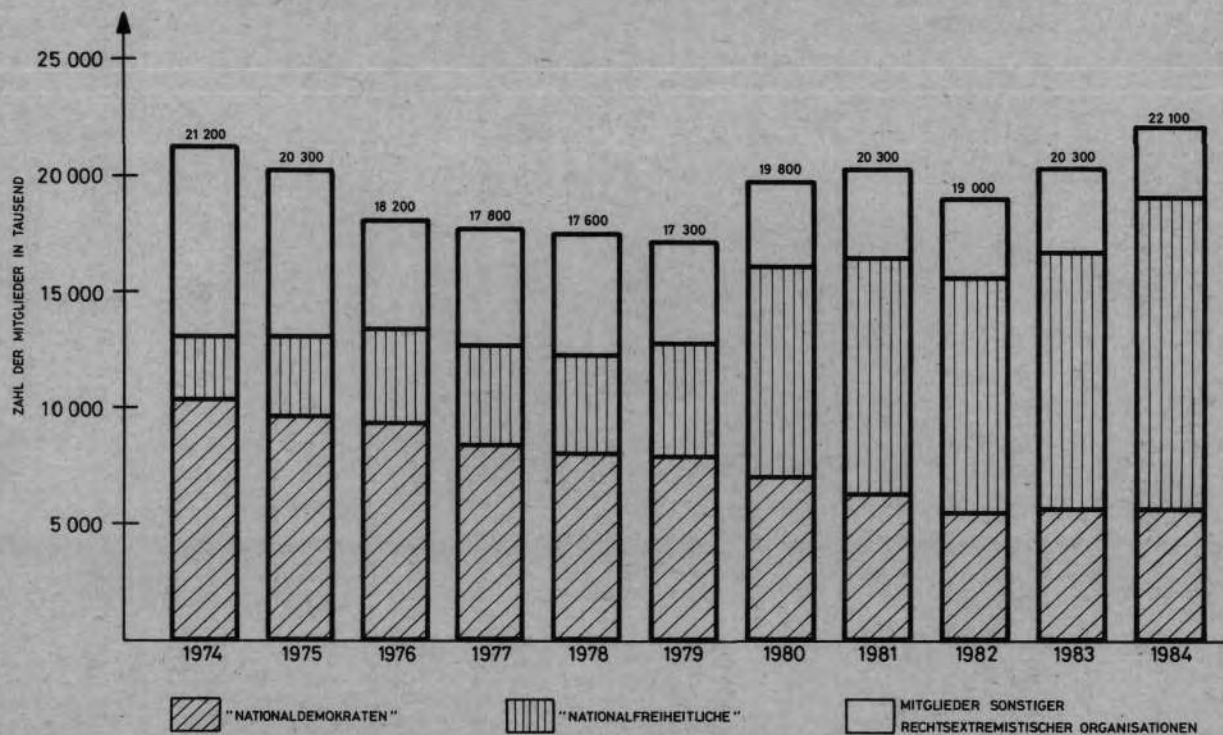
Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) verzeichnete auch 1984 einen geringen Mitgliederzuwachs. Sie hatte Ende 1984 6100 (1983: 6000, 1982: 5900) Mitglieder.

Der Herausgeber der „Deutschen National-Zeitung“ (DNZ) und Vorsitzende der „Deutschen Volkunion“ (DVU), Dr. Frey (51), konnte die Mitgliederzahl der DVU mit ihren Aktionsgemeinschaften auf über 12000 (gegenüber 11000 im Vorjahr) steigern.

Einzelheiten der Entwicklung der letzten 3 Jahre zeigt die nachstehende Tabelle:

Arten der Organisationen	Ende 1982		Ende 1983		Ende 1984	
	Org.	Mitglieder/ Mitgliedschaften	Org.	Mitglieder/ Mitgliedschaften	Org.	Mitglieder/ Mitgliedschaften
Neonazistische Gruppen	21	1050	16	1130	34	1150
„Nationaldemokratische“ Organisationen	7	6500	8	6700	7	6700

Entwicklung der Mitgliederzahlen rechtsextremistischer Organisationen von 1974 - 1984 *



* Ohne Verlage und Vertriebsdienste

Arten der Organisationen	Ende 1982		Ende 1983		Ende 1984	
	Anzahl der Org.	Mitglieder/Mitgliedschaften	Anzahl der Org.	Mitglieder/Mitgliedschaften	Anzahl der Org.	Mitglieder/Mitgliedschaften
„National-freiheitliche“ Organisationen	3	10400	3	11400	3	12400
Sonstige Vereinigungen	43	2800	41	2600	45	3200
Summe	74	20750	68	21830	89	23450

Zahl der Mitglieder nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften

19000 20300 22100

2. Organisationsunabhängige Verlage und Vertriebsdienste

Die Zahl der rechtsextremistischen Verlage und Vertriebsdienste stieg auf 47 (1983: 45) leicht an.

Vertriebsdienste/Verlage	1982	1983	1984
Buchverlage	14	11	10
Zeitungs- und Schriftenverlage	19	17	20
Vertriebsdienste	17	17	17
Zusammen	50	45	47

3. Periodische Publikationen

Rechtsextremistische Publikationen nehmen zu

Die Gesamtzahl der rechtsextremistischen Periodika erhöhte sich von 82 auf 87. Ihre tatsächliche Gesamtauflage betrug 1984 8457000 Stück (1983: 8028000). Einzelheiten der Entwicklung zeigt die Übersicht auf der folgenden Seite, die nur relativ bedeutende Schriften erfaßt, die zugleich mindestens viermal im Jahr erschienen sind.

4. Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst

Weniger Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst

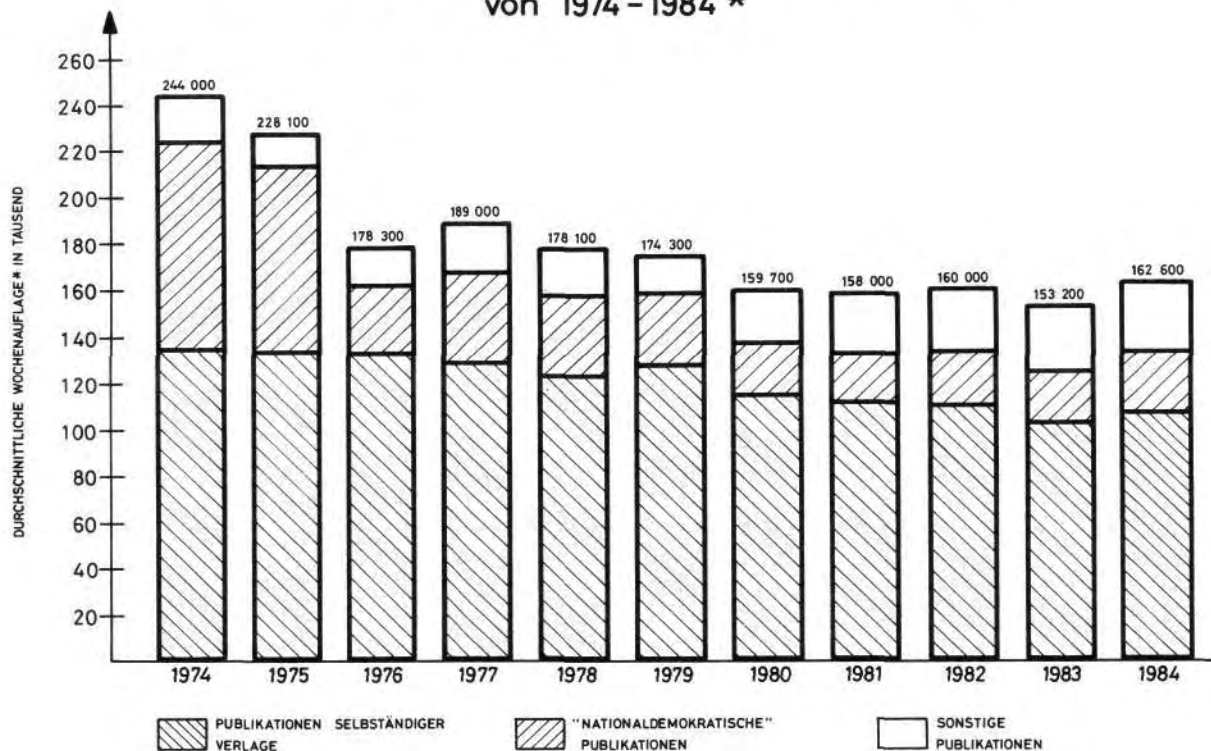
4.1 Ende 1984 waren den Verfassungsschutzbehörden 256 Rechtsextremisten (1983: 280) im öffentlichen Dienst bekannt.

Einzelheiten ergeben sich aus der folgenden Darstellung (Vergleichszahlen für 1983 in Klammern):

	Personen insgesamt		NPD		Sonstige Rechtsextremisten	
Bundesebene	111*	(113)*	65	(75)	46	(38)
Landesebene	91	(110)	44	(54)	47	(56)
Kommunalebene	54	(57)	36	(44)	18	(13)
	256	(280)	145	(173)	111	(107)

* Ohne Wehrpflichtige

Entwicklung der rechtsextremistischen Publizistik von 1974 - 1984 *



* Um vergleichbare Zahlen zu erhalten, sind die Auflagen der nicht wöchentlich erscheinenden Schriften auf eine durchschnittliche Wochenauflage umgerechnet worden.

Periodische rechtsextremistische Publikationen im Vergleich 1983–1984

Periodische Publikationen	Erscheinungsweise	1983			1984		
		Zahl	Einzelauflage	Jahresauflage	Zahl	Einzelauflage	Jahresauflage
Neonazistische Schriften	monatlich	3	4 800	56 000	4	2 850	34 200
	zweimonatlich	3	200	12 800	1	2 000	12 000
	vierteljährlich*	6	7 400	29 900	9	19 850	79 400
		12	14 200	98 700	14	24 700	125 600
„Nationaldemokratische“ Schriften	monatlich	4	79 500	954 000	3	103 500	1 242 000
	zweimonatlich	9	9 450	56 700	9	9 700	58 200
	vierteljährlich*	10	12 650	50 600	4	3 250	17 000
		23	101 600	1 061 300	16	116 450	1 317 200
„National-freiheitliche“ Schriften	wöchentlich	1	25 000	1 300 000	1	25 000	1 300 000
	zweimonatlich	–	–	–	2	150	900
		1	25 000	1 300 000	3	25 150	1 300 900
Schriften sonstiger Vereinigungen	zweimonatlich	2	10 000	55 000	2	7 000	42 000
	vierteljährlich*	3	8 500	34 000	10	14 850	59 400
		5	18 500	89 000	12	21 850	101 400
Schriften organisations- unabhängiger Verlage	wöchentlich	2	96 000	4 992 000	2	100 000	5 200 000
	2 × im Monat	1	1 500	36 000	1	1 500	36 000
	monatlich	5	28 300	339 600	5	25 000	300 000
	zweimonatlich	–	–	–	1	300	1 800
	vierteljährlich*	3	3 350	13 400	4	8 900	36 900
		11	129 150	5 381 000	13	135 700	5 574 700
	Summe:	52	288 450	7 930 000	58	323 850	8 419 800

* Hier sind auch unregelmäßig herausgegebene Publikationen erfaßt, sofern sie mindestens viermal im Jahr erschienen sind.

4.2 Die auf Bundesebene beschäftigten 111 Rechtsextremisten sind bei nachgeordneten Behörden tätig. 37 von ihnen sind bei der Deutschen Bundespost und 21 bei der Deutschen Bundesbahn – überwiegend in mittleren Positionen – beschäftigt. Der Bundeswehr gehören 41 an: 20 als Zeit- oder Berufssoldaten, 21 als Zivilbedienstete. Wehrpflichtige sind in diesen Angaben nicht berücksichtigt.

4.3 Von den 91 auf Landesebene Beschäftigten sind tätig:

an Schulen und Hochschulen	34 (39)
in der Justiz	9 (11)
in der Finanzverwaltung	8 (11)
bei der Polizei	8 (10)
in anderen Verwaltungsbereichen	32 (39)
	<hr/>
	91 (110)

4.4 Von den 256 Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst sind 135 Beamte, 20 Soldaten, 66 Angestellte und 35 Arbeiter. Die 155 Beamten und Soldaten gehören folgenden Laufbahngruppen oder vergleichbaren Dienstgraden an:

höherer Dienst	23 (32)
gehobener Dienst	38 (48)
mittlerer Dienst	60 (66)
einfacher Dienst	34 (28)

5. Soziologische Daten

5.1 Analyse verurteilter Personen

Analyse der soziologischen Gruppenkriterien der seit 1977* wegen der Begehung von Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund rechtskräftig verurteilten 1611 Personen.

Altersstruktur bei Tatbegehung:

Jugendliche und Heranwachsende	14–20 Jahre	39%
Personen der Altersgruppe	21–30 Jahre	32%
Personen der Altersgruppe	31–40 Jahre	12%
Personen der Altersgruppe	41–50 Jahre	9%
Personen der Altersgruppe	über 50 Jahre	8%

Berufsgliederung:

ungelernte Arbeiter	19%
Facharbeiter / Handwerker	20%
Angestellte	13%
Schüler / Studenten	12%
Auszubildende	20%

* Dieser Personenkreis wurde erstmalig 1977 analysiert.

Die übrigen 16 % verteilen sich auf sonstige Berufsgruppen. Dem öffentlichen Dienst gehören 4,5 % an, 1,9 % sind Akademiker. Der Anteil der Frauen an dieser Gruppe beträgt 4,5 %.

8,3 % der rechtskräftig Verurteilten waren arbeitslos.

5.2 Analyse der militanten Rechtsextremisten

Derzeit sind den Verfassungsschutzbehörden 284 rechtsextremistische Aktivisten bekannt, die sich bereits an Gewaltakten beteiligt, Gewalt angedroht oder geplant haben bzw. im Besitz von Waffen, Munition und Sprengstoff angetroffen wurden. Ihre Altersstruktur stellte sich am 31. 12. 1984 wie folgt dar:

Jugendliche und Heranwachsende	14–20 Jahre	12 %
Personen der Altersgruppe	21–30 Jahre	55 %
Personen der Altersgruppe	31–40 Jahre	15 %
Personen der Altersgruppe	41–50 Jahre	12 %
Personen der Altersgruppe	über 50 Jahre	6 %

Berufsgliederung:

ungelernte Arbeiter	12 %
Facharbeiter / Handwerker	37 %
Angestellte	12 %
Schüler / Studenten	9 %
Auszubildende	8 %

Die übrigen 22 % verteilen sich auf sonstige Berufsgruppen. Dem öffentlichen Dienst gehören 1 % an; 0,7 % sind Akademiker. Der Anteil der Frauen beträgt 2,5 %.

68 der militanten Rechtsextremisten (knapp 25 %) waren arbeitslos.

III. Schwerpunkte der Agitation 1984

Rechtsextremisten zielen aus nationalistischer und rassistischer Motivation darauf ab, die freiheitliche demokratische Grundordnung durch einen NS-Staat (so die Neonazis) oder eine andere Staatsform mit totalitären Zügen zu ersetzen. Dies äußert sich nicht nur in den für sie typischen Diffamierungskampagnen und den permanenten Versuchen, die Loyalität der Bürger zur Verfassungsordnung zu untergraben, sondern auch in ihren Agitationsschwerpunkten:

1. Verfassungspolitik

Die „Nationaldemokraten“ sehen – in betontem Gegensatz zu der in der Bundesrepublik Deutschland verwirklichten Staats- und Gesellschaftsordnung – die Volksgemeinschaft als Zweck und Grundlage des von ihnen erstrebten Staates an. Wie diese Volksgemeinschaft be-

schaffen sein soll, wird nicht deutlich gesagt, doch orientiert sich die Vorstellung der NPD eindeutig an der im Nationalsozialismus „schon einmal verwirklichten Idee“, schließt also den Nichtdeutschen ebenso aus wie den politisch Andersdenkenden. Hinzu kommt die unverhohlene Ablehnung des Gleichheitsprinzips, dem das auf dem „allein richtigen Menschenbild“ beruhende Prinzip der Ungleichheit aller Menschen gegenübergestellt wird.

Im Gegensatz zu „Nationaldemokraten“ und „Nationalfreiheitlichen“ lehnen die Neonationalsozialisten Lippenbekenntnisse zum Grundgesetz ab. Der ehemalige Führer der 1983 verbotenen ANS / NA, Michael Kühnen (29), erklärte in einem Zeitungsinterview: „Die Demokratie ist dem deutschen Volk zweimal von den Siegermächten als Staatsform aufgezwungen worden; wer sich dazu bekennt, macht sich zum Erfüllungsgehilfen der Sieger, ist also antinational.“¹

2. Außen- und Verteidigungspolitik

Das Hauptziel der „Nationaldemokraten“ ist – wie es der Vorsitzende der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), Hermann Lehmann (34), formulierte – ein „Staat der reicht: Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt!“², „Unsere oberste Aufgabe ist zweifellos die Wiederherstellung des einheitlichen und souveränen deutschen Nationalstaates, frei von fremder Bevormundung!“³ Das wiedervereinigte Deutschland müsse neutral sein: „Eine gesicherte Friedensordnung und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in Europa kann dauerhaft nur durch die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, dessen Ausscheiden aus den beiden Machtblöcken und den stufenweisen Abzug aller fremden Truppen aus Deutschland, verbunden mit der Errichtung von atomwaffenfreien Zonen, erreicht werden.“⁴ Ein nationalistisch-neutralistisches, wiedervereinigtes Deutschland wird auch von den meisten anderen rechtsextremistischen Gruppen – oft verbunden mit starken antiamerikanischen Zügen und zunehmend sowjetfreundlichen Tendenzen – angestrebt.

Besonders aggressive Ressentiments gegen die NATO und gegen die Vereinigten Staaten von Amerika lassen die Neonazis erkennen: „Begrüßen Sie endlich, daß das deutsche Volk keine NATO-Fremdenlegion braucht.“⁵ „Wir haben es satt, von Amerika verheizt zu werden. Wir wollen nicht in der Bundeswehr die Askaris der Amis sein ... Völkermörder! Frauenschänder! Yankees raus aus allen Ländern!“⁶ Allein die „National-Freiheitlichen“ um den Münchener Verleger Dr. Gerhard Frey halten die NATO für unverzichtbar.

3. Europapolitik

Das Jahr 1984 mit der Wahl zum Europäischen Parlament am 17. Juni gab deutschen Rechtsextremisten Anlaß, ausgiebig gegen die Euro-

**Nationalistischer
Neutralismus und Anti-
amerikanismus grei-
fen um sich**

Polemik gegen die EG

päische Gemeinschaft zu polemisieren: „Die Europäische Gemeinschaft war von Anfang an ein mit deutschen Interessen unvereinbares politisches Monstrum ... Die Europäische Gemeinschaft ist heute keine Wirtschaftsgemeinschaft mehr, sondern eine parasitäre Umverteilungsgemeinschaft auf Kosten des deutschen Steuerzahlers.“⁷ Diese vorwiegend wirtschaftliche Agitation mischt sich bei der DNZ mit der Trauer über den verlorenen Krieg: „Was haben wir von einem Europa zu erwarten, das die totale Zerschmetterung Deutschlands in der Mitte der vierziger Jahre als Triumph empfindet.“⁸ Für die Anhänger der verbotenen ANS / NA ist „das Geschwafel vom Vereinigten Europa“⁹ nur Mittel zum Zweck, die „völkische Einheit, die über Jahrhunderte gewachsen ist, aufzuweichen und an die Stelle natürlicher Rassen jene künstlichen asiatisch-negroiden Zukunftsmenschen zu setzen.“⁹

4. Innen- und Rechtspolitik

Polemik gegen Strafverfolgung

Die innenpolitische Agitation der Rechtsextremisten, insbesondere der Neonationalsozialisten, bestand wie in den Vorjahren im wesentlichen in der Polemik gegen die Strafverfolgung ihrer Gesinnungsgenossen: „In der BRD gibt es massive politische Verfolgung. Diese wird hauptsächlich von jenen weisungsgebundenen Beamten betrieben – und bestritten – die ihre Weisungen seitens der unser armes Volk seit fast 40 Jahren beherrschenden Kartellparteien erhalten!“¹⁰ „Die Aburteilung von Greisen, deren Taten ohne den Zwang der NS-Diktatur nicht geschehen wären (sofern sie überhaupt geschehen sind), geht munter weiter, während man heutige Straftäter mit Verzicht auf Strafverfolgung beglückt.“¹¹

Daneben agitieren Neonazis vornehmlich für die „Beseitigung des NS-Verbotes“: „Warum immer noch NS-Verbot? Weil das Bonner Verratsregime nicht ein souveräner, deutscher Staat ist, sondern ein Besatzungsregime im Dienst der alliierten Siegermächte!“¹²

5. Ausländerpolitik

Ausländerfeindlichkeit nach wie vor stark ausgeprägt

Anknüpfungspunkt für rechtsextremistische Agitation gegen Ausländer ist in zunehmendem Maße die angespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt. „Nationaldemokraten“ und „National-Freiheitliche“ versuchen, in der Bevölkerung Ausländerfurcht zu erregen, um neue Anhänger zu gewinnen: „Es ist absoluter Unsinn, in einer Zeit der technischen Arbeitsplatzvernichtung Tausende von Ausländern im Land zu halten ... Klipp und klar: deutsche Arbeitsplätze sind vorrangig für deutsche Arbeitnehmer da!“¹³ „Wir Nationaldemokraten beabsichtigen den Stopp der Ausländerüberflutung und schrittweise Rückführung.“¹⁴

Neonazis, vor allem die Anhänger der verbotenen ANS / NA, schüren

unverhohlenen rassistischen Ausländerhaß. Ihre Agitation richtet sich vor allem gegen die „andersrassigen“ Ausländer, in erster Linie die Türken: „Jeder Nationalsozialist weiß, daß in Deutschland kein Platz für Millionen von Ausländern fremder Rassen ist. Es darf nicht sein, daß Deutsche erwerbslos sind, während Türken, Neger, Vietnamesen usw. hier arbeiten und ein schönes Leben führen . . . Wir Nationalsozialisten sind dazu berufen, zu verhindern, daß in Deutschland eine Eurasisch-Negroide Zukunftsrasse entsteht. Wir wollen nicht wie primitivgesichtige Kanaken aussehen, noch wollen wir, daß in unserem Land milchkaffeebraune Gestalten umherlaufen und unsere Großstädte durch Rassenkrawalle erschüttert werden!“¹⁵

6. Umweltschutzpolitik

Die NPD behauptet von sich, sie sei „seit ihrer Gründung vor 20 Jahren die eigentliche Umwelt- und Lebensschutzpartei“.¹⁶ Tatsächlich befassen sich „Nationaldemokraten“ und andere Rechtsextremisten jedoch nur gelegentlich mit ökologischen Fragen. Der Umweltschutz ist für sie mit dem Ausschluß der Angehörigen fremder Völker und Rassen eng verquickt, wie folgendes Zitat zeigt: „Erst wenn Umweltschutz und Rassenhygiene gleichermaßen beherzigt werden, können wir unser Ziel erreichen: Ein freies, einiges, stolzes und gesundes Volk in einer sauberen und gesunden Umwelt.“¹⁷ Die „Deutsche Wochenzeitung“ (DWZ) meint gar, die Diskussion um den Umweltschutz lenke nur von den wahren Problemen ab: „Wenn man die Schwätzer in unseren Fernsehnachrichten beobachtet, die Tag um Tag solche Schreckensmeldungen verbreiten, dann sieht man schon ihren nahezu schmerzverzerrten Mienen an, wie sehr sie um unseres Volkes Wohl und Gesundheit besorgt sind. Um Einheit, Freiheit und Sicherheit des deutschen Volkes haben sie sich noch nie gekümmert – im Gegenteil!“¹⁸

**Umweltschutz mit
Rassenhygiene**

7. Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die meisten Rechtsextremisten fordern auch auf ökonomischem Gebiet einen „Dritten Weg“ neben unserer Wirtschaftsordnung und dem Kommunismus: „Weil wir wissen, daß der liberalistische Kapitalismus die Gerechtigkeit totdrückt und der kommunistische Staatskapitalismus die Freiheit des einzelnen ausschaltet, können die Probleme der Zukunft nur mit einer Gemeinschaftsidee bewältigt werden.“¹⁹ Während die Neonazis diese Gemeinschaftsidee bei Adolf Hitler bzw. bei Gregor Strasser suchen, propagiert die NPD eine „neue Ordnung“, in der „alle arbeitenden Menschen . . . gleichberechtigte Teilhaber unserer Wirtschaft werden.“¹⁹ Das soll durch „Mitbestimmung, Mitbesitz und Mitverantwortung“ an „der gesamten nationalen Wirtschaft und deren Erträgen“²⁰ geschehen.

**Rechtsextremisten
fordern sozialen
„Dritten Weg“**

IV. Neuer Nationalsozialismus / Neonazismus

1. Zielsetzung

„Nationalrevolutionäre“ fordern „Abkehr vom Hitlerismus“ und unterstützen als „Antimperialisten“ ausländische „Befreiungsbewegungen“

Für die Neonazis unter den Rechtsextremisten ist kennzeichnend, daß sie in ihren politischen Vorstellungen an Weltanschauung, Programm und Machtanspruch des Nationalsozialismus anknüpfen. Das gilt auch für die „nationalrevolutionären“ Splittergruppen unter ihnen, die seit 1982 eine „Abkehr vom Hitlerismus“ fordern. Sie beschuldigen *Hitler*, die „reine Lehre“ des „historischen sozialrevolutionären Nationalsozialismus“ verraten zu haben, der insbesondere mit der Person Gregor *Strassers* (hoher nationalsozialistischer Funktionär der 20er Jahre, der später mit *Hitler* brach) verbunden wird. Diese sich auch als „Antimperialisten“ verstehenden Aktivisten sympathisieren mit ausländischen „Befreiungsbewegungen“ wie z. B. der IRA und der PLO. Sie erklärten wiederholt, deren „Befreiungskampf“ unterstützen zu wollen.

Gemeinsames Ziel aller Neonazis ist die Wiederherstellung eines totalitären deutschen Nationalstaates auf rassischer Grundlage, der nach dem „Führerprinzip“ regiert werden soll.

2. Zahl

Leichter Rückgang der Neonazis unter den Rechtsextremisten

Den Sicherheitsbehörden waren Ende 1984 etwa 1350 aktive Neonazis bekannt, also rund 50 weniger als im Vorjahr. Ungefähr 1150 von ihnen sind in 34 erkannten neonazistischen Gruppen organisiert. Die übrigen 200 (1983: 270) sind ohne Gruppenzugehörigkeit.

3. Militante Neonazis

Gewaltbereitschaft, insbesondere bei Neonazis, hält an

Von den 1350 bekannten Neonazis sind insgesamt 231 (1983: 227) als militant zu bezeichnen. Es handelt sich dabei um Aktivisten, die in den letzten Jahren an Gewalttaten beteiligt waren, Gewalt angedroht oder geplant hatten oder im illegalen Besitz von Waffen, Munition und Sprengstoff waren.*

* Darüber hinaus sind den Sicherheitsbehörden noch 53 militante Rechtsextremisten bekannt, die nicht den Neonazis, sondern anderen rechtsextremistischen Gruppen, wie z. B. „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) und der „Wiking-Jugend“ (WJ), zuzurechnen sind.

4. Neonazistische Gruppen

Die Zahl der erkannten neonazistischen Gruppen ist gegenüber 1983 von 16 auf 34 gestiegen. Die Zersplitterung des deutschen Neonazismus hat sich durch das Verbot der ANS / NA verstärkt. Zwölf der 34 Gruppierungen bestehen aus ehemaligen Mitgliedern der ANS / NA und unterliegen dem Einfluß des ehemaligen ANS / NA-Organisationsleiters Kühnen. Die Hälfte davon umfaßt nicht mehr als 5 bis 10, der Rest zumeist nicht mehr als 15 bis 25 Mitglieder. Der durch die ANS / NA angestrebte Konzentrationsprozeß innerhalb des neonazistischen Lagers wurde durch das Verbot abgebrochen.

Von den erkannten neonazistischen Gruppen sind die folgenden besonders erwähnenswert:

4.1 „Aktionsfront Nationaler Sozialisten / Nationale Aktivisten“ (ANS / NA)

4.1.1 Die Situation nach dem Verbot

Der am 7. Dezember 1983 durch den Bundesminister des Innern wegen Verfassungswidrigkeit samt allen Teilorganisationen und Untergliederungen verbotenen und aufgelösten ANS / NA gehörten etwa 270 Mitglieder in mehr als 30 örtlichen „Kameradschaften“ an.

Die ANS / NA hat gegen das Verbot Anfechtungsklage beim Bundesverwaltungsgericht erhoben, über die noch nicht entschieden ist. Ein Eilantrag der als Teilorganisation mitverbotenen „Aktion Ausländerrückführung, Volksbewegung gegen Überfremdung und Umweltzerstörung“ (AAR) auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage wurde abgelehnt.

In dem Bemühen, sich neue „legale“ politische Arbeitsplattformen zu schaffen, riefen der ehemalige ANS / NA Organisationsleiter Michael Kühnen (29) und andere führende ANS / NA-Aktivisten bereits kurz nach dem Verbot „alle Freunde und Kameraden“ zur Fortsetzung ihrer Tätigkeit in neu zu bildenden „Leserkreisen“ der von Kühnen herausgegebenen „Rundbriefe“ auf; diese „Leserkreise“ traten unter Bezeichnungen wie „Frankfurter Freundeskreis Germania“, „Freizeitverein Hansa“ in Hamburg, „Nationale Basisgruppen“ in München, „Karlsruher Front“ oder „Nationale Sozialistische Widerstandsbewegung Kiel“ auf. Anstelle des mit der ANS / NA verbotenen „Mädelbundes“ formierte sich besonders im Rhein-Main-Gebiet die „Deutsche Frauenfront“ (DFF), die seit Mitte 1984 jedoch nur noch in Hamburg über einige Anhängerinnen verfügt. Der nach dem Verbot von ehemaligen ANS / NA-Aktivisten in Würzburg gegründete „Unabhängige Wählerkreis Würzburg – Arbeitskreis für Wiedervereinigung und Volksgesundheit“ (UWK) wurde am 27. Februar durch den Bayerischen Staatsminister des Innern als Ersatzorganisation der AAR verboten. Gegen Gründungsveranstaltungen anderer Neugruppierungen schritt wiederholt die Polizei ein und nahm die Teilnehmer fest, gegen die Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts

Starke Zersplitterung nach ANS / NA-Verbot

Verbot bewirkte Dämpfung der Aktivitäten

Fortsetzung der Tätigkeit in „Leserkreisen“

Ersatzorganisation verboten

der Aufrechterhaltung des organisatorischen Zusammenhangs eines verbotenen Vereins (§ 20 Vereinsgesetz) eingeleitet wurden. In vielen Fällen kam es auch zu erheblichen Störaktionen politischer Gegner. Die polizeilichen Maßnahmen ließen die Zahl der ANS / NA-Anhänger und ihrer Aktivitäten zurückgehen. Die politischen Aktivitäten der verbliebenen ANS / NA-Anhängerschaft beschränkten sich im wesentlichen auf Hamburg, das Ruhrgebiet und den Frankfurter Raum. Entgegen den Behauptungen ehemaliger ANS / NA-Spitzenfunktionäre gelang es bisher nicht, erkennbar die personelle Basis zu verbreitern. Elf ehemalige Aktivisten der ANS / NA, unter ihnen *Worch*, nahmen Ende Juli / Anfang August an einer Kolonnenfahrt der „Nothilftechnischen Übungs- und Bereitschaftsstaffel e. V.“ (NÜB), mit Sitz in Niedersachsen, die bis an den Bodensee führte, teil. Unbekannte Täter setzten am 11. Dezember das Anwesen in Winsen / Aller in Brand, in welchem der Fahrzeugpark der NÜB untergebracht war. Der Sachschaden betrug rund 200 000 DM.

Die einzigen zentralen Zusammenkünfte, an denen ANS / NA-Anhänger – wie auch andere Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet und Gesinnungsgenossen aus dem Ausland – teilnahmen, waren die „Führergeburtstags-“ und „Sonnenwendfeiern“ auf dem Grundstück des Neonationalsozialisten *Curt Müller* (54) in Mainz-Gonsenheim sowie das Silvester-Treffen mit der „Wiking-Jugend“ in und bei Hilders in der Rhön.

Kühnen nach Flucht vor Gericht

Kühnen hatte sich am 19. März den Strafverfolgungsbehörden durch die Flucht über die Schweiz und Italien zu Gesinnungsgenossen nach Paris entzogen. Zu diesem Zeitpunkt bestand gegen ihn weder ein Haftbefehl noch eine andere rechtliche Handhabe, ihn an der Ausreise zu hindern. Nachdem das französische Innenministerium gegen ihn eine Ausweisungsverfügung erlassen hatte, wurde er am 4. Oktober festgenommen und ins Bundesgebiet abgeschoben. Er befindet sich seitdem aufgrund mehrerer zwischenzeitlich erlassener Haftbefehle in Haft.

Das Landgericht Braunschweig hatte *Kühnen* im November 1983 wegen falscher uneidlicher Aussage in einem Prozeß gegen Rechtsterroristen rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von 8 Monaten verurteilt; die Aussetzung dieser Strafe zur Bewährung wurde nach seiner Ausreise widerrufen. Am 25. Januar 1985 verurteilte ihn das Landgericht Frankfurt / M. u. a. wegen Verbreitens von NS-Propagandamitteln und Verwendens von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen zu einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren und 4 Monaten. Die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden und Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen, wurde ihm für die Dauer von fünf Jahren aberkannt.

Gleichzeitig wurde der mitangeklagte Gesinnungsgenosse *Arnd-Heinz Marx* zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten verurteilt. Auch ihm wurde die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden und Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen, für die Dauer von drei Jahren aberkannt.

4.1.2 „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP)

Seit dem Verbot der ANS/NA versuchen deren Anhänger, die bis dahin politisch und zahlenmäßig unbedeutende, von dem Bundesvorsitzenden Martin Pape (57) geführte FAP zu unterwandern. So machte Kühnen in einem Interview, das er dem rechtsextremistischen österreichischen „Nachrichten-Austausch-Dienst“ (NAD) im Mai in Paris gab, deutlich, daß die ANS/NA unter dem Deckmantel der FAP ihre eigenen neonazistischen Bestrebungen fortzusetzen gedenkt.

Die FAP war bis dahin auf den Raum Stuttgart beschränkt. Ehemalige ANS/NA-Aktivisten hingegen gründeten im Ruhrgebiet einen Landesverband Nordrhein-Westfalen sowie in Ulm, Dillenburg, Marburg, Frankfurt/M., Rüsselsheim und Hannover Kreisverbände der FAP; ihre Vorstände sind mehrheitlich mit ehemaligen ANS/NA-Aktivisten besetzt. Die Gründung eines Landesverbandes Niedersachsen wurde am 28. Juli in Hannover durch militantes Auftreten politischer Gegner verhindert. Andere Gründungsveranstaltungen konnten aus Furcht vor Übergriffen politischer Gegner nur unter konspirativen Umständen durchgeführt werden.

Die FAP nahm 1984 an den Landtagswahlen in Baden-Württemberg in zwei Landtagswahlkreisen sowie an den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg in drei Städten jeweils ohne nennenswerten Erfolg teil.

Von den meisten neuen FAP-Untergliederungen gingen schon bald nach ihrer Gründung kaum noch Aktivitäten aus. Dies gilt insbesondere auch für die FAP-Gliederungen in Baden-Württemberg. Nur der Landesverband Nordrhein-Westfalen erregte mit mehreren Veranstaltungen Aufsehen. Er wurde von Skinheads und von Anhängern des inzwischen weitgehend inaktiven Fußball-Fanclubs „Borussenfront“ unterstützt, von denen sich einige als „Schutztruppe“ zur Verfügung stellten. Außerdem knüpfte der Landesverband Kontakte zur WJ. Für propagandistische Aktionen benutzte er im Ruhrgebiet auch die Bezeichnung „Bürgerinitiative Deutsche Arbeiterpartei“ (BI-DAP). Unter diesem Namen wurden wiederholt Aufkleber, Plakate und Flugblätter mit ausländerfeindlichen Parolen von erheblicher Aggressivität verbreitet. Ferner hat sich dieser Landesverband des am 26. Mai von Kühnen und dem von ihm als seinem „Stellvertreter“ bezeichneten Thomas Brehl (27) gegründeten „Komitees zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers“ (KAH) im Jahre 1989 angenommen. Anlässlich dieses Tages sollen 4sprachige Plakate (deutsch, englisch, französisch und spanisch) verbreitet werden.

4.2 „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG)

Die HNG ist die mitgliederstärkste neonazistische Organisation. Ihre Bedeutung als Sammelbecken für Neonazis aller Richtungen ist unvermindert groß. Ihren gegenwärtigen Zulauf erhält sie vor allem aus Kreisen der verbotenen ANS/NA, in deren Sog auch die HNG zuneh-

**FAP im Fahrwasser
der ANS/NA**

**Auch HNG im Sog
der ANS/NA**

mend gerät. Nachdem sie ihre Organisation straffte und sie ihren Mitgliederbestand von etwa 400 nominellen Mitgliedern im Jahre 1983 auf knapp die Hälfte radikal bereinigte, konnte sie die ideelle und finanzielle Betreuung inhaftierter Neonazis ausbauen. Sie verfügt derzeit über knapp 250 Mitglieder.

Am 25. Februar wurde der bisherige Vorsitzende der HNG, Henry *Beier* (56), von der ehemaligen ANS/NA-Aktivistin Christa *Goerth* (48) abgelöst. Neuer Schriftleiter der HNG-Monatschrift „Nachrichten der HNG“ (vormals: „Information der HNG“) wurde der ehemalige Spitzenfunktionär der ANS/NA Christian *Worch* (28), der seitdem erheblichen Einfluß auf die Organisation ausübt. Neben *Worch* ist es weiteren ehemaligen ANS/NA-Aktivisten gelungen, Einfluß in der HNG zu gewinnen. Die Staatsanwaltschaft Dortmund hat vor diesem Hintergrund gegen amtierende und ehemalige HNG-Vorstandsmitglieder sowie einen weiteren maßgeblichen Funktionär ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts eingeleitet, die HNG als Nachfolgeorganisation der verbotenen ANS/NA weiterzuführen. Bei Wohnungsdurchsuchungen der Beschuldigten wurde Schriftmaterial, das der Einziehung unterlag, sowie das von *Kühnen* in der Haft verfaßte Manuskript mit dem Titel „Die zweite Revolution“ sichergestellt.

**Soziale Ausrichtung
ist nur Tarnung**

Die soziale Ausrichtung der HNG dient – wie sich aus sichergestellten Unterlagen ergibt – der Tarnung der eigentlich politischen Zielsetzung. Nach *Worch* liegt die Hauptaufgabe der HNG weniger in der materiell-finanziellen Unterstützung der Kameraden als in der weltanschaulichen Indoktrination. Die polemische Verurteilung von Gerichtsentscheidungen gegen Gesinnungsgenossen nahm in den Veröffentlichungen der HNG breiten Raum ein. Großes Engagement zeigte sie für *Kühnen*. Auf Flugblättern forderte sie mit dem Aufruf „Freiheit für alle NS-Kämpfer! Hände weg von Michael *Kühnen*!“ dessen sofortige Freilassung.

Die HNG unterhält Verbindungen zu ihren Schwesterorganisationen „Comité Objectif entraide et solidarité avec les victimes de la Répression Antinationaliste“ (COBRA) in Frankreich, „Committee to Free Patriots and Anti-Communist Political Prisoners“ (COFPAC) in den USA, besonders eng zum „Hulpkomitee voor nationalistische politieke gevangenen“ (HNG) in Belgien.

**NSDAP-AO weiter
aktiv**

4.3 „NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP-AO)

Die NSDAP-AO trat auch 1984 durch zahlreiche Plakat- und Schmieraktionen sowie Flugblattverteilungen hervor. Sie verfügt weiterhin über viele Stützpunkte in der Bundesrepublik Deutschland, die von ihrem „Propagandaleiter“, dem US-Amerikaner Gary Rex *Lauck* (31), mit Agitationsmaterial aus Lincoln/Nebraska versorgt werden. In der Zeitung der NSDAP-AO, „NS-Kampfruf“, wird zur Bildung von kleinen, untereinander in keinem Kontakt stehenden Zellen aufgerufen. Wesentliche Aufgabe dieser konspirativen Zellen sei die Herausgabe des „NS-Kampfrufs“ und die massenweise Versendung von Aufklebern, Plakaten und Flugblättern.

Besondere Aktivitäten entwickelten die 1984 aufgedeckten Stützpunkte „NSDAP-Gau Solingen“ und „NSDAP-AO-Ortsgruppe Reutlingen“. Die mindestens ein Dutzend Personen umfassende Reutlinger Gruppe verbreitete seit Ende April 1982 bis April 1984 in großer Menge NSDAP-AO-Publikationen und Hakenkreuzaufkleber mit Parolen wie „NS-Verbot aufheben“. Einige Mitglieder der Gruppe unterhielten Kontakte zu ehemaligen Angehörigen der verbotenen ANS/NA.

4.4 „Nationalistische Front“ (NF)

Die neonazistische NF versteht sich als bundesweite Partei. Ihr Grundsatzprogramm ist von einem aggressiven Nationalismus geprägt und an völkisch-kollektivistischen Ideen ausgerichtet. Es verstärkt sich der Eindruck, daß sie langfristig die Ziele der 1982 verbotenen neonazistischen „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit“ (VSB/DpA) fortführen will. Die Adresse des „Zentralsekretariats“ ist mit der Anschrift eines Wohnobjektes in Fürstfeldbruck identisch, das vorwiegend von ehemaligen Angehörigen der zusammen mit der VSB/DpA verbotenen „Jungen Front“ (JF) bewohnt wird. Ehemalige JF-Angehörige machten Mitte des Jahres in München durch die Verteilung von Flugblättern auf die NF aufmerksam.

**NF in der Tradition
der verbotenen
VSB/DpA**

4.5 „Bürger- und Bauerninitiative e. V.“ (BBI)

Der Leiter der BBI, Thies *Christophersen* (66), war im August 1983 am Grenzübergang Aachen-Lichtenbusch nach seiner Abschiebung aus Belgien in Untersuchungshaft genommen worden. Seit dem 15. August befindet er sich wieder auf freiem Fuß. Die politische Arbeit der BBI ist inzwischen fast gänzlich zum Erliegen gekommen. 1984 erschienen nur je 3 Ausgaben des BBI-Publikationsorgans „Die Bauernschaft“ und der „Kritik-Schriftenreihe“. Schwerpunkte der Agitation sind die sich wiederholenden „Erlebnisberichte“ aus der Haft, die massive Kritik an der Europapolitik der Bundesregierung und der Versuch der Rechtfertigung des NS-Regimes.

**Kaum noch politische
Aktivitäten**

Das Landgericht Flensburg verurteilte *Christophersen* am 14. August wegen Verunglimpfung des Staates und des Andenkens Verstorbener erneut zu einer Freiheitsstrafe von 8 Monaten; die Strafe wurde auf 4 Jahre zur Bewährung ausgesetzt.

4.6 „Deutsche Bürgerinitiative e. V.“ (DBI)

Gertraud *Roeder* (45), seit Dezember 1983 Vorsitzende der DBI, setzte die Freundestreffen auf dem sogenannten „Reichshof“ bei Schwarzenborn/Knüll fort. Die 1983 noch erkennbaren Auflösungserscheinungen in der DBI konnten offenbar aufgehalten werden. Durch Zusammenarbeit mit der „Wiking-Jugend“ versucht die DBI, ihre Altersstruktur zu verbessern.

**Auflösungserscheinungen
in der DBI
gedämpft**

In der Haft verfaßte der ehemalige Vorsitzende der DBI, Manfred *Roeder* (55), 1982 wegen Rädelsführerschaft in der terroristischen

Neonazistische Schriften

DIE NEUE ZEIT
NORMALS UNSER EUROPA
 Zentralorgan der AKTIONSFRENT NATIONALER
 Sozialisten - A.O. Nummer 2
 Februar 1984



MIT LANG IN DIE
NEUE ZEIT

**AKTIONSFRENT
 NATIONALER SOZIALISTEN**

Herausgeber:
 i.A. der
 AHS-Organisationsleitung
 Michael Köhnen

Kontaktanschrift:
 Britze Europe
 Deutsche Ausgabe

UNSER EUROPA

Nr. 1
 Mai 1984/
 98 JdF

Lährgang
 Sein Kampf
 Unser Erbe



DER KAMPF GEHT WEITER!

**AKTIONSFRENT
 NATIONALER SOZIALISTEN**

Herausgeber:
 i.A. der
 AHS-Organisationsleitung
 Michael Köhnen

Kontaktanschrift:
 Britze Europe
 Deutsche Ausgabe

UNSER EUROPA

SEPTEMBER 1984 / 98 JdF

1. JAHRGANG
 NR. 3



Schritt mit den Besatzungszuständen!
**NS-VERBOT
 AUFHEBEN!**

DER SCHULUNGSBRIEF

REORGANISATION
 DEUTSCHER ANSTÄNDLICHER
 MA-SCHULEN
 Michael Köhnen



1984
 1984 in 11. Jahrgang des Monats

**NACHRICHTEN
 DER
 HNG**



Nr. 54
 Oktober 1984

Die Standarte
 Zeitung der Nationalen Basisgruppen

ausgegeben von: 8/17/84 1. Jahrgang

**SO WIRD GEGEN DEN
 DEUTSCHEN SOLDATEN
 GEHETZT!**

**WIDERSCHAFT
 FÜR
 DEUTSCHLAND!**



**- DIE NATIONALE -
 - FRONT -**

Kampfschrift der: **NAZI-
 Nationale Sozialistische Widerstandsbewegung** Rief
 1932



Widerstand

W

Die Neue Front

Der Fackelträger
 für Freiheit, Recht und Ehre

Nr. 2
 1. Jahrgang
 Mai 1984

Neues um Manfred Roeder

V 21 809 F

Die Bauernschaft
 FÜR RECHT UND GERECHTIGKEIT
 Organ der „Bauern- und Bauernvereine in W.“

Widerstand

W

Unser Lied

Deines Volkes
 Ehre
 ist auch Deine
 Ehre!
 Verteidige sie!

Europäische Freiheitsbewegung
 Deutsche Bürgerinitiative e.V.



Kritik
 Die Stimme des Volkes

Gegen US- und Sowjet- imperialismus

Befreiungsnationalismus!

- Fremde Truppen raus aus Deutschland.
- Alle Ausländer heim.
- Schutz des Lebens statt des Kapitals.
- Gegen Mietwucher und Spekulation.

Damit aus
diesem Land
wieder unser
Deutschland
wird

Deutscher steh auf
Komm zu uns.
NATIONALISTISCHE
FRONT

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes
und Kunststaatsvertrag
Bernd Frank

MICHAEL KÜHNEN ENTFÜHRT!



Am Tage vor seiner geplanten Abreise nach Spanien wurde der bekannte Nationalsozialist Michael Kühnen von drei französischen Polizisten entführt und nach Deutschland abgehoben. Damit ist er politischer Gefangener da ihm keine kriminellen Handlungen zur Last gelegt werden können.

Wir fordern:

Freiheit für Michael Kühnen
und alle politischen Gefangenen!

Deutschland
für
Kühnen
für
Deutschland

Im 44. Jahrgang 1951 - 1952 Jahre nach Ende der
Verstümmelungslegende gegen Deutschland geboren.
Er war Teilnehmer bei der Bundeskonferenz - die dann
der die besten Aufstiegschancen botte.

Er sagt von sich selbst: "Ich verneine nicht Hitler, er war
ein Mensch, und ein Held."



KARLSRUHER FRONT

Nachdrucker

Bekanntmachung

Wir freuen uns, Ihnen die Gründung der Karlsruhe Front bekannt zu machen zu dürfen.

Wir, die Karlsruhe Front, bekennen uns zum Nationalsozialismus.

Wir fordern:

- 1. Die Wiedervereinigung Deutschlands im höchsten Grade. Wir tun dies hier-
mals auf die von uns ehemaligen Besatzungsmächten abkaperten Deutschen
Hohelichtgebirge vorziehen. Als Beispiele: die gesamtdeutschen, West-
preußen, Ostpreußen, Deutsch-Polen, Deutsch-Franzosen, Deutsch-Juden, Fremd-
kriegslinge usw.

Diese Deutschen Gebiete wurden im Herbst von unseren ehemaligen deut-
schen Soldaten bis auf's Äußerste verteidigt, bei vielfacher Feindlicher
Überlegenheit! Sie haben ihr Leben für diese Gebiete gegeben. Für diese Gebiete eine
Gegensatz, jedoch unsere Angehörigen, die wir in den deutschen Gebieten
gegenüber, auch den Millionen deutscher Menschen, die aus ihrer Heimat
durch Nord, Ostpreußen, gesamtdeutscher Gebiete mit Gewalt, 1945, aus
diesen Reichsteile vertrieben wurden.

Diese Deutschen Gebiete sind heute nicht vergessen, das ihr
Nah und Ost alle Häuser, Hüfe und jeder von fremden Vätern besitzt und
ausgebeutet werden.

Als Nationalsozialisten werden wir um Schutz und Befreiung die nach
Erkenntnis 1919, über die deutsche Nationen Volk herbeizurück, niemals ver-
gessen! Diese vertriebenen Deutschen sind für uns schützlich, die abge-
trennten Gebiete aller Gebiete zurückzuführen!

FREIHEIT für alle verfolgten Nationalisten HNG

DEUTSCHEN VOLK!



F.A.P.

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei

EINLADUNG zur Gründungsfier des LANDESVERBANDES NIEDERSACHSEN!!!

SCHLAFENDES
DEUTSCHLAND
ERWACHE!



Wählt FAP!

Freiheit
für



Michael KÜHNEN

**Maßnahmen gegen
weitere Aktivitäten**

Vereinigung „Deutsche Aktionsgruppen“ zu einer Freiheitsstrafe von 13 Jahren verurteilt, Beiträge für die Rundbriefe der DBI. Im 45. Brief vom August legte er das Konzept einer neuen Partei vor, die „... eine echte grüne Partei ohne ideologische Verrenkungen und ohne feministische Bauchschmerzen ...“ sein soll. Nach Ansicht *Roeders* hat die neue Partei „... nur zwei Hauptforderungen: Erhaltung der Natur und Erhaltung der Völker“.

Aufgrund dieser Aktivitäten *Roeders* leitete die Staatsanwaltschaft Frankfurt ein neues Ermittlungsverfahren gegen ihn und seine Ehefrau wegen Verbreitens nationalsozialistischen Gedankenguts ein. Im Zuge dieses Verfahrens wurden am 5. Dezember u. a. *Roeders* Zelle und sein Anwesen bei Schwarzenborn durchsucht. Dabei konnten Entwürfe neuer Rundbriefe und umfangreiches weiteres Propagandamaterial sichergestellt werden.

Neu herausgegeben wird von Gertraud *Roeder* die Schrift „Der Fackelträger für Freiheit – Recht und Ehre – Hilfswerk Manfred *Roeder*“.

V. „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

Die Mitgliederzahl der NPD nahm 1984 weiter leicht zu. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 17. Juni konnte sie einen überraschenden Achtungserfolg erzielen. Es gelang ihr, die Zahl ihrer Wähler im Vergleich zur Bundestagswahl 1983 mehr als zu verdoppeln. Durch die Wahlkampfkostenerstattung konnte sie sich finanziell sanieren: deswegen kann sie sich auch in künftigen Wahlkämpfen finanziell stärker engagieren. Sie äußerte die Hoffnung, einen ähnlichen Wahlerfolg bei der Landtagswahl im Saarland am 10. März 1985 verzeichnen zu können (Wahlergebnis: vgl. S. 150).

1. Wahlen

1.1 Europawahl

**Achtungserfolg bei
Europawahl**

Die NPD hatte bereits seit Mitte 1983 ihre bescheidenen Kräfte auf die Wahl zum Europäischen Parlament konzentriert. Sie kritisierte die angebliche Rolle der Bundesrepublik Deutschland als „Zahlmeister Europas“ sowie die „krebsartig wuchernde Eurobürokratie“ und beschwor eine „Türkeninvasion“, die nach dem bevorstehenden Beitritt der Türkei zu der Europäischen Gemeinschaft zu erwarten sei.²¹

Die finanzielle, personelle und organisatorische Schwäche der Partei setzte den Wahlkampfaktivitäten einen engen Rahmen. Sie beschränkten sich im wesentlichen auf die Fernseh- und Hörfunkspots, die sie nach eigenem Bekunden nur etwa 20000 DM kosteten; nur ge-

legentlich wurden Propagandamaterial verteilt und Wähler angesprochen.

Auf größere Wahlkampfveranstaltungen verzichtete die Partei angeblich aus Furcht vor gewalttätigen Demonstranten.

Um so überraschender war auch für die NPD selbst das Wahlergebnis. Sie erhielt 198633 Stimmen = 0,8% (bei der Bundestagswahl 1983 waren es 91095 Zweitstimmen = 0,2%). Sie konnte zwar keinen Abgeordneten in das Europäische Parlament entsenden, übersprang aber die 0,5%-Hürde und kam damit in den Genuß der Wahlkampfkostenerstattung.

1.2 Kommunalwahlen

1.2.1 Bayern

Bei den bayerischen Kommunalwahlen am 18. März kandidierte die NPD in 9 von 71 Landkreisen und in 28 von 2122 Gemeinden. Sie errang einen Kreistagsitz und vier Sitze in Stadt- bzw. Gemeinderäten kleinerer Orte. Damit konnte sie die Zahl ihrer bayerischen Mandatsträger im Vergleich zu den Kommunalwahlen von 1978 halten.

1.2.2 Rheinland-Pfalz und Saarland

In Rheinland-Pfalz kandidierte die NPD am 17. Juni nicht, im Saarland – erfolglos – nur für einen Ortsrat.

1.2.3 Nordrhein-Westfalen

Am 30. September trat die NPD in Nordrhein-Westfalen nur in Hagen zur Wahl an. Sie erhielt 117 Stimmen. Bei der Europawahl am 17. Juni hatte sie dort 971 Stimmen erhalten.

1.2.4 Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg kandidierte die NPD am 28. Oktober nur in zwei Landkreisen und sechs Gemeinden. Ihr stellvertretender Parteivorsitzender und hauptamtlicher Bundesgeschäftsführer Jürgen *Schützing* (31) konnte sein Stadtratsmandat in Villingen-Schwenningen behaupten und in den Kreistag des Schwarzwald-Baar-Kreises einziehen.

Außerdem wurden noch ein zweiter NPD-Vertreter in den Stadtrat und ein drittes NPD-Mitglied in den Ortschaftsrat eines Ortsteils von Villingen-Schwenningen gewählt.

Die NPD hat seitdem 14 Mandatsträger in Vertretungen kommunaler Gebietskörperschaften in der Bundesrepublik Deutschland, zwei mehr als im Vorjahr.

1.3 Landtagswahl im Saarland

An der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 25. März 1984 nahm die NPD nicht teil. Sie konzentrierte vielmehr seit Jahresmitte alle Kräfte auf die Landtagswahl im Saarland am 10. März 1985, wo sie den Erfolg der Europawahl wiederholen wollte. Seit dem 1. September un-

terstützten deshalb freiwillige Helfer aus anderen Landesverbänden die saarländische NPD, die nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis 0,7 % der Stimmen (Bundestagswahl 1983: 0,3 %, Europawahl 1984: 0,6 %) erreichen konnte.

2. Parteiorganisation

2.1 Mitgliederzahl

**Leichter Mitglieder-
zuwachs**

Wie nach dem Bundestagswahlkampf 1983 hat auch nach dem Europawahlkampf 1984 die Mitgliederzahl der NPD trotz zahlreicher Abgänge wieder leicht zugenommen. Sie beträgt etwa 6100 (1983: 6000). Die Gesamtzahl der Mitglieder in der NPD und ihren Nebenorganisationen, wie „Junge Nationaldemokraten“ und „Nationaldemokratischer Hochschulbund“, ist mit rd. 6700 gegenüber dem Vorjahr konstant geblieben. Die Parteispitze kommentierte diese Entwicklung mit den Worten: „Die Nationaldemokraten haben die Talsohle hinter sich – die NPD ist wieder da!“²²

2.2 Finanzen

NPD finanziell saniert

Die finanzielle Situation der Partei war bis zur Wahlkampfkostenerstattung nach der Europawahl sehr angespannt. Hieraus erhielt die NPD 1,8 Millionen DM. Nach Abzug ihrer Schulden aus früheren Wahlkampfkosten-Vorauszahlungen in Höhe von knapp 670 000 DM verbleiben ihr mehr als 1,1 Millionen DM. Damit ist die Partei bis auf weiteres finanziell saniert und kann sich insbesondere in künftigen Wahlkämpfen finanziell stärker engagieren.

2.3 Aktivitäten

Die überregionalen Aktivitäten der NPD beschränkten sich in der ersten Jahreshälfte im wesentlichen auf den Europawahlkampf, in der zweiten Jahreshälfte auf den beginnenden Landtagswahlkampf an der Saar.

Die Partei führte 1984 nur eine Großkundgebung in Form einer geschlossenen Veranstaltung durch: den Parteitag in München am 3. und 4. November mit rd. 1000 Teilnehmern. Dort feierte sie ihr 20jähriges Bestehen.

**NPD-Veranstaltung-
gen Anlaß zu gewalt-
tätigen Ausschreitun-
gen**

Diese Zurückhaltung beruht u. a. darauf, daß größere Veranstaltungen der Partei in der Vergangenheit häufig zu Protestaktionen politischer Gegner verbunden mit gewalttätigen Ausschreitungen geführt hatten.

Die nordrhein-westfälische NPD versuchte daher, ihren Landesparteitag am 28. April in Wiehl-Drabenderhöhe (Oberbergischer Kreis) durch eine Schutztruppe von „Skinheads“ aus dem Ruhrgebiet abzuschirmen, die Autos demolierten und mehrere politische Gegner verletzten. Der Landesparteitag der Hamburger NPD am 14. Oktober konnte nicht stattfinden, weil militante politische Gegner alle Fensterscheiben des Tagungsorts eingeschlagen hatten.

Der Parteitag in München lehnte einen Antrag, die Partei möge sich von den „Skinheads“ distanzieren, mit großer Mehrheit ab. Das Parteiblatt „Deutsche Stimme“ (DSt), das eine normale Auflage von etwa 100000 Exemplaren im Monat hat, erschien nicht nur im Europawahlmonat Juni in erhöhter Auflage. Ab September wurden monatlich rund 100000 Exemplare zusätzlich im Saarland verteilt – offenbar auch eine Auswirkung der Wahlkampfkostenerstattung nach der Europawahl.

3. „Junge Nationaldemokraten“ (JN)

Den JN gelang es 1984 wie der NPD ihre Mitgliederzahl leicht zu steigern. Sie liegt nun etwa bei 550 (1983: 500).

Die innere Verfassung des Verbandes blieb dagegen unverändert instabil. In Schleswig-Holstein, in Hamburg, in Rheinland-Pfalz und im Saarland gibt es keine funktionsfähigen Landesverbände mehr. Auch dem im Oktober 1983 gewählten neuen Bundesvorsitzenden *Lehmann* gelang es nicht, alle JN-Untergliederungen auf dem Kurs der Mutterpartei zu halten. Das Präsidium der NPD sah sich daher am 4. November veranlaßt, über den zum Neonazismus tendierenden JN-Landesverband Nordrhein-Westfalen den „organisatorischen Notstand“ zu verhängen und dessen Vorstand zu suspendieren. Den von JN-Mitgliedern herausgegebenen Zeitschriften „Klartext“ und „Mauerspringer“, die sich nicht an die Parteilinie hielten, wurde untersagt, sich weiterhin als JN-Zeitschriften zu bezeichnen.

Die einzigen „Bundesaktionen“ der JN waren zwei Demonstrationen am 11. August durch Helmstedt und am 13. Oktober durch Bensheim, an denen etwa 200 bzw. 120 Personen teilnahmen. An die Kundgebung in Bensheim schloß sich der diesjährige Bundeskongreß in Darmstadt an. Ein dort gestellter Antrag, der die Unvereinbarkeit der JN-Mitgliedschaft mit der teilweise zum Neonazismus tendierenden „Wiking-Jugend“ vorsah, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

JN-Verfassung problematisch

Streit um Vereinbarkeit der JN-Mitgliedschaft mit „Wiking-Jugend“

4. „Nationaldemokratischer Hochschulbund“ (NHB)

Der weitgehend inaktive NHB beschränkte seine Tätigkeit nach der Wahl von Karl-Heinz *Sendbühler* (27) zum Bundesvorsitzenden im Dezember 1983 auf die Herausgabe seines aufwendig aufgemachten Organs „NHB-Report“.

5. Agitation

5.1 An die NS-Zeit erinnert die pauschale Diffamierung der demokratischen Parteien und Politiker, die u. a. als „das Bonner Parteienkartell“²³ bezeichnet wurden oder als „Pfründenjäger und Erfül-

Diffamierung demokratischer Parteien und Politiker

Parolen der "Nationaldemokraten"

Deutschlands Einheit kommt bestimmt

DEUTSCHE STIMME

Deutschland ist kein Einwanderungsland!

Legen und weitergeben

8. Jahrgang Nr. 4/April 1984 Einzelpreis 2,-DM

NATIONALDEMOKRATISCHE ZEITUNG

Am 17. Juni 1984:

Ausgabe E 20.900 E

**Aus Verantwortung für deutsche Arbeitnehmer:
NATIONALDEMOKRATEN-Ausländerstopp wählen!**

**Fremde Truppen
raus aus**



Deutschland

Junge Nationaldemokraten

Postfach 8000 744 - 5000 Köln 60

Frei von roten und goldenen Fesseln!

Jugend für das freie Deutschland!

Für die solidarische Gemeinschaft des Volkes!

**FRIEDENSSICHERUNG
DURCH DEUTSCHE
UNABHÄNGIGKEIT**

Zukunftsträchtige Perspektive:
**Deutsche
Konföderation**

**Freundschaft
mit allen Völkern,
aber:
Deutschland
den
Deutschen!**

Ausländerstopp!

Arbeitsplätze für uns Deutsche!



Korruptiert sind sie alle!
Die offenen Hände von Bonn

EG – Europa ist gescheitert!

Nationaldemokraten für eine neue Politik!

Keine Mark für EG-Bürokraten!
EG vernichtet deutsche Arbeitsplätze
Deshalb Revision der EG-Verträge
Nationaldemokraten in's Europa-Parlament

Damit unser Land
deutsch bleibt **NPD**

wegen: EG-Ausbeutung
**Für: DEUTSCHE UNABHÄNGIGKEIT
Nationaldemokraten**

Deutschland muß souverän werden

lungspolitiker²⁴, „Hiwis der Besatzungsmächte“²⁵ und die „alten korrumpierten Parteien, die im Dienste fremder Spaltungs-Mächte ... stehen“²⁶. Die Bonner Politik erscheint in den Veröffentlichungen der NPD – ähnlich wie die Weimarer in denen der NSDAP – als „drittklassiges Schmierentheater“²⁷ und als „gebrochene Versprechen und geistig-moralische Verkommenheit zuhauf“²⁸. Für die Nationaldemokraten herrscht in Deutschland eine „Konsumdemokratie“: „Eine Demokratie ohne Ideale, moralische Werte, solidarische Impulse. Ihre Verfallsformen sind zu sehen.“²⁹ „Die Herrschaften wirtschaften immer weiter ab. Anschließend kommt unsere Zeit.“³⁰

5.2 Ein Dauerthema der NPD-Publizistik war auch wieder die Anti-Ausländer-Agitation: „5 Millionen Ausländer in Deutschland bedeuten eine Umweltveränderung größten Ausmaßes und in vielen Fällen die Zerstörung eines in langen Zeiten gewachsenen natürlichen Zustandes.“³¹ Die Partei forderte auch im Jahre 1984: „Schluß mit der menschen- und völkerverachtenden Integrationspolitik! Erhaltung der nationalen und kulturellen Identität der Ausländer, Ausländerstopp! Deutschland den Deutschen!“³²

Anti-Ausländer-Agitation

5.3 Die auf den beiden Parteitagungen 1982 und 1983 durch die NPD-Führung eingeleitete Hinwendung zu einer nationalistisch-neutralistischen Linie – losgelöst von den westlichen und östlichen Machtblöcken – verfestigt sich. In logischer Fortführung dieser Tendenzen stellte die Partei 1984 erstmals den Wehrdienst in der Bundeswehr in Frage. Bundeswehr und „Nationale Volksarmee“ sind für die NPD „Streitkräfte im Dienst fremder Mächte“³³. Der Brudermord sei durch die Existenz der Bundeswehr „vorprogrammiert“³³.

Schrittmacher des nationalistischen Neutralismus

VI. „National-freiheitliche“ Rechte

Dem Vorsitzenden der „Deutschen Volksunion“ (DVU) und Herausgeber der „Deutschen National-Zeitung“ (DNZ), dem Münchener Verleger Dr. Frey, gelang es, die Mitgliederzahl der DVU wiederum zu steigern; sie beträgt inzwischen über 12000 (1983: 11000). Die regelmäßige wöchentliche Auflage der DNZ und ihres Schwesterblattes „Deutscher Anzeiger“ (DA) blieb dagegen mit rund 100000 nahezu unverändert.

1. „Deutsche Volksunion“ (DVU)

Erhebliche Zugewinne bei DVU

1.1 Die DVU betrieb 1984 vor allem mit Hilfe der von ihrem Vorsitzenden Dr. Frey herausgegebenen Wochenzeitungen weiterhin rechtsextremistische Agitation (vgl. hierzu unten 3.).

Auf der Jahreshauptversammlung der DVU mit etwa 1000 Teilnehmern am 10. März im Münchener Löwenbräukeller wurde der Vorstand mit Dr. Frey als Vorsitzendem und Dr. Bernhard Steidle (81) und Dr. Fritz von Randow (76) als Stellvertretern wiedergewählt. Dr. Frey bezifferte die Mitgliederzahl der DVU auf mehr als 14000.

Neue Aktionsgemeinschaft gegründet

1.2 Im November gründete Dr. Frey als sechste „Aktionsgemeinschaft“ seiner DVU den „Schutzbund für Leben und Umwelt“. Dieser fordert: Kampf dem Abtreibungs-Mißbrauch, verstärkten Umweltschutz, Ausbau des Zivilschutzes und Bürgerschutz vor Kriminalität. Die Mitglieder des „Schutzbundes“ werden kraft Satzung zugleich Mitglieder der DVU. Wer dem „Schutzbund“ oder einer der anderen „Aktionsgemeinschaften“ beitrifft, erhöht somit die Mitgliederzahl der DVU.

2. Verlage

DNZ eine der größten Wochenzeitungen

2.1 In Dr. Freys „Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH“ (DSZ-Verlag) erscheinen seine beiden Wochenzeitungen DNZ und DA. Beide Schriften, deren Inhalt überwiegend identisch ist, haben eine regelmäßige wöchentliche Auflage von zusammen etwa 100000 Exemplaren. Gelegentlich werden zu Werbezwecken weit höhere Auflagen gedruckt. Die Zeitungen – im Handel erhältlich – sind ernstzunehmende Multiplikatoren für rechtsextremistisches Gedankengut. Dem DSZ-Verlag ist ein gutgehender Buchdienst angeschlossen.

Gedenkmedaillen

2.2 Der „Freiheitliche Zeitungsverlag GmbH“ (FZ-Verlag), der Dr. Freys Ehefrau gehört, gab zusätzlich zu der von ihm vertriebenen Rudolf-Hess-Medaille aus dem Jahre 1981 eine weitere Medaille „Rudolf Hess 90“ in Gold und Silber heraus. Er vertreibt inzwischen 47 derartige Gedenkmedaillen, die Woche für Woche in der DNZ und dem DA zum Kauf angeboten werden. Durch den FZ-Verlag wird auch ein Lexikon mit dem Titel „Prominente ohne Maske“ vertrieben, das die „NS-Vergangenheit“ prominenter „Zeitgenossen“ enthüllen soll.

2.3 Freys Zeitungen rufen ständig zu Spenden u. a. für ihren „Rechtskampf“ auf. Dr. Freys Geschäftstätigkeit stößt in anderen rechtsextremistischen Kreisen auf zunehmende Kritik. Der NPD-Funktionär Hans-Michael Fiedler (41) glossierte sie in seiner Zeitschrift „MISSUS“.

3. Agitation

3.1 Breiten Raum in Dr. Freys Zeitungen nimmt die Heroisierung von Rudolf Hess ein. Der DA brachte Schlagzeilen wie diese:

„Das Martyrium des Rudolf Hess“,³⁴ „So wurde Rudolf Hess gefoltert – Die Verbrechen der Sieger“³⁵. In einem Artikel der DNZ hieß es: „Rudolf Hess muß nicht leiden aufgrund individueller Schuld. Er trägt das Kreuz stellvertretend für alle Deutschen.“³⁶

**Dr. Frey heroisiert
Rudolf Hess**

3.2 Mit Schlagzeilen wird auch Anti-Ausländer-Agitation betrieben: „Kommt neue Türken-Lawine?“³⁷ „Bald mehr Ausländer als Deutsche.“³⁸ Die Zeitungen schürten bei ihren Lesern die Abneigung gegen alle Fremden, seien es Türken, Zigeuner oder Juden: „In allen bundesdeutschen Städten mit größeren türkischen Gastarbeiterzahlen häufen sich die Untaten türkischer Schlägerbanden gegen einheimische Mitbürger. Die Türkenviertel in Westberlin sind – nach Einbruch der Dunkelheit und manchmal auch schon über Tag – unsicheres Pflaster für Deutsche.“³⁹ „Von den dummen Deutschen zu leben und sich dann noch über die lustig zu machen, verstehen übrigens auch einige Zigeuner – oh pardon, sie nennen sich ja neuerdings Roma und Sinti.“⁴⁰ „Wer es wagt, die Exklusivität jüdischen Verfolgungsschicksals anzuzweifeln, muß heilfroh sein, wenn nur seine Karriere vernichtet wird.“⁴¹

**Anti-Ausländer-Agi-
tation**

3.3 Nach wie vor versuchen Dr. Freys Blätter die Schuld des Deutschen Reiches am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges abzustreiten. Sie vertreten die These, Hitler sei durch die von Roosevelt betriebene „Einkreisungspolitik“⁴² zum Angriff auf Polen gezwungen worden. Die Alleinschuld Deutschlands am Kriegsausbruch sei das Ergebnis einer Geschichtsfälschung durch den Nürnberger Prozeß.

Kriegsschuld

3.4 Nach wie vor verunglimpfen die Blätter auch demokratische Parteien und Politiker: „Damit hat sich die SPD endgültig entlarvt: Verbrechen, die viele Jahrzehnte zurückliegen, sollen bis zum St.-Nimmerleins-Tag verfolgt werden, die Sozialdemokraten haben sogar mehrfach deswegen die Verjährung manipuliert, kein SPD-Politiker kommt auf den Gedanken, etwa die Schließung der Ludwigsburger Zentralstelle für NS-Verbrechen zu fordern. Untaten jedoch, die heute passieren, sollen unter den Teppich gekehrt werden. Aus dieser Haltung spricht der Geist, der Totalitarismus und Menschenverachtung gedeihen läßt.“⁴³

„Jenninger, als Staatsminister im Kanzleramt unter anderem für den Milliarden-Kredit an Honecker zuständig gewesen, bescherte der Nation eine Rede, die an einseitiger Schändlichkeit selbst die Ausführungen der Extrem-Bewältiger Eugen Gerstenmaier und Carlo Schmid übertraf ... In der heutigen Meinungsindustrie erfährt der seltsame Bundestagspräsident ob seiner exzessiven Kollektivanklagen gegen das entrechtete, gedemütigte deutsche Volk höchstes Lob. Das Urteil

Schlagzeilen der "Deutschen National-Zeitung"
und des "Deutschen Anzeigers"

**So wurde Deutschland
in den Krieg getrieben**

**So werden den Deutschen
Millionen Morde angedichtet**

War es Hitlers Krieg?

Neue Untersuchung räumt mit antideutschen Vorurteilen auf

**Überschwemmen uns
die Ausländer?**

**Kommt neue
Ausländerflut?**

**Bald mehr Ausländer
als Deutsche?**

Weitere 5 Millionen Türken?

Die große Ausländer-Gefahr

**So wollen die Grünen
den Staat zerstören**

Stoppt Bonn die Überfremdung?

Wie kriminell sind die Grünen?

Der entlarvte Strauß

Zimmermanns Verleumdungen

Apels Verrat an Deutschland

Brandts dunkle Vergangenheit

Brandts wahres Leben
Wie das Fernsehen lügt

Börners Wähler-Betrug

Verrät Weizsäcker Deutschland

Was vom neuen Bundespräsidenten zu erwarten ist / Seit

Sonderrecht für Juden?
Bonn plant neues Gesetz

Was geschah wirklich im KZ Dachau!

der Geschichte über ihn, der ‚Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung‘ wie vor einem Propagandatribunal abkanzelt und herabwürdigt, steht allerdings auch schon fest.“⁴⁴

VII. Sonstige rechtsextremistische Gruppen

Den Sicherheitsbehörden sind derzeit neben 34 neonazistischen, 7 „nationaldemokratischen“, 3 „nationalfreiheitlichen“ 45 sonstige rechtsextremistische Gruppen bzw. Organisationen bekannt (vgl. Tabelle S. 132). Letztere umfassen 3200 Mitglieder, die meisten in Klein- und Kleinstgruppen organisiert. Hier werden nur die wichtigeren erwähnt:

1. Jugendgruppen

1.1 Überblick

Es gibt 12 rechtsextremistische Jugend- und Studentengruppen mit zusammen etwa 1200 Mitgliedern (1983: 1100). Nur die „Jungen Nationaldemokraten (JN) und die „Wiking-Jugend“ (WJ) sind von einiger Bedeutung. Die Führer aller dieser Gruppen sind durchweg engagierte Rechtsextremisten. Dies gilt jedoch nicht für einen Großteil der Mitglieder, die z. T. noch im Kindesalter sind. Viele Jugendliche werden allein von Kameradschaftsgeist, Naturverbundenheit, sportlichen Anforderungen oder der Zelt- und Lagerfeuerromantik dieser Gruppen angezogen.

1.2 Rechtsextremistische Einflußnahme auf jugendliche Randgruppen

Die seit 1982 festgestellten Einflußnahmeversuche rechtsextremistischer, insbesondere neonazistischer Aktivisten auf im Grunde unpolitische Jugendgruppen führten nicht zu der von manchen Beobachtern befürchteten Einbindung von Skinheads und militanten Fußballfans in die politische Arbeit.

Das Interesse von Rechtsextremisten an Personen dieser Randszene hat sich inzwischen auf deren Bereitschaft zur Gewaltanwendung gegen „Linke“ reduziert. Die Skinheads nehmen bei Veranstaltungen extremistischer Organisationen die Gelegenheit zur „Randale“ wahr. Ihr „Rechtsextremismus“ erschöpft sich regelmäßig im unreflektierten Skandieren von Parolen und dem provokativen Tragen von NS-Emblemen. Beispielhaft hierfür sind die Ausschreitungen am 28. April auf dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen NPD in Wiehl-Drabenderhöhe.

Bei derartigen Ausschreitungen trat u. a. ein kleiner Aktivistenkreis

Kaum Erfolge bei dem Versuch, Skinheads und militante Fußballfans ideologisch zu indoktrinieren

um den Leiter des ehemaligen Fußballfanclubs „Borussenfront“ in Dortmund, Siegfried *Borchardt* (31), hervor, der sich inzwischen der neonazistischen Szene angeschlossen hat. Gegen Angehörige dieses Aktivistenkreises sind etwa ein Dutzend Ermittlungsverfahren wegen Verdachts des Landfriedensbruchs, räuberischen Diebstahls, Verstoßes gegen das Waffengesetz, Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, der Bedrohung, gefährlichen Körperverletzung und Sachbeschädigung anhängig.

1.3 „Wiking-Jugend“ (WJ)

Neonazistischer Einfluß nimmt zu

Die WJ, die den „National-Freiheitlichen“ und Kreisen der ehemaligen ANS/NA nahesteht, ist mit mehreren hundert Mitgliedern die größte, nicht an eine Partei gebundene rechtsextremistische Jugendorganisation. Ihre Neigung zum Neonazismus kam 1984 besonders klar zum Ausdruck, als sie Mitglieder und Anhänger der verbotenen ANS/NA in ihre Reihen aufnahm. ANS/NA Anhänger waren z. B. im Januar an der Gründung des WJ-Horstes Detmold beteiligt. In einem Rundschreiben der ehemaligen ANS/NA-Kameradschaft Detmold hieß es: „Unsere Bewegung arbeitet mit vielen nationalen Gruppen zusammen, wobei der eigentliche Schwerpunkt der aktiven Zusammenarbeit bei der Wiking-Jugend (WJ) liegt . . . In der Wiking-Jugend haben wir vor allem unsere jüngeren Kameraden zusammengefaßt, um ihnen die bestmögliche Erziehung zuteil werden zu lassen.“

Die Führer des WJ-Gaues Bayern und des WJ-Horstes München, Remo L. (21) und Stefan U. (21), erklärten in der März-Ausgabe der von ihnen herausgegebenen Jugendzeitung „Der Münchener Spießerschreck“: „Volkstreue und heimatliebende Menschen aber erkennen nur die Gesetze der Natur an; und diese Gesetze verbieten nicht Militanz und Gewalt, sondern machen sie zur Grundbedingung eines jeden Lebens überhaupt . . . Nichts kann eine Demokratie schwerer verdauen als eine militante rebellische Jugend, die für ihre Zukunft kämpft und sich dabei nicht an die lächerlichen Spielregeln der Demokraten hält . . . Das Parlament ist der Tod jeder Bewegung, sagte schon Adolf Hitler.“⁴⁵ Am 26. März erklärte U. in einer Fernsehsendung des Bayerischen Rundfunks: „Eine deutsche Frau, die sich mit einem Besatzer einläßt, ist für uns ein Schwein und muß raus!“⁴⁶

Am 18. November, der von deutschen Rechtsextremisten als „Helldengedenktag“ begangen wurde, legten Mitglieder der WJ auf dem Friedhof der Justizvollzugsanstalt in Landsberg an den Gräbern dort Hingerichteter einen Kranz mit der Aufschrift „Heil Euch Die Wiking-Jugend“ nieder.

Gewaltsame Aktivitäten

Die WJ scheut auch vor Gewalttätigkeiten nicht zurück: Am 1. September griffen Mitglieder der WJ und anderer rechtsextremistischer Jugendgruppen zusammen mit „Skinheads“ in Bonn eine Gruppe von „Punkern“ an, schlugen mit Eisenketten und Schlagstöcken auf sie ein und verletzten vier von ihnen z. T. schwer. Der Angriff galt als Racheakt für frühere Angriffe der „Punker“. Der WJ-Bundesführer Wolfgang *Nahrath* (55) rief anlässlich einer Kundgebung zum Jahresende in

Hilders (Kreis Fulda) in der Nähe der innerdeutschen Grenze dazu auf, sich mit politischen Gegnern gewaltsam auseinanderzusetzen. Die Polizei konnte diese gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der WJ und ihren z. T. linksextremistischen Gegnern verhindern. Die WJ-Mitglieder trafen sich später mit zahlreichen z. T. von weit her angereisten Anhängern der verbotenen ANS/NA in der Rhönlandhalle in Tann (Kreis Fulda).

2. Kulturgruppen

Die neun rechtsextremistischen Kultur- und Weltanschauungsvereinigungen stagnierten oder zeigten Verfallserscheinungen. Mit Abstand größte Vereinigung dieser Art blieb die „Gesellschaft für Freie Publizistik“ (GFP). Sie verfügt über mehrere hundert Mitglieder.

Stagnation und Rückschläge bei kulturellen Organisationen

2.1 „Gesellschaft für Freie Publizistik“ (GFP)

Auf dem Jahreskongreß der GFP vom 28. bis 30. September in Kassel warf die Vorsitzende Dr. Holle *Grimm* (66) der Bundesregierung vor, sie halte „krampfhaft an dem längst widerlegten Geschichtsbild der Umerziehung fest“⁴⁷ und habe „den alten FDP/SPD-Entwurf zum ‚Maulkorbgesetz‘ zur Tabuisierung der Zeitgeschichte im Sinne der Umerzieher unverändert hervorgeholt“⁴⁷.

2.2 „Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes“ (DKEG)

Das immer unbedeutender werdende DKEG war 1984 bemüht, sich von dem Vorwurf des Rechtsextremismus zu befreien. So wurde z. B. die langjährige Leiterin der „Pflegerstätte“ Hannover, Lotte *Oppermann* (87), von diesem Posten abgelöst. Sie hatte u. a. dem ehemaligen ANS/NA-Anführer *Kühnen* ihren Pkw zur Verfügung gestellt, mit dem dieser sich im März ins Ausland absetzte. Sie blieb jedoch weiterhin Mitglied der DKEG. Wie in den Vorjahren sprachen auf Veranstaltungen der DKEG auch 1984 bekannte Rechtsextremisten, wie das NPD-Vorstandsmitglied Frau Dr. *Steffens*.

3. „Die Deutsche Freiheitsbewegung“ (DDF)

Der Vorsitzende der DDF, Otto Ernst *Remer* (72), der am 20. Juli 1944 in Berlin als Kommandeur des Wachregiments zum Scheitern des Aufstandes gegen *Hitler* beigetragen hatte, erklärte in seinem Februar-Rundbrief: „Nicht die Herren von heute, sondern wir werden die Zukunft gestalten, da wir uns nicht mit den von den Siegern ins Leben gerufenen Teilstaaten, mit diesen Provisorien identifizieren ... Der Sturm wird kommen und wir und viele andere werden wieder auf den Barrikaden des Reiches stehen. Und wir werden siegen!“⁴⁸ *Remer* gelang es auch 1984 nicht, in nennenswertem Umfang Anhänger zu gewinnen. Er legte eine für Rechtsextremisten bemerkenswerte Sowjetfreundlichkeit an den Tag und forderte eine Allianz mit der Sowjetunion.

Remer erfolglos

4. „Unabhängige Arbeiter Partei e. V. (Deutsche Sozialisten)“ (UAP)

Die UAP, die sich seit Jahren erfolglos an Bundestagswahlen und an Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen beteiligt, glorifizierte in ihrem Organ „Reichs-Arbeiter-Zeitung“ (RAZ) Rudolf Hess: „Die ‚Welt‘ fürchtet einen Greis, der sich selbst treu geblieben ist und nichts widerruft!!! Das kann man von unseren alliierten und etablierten Staatsmännern wohl schwer behaupten, die ihr Mäntelchen nach dem Winde drehen und nur Unfrieden auf die Welt gebracht haben.“⁴⁹

5. „Vereinigung für gesamtdeutsche Politik e. V.“ (VGP)

Die VGP, 1984 durch den Zusammenschluß zweier nationalistischer Gruppen entstanden, läßt starke nationalistisch-neutralistische Züge erkennen. Sie erklärte, ihre Feinde seien „die Kreuzfahrer in Washington und im Vatikan mit ihren deutschen Satelliten“⁵⁰. „Niemand von der amerikanischen Partei CDUCSUSPDFDP im Bonner Bundestag ... hat bislang die Revidierung des die koloniale Unterdrückung regelnden ‚Deutschland-Vertrages‘ gefordert.“⁵¹

Demokratische Politiker als „Abschaum“ bezeichnet

Demokratische Politiker werden von der VGP als „Volksvernichter“⁵² bezeichnet: „Dieser Abschaum, der sich aufgrund des Substanzverlustes zweier Weltkriege nach oben spülen konnte, ist in seiner politischen Weltanschauung pervers und kriminell.“⁵²

VIII. Rechtsextremistische Verlage und Vertriebsdienste

Die 47 organisationsunabhängigen Verlage und Vertriebsdienste (1983: 45) verbreiteten auch 1984 große Mengen rechtsextremistischer Druckerzeugnisse.

1. Zeitungs- und Schriftenverlage

Die rechtsextremistischen Zeitungs- und Schriftenverlage nahmen 1984 von 17 auf 20 zu. Von ihren Erzeugnissen sind außer DNZ und DA folgende erwähnenswert:

1.1 „Deutsche Wochen-Zeitung“ (DWZ)

„Kriegsschuldlüge“

Die nach den beiden Blättern Dr. Freys mit einer Auflage von etwa 15000 Exemplaren drittgrößte rechtsextremistische Wochenzeitung

widmete sich auch 1984 besonders dem Kampf gegen die „Kriegsschuldflüge“.

1.2 „Nation Europa“ (NE)

Die monatlich in einer Auflage von etwa 10000 Exemplaren erscheinende Schrift „Nation Europa“ ließ den früheren wallonischen SS-Führer Léon Degrelle (78) in einem Artikel Adolf Hitler und seine SS verherrlichen: „Hitler war der einzige Führer, der imstande war, Europa zu erbauen, und nur Hitler konnte die Weltbedrohung des Kommunismus beseitigen ... In diesem materialistischen Jahrhundert stehen die SS-Kämpfer als leuchtende Vorbilder geistigen Heldentums.“⁵³ In der Gegenwart sieht die Schrift ihr Vorbild in dem Franzosen Jean-Marie Le Pen (56) und seiner Partei „Front National“: „In Frankreich formiert sich eine Nationale Rechte neuen Stils, die, indem sie der afro-asiatischen Invasion entgegentritt und die Überfremdung bekämpft, wahrhaft europäisch ist. Diesem Beispiel können wir in Deutschland folgen; und wir sollten ihm folgen.“⁵⁴ Le Pen lehnt jedoch eine Zusammenarbeit mit deutschen Rechtsextremisten ab.

Hitler-Verherrlichung

1.3 „Deutsche Monatshefte“ (DM)

Die von dem rechtsextremistischen Verleger Dr. Gert Sudholt (41) herausgegebenen DM, mit einer Auflage von etwa 6000 Exemplaren, verunglimpften die führenden Politiker der demokratischen Parteien. Das Blatt vermag dem gegenwärtigen Rückgang der Geburtenzahlen in der Bundesrepublik Deutschland eine positive Seite abzugewinnen; hiernach nutzt „das biologische Überleben eines Volkes nichts, ... wenn dabei der Geist erlischt. Es ist ein hoffnungsvolles Zeichen, daß die Deutschen trotz der erreichten Vermassung nicht in eine Bevölkerungsexplosion ausschlagen. Die Deutschen sind keine Türken ... Es handelt sich um Rasseerhaltung durch Vermeidung quantitativer Verschlechterung.“⁵⁵

**„Rasseerhaltung“
durch Geburtenrückgang**

1.4 „Mensch und Maß“

Die zweimal im Monat in einer Auflage von etwas über 1000 Exemplaren erscheinende Zeitschrift „Mensch und Maß“, Organ der Anhänger der Lehren der Mathilde Ludendorff (1877 bis 1966), gab sich auch 1984 rassistisch. „Diese Fürsorge des Göttlichen, verwirklicht im Rasseerbgut bzw. in der Volksseele, ist der Verantwortung der Menschen übergeben. Das Gebot der Stunde heißt deshalb Volkserhaltung – Völkererhaltung ... Wahllose Vermischung der Kulturgemeinschaften, genannt Stämme und Völker, bedeutet Bedrohung der Erfüllung des göttlichen Lebenssinnes.“⁵⁶

2. Buchverlage und Vertriebsdienste

Die Zahl der rechtsextremistischen Buchverlage und Vertriebsdienste blieb mit 27 annähernd gleich (1983: 28).

Zum Angebot einiger Vertriebsdienste zählten neben Büchern rechtsextremistischen Inhalts auch Schallplatten, Tonbandkassetten und Filme, die Originalaufnahmen von Reden und Veranstaltungen der NS-Zeit teils unkommentiert, teils mit NS-Originalkommentar wiedergaben.

IX. Verbindungen zum ausländischen Rechtsextremismus

1. Internationaler Neuer Nationalsozialismus

Schwerpunkte der Kontakte: Frankreich, Belgien, Österreich und Schweiz

Wie im Vorjahr kam den Verbindungen deutscher Neonazis nach Frankreich und Belgien, aber auch nach Österreich und in die Schweiz, besondere Bedeutung zu. Die Verbindungen von Neonazis zu militanten palästinensischen Kreisen scheinen fortzubestehen.

Die französische neonazistische Organisation „Faisceaux Nationalistes Européens“ (F.N.E.) ist bestrebt, ihre frühere dominierende Rolle innerhalb des internationalen Rechtsextremismus zurückzugewinnen, indem sie die Bemühungen Kühnens um den Aufbau einer „Europäischen Bewegung“ nach dessen Inhaftierung fortzuführen versucht.

Der Aufbau von sog. „Hilfsorganisationen“ für strafverfolgte Gesinnungsgenossen schritt weiter voran. Auch in Belgien wurde eine Schwesterorganisation der deutschen HNG (vgl. oben unter IV. 4.2) gegründet.

Deutsche Gruppierungen, die sich zum Ideengut des Nationalsozialismus bekennen, erfuhren auch 1984 erhebliche propagandistische Unterstützung durch Druckschriften insbesondere aus Nordamerika.

Die Hinwendung zu national- und sozialrevolutionären Frühformen des Nationalsozialismus fand auch bei ausländischen NS-Aktivisten Nachahmung. Derartige Strömungen aus dem deutschsprachigen Ausland verbanden mit diesen Thesen die Forderung nach einem wiedervereinigten Groß-Deutschland.

2. Frankreich

Deutsche Rechtsextremisten beobachteten die Entwicklung der französischen Partei „Front National“ (FN) mit großer Aufmerksamkeit. Die bei mehreren kommunalen Wahlen und insbesondere bei der Eu-

ropawahl (etwa 11% Stimmenanteil) erzielten Wahlerfolge der FN lassen sie auf den von ihnen ersehnten Wandel der politischen Verhältnisse in Westeuropa hoffen. Der Vorsitzende der FN, Jean-Marie Le Pen (56), lehnt eine Kooperation mit deutschen Rechtsextremisten jedoch ab.

Kühnen hielt sich von Ende April bis zu seiner Abschiebung durch die französischen Sicherheitsbehörden am 5. Oktober in Frankreich auf, vorwiegend bei Aktivisten der F. N. E. in Paris bzw. Chessy (Département Seine-et-Marne). F. N. E.-Aktivisten gewährten in den vergangenen Jahren auch anderen deutschen Neonazis, die sich der Strafverfolgung durch Flucht ins Ausland entzogen hatten, Unterschlupf und Unterstützung.

Vor seiner Abschiebung aus Frankreich teilte *Kühnen* seinen Anhängern in der Bundesrepublik Deutschland großsprecherisch die Gründung einer „Europäischen Bewegung“ mit, der Anhänger seiner ehemaligen ANS/NA, der F. N. E., der irischen „National Socialist Irish Workers Party“ (NSIWP) und der britischen „National Socialist Party United Kingdom“ (NSPUK) angehören sollen. In Wahrheit war es ihm aber weder gelungen, im westlichen Ausland ernstzunehmende politische Kontakte zu knüpfen, noch neue Gruppen zu gründen, geschweige denn bereits bestehende zu einer einheitlichen Organisation unter seiner Leitung zusammenzufassen. Neuerdings scheinen F. N. E.-Aktivisten bereit zu sein, *Kühnens* Zielvorstellungen nach dessen Festnahme weiterzuverfolgen. Der Franzose Michel *Caignet* (30), der inzwischen zum Leiter der „Europa-Sektion der ANS“ ernannt wurde, erklärte: „Wir werden in Frankreich diese Arbeit fortsetzen. Gerade angesichts der Opfer, die Michael *Kühnen* für unsere verfolgte Kampfgemeinschaft Tag für Tag gebracht hat, ist uns das eine Verpflichtung.“

Anfang Dezember erschien die vierte Ausgabe der von *Kühnen* seinerzeit in Frankreich mit Unterstützung von Aktivisten der F. N. E. herausgegebenen Schrift „Unser Europa“ in neuer Aufmachung unter dem Titel „DIE NEUE ZEIT“. Die Publikation bezeichnet sich als „Zentralorgan der Aktionsfront Nationaler Sozialisten-A. O.“. Als presserechtlich Verantwortlicher wird der amerikanische Propagandaleiter der NSDAP-AO (vgl. oben unter IV. 4.3), Gary Rex *Lauck*, genannt. Als Kontaktadresse ist jedoch das Postfach der F. N. E.-Publikation, „Notre Europe“ in Paris angegeben.

Die 1981 durch mehrere Sprengstoffanschläge bekanntgewordene elsässische separatistische Untergrundbewegung „Schwarze Wölfe“ formierte sich nach ihrer Zerschlagung durch die französischen Exekutivbehörden unter den Bezeichnungen „Rat der Frankreich-Deutschen“ und „Freundeskreis Karl Roos“ 1984 neu. Ende Mai veranstaltete die Gruppe in Sasbach bei Achern (Baden) eine Kundgebung, an der über hundert Rechtsextremisten, insbesondere Neonazis aus der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Österreich und der Schweiz teilnahmen.

**Wahlerfolg der FN
läßt deutsche Rechts-
extremisten hoffen**

**Kühnen suchte Kon-
takte im Ausland**

**Elsässische Separati-
sten wieder aktiv**

3. Belgien

Rechtsextremisten- treffen in Belgien

Anfang Juli nahmen etwa 350 deutsche Rechtsextremisten, darunter zahlreiche Neonazis, die alljährlich stattfindende flämische Volks-tumsveranstaltung „Ijzerbedevaart“ zum Anlaß, sich im Raum Diksmuide im Schutz dieser Großveranstaltung mit Gleichgesinnten aus den westeuropäischen Nachbarländern zu treffen.

Im Frühjahr wurde in Belgien eine Schwesterorganisation der deutschen HNG mit der Bezeichnung „Hulpkomitee voor nationalistische politieke gevangenen“ (HNG) mit Sitz in Antwerpen gegründet. Die Organisation, die ähnliche Zielsetzungen wie die HNG verfolgt, arbeitet auch mit der französischen neonazistischen Gefangenenhilfsorganisation „Comité Objectif entraide et solidarité avec les victimes de la Répression Antinationaliste“ (COBRA) zusammen.

4. Österreich

Vertreter der Bundesleitung der österreichischen „Nationaldemokratischen Partei“ (NDP) nahmen an der Großkundgebung der DVU am 4. August in Passau teil. Ehrengäste des 15. Bundesparteitages der NDP am 14. Januar in Wals bei Salzburg waren ein Mitherausgeber der DWZ und ein Mitglied des Landesvorstandes Bayern der NPD. Die Schriften „SIEG-AJ-Presse-Dienst“ und „Nachrichten-Austausch-Dienst“ (NAD) des österreichischen Rechtsextremisten Walter *Ochsenberger* (43) wurden im Bundesgebiet vermehrt verbreitet. „Schriftleitungsmitglied“ ist u. a. der ehemalige Kameradschaftsführer der verbotenen ANS/NA und Gründer des Kreisverbandes Lahn-Dill-Kreis der FAP, Michael *Krämer* (25). „SIEG“ und NAD propagierten zunehmend nationalistisch-neutralistische und antiame-rikanische Thesen: „Wer jetzt noch die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR in die jeweiligen Blocksysteme befürwortet, ist ein Kollaborateur . . . Für Mitarbeiter des Feindes . . . sollte es keinen Pardon mehr geben!“⁵⁷ Der auch im Bundesgebiet verbreitete „Österreichische Beobachter – Kampfblatt der NSDAP (Hitlerbewegung) in Österreich“ zeichnet sich durch antisemitische Hetze aus. In seiner Septemerausgabe beruft er sich u. a. auf die „lebensnotwendigen Erkenntnisse Hitlers“, die „naturgemäß Ausschaltung Ahasvers [der ewige Jude] aus unserem gesamten Leben“ bedeuteten.

5. Schweiz

ENO spielt wesentliche Rolle im internationalen Neonazismus

Eine wesentliche Rolle im internationalen Neonazismus spielt die in Lausanne ansässige „Europäische Neuordnung“ (ENO) unter ihrem Generalsekretär Gaston Armand *Amaudruz* (64). Ihre Zielvorstellungen publiziert die ENO im „Courier du Continent“ und in „Erklärungen“, die auf den alle zwei Jahre stattfindenden ENO-„Ver-

sammlungen“ verabschiedet werden. Über den Verlag „Courrier du Continent“ bot *Amaudruz* die Folge 60/84 („Lüge und Wahrheit“) der „Kritik-Schriftenreihe“ des deutschen Neonationalsozialisten *Christophersen* an.

6. Irland

Deutsche Neonazis verbreiteten im Zusammenhang mit der „National Socialist Irish Workers Party“ (NSIWP) von Dublin aus unter den Bezeichnungen „The Phoenix-German Department“, „The Phoenix-deutsche Stimme“ oder „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ (NSDAP) verstärkt neonazistisches Propagandamaterial in der Bundesrepublik Deutschland. Im Juli gab die „NSDAP“ gemeinsam mit der NSIWP und deren britischer Zweigorganisation „National Socialist Party United Kingdom“ (NSPUK) erstmals die deutschsprachige neonazistische Hetzschrift „NS-Sturm“ heraus. Das Pamphlet, das monatlich erscheinen soll, agitiert in aggressiver Form gegen Juden und Ausländer, die als „rassisch minderwertige Kreaturen“⁵⁸ bezeichnet werden. Scharfe Angriffe richtet die Schrift gegen Repräsentanten des demokratischen Staates. Richter werden z. B. als „Verräter in schwarzer Robe“⁵⁹, ... „die antideutsche Terrorurteile fällen (und) nichts anderes verdient (haben) als den Strick“⁵⁸, verunglimpft.

**Hetzschrift in Irland
herausgegeben**

7. Spanien

Die Kontaktpflege spanischer Rechtsextremisten mit deutschen Gesinnungsgenossen ging hauptsächlich wiederum von dem spanischen neonazistischen „Circulo Espanol de Amigos de Europa“ (CEDADE) aus, dessen Propagandamaterial im Bundesgebiet verbreitet wurde. Im September begann CEDADE mit der Herausgabe einer neuen Publikation, die den Titel „Fundamentos“ trägt und sich mit den „ideologischen und philosophischen Grundlagen des Nationalsozialismus“ beschäftigt.

8. Nordamerika

Wie in den vergangenen Jahren konzentrierte sich die Zusammenarbeit zwischen deutschen und amerikanischen Neonazis auf die Versorgung der deutschen Gesinnungsgenossen mit großen Mengen von Propagandamaterial.

Im Vordergrund stand dabei die Einschleusung von antisemitischen, ausländerfeindlichen und gewaltorientierten Flugblättern, Plakaten und Klebezetteln durch die Propagandazentrale der NSDAP-AO in Lincoln/Nebraska unter *Lauck*. Dieses Material wurde von deutschen NSDAP-AO-Aktivisten bei ihren Klebe-, Verteil- und Plakataktio-

**Große Mengen an
Propagandamaterial
aus den USA**

Neonazistische Schriften aus dem Ausland

DIE NEUE ZEIT
VORMALS UNSER EUROPA



Zentralorgan der AKTIONSFRONT NATIONALER
November 84 (95. Jg) SOZIALISTEN - A.O. Nummer 4



NAD



Erhalten in Bestellung P. 5-6/1984

Österreichischer Beobachter
Beitrag 4 - Zeitspige
Beitrag 5 - Zeitspige
Beitrag 6 - Zeitspige
Beitrag 7 - Zeitspige
Beitrag 8 - Zeitspige
Beitrag 9 - Zeitspige
Beitrag 10 - Zeitspige
Beitrag 11 - Zeitspige
Beitrag 12 - Zeitspige
Beitrag 13 - Zeitspige
Beitrag 14 - Zeitspige
Beitrag 15 - Zeitspige
Beitrag 16 - Zeitspige
Beitrag 17 - Zeitspige
Beitrag 18 - Zeitspige
Beitrag 19 - Zeitspige
Beitrag 20 - Zeitspige
Beitrag 21 - Zeitspige
Beitrag 22 - Zeitspige
Beitrag 23 - Zeitspige
Beitrag 24 - Zeitspige
Beitrag 25 - Zeitspige
Beitrag 26 - Zeitspige
Beitrag 27 - Zeitspige
Beitrag 28 - Zeitspige
Beitrag 29 - Zeitspige
Beitrag 30 - Zeitspige
Beitrag 31 - Zeitspige
Beitrag 32 - Zeitspige
Beitrag 33 - Zeitspige
Beitrag 34 - Zeitspige
Beitrag 35 - Zeitspige
Beitrag 36 - Zeitspige
Beitrag 37 - Zeitspige
Beitrag 38 - Zeitspige
Beitrag 39 - Zeitspige
Beitrag 40 - Zeitspige
Beitrag 41 - Zeitspige
Beitrag 42 - Zeitspige
Beitrag 43 - Zeitspige
Beitrag 44 - Zeitspige
Beitrag 45 - Zeitspige
Beitrag 46 - Zeitspige
Beitrag 47 - Zeitspige
Beitrag 48 - Zeitspige
Beitrag 49 - Zeitspige
Beitrag 50 - Zeitspige
Beitrag 51 - Zeitspige
Beitrag 52 - Zeitspige
Beitrag 53 - Zeitspige
Beitrag 54 - Zeitspige
Beitrag 55 - Zeitspige
Beitrag 56 - Zeitspige
Beitrag 57 - Zeitspige
Beitrag 58 - Zeitspige
Beitrag 59 - Zeitspige
Beitrag 60 - Zeitspige
Beitrag 61 - Zeitspige
Beitrag 62 - Zeitspige
Beitrag 63 - Zeitspige
Beitrag 64 - Zeitspige
Beitrag 65 - Zeitspige
Beitrag 66 - Zeitspige
Beitrag 67 - Zeitspige
Beitrag 68 - Zeitspige
Beitrag 69 - Zeitspige
Beitrag 70 - Zeitspige
Beitrag 71 - Zeitspige
Beitrag 72 - Zeitspige
Beitrag 73 - Zeitspige
Beitrag 74 - Zeitspige
Beitrag 75 - Zeitspige
Beitrag 76 - Zeitspige
Beitrag 77 - Zeitspige
Beitrag 78 - Zeitspige
Beitrag 79 - Zeitspige
Beitrag 80 - Zeitspige
Beitrag 81 - Zeitspige
Beitrag 82 - Zeitspige
Beitrag 83 - Zeitspige
Beitrag 84 - Zeitspige
Beitrag 85 - Zeitspige
Beitrag 86 - Zeitspige
Beitrag 87 - Zeitspige
Beitrag 88 - Zeitspige
Beitrag 89 - Zeitspige
Beitrag 90 - Zeitspige
Beitrag 91 - Zeitspige
Beitrag 92 - Zeitspige
Beitrag 93 - Zeitspige
Beitrag 94 - Zeitspige
Beitrag 95 - Zeitspige
Beitrag 96 - Zeitspige
Beitrag 97 - Zeitspige
Beitrag 98 - Zeitspige
Beitrag 99 - Zeitspige
Beitrag 100 - Zeitspige

NAD



herrschaft!

mit der Fremde

FREIHEIT FÜR DEUTSCHLAND!

FREIHEIT FÜR DEUTSCHLAND!

SIEG

Nr. 3-4

American way of death



INFORMATION DU COBRA

CELESTE



ENTREVISTAMOS AL ABOGADO DE BARBI

PUJOL, VENCEDOR LA PROPAGANDA MANIPULADA

DESTRUYEN EL ARTE

NOTRE EUROPE

CONSEIL DE LA PUBLICATION: Claude GIGNON

NOVEMBRE 84 Nr. 70



DÉMOCRATIE - REPRESSION

FUNDAMENTOS

PARA UNA NUEVA CULTURA

the NEW ORDER



The Third Battle of Ann Arbor!



NS KAMPFRUF

KAMPFSCHRIFT DER NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI AUSLANDS - UND AUFBAUORGANISATION

NOVEMBER 85 ENCELING 1984/85

Das Vierte Reich

NO MORE AND TO ISRAEL BOX 2374 LIVONIA



nen verbreitet. Weitere propagandistische Unterstützung leistete *Lauck* durch die Herausgabe der vierteljährlichen Kampfschrift „NS-Kampfruf“ sowie der unregelmäßig erscheinenden englischsprachigen Neonazischrift „The New Order“. Er begann mit dem Abdruck des von *Kühnen* während seiner Haft verfaßten Buchmanuskriptes mit dem Titel „Die Zweite Revolution“, das seitdem den „Kampfruf“ weitgehend ausfüllt.

Der deutsch-amerikanische Neonationalsozialist G. P. *Dietz* (56) war offensichtlich aus finanziellen Gründen gezwungen, die Herausgabe der antijüdischen Zweimonatsschrift „Der Schulungsbrief“ einzustellen. Gelegentlich wurde Propagandamaterial seines Verlages „Liberty Bell Publications“ im Bundesgebiet verteilt.

X. Deutscher rechtsextremistischer Terrorismus* 1984

1. Verübte Gewalttaten, Waffen- und Sprengstoffunde

Im Berichtszeitraum wurden von deutschen Rechtsextremisten wie im Vorjahr 11 Terrorakte** verübt oder sind ihnen nach dem derzeitigen Erkenntnisstand mit großer Wahrscheinlichkeit zuzurechnen.

Hervorzuheben sind 7 meist auch Menschen gefährdende Brandanschläge u. a. gegen Ausländerunterkünfte und eine ehemalige jüdische Snagoge. Es entstand teilweise erheblicher Sachschaden. Bei einem Brandanschlag am 7. Januar 1984 auf eine Münchner Diskothek wurden sieben Personen teils schwer verletzt. Eine Frau verstarb an den Folgen der erlittenen Verletzungen. Zu der Tat bekannte sich eine Gruppe „Ludwig“, die in ihrem Bekenner schreiben u. a. ein Hakenkreuz verwendete, sich offen zum Nazismus bekannte und deutlich machte, daß sich ihr Kampf u. a. gegen den Sittenverfall richte, eine Behauptung, die oft auch in anderen rechtsextremistischen Erklärungen eine wichtige Rolle spielt. Des Anschlages in München dringend

**Brandanschlag auf
Diskothek forderte
eine Tote**

* Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129a Abs. 1 des Strafgesetzbuchs genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) oder durch andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

** Terrorakte sind Anschläge, d. h. schwerwiegende Straftaten, wie sie insbesondere in § 129a Abs. 1 des Strafgesetzbuchs genannt sind (vor allem Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) und andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen, sofern diese Taten im Rahmen eines nachhaltig geführten Kampfes für politische Ziele begangen werden. Nicht hierunter fallen Anschläge, die spontan etwa aus gewalttätig verlaufenden Demonstrationsveranstaltungen heraus durchgeführt werden.

verdächtig sind der Deutsche Dr. Wolfgang A. (25) und ein Italiener, die beide im März in der Nähe von Mantua bei dem Versuch festgenommen wurden, einen Brandanschlag auf eine Diskothek zu verüben. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

**Schießerei zwischen
Neonazis und der
Polizei**

Im Zusammenhang mit der Festnahme von zwei gewaltorientierten Neonazis, die zahlreicher Straftaten, u. a. Einbrüche in Waffengeschäfte, verdächtig werden, kam es am 2. November 1984 zu einem Schußwechsel mit der Polizei, bei dem ein Polizeibeamter verletzt wurde. Nach den bisherigen Ermittlungen haben die Festgenommenen, die beide seit Jahren als militante Rechtsextremisten hervorgetreten waren, in unterschiedlicher Tatbeteiligung seit September 1984 im norddeutschen Raum bei zahlreichen Einbrüchen u. a. Schußwaffen, Funkgeräte, Landkarten und Geld erbeutet. Bei der Durchsuchung der Wohnung eines der Festgenommenen wurden größere Mengen an Waffen und Munition sichergestellt.

**Militante Rechtsex-
tremisten weiter
gewaltbereit**

Den Verfassungsschutzbehörden liegen vertrauliche Informationen darüber vor, daß sich gewaltorientierte Rechtsextremisten weiterhin mit der Planung von Terrorakten befassen. 1984 wurden bei ihnen erneut Terroranleitungen von Linksextremisten gefunden, die ihnen schon seit Jahren als Vorbild dienen.

**Zahlreiche Waffen-
und Sprengstoffunde**

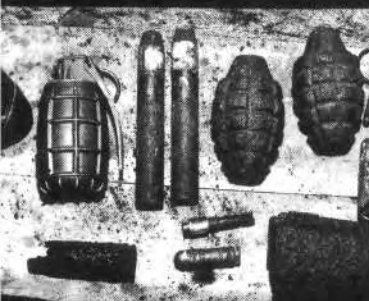
Auch zahlreiche Waffen-, Munitions- und Sprengstoffunde und die große Zahl anonymer Gewaltandrohungen in diesem Jahr belegen deren potentielle Gewaltbereitschaft.

Im folgenden werden zwei Beispiele für Funde dieser Art angeführt, die nicht – wie auch häufig festzustellen – als reiner Waffenfetischismus anzusehen sind:

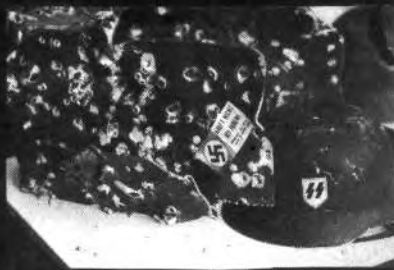
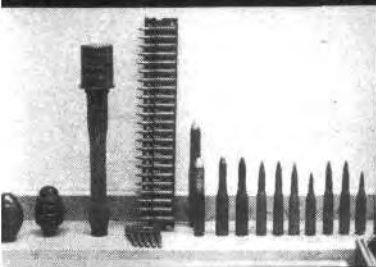
- Anlässlich einer am 5. Januar bei dem Michael H. (20) aus Fürstenuau bei Osnabrück durchgeführten Wohnungsdurchsuchung wurden Waffen, Munition, Spreng- und Panzergranaten sowie Stabbrandbomben beschlagnahmt. Außerdem konnte umfangreiches neonazistisches Schriften- und Propagandamaterial sichergestellt werden.
- Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts von Verstößen gegen Waffen- und Sprengstoffbestimmungen wurden im Raum Schwerte bei Hausdurchsuchungen im Oktober und November 10 Karabiner „K 98“, „G-3“-Gewehre, 25 Pistolen/Revolver, ca. 10000 Schuß Munition, ca. 3 kg gewerblicher Sprengstoff und ca. 1 kg Treibladungspulver sowie Kennzeichen der NS-Zeit (z. B. Hakenkreuzfahnen, NS-Uniformteile) und neonazistische Aufkleber aus den USA gefunden. Gegen die fünf Beschuldigten erging Haftbefehl. Keiner war bislang rechtsextremistisch hervorgetreten.

Waffen- und Munitionsfunde bei Rechtsextremisten

am 5.1.1984 in Fürstenau
bei Osnabrück



Ende Oktober 1984 im Raum Schwerte



2. Strafverfahren

2.1 Anklageerhebungen

Anklage gegen mutmaßliche Rechtsterroristen erhoben

- Der Generalbundesanwalt hat am 30. September beim Oberlandesgericht Frankfurt Anklage gegen fünf maßgebliche Mitglieder der rechtsterroristischen Gruppe um Odfried *Hepp* (26) aus Achern und Walther *Kexel* (23) aus Frankfurt/Main erhoben. *Kexel* und seine Gesinnungsgenossen Ulrich *Tillmann* (22), Dieter *Sporleder* (24), Hans-Peter *Fraas* (24) und Wulf *Blasche* (42) werden beschuldigt, unter der Rädelsführerschaft *Kexels* im Jahre 1982 fünf bewaffnete Raubüberfälle mit einer Gesamtbeute von ca. 630 000 DM und im Dezember 1982 drei Mordanschläge auf Angehörige der US-Streitkräfte im Raum Frankfurt/Main mittels in deren Pkw versteckter Sprengsätze begangen zu haben.

Nicht völlig geklärt ist bislang, inwieweit die Gruppe für weitere schwere Straftaten im Jahre 1982 verantwortlich ist. Am 15. März 1985 wurden die Angeklagten zu hohen Freiheitsstrafen (zwischen 5 und 14 Jahren) verurteilt. *Kexel* hat am 17. März 1985 in der Haftanstalt Selbstmord begangen. *Hepp* ist trotz intensiver Fahndung weiter flüchtig. Nach seiner Flucht könnte er sich – Hinweisen zufolge – früherer Verbindungen zu militanten Palästinensern bedient haben und diese nun bei deren Aktionen unterstützen.

Mordprozeß gegen Hoffmann

- Vor dem Landgericht Nürnberg-Fürth begann am 12. September die Hauptverhandlung gegen den ehemaligen Leiter der am 30. Januar 1980 durch den Bundesminister des Innern verbotenen „Wehrsportgruppe *Hoffmann*“, Karl-Heinz *Hoffmann* (47) und dessen Lebensgefährtin Franziska *Birkmann* (38). *Hoffmann* ist des Mordes in Mittäterschaft an dem jüdischen Verleger Shlomo *Lewin* und dessen Lebensgefährtin Frida *Poeschke* am 19. November 1980 in Erlangen angeklagt. Die Tat selbst soll das ehemalige WSG-Mitglied Uwe *Behrendt* ausgeführt haben, der im Libanon aus nicht völlig geklärten Umständen 1981 ums Leben kam. *Birkmann* wird vorgeworfen, zu diesem Doppelmord Beihilfe geleistet zu haben. Gegen *Hoffmann* wird außerdem wegen Geldfälschung, Freiheitsberaubung, Bedrohung, Strafvereitelung, Anwerbens für fremden Wehrdienst, Nötigung, gefährlicher Körperverletzung und wegen Vergehen gegen das Waffen-, Sprengstoff- und Kriegswaffengesetz verhandelt.

2.2 Einzelne Verurteilungen

Deutscher Neonazi in Wien verurteilt

- Am 2. April verurteilte das Landgericht Wien den deutschen Neonationalsozialisten Ekkehard *Weil* (35) und acht österreichische Gesinnungsgenossen zu Freiheitsstrafen, die teilweise zur Bewährung ausgesetzt wurden. *Weil* erhielt eine Freiheitsstrafe von fünf Jahren ohne Bewährung wegen zweier Sprengstoffanschläge auf jüdische Geschäftshäuser in Wien und Salzburg im Sommer 1982 sowie wegen „Betätigung im nationalsozialistischen Sinn“.
- Am 18. April verhängte das Landgericht Frankfurt/Main u. a. ge-

gen den früheren Funktionär der verbotenen ANS/NA Arnd-Heinz Marx (27) und seine Gesinnungsgenossen Freiheitsstrafen bis zu 2 Jahren und 3 Monaten.

Die Verurteilten hatten ihren, offenbar eine Konkurrenzgruppe zur ANS/NA aufbauenden Gesinnungsgenossen Andreas S. am 5. September 1983 einer „Femegerichtsverhandlung“ unterzogen, körperlich schwer mißhandelt und in einem Wald gefesselt ausgesetzt.

Freiheitsstrafen wegen „Femegerichtsverhandlungen“

XI. Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Hintergrund (einschließlich der rechtsterroristischen Gewaltakte)

1. Überblick

Im Jahre 1984 wurden insgesamt 1137 Gesetzesverletzungen* mit rechtsextremistischem Hintergrund, davon 74 Gewaltakte, erfaßt. Diese Gesetzesverletzungen gliedern sich wie folgt:

Gesetzesverletzungen haben abgenommen

	1984	1983**
Tötungsdelikte	1	—
Sprengstoffanschläge	1	1
Brandanschläge	11	9
Raubüberfälle	—	2
Körperverletzungen	36	30
Sachbeschädigungen mit erheblicher Gewaltanwendung	25	39
Gewalttaten insgesamt	74	81
Gewaltdrohungen	155	214
Sonstige Gesetzesverletzungen ohne Schmieraktionen	745	762
Schmieraktionen, die den Tatbestand des § 86 a StGB erfüllen	163	290
Insgesamt	1137	1347***

** Die Vergleichszahlen für 1983 wurden aufgrund von nachträglichen Meldungen fortgeschrieben. Sie weichen daher von den im Vorjahresbericht genannten Zahlen ab.

*** In der im Vorjahresbericht genannten wesentlich höheren Gesamtzahl der Gesetzesverletzungen sind alle Schmieraktionen enthalten.

* Gesetzesverletzungen sind Straftaten, einschließlich strafbarer Versuchshandlungen, und Ordnungswidrigkeiten, z. B. Terrorakte, Gewaltandrohungen, der unberechtigten

2. Gewaltaktionen

Die 1984 festgestellten 36 Körperverletzungen mit rechtsextremistischem Hintergrund richteten sich in 15 Fällen gegen Ausländer. Die 25 Sachbeschädigungen mit erheblicher Gewalteinwirkung richteten sich in 9 Fällen gegen Ausländer, insbesondere gegen Türken.

Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremisten verschärfen sich

Insgesamt war bei Rechtsextremisten eine größere Bereitschaft auch zu handgreiflichen Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern festzustellen, wobei die Angriffe allerdings häufig von den Gegnern ausgingen.

3. Gewaltandrohungen

Gewaltandrohungen vornehmlich gegen Ausländer gerichtet

Von den 155 im Berichtsjahr bekanntgewordenen Gewaltandrohungen richteten sich 62 (rd. 40 %) (1983: rd. 54 %) gegen ausländische, insbesondere türkische Personen bzw. Objekte. Nahezu sämtliche ausländerfeindlichen Gewaltandrohungen waren mit Forderungen wie „Ausländer raus!“, „Kanaken raus!“ oder „Türken raus!“ verbunden. In 31 Fällen (20 %) richteten sich Drohungen, zumeist begleitet von Beleidigungen und Verunglimpfungen, gegen jüdische Personen und Objekte.

Im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen den ehemaligen Leiter der verbotenen „Wehrsportgruppe Hoffmann“, Karl-Heinz Hoffmann, in Nürnberg gingen bei Zeitungsredaktionen im Bundesgebiet mehrere Drohanrufe ein, in denen die Freilassung Hoffmanns gefordert wurde.

4. Sonstige Gesetzesverletzungen

Von den 908 (1983: 1052) gewaltlosen Gesetzesverletzungen sind 163 (rd. 18 %) Schmier- und Klebeaktionen nach § 86a StGB.

5. Gesetzesverletzungen aus antisemitischen Beweggründen

Von den insgesamt 1137 (1983: 1347) Gesetzesverletzungen hatten 191 (rd. 17 %) (1983: 239) antisemitischen Charakter. 12 (1983: 17) der insgesamt 28 (1983: 36) bekanntgewordenen Schändungen jüdischer Friedhöfe und Kultstätten sind mit großer Wahrscheinlichkeit Rechtsextremisten zuzuordnen.

Besitz von Waffen, Munition und Sprengstoff, Schmieraktionen, die den Tatbestand des § 86a StGB erfüllen sowie das Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen. Dabei wurde – wie in den Vorjahren – jede Gesetzesverletzung nur einmal gezählt, auch wenn sie aus mehreren Einzeltaten bestand, mehrere Straftatbestände erfüllte, mehrere Handlungen umfaßte oder von mehreren Tätern gemeinschaftlich begangen wurde.

XII. Staatliche Maßnahmen gegen Rechtsextremisten und rechtsextremistische Vereinigungen

1. Verurteilungen*

Eine Gliederung der Verurteilungen nach dem Strafmaß ergibt folgendes Bild (in Klammern die Zahlen des Vorjahres):

10	(34)	Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr, davon
9	(31)	ohne Bewährung.
37	(42)	Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr, davon
7	(12)	ohne Bewährung.
59	(91)	Geldstrafen.
59	(80)	sonstige Schuldsprüche, wie Verwarnungen mit Strafvorbehalt, Geldbußen, Arbeitsauflagen, Arreste.

Von den insgesamt 165 (247) im Jahre 1984 ergangenen Verurteilungen wurden 116 (170) auch in diesem Jahr rechtskräftig.

2. Anklagen

1984 wurde Anklage gegen 324 Personen (1983: 324) erhoben.

3. Durchsuchungen, Beschlagnahmen, Festnahmen

Im Berichtsjahr wurden

397 (408) Durchsuchungen,

404 (421) Beschlagnahmen,

341 (292) Festnahmen

registriert. Bei den 397 (408) Durchsuchungen wurden in 64 (127) Fällen Waffen und Munition und Materialien zur Explosivkörperherstellung gefunden.

4. Vereinsverbote

Am 17. Februar verbot das Bayerische Staatsministerium des Innern mit Wirkung vom 27. Februar den „Unabhängigen Wählerkreis Würzburg“ (UWK) als Ersatzorganisation der verbotenen neonazistischen „Aktion Ausländerrückführung“ (AAR).

* Erfasst wurden nur erstinstanzliche Verurteilungen, die im Berichtsjahr ergangen sind, unabhängig vom Eintritt der Rechtskraft. Die Zahl dieser Urteile dürfte insgesamt höher sein, weil erfahrungsgemäß viele Verurteilungen erst erhebliche Zeit nach Erstellung dieses Jahresberichts bekannt werden. Die fortgeschriebenen und daher erhöhten Vorjahreszahlen sind in Klammern gesetzt.

Fundstellennachweis

1. „Nachrichten-Austausch-Dienst“ 5-6/84, S. 14
2. „Junge Stimme“ 20/84, S. 2
3. Deutsche Stimme (DSt) 5/84, S. 1
4. DSt 2/84, S. 1
5. „Unabhängige Nachrichten“ (UN) 3/84, S. 5
6. „Werwolf“ Mai 1984, S. 2 und 4
7. „Deutsche Monatshefte“ 4/84, S. 3
8. DNZ 25/84, S. 1
9. „Die Neue Front“ 13, S. 9
10. Flugblatt „Nationalsozialisten klagen an“
11. DA 20/84, S. 1
12. „NS-Kampfruf“ 54, S. 5
13. Flugblatt des Landesverbandes Saarland der NPD zur Landtagswahl 1985
14. Flugblatt des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen zur Europawahl 1984
15. „Unser Weg“, herausgegeben vom Gau Rhein-Westfalen der verbotenen ANS/NA, Nr. 1
16. DSt 10/84, S. 6
17. „Der Schulungsbrief“ der verbotenen ANS/NA Juli 1984, S. 3/1
18. DWZ 36/84, S. 2
19. DSt 11/84, S. 2
20. DSt 10/84, S. 3
21. NPD Wahlprogramm für die Europawahl 1984
22. Buch „20 Jahre NPD“, S. 99
23. „Deutsche Zukunft“ 3/84, S. 13
24. „Stimmen der hessischen Nationaldemokraten“ 7/84, S. 3
25. „NPD Landesspiegel Nordrhein-Westfalen“ 5/84, S. 3
26. „Stimmen der hessischen Nationaldemokraten“ 7/84, S. 17
27. „Korrespondenz“ 2/84, S. 5
28. „NPD Landesspiegel Nordrhein-Westfalen“ 9/84, S. 2
29. „NHB Report“ 17, S. 50
30. „NPD Landesspiegel Nordrhein-Westfalen“ 9/84, S. 3
31. „NPD Forum“ 2/84, S. 1
32. „Südwest-Stimme“ 3/84, S. 4
33. DSt 11/84, S. 3
34. DA 9/84, S. 1
35. DA 12/84, S. 1
36. DNZ 4/84, S. 9
37. DNZ 13/84, S. 1
38. DA 15/84, S. 1
39. DA 28/84, S. 6
40. DA 24/84, S. 7
41. DNZ 4/84, S. 6
42. DA 21/84, S. 1
43. DNZ 12/84, S. 8
44. DNZ 50/84, S. 3
45. „Der Müncheher Spießerschreck“ 2/84, S. 9
46. Fernsehsendung des Bayerischen Rundfunks am 26. März 1984
47. „Nation Europa“ 10/11-84, S. 6
48. „Die Deutsche Freiheitsbewegung – Der Bismarck-Deutsche“ Februar-Rundbrief 84, S. 2
49. „Reichs-Arbeiter-Zeitung“ (RAZ) 4/84, S. 6
50. „Deutschland“ 9/10-84, S. 8
51. „Deutschland“ 1/2-84, S. 13
52. „Deutschland“ 5/6-84, S. 7
53. „Nation Europa“ 2/84, S. 29 und 30
54. „Nation Europa“ 7/84, S. 3
55. „Deutsche Monatshefte“ 10/84, S. 4
56. „Mensch und Maß“ 15/84, S. 709
57. Beilage zu „SIEG“ 9/10-84
58. „NS-Sturm“ 2, S. 3
59. „NS-Sturm“ 1, S. 7

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern 1984

I. Allgemeine Erfahrungen

Wie in den vergangenen Jahren verhielt sich 1984 der weitaus größte Teil der im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) lebenden ca. 4,4 Millionen Ausländer gesetzestreu. Das trifft auch auf einen Großteil der Mitglieder extremistischer Ausländerorganisationen zu*, der in diesen Vereinigungen lediglich Hilfe bei der Lösung von Alltagsproblemen sucht, ohne sich mit deren politischen Zielen aktiv zu identifizieren.

Die Gesamtzahl der Mitglieder extremistischer Ausländerorganisationen blieb 1984 mit ca. 116 000 (1983: ca. 114 000) fast unverändert.

Ihre Aktivitäten richteten sich in erster Linie gegen die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den Heimatländern; aber auch innenpolitische Ereignisse in der Bundesrepublik Deutschland und außenpolitische Entscheidungen der Bundesregierung spielten für die Agitation dieser Organisationen gelegentlich eine erhebliche Rolle.

Trotz der im allgemeinen relativ ruhigen Sicherheitslage beeinträchtigen ausländische Extremisten teilweise die öffentliche Sicherheit und wichtige außenpolitische Belange der Bundesrepublik Deutschland. Ernstzunehmende Aktivitäten gingen insbesondere von türkischen, kurdischen, iranischen, palästinensischen und jugoslawischen Extremistengruppen aus.

Terroristische Aktionen drohten von palästinensischen Splittergruppen, deren Kommandos im europäischen Ausland mehrere Anschläge gegen Vertreter bzw. Einrichtungen arabischer Staaten, Israels und der USA verübten. In Berlin (West) wurde Sprengstoff der militanten „Arabischen Organisation 15. Mai“ sichergestellt.

Sicherheitsgefährdende Aktivitäten gingen auch von Gruppen der türkischen „Neuen Linken“ aus, die die gegenwärtigen Verhältnisse in der Türkei mit revolutionärer Gewalt verändern wollen. Von Mitgliedern dieser Gruppen wurden zahlreiche Gewaltaktionen und Besetzungen von Dienststellen und Büros unternommen.

Einige türkische Organisationen der „Neuen Linken“* sowie kurdi-

**Gesamtmitgliederzahl
extremistischer Ausländerorganisationen
wenig verändert**

Sicherheitsgefährdung durch türkische, kurdische, iranische, palästinensische, jugoslawische Extremistengruppen

1 Darunter werden hier solche Organisationen der im Bundesgebiet lebenden Ausländer verstanden, deren Bestrebungen sich im Sinne von § 3 Abs. 1 VerfSchG gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder – aus politischen Motiven – gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten oder die durch Anwendung von Gewalt oder hierauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

* Zum Begriff der „Neuen Linken“ siehe Seite 179, Fußnote 7

sche Linksextremisten setzten sich intern – teilweise gewaltsam – darüber auseinander, ob der „richtige Weg“ zu ihren Zielen über gewalttätiges Vorgehen führe oder nicht.

Auch im vergangenen Jahr kam es zu mehreren gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen linksextremistischen und rechtsextremistischen Türken. Soweit bekannt, gingen die Angriffe ausschließlich von den linksextremistischen Parteigängern aus.

Die Zahl türkischer islamischer Extremisten, die auf revolutionärem Weg ein islamisch-fundamentalistisches theokratisches Staatswesen in der Türkei erzwingen wollen, hat erheblich zugenommen. Möglicherweise deutet sich hier eine Entwicklung an, die die innere Sicherheit stärker beeinträchtigen könnte.

Unter den Organisationen der türkischen Kurden zeigte die orthodox kommunistische „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) eine besondere Gewaltbereitschaft, die u. a. in der Besetzung der Büros von Parteien und Verbänden sowie in Morddrohungen gegen abtrünnige ehemalige Gesinnungsgenossen und einen Mordanschlag zum Ausdruck kam.

Die Aktivitäten iranischer extremistischer Organisationen nahmen trotz leicht rückläufiger Mitgliederzahl nochmals zu. Die Zahl der ihnen zugeschriebenen politisch motivierten Gesetzesverletzungen stieg an.

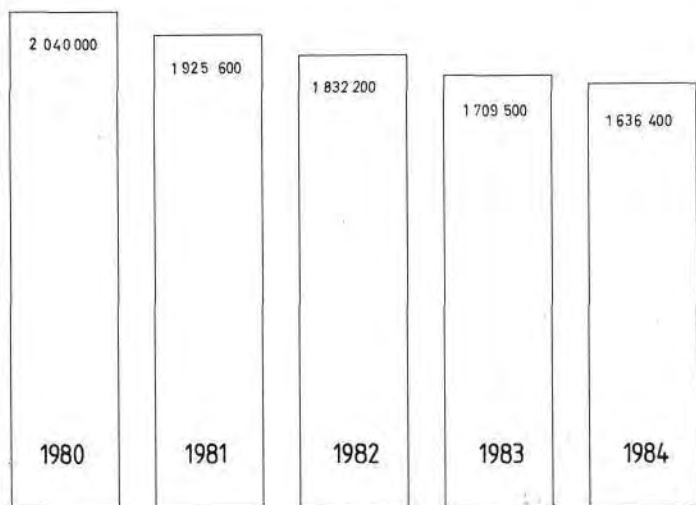
Die großen kroatischen Exilorganisationen konnten weder in organisatorischer noch in programmatischer Hinsicht Profil gewinnen. Kroatische und solche extremistische Organisationen, die die Eigenständigkeit der albanischen Volksgruppe im Kosovo propagieren, sind jedoch bereit, zur Durchsetzung ihrer Ziele Gewalt anzuwenden. Hierauf weisen Waffen, Munition und Sprengmittel, die im Bundesgebiet bei Kroaten gefunden wurden, hin. Erstmals seit Jahren jedoch ereignete sich im Berichtszeitraum kein Mordanschlag auf Exiljugoslawen.

**Zahl der Gewalttaten
leicht angestiegen**

Die Zahl der versuchten oder vollendeten Terror- und sonstigen schweren Gewaltakte extremistischer Ausländer blieb 1984 gegenüber dem Vorjahr mit 9 gleich. Die Zahl der versuchten bzw. vollendeten Sprengstoffvergehen (2) veränderte sich gegenüber 1983 ebenfalls nicht. Bei den Tötungsdelikten war ein Mordfall zu verzeichnen (1983: 5). Die Zahl der Gewaltakte insgesamt – einschließlich Sachbeschädigungen, Hausfriedensbruch unter Gewaltanwendung etc. – stieg auf 108 (1983: 92).

Im Berichtsjahr ergaben sich wieder Anhaltspunkte, daß terroristische Operationen von ausländischen staatlichen Stellen gelenkt wurden, die ihre Gegner im Ausland verfolgen.

Ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland 1980-1984



Türken	524 100
Jugoslawen	292 700
Italiener	220 200
Griechen	105 600
Spanier	69 500
Portugiesen	43 200
sonstige	381 100

II. Übersicht in Zahlen

1. Überblick

Anteil extremistischer Ausländer an der ausländischen Wohnbevölkerung fast unverändert

Im Bundesgebiet leben z. Z. ca. 4363600 (Stand 30. September) ausländische Staatsangehörige. Ca. 3308300 sind über 16 Jahre alt; nach Schätzungen der Sicherheitsbehörden sind davon etwa 3,5% in Vereinigungen organisiert, von denen extremistische* Bestrebungen ausgingen. Dieser Prozentsatz blieb unter Berücksichtigung des gleichzeitig rückläufigen Anteils der ausländischen Wohnbevölkerung gegenüber 1983 etwa gleich.

Tabelle 1:

Vergleichszahlen der ausländischen Wohnbevölkerung, Ausländer über 16 Jahre und Mitglieder extremistischer bzw. extremistisch beeinflusster Organisationen (Vergleichszahlen 1983 in Klammern):

Staatsangehörigkeit bzw. Volkzugehörigkeit	Wohnbevölkerung	Ausländer über 16 Jahre	Mitglieder extremistischer bzw. extrem. beeinflusster Organisationen über 16 Jahre ²
Araber ³	117700	83700	3550 = 4,2 % ⁶ (3200 = 3,9 %)
Türken	1425800	924600	44200 = 4,8 % (43150 = 4,3 %)
Kurden ⁴	—	—	2300
Iraner	38400	33300	2400 = 7,3 % (2550 = 9,0 %)
Jugoslawen	600300	465700	1250 = 0,26% (1600 = 0,3 %)
Armenier ⁴	—	—	50 (50)
Sonstige ⁵	2181400	1801000	62250 = 3,5 % (63750 = 3,5 %)
Insgesamt	4363600	3308300	116000 = 3,5 % (114300 = 3,4 %)

² Zur Aufgliederung der Vereinigungen in Kern-, Neben- und extremistisch beeinflusste Organisationen und deren Mitgliederzahlen vgl. Tabelle 4 (Seite 181).

³ Araber: Iraker, Libanesen, Libyer, Marokkaner, Palästinenser, Syrer.

⁴ Zu den Armeniern und Kurden, die in verschiedenen Staaten beheimatet sind, liegen keine Zahlen zur ausländischen Wohnbevölkerung und zu Ausländern über 16 Jahren vor. Kurden wurden 1983 unter „Sonstige“ aufgeführt.

⁵ Sonstige: Äthiopier, Afghanen, Bulgaren, Chilenen, Griechen, Iraker, Italiener, Japaner, Pakistani, Portugiesen, Spanier, Vietnamesen und Organisationen mit national gemischter Mitgliedschaft.

⁶ Prozentsatz an der ausländischen Wohnbevölkerung über 16 Jahren.

* Zum Begriff extremistischer Ausländerorganisationen siehe Seite 175, Anm. 1

2. Organisationen

Ende 1984 waren den Behörden für Verfassungsschutz insgesamt 115 (1983: 123) Ausländervereinigungen im Bundesgebiet bekannt, die nach ihren Zielen oder aufgrund des Verhaltens ihrer Anhänger als extremistisch* eingeschätzt werden müssen.

Tabelle 2:

Organisationen ausländischer Extremisten und der von ihnen beeinflussten Vereinigungen mit Aktivitäten im Bundesgebiet nach ihrem politisch-ideologischen Standort (Vergleichszahlen 1983 in Klammern).

Staatsangehörigkeit bzw. Volkszugehörigkeit	Orthodox-kommunistische Gruppen	„Neue Linke“ ⁷ u. sozialrevolutionäre Gruppen	Rechtsextremistische Gruppen ⁸	Extremnationalistische Gruppen ⁹	Islamisch extremistische Gruppen ¹⁰	Insgesamt
Araber	4 (4)	14 (14)	—	—	3 (1)	21 (19)
Türken	5 (4)	6 (7)	—	1 (2)	3 (—)	15 (13)
Kurden ¹¹	7	3	—	—	—	10
Iraner	3 (3)	8 (8)	—	1 (1)	1 (1)	13 (13)
Jugoslawen	— (—)	1 (1)	—	7 (8)	—	8 (9)
Armenier	— (—)	2 (3)	—	— (—)	—	2 (3)
Sonstige	20 (28)	20 (32)	1 (1)	5 (5)	—	46 (66)
Insgesamt	39 (39)	54 (65)	1 (1)	14 (16)	7 (2)	115 (123)

⁷ Zur „Neuen Linken“ werden hier – wie schon in früheren Jahren – die linksextremistischen Gruppen gezählt, die den orthodoxen, moskauorientierten Kommunismus ablehnen, einschließlich der Gruppen mit sozialrevolutionär-nationalistischer Einstellung.

⁸ Unter rechtsextremistischen Gruppen werden hier extremistische ausländische Vereinigungen verstanden, denen Kriterien wie Streben nach autoritärer Staatsform und Ablehnung des Pluralismus eigen sind und die an nationalsozialistisches oder vergleichbares Gedankengut anknüpfen.

⁹ Extrem nationalistische Gruppen sind extremistische ausländische Vereinigungen, die nationalistische Ziele in aktiv-kämpferischer, aggressiver Haltung vertreten mit dem Ziel der Veränderungen der politischen Verhältnisse im Heimatland.

¹⁰ Islamisch-extremistische Gruppen d. h. Vereinigungen, die auf revolutionärem Wege ein islamisch-fundamentalistisches theokratisches Staatswesen erzwingen wollen, wurden bis 1983 unter „Rechtsextremistische und extrem nationalistische Gruppen“ erfaßt.

¹¹ Kurdische Volksangehörige wurden 1983 unter „Sonstige“ erfaßt.

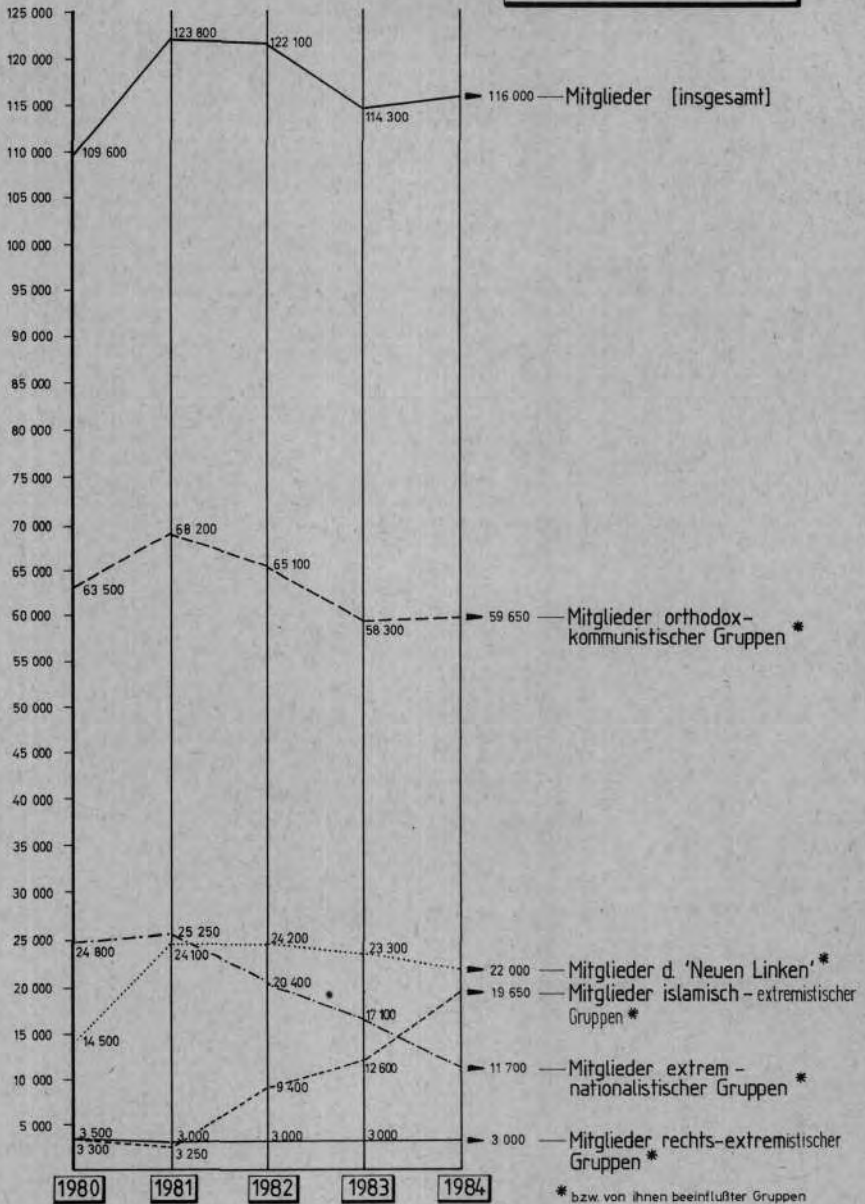
3. Mitglieder

Die derzeitige Gesamtstärke der ausländischen Extremistengruppen im Bundesgebiet wird auf 116000 Mitglieder und Anhänger geschätzt gegenüber 114300 Ende 1983. Auf orthodox-kommunistische Gruppen entfielen 59650 (1983: 58300), auf Vereinigungen der „Neuen Linken“ 22000 (1983: 23300) Mitglieder, auf linksextremistische

Gesamtstärke ausländischer Extremisten in etwa konstant

* Siehe Anmerkung 1, Seite 175

Mitgliederentwicklung bei ausländischen Extremisten Gruppen 1980 - 1984



Gruppen insgesamt also 81650, während die rechtsextremistischen Vereinigungen wie im Vorjahr 3000 und die extrem nationalistischen 11700 (1983: 17100) Mitglieder zählten. Die islamisch-extremistischen Gruppen wurden wegen ihrer zunehmenden auch zahlenmäßigen Bedeutung mit im Berichtsjahr 19650 Mitgliedern nicht mehr den rechtsextremistischen oder den extremnationalistischen Gruppen zugerechnet, sondern erstmals einzeln erfaßt.

Tabelle 3: Mitglieder extremistischer Gruppen nach ihrem politisch-ideologischen Standort (Vergleichszahlen 1983 in Klammern).

Staatsangehörigkeit bzw. Volkszugehörigkeit	Orthodox-kommunistische Gruppen	„Neue Linke“ ⁷ u. sozialrevolutionäre Gruppen	Rechts-extremistische Gruppen ⁸	Extrem-nationalistische Gruppen ⁹	Islamisch-extremistische Gruppen ¹⁰	Insgesamt
Araber	500 (500)	2800 (2500)	– –	– –	250 (200)	3550 (3200)
Türken	7200 (6950)	8000 (9200)	– –	10000 (27000)	19000 –	44200 (43150)
Kurden ¹¹	2000	300	–	–	–	2300
Iraner	400 (400)	1200 (1350)	– –	400 (400)	400 (400)	2400 (2550)
Jugoslawien	–	200 (200)	– –	1050 (1400)	– –	1250 (1600)
Armenier	–	50 (50)	– –	– –	– –	50 (50)
Sonstige	49550 (50450)	9450 (10000)	3000 (3000)	250 (300)	– –	62250 (63750)
Insgesamt	59650 (58300)	22000 (23300)	3000 (3000)	11700 (17100)	19650 (12600)	116000 (114300)

Zu den Anmerkungen 7–11 siehe Seite 179

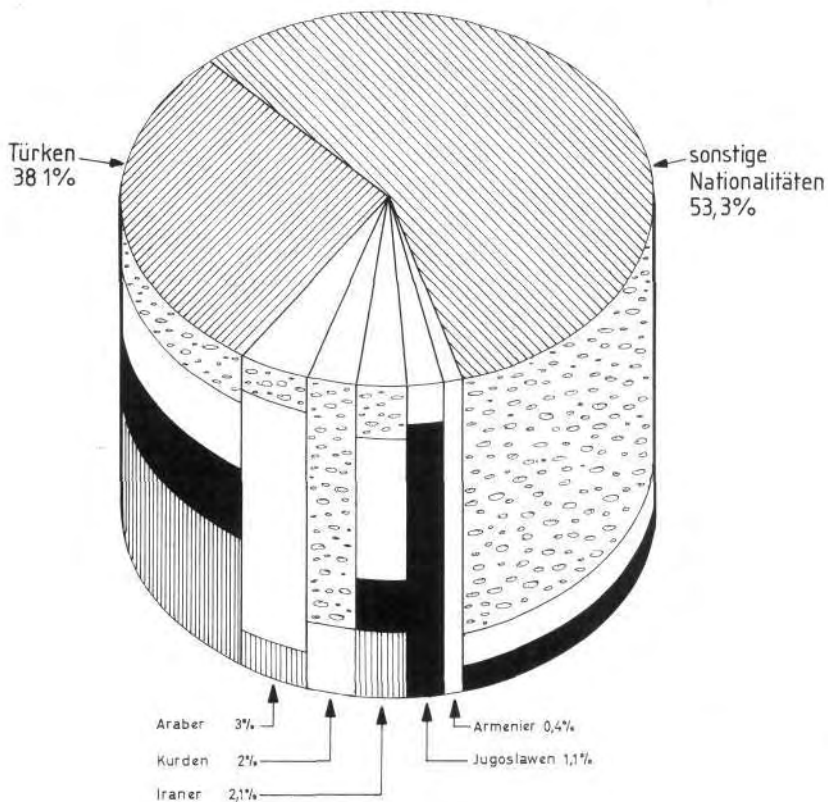
Tabelle 4: Mitglieder der extremistischen Kern-, Neben- und extremistisch beeinflussten Organisationen nach ihrem politisch-ideologischen Standort (Vergleichszahlen 1983 in Klammern).

	Orthodox-kommunistische Gruppen	„Neue Linke“ ⁷ u. sozialrevolutionäre Gruppen	Rechts-extremistische Gruppen ⁸	Extrem-nationalistische Gruppen ⁹	Islamisch-extremistische Gruppen ¹⁰	Insgesamt
Kernorganisationen	19200 (18800)	20350 (21700)	– –	11700 (17100)	19650 (12600)	70900 (70200)
Nebenorganisationen	2200 (1250)	300 (350)	3000 (3000)	– –	– –	5500 (4600)
Extremistisch beeinflusste Organisationen	38250 (38250)	1350 (1250)	– –	– –	– –	39600 (39500)
Insgesamt	59650 (58300)	22000 (23300)	3000 (3000)	11700 (17100)	19650 (12600)	116000 (114300)

Zu den Anmerkungen 7, 8, 9 und 10 siehe Seite 179

Vergleich der Mitglieder extremistischer bzw. extremistisch beeinflusster Organisationen, unterteilt nach Nationalität, und politisch ideologischem Standort

1984



- ⊙ orthodoxkommunistisch
- Neue Linke und sozialrevolutionär
- rechtsextremistisch und extrem nationalistisch
- ▨ islamisch-fundamentalistisch

4. Publizistik

Die Zahl der im Bundesgebiet verbreiteten periodischen Schriften ausländischer Extremistengruppen und der von ihnen beeinflussten Vereinigungen stieg von 186 auf 189 an, von denen 28 hier, die übrigen im Ausland gedruckt wurden.

Tabelle 5:

Periodische Publikationen ausländischer Extremistengruppen und der von ihnen beeinflussten Vereinigungen (Vergleichszahlen 1983 in Klammern).

Staatsangehörigkeit bzw. Volkszugehörigkeit	Gesamtzahl der Publikationen		davon im Bundesgebiet gedruckt	
Araber	24	(17)	1	(1)
Türken	50	(44)	8	(8)
Kurden ¹¹	14		4	
Iraner	24	(26)	—	(—)
Jugoslawen	24	(30)	7	(9)
Armenier	1	(1)	—	(—)
Sonstige	52	(68)	8	(12)
Insgesamt	189	(186)	28	(30)

Etwa dreiviertel der Schriften hatten linksextremistische Tendenzen. Die restlichen verbreiten rechtsextremistisches bzw. extrem nationalistisches oder islamisch-extremistisches Gedankengut.

¹¹ Siehe Anmerkung Seite 179

Tabelle 6:

Periodische Publikationen ausländischer Extremistengruppen und der von ihnen beeinflussten Vereinigungen nach ihrem politisch-ideologischen Standort (Vergleichszahlen 1983 in Klammern).

Staatsangehörigkeit bzw. Volkszugehörigkeit	Orthodox-kommunistische Gruppen	„Neue Linke“ ⁴⁷ u. sozialrevolutionäre Gruppen	Rechtsextremistische Gruppen ⁸	Extremnationalistische Gruppen ⁹	Islamisch-extremistische Gruppen ¹⁰	Insgesamt
Araber	7 (6)	14 (10)	—	—	3 (1)	24 (17)
Türken	23 (18)	18 (18)	—	7 (8)	2	50 (44)
Kurden ¹¹	12	2	—	—	—	14
Iraner	6 (5)	13 (16)	—	3 (3)	2 (2)	24 (26)
Jugoslawen	—	5 (3)	—	19 (27)	—	24 (30)
Armenier	—	1 (1)	—	—	—	1 (1)
Sonstige	23 (35)	21 (25)	1 (1)	7 (7)	—	52 (68)
Insgesamt	71 (64)	74 (73)	1 (1)	36 (45)	7 (3)	189 (186)

Zu den Anmerkungen 7 bis 11 siehe Seite 179

5. Gewaltaktionen

Die Gewaltaktionen ausländischer Extre- misten stiegen an

1984 wurden im Bundesgebiet 108 (1983: 92) politisch motivierte versuchte und vollendete Gewaltaktionen bekannt, für die vermutlich ausländische Extremisten verantwortlich sind. Dabei wurden eine Person getötet und mindestens 90, darunter elf Polizeibeamte, verletzt. Zu den Körperverletzungen kam es bei Auseinandersetzungen politisch rivalisierender Ausländergruppen vor allem unter Iranern, Türken und Palästinensern.

Unbekannte Täter verübten im Zusammenhang mit aktuellen Ereignissen wie dem Strafprozeß gegen die türkischen Konsulatsbesetzer in Köln, dem Hungerstreik von Häftlingen in türkischen Haftanstalten und dem Generalstreik in Chile Sachbeschädigungen durch Sprengstoffanschläge, Steinwürfe und Farbschmierereien, die sich u. a. gegen diplomatische Vertretungen und geschäftliche Niederlassungen des Iran, der Türkei, der USA, Chiles und Spaniens richteten. Unbekannte Täter besprühten z. B. in der Nacht zum 20. Januar 1984 insgesamt 65 Post-, Müll- und Geschäftsfahrzeuge in Hamburg mit Parolen wie „Solidarität mit den Kölner Konsulatsbesetzern – Kein Volksgericht in Köln“. Nach den Tatumständen (z. B. Verwendung der Namen „DEV SOL“, „TKP-ML“ und „ETA“ bei Schmieraktionen) kann angenommen werden, daß es sich um politisch motivierte Aktionen ausländischer Extremisten handelte.

Anonyme Ausländer im Bundesgebiet bedrohten aus politischen Motiven deutsche Behörden, militärische und industrielle Einrichtungen, ausländische Staatsoberhäupter und Diplomaten, diplomatische Vertretungen und Journalisten sowie Büros und Verkehrsmaschinen verschiedener Fluggesellschaften mit Gewalt und Terror. In 29 (1983: 28) Fällen wurden Mord- und Sprengstoffanschläge angedroht. Soweit erkennbar, gingen diese Drohungen in erster Linie von linksextremistischen Türken, aber auch von Chilenen, Kurden, Iranern, Iren, Arabern und Jugoslawen aus.

Tabelle 7:

Übersicht zu politisch motivierten Gewaltaktionen von Ausländern im Bundesgebiet 1984 (Vergleichszahlen 1983 in Klammern)¹².

Terrorakte ¹³ und andere schwere Gewaltakte	ausgeführte bzw. versuchte oder vorbereitete Gewaltaktionen		angedrohte Gewaltaktionen		Insgesamt	
Tötungsdelikte	1	(5)	5	(6)	6	(11)
Sprengstoffvergehen	2	(2)	24	(22)	26	(24)
Brandanschläge	6	(2)	–	–	6	(2)
Zwischensumme	9	(9)	29	(28)	38	(37)
Sonstige Gewaltakte						
Körperverletzungen	29	(20)	–	–	29	(20)
Sachbeschädigungen	21	(32)	–	–	21	(32)
Verstöße gegen VersammlG, Hausfriedensbruch u. ä.	49	(31)	–	(4)	49	(35)
Insgesamt	108	(92)	29	(32)	137	(124)

¹² In der Übersicht ist jede gewaltsame Aktion und sonstige Gesetzesverletzung nur einmal gezählt. Sind z. B. während einer Demonstration mehrere Körperverletzungen eingetreten, erscheinen sie nur als eine Gewalttat in der Rubrik Körperverletzungen. Sind im Verlauf einer Aktion mehrere der in den Rubriken genannten Gesetzesverletzungen (z. B. Körperverletzung und gleichzeitige Sachbeschädigung) eingetreten, so wurde die Aktion nur in der Rubrik des schwerwiegenderen Verstoßes aufgenommen.

¹³ Terrorakte sind Anschläge, d. h. schwerwiegende Straftaten, wie sie insbesondere in § 129 a Abs. 1 des Strafgesetzbuches genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) und andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen, sofern diese Taten gezielt im Rahmen eines nachhaltig geführten Kampfes für politische Ziele begangen werden. Nicht hierunter fallen Anschläge, die spontan, etwa aus gewalttätig verlaufenden Demonstrationsveranstaltungen heraus, durchgeführt werden.

Übersicht über die ausländische Wohnbevölkerung,
deren Personenanteil über 16 Jahre, sowie über die
Führungsstellen extremistischer bzw. extremistisch
beeinflußter Organisationen im Bundesgebiet für
1984



- Ausländische Wohnbevölkerung (insgesamt) 4 363 600
- Ausländer über 16 Jahre (insgesamt) 3 308 200
- Führungsstellen extremistischer bzw. extremistisch beeinflusster Organisationen

III. Mitgliederentwicklung*, Aktionsschwerpunkte, Tendenzen einzelner Ausländergruppen

1. Araber

1.1 Mitgliederentwicklung

Kernorganisationen	Nebenorganisationen	Beeinfl. Organisationen	Insgesamt	Vergleich 1983
3250	150	150	3550	3200

1.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten

Die schweren Auseinandersetzungen um Führung und Politik der „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ (PLO), die im Mai 1983 mit der von Syrien und Libyen unterstützten Meuterei in der größten PLO-Teilorganisation AL-FATAH begonnen hatten und 1984 eine weitere Spaltung bewirkten, hatten auch im vergangenen Jahr eine weitgehende Inaktivität der palästinensischen Widerstandsorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland zur Folge. Die Spannungen zwischen Anhängern und Gegnern des PLO-Vorsitzenden *Arafat* führten in Aachen am 28. September zu massiven Handgreiflichkeiten. Die pro-syrischen *Arafat*-Gegner, die jegliche Lösung des Palästina-Problems auf dem Verhandlungswege ablehnen und ausschließlich auf den „bewaffneten Kampf“ fixiert sind, konnten ihren Einfluß leicht steigern, ihre Gefolgsleute befinden sich aber insgesamt in der Bundesrepublik Deutschland deutlich in der Minderheit; nur im „Palästinensischen Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin“ (PSV) sind sie relativ stark vertreten.

Mitglieder der Gruppe um den FATAH-Rebellen Said Mussa *Maragha* (*Abu Mussa*) bemühten sich verstärkt, FATAH-Anhänger insbesondere innerhalb des „Palästinensischen Arbeiterverbandes in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin“ (PAV), der mit ca. 1000 Mitgliedern größten palästinensischen Organisation im Bundesgebiet, gegen *Arafat* und seine Politik aufzuwiegeln. Sie waren bestrebt, eigene Vereinigungen zu gründen. Die große Mehrheit der Mitglieder der PAV und der FATAH standen aber der Spaltergruppe weiterhin ablehnend gegenüber.

Die Haltung der im Bundesgebiet durch kleine Gruppen vertretenen orthodox-kommunistisch orientierten Organisationen „Volksfront für

Auseinandersetzungen innerhalb der PLO führten zu weitgehender Inaktivität palästinensischer Extremisten im Bundesgebiet

* Die Zahlenangaben beruhen auf Schätzungen. Veränderungen der Mitgliederzahlen gegenüber dem Vorjahr können auch auf neuere Erkenntnisse zurückzuführen sein, bedeuten daher nicht immer einen tatsächlichen Mitgliederzuwachs bzw. Mitgliederverlust.

die Befreiung Palästinas“ (PFLP) und „Demokratische Front für die Befreiung Palästinas“ (DFLP) zu dem Streit in der PLO war nicht einheitlich. Während die DFLP um Ausgleich zwischen den sich bekämpfenden Lagern zugunsten der Einheit der Organisation bemüht war und ein Zusammengehen mit den Dissidenten nach wie vor ablehnte, waren in der PFLP Tendenzen zu einer Solidarisierung mit den militanten *Arafat*-Gegnern erkennbar.

- **Vorbereitung eines Sprengstoffverbrechens durch palästinensische Splittergruppen**

1.3 Gewaltaktionen

Im Juni stellte die Polizei in Berlin (West) zwei in Koffern versteckte Sprengsätze sicher, die vermutlich von Angehörigen der PFLP-Splittergruppe „Arabische Organisation 15. Mai“ eingeschmuggelt worden waren. Diese Gruppe hatte sich u. a. bereits für den Anschlag auf ein jüdisches Speiselokal in Berlin im Januar 1982 verantwortlich erklärt, bei dem ein Kleinkind getötet und 25 Personen verletzt worden waren.

Auch 1984 wurden im europäischen Ausland wieder eine Reihe von Terrorakten mutmaßlich von Kommandos besonders radikaler palästinensischer Splittergruppen vorbereitet oder durchgeführt. Sie richteten sich gegen Vertreter bzw. Einrichtungen arabischer Staaten, Israels und der USA und in einem Fall gegen einen Angehörigen der FATAH. Den Anschlägen fielen vier Menschen zum Opfer. Mit der „Übernahme der Verantwortung“ für die Explosion einer Autobombe vor dem Gebäude der israelischen Botschaft in Nikosia bekannte sich erstmals auch die FATAH-Dissidentengruppe unter *Abu Mussa* zu einem Terroranschlag in Europa.

2. Türken

2.1 „Neue Linke“

2.1.1 Mitgliederentwicklung

Kern-organisationen	Neben-organisationen	Beeinfl. Organisationen	Insgesamt	Vergleichszahlen 1983
8000	–	–	8000	9200

- **Starke Aktivitäten der türkischen „Neuen Linken“**

2.1.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten

Die Agitation der Vereinigungen der türkischen „Neuen Linken“ richtete sich wie im Vorjahr gegen die Verhältnisse in der Türkei und den „Imperialismus“. Außerdem polemisierten diese Gruppen gegen einige Entscheidungen in der deutschen Politik, insbesondere auf dem Gebiet des Ausländer- und Asylrechts. Der Hungerstreik in türki-

schen Haftanstalten und Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen in der Türkei lösten Kampagnen und Solidaritätsaktionen aus; es kam zu Demonstrationen, Besetzungsaktionen und einem Sternmarsch; auch ein Sprengstoffanschlag wurde verübt. An den Protestveranstaltungen nahmen andere ausländische und deutsche Gruppen der „Neuen Linken“ sowie orthodox-kommunistische Vereinigungen verschiedener Nationalitäten teil.

Die ideologischen Differenzen im Bereich der türkischen „Neuen Linken“ hielten an. Dennoch besteht in den Zielen weitgehend Übereinstimmung; es geht um die Beseitigung des bestehenden politischen Systems in der Türkei mit revolutionärer Gewalt. Besonders aktiv sind vor allem Gruppierungen, die von der „Türkischen Kommunistischen Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/M-L), der „Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei“ (TDKP) und der „Türkischen Volksbefreiungspartei/-Front“ (THKP/-C) beeinflusst werden.

Die TKP/M-L kündigte in einer deutschsprachigen Erklärung ihres Zentralkomitees zum 1. Mai an: „Die Arbeiter, Bauern, unser werktätiges Volk aller Nationalitäten werden im Klassenkampf gegen den bis an die Zähne bewaffneten Feind, gegen den faschistischen türkischen Staat zu den Waffen greifen und diesen Staat durch die demokratische Volksrevolution dem Erdboden gleichmachen“. Andere „imperialistische“ Staaten – dazu wird die Bundesrepublik Deutschland gerechnet – werden in die Kampfansage einbezogen; die TKP/M-L sieht ihre Aufgabe darin, „das imperialistische System nicht durch Reformen zu verbessern, sondern dieses durch die proletarische Weltrevolution zu stürzen, zu zerschlagen, zu vernichten.“

Die Ziele der konspirativ arbeitenden TKP/M-L verfolgte in der Bundesrepublik Deutschland in hetzerischer und militanter Weise hauptsächlich die „Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V.“ (ATIF), die in die Gruppen „Partizan“ und „Partizan Bolsevik“ gespalten ist.

Die weiterhin mitgliederstärkste ATIF-Gruppe ist die Gruppe „Partizan“ (ATIF-P), obgleich sich die Zahl ihrer Mitglieder von ca. 2500 im Vorjahr auf schätzungsweise rd. 1600 verringerte. Den militanten Charakter von ATIF-P verdeutlicht eine im Mai im Bundesgebiet verbreitete Flugschrift, in der behauptet wird, „die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland“ könne „nur mit der Revolution, mit der Errichtung eines wahren sozialistischen Systems“ abgeschafft werden. In einem anderen im Juni verbreiteten Flugblatt der ATIF-P heißt es, „daß in Westdeutschland der Faschismus“ wachse. „Der westdeutsche Staat“ führe gegen die Ausländer „eine vielseitige Angriffskampagne“, indem er „politische, soziale und ökonomische Rechte Tag für Tag“ einschränke, „Milliarden für die Rüstung“ ausbebe, „um Millionen Menschen töten zu können“. Die Gruppe „Partizan Bolsevik“ (ATIF-PB), die schon im letzten Jahr Auflösungserscheinungen gezeigt hatte, besaß am Jahresende schätzungsweise nur noch 200 Anhänger gegenüber 500 im Vorjahr.

Die nur noch etwa 2000 Mitglieder (Vorjahr: 2600) starke „Föderation

Die von der
THKP/C
beeinflussten Organi-
sationen sind beson-
ders militant

der türkischen demokratischen Arbeitervereine in Deutschland e. V.“ (DIDF), die das Gedankengut der in der Türkei verbotenen „Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei“ (TDKP) vertritt, organisierte einen Sternmarsch von Düsseldorf nach Straßburg, um den Europarat und die Öffentlichkeit auf „Menschenrechtsverletzungen“ in der Türkei aufmerksam zu machen und den „Widerstand der politischen Gefangenen zu unterstützen“. An Demonstrationen der DIDF beteiligten sich auch deutsche Gruppen der „Neuen Linken“.

2.1.3 Gruppen mit besonderer Bereitschaft zur Gewaltanwendung

Die THKP/-C und die von ihr beeinflussten Vereinigungen agieren besonders militant. Es waren vermutlich Anhänger der THKP/-C, die am 20. April einen Sprengstoffanschlag auf ein Büro der amerikanischen Fluggesellschaft PAN AM in Stuttgart verübten. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von 15000 DM. Telefonisch erklärte sich eine bislang nicht bekannte türkische „Revolutionäre Volksbrigade“ für den Anschlag verantwortlich; sie kündigte an, solche Aktionen solange fortzusetzen, bis die in der Türkei politisch Inhaftierten nicht mehr mißhandelt, sondern freigelassen würden.

Die Ziele der THKP/-C wurden im Bundesgebiet vor allem von der Gruppe „DEV RIMCI SOL“ (DEV SOL) („Revolutionäre Linke“) vertreten. Ihre Anhänger zeigten sich durch das am 9. Februar 1983 vom Bundesminister des Innern ausgesprochene Verbot verunsichert. Im Gegensatz zum Ausland, wo die Organisation weiterhin gewalttätige Aktionen durchführte, blieben öffentliche Aktionen im Bundesgebiet weitgehend aus. Es kam lediglich zur Verbreitung einzelner Propagandaschriften mit Gewalttagitation (z. B. „Türkei-Bulletin“), die zum Teil im Ausland gedruckt wurden. Die in kleinen Zellen organisierten schätzungsweise 350 Anhänger treten auch unter der Tarnbezeichnung „AVRUPA 'da DEV GENÇ“ („Revolutionäre Jugend in Europa“) auf. Im Bundesgebiet war der Strafprozeß gegen die DEV SOL-Mitglieder, die am 3./4. November 1982 das türkische Generalkonsulat in Köln besetzt hatten, Anlaß zu Droh- und Gewaltaktionen zugunsten der Angeklagten. So erhielt der vorsitzende Richter der Strafkammer am 16. Januar ein Paket, in dem sich ein Schweinekopf und ein Drohbrief mit folgendem Text befanden:

„Wenn die Folter den Menschen zum Schweigen bringt, sind die Richter die Henker – und Henker leben gefährlich. Denk an *Drenkmann*, hau ab aus dem DEV SOL-Prozeß! Der Widerstand läßt sich nicht brechen!“

Am 28. März blockierten etwa 30–50 Personen, meist deutsche Gesinnungsgenossen die Abfahrt des Gefangenenkonvois und attackierten den Transportwagen mit Fußtritten, Faustschlägen und Schlagwerkzeugen. Fünfzehn Personen, davon sechs Deutsche aus dem terroristischen Umfeld, wurden vorübergehend festgenommen.

Das Gericht verurteilte am 3. April die beiden Rädelsführer der Konsulatsbesetzung wegen Geiselnahme zu je vier Jahren und sechs Mo-

naten, die übrigen acht Täter jeweils zu vier Jahren Freiheitsstrafe; das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Die mit etwa 1600 Anhängern zahlenmäßig stärkste von der THKP/-C beeinflusste Organisation „DEVIRIMCI YOL“ (auch „DEVIRIMCI ISCI“, d. h. „Revolutionäre Arbeiter“ genannt) war durch Meinungsverschiedenheiten über taktische Fragen in sich zerstritten. Anfang des Jahres trat „DEVIRIMCI YOL“ aus der im Sommer 1982 von 9 Organisationen gegründeten türkischen „Vereinigten Widerstandsfront gegen den Faschismus“ (FKBDC) aus, deren Zentralkomitee heftige Kritik an der Gruppe geübt hatte. Die FKBDC verurteilte im April in ihrer Propagandaschrift „DIRENIS CEPHESI“ (Widerstandsfront), die vermutlich in Frankreich gedruckt und in Essen verbreitet worden war, die politische Linie der DEV YOL als reformistisch, kleinbürgerlich und nachlässig. „Statt in Europa eine Ersatzkraft der türkischen Revolution zu organisieren“, habe sich die Organisation in „fruchtlosen Diskussionen verzettelt“. Mit der Verlegung der „DEVIRIMCI YOL“-Zentrale von Köln nach Hamburg Ende April stellte das von dieser Gruppe maßgeblich beeinflusste türkische „Antifaschistische Einheitskomitee im Ausland“ (BIRKOM) die schon seit Ende 1983 geringen Aktivitäten völlig ein.

Trotz der inneren Zerstrittenheit war „DEVIRIMCI YOL“ bemüht, mit verstärkter Propaganda gegen die „Scheindemokratie“ und „Folter“ in der Türkei sowie mit verstärkter Agitation gegen die Ausländerpolitik der Bundesregierung eine breitere Basis aufzubauen.

Versuche der Organisation, sich deutschen politischen Gruppen zu nähern, blieben nicht ohne Erfolg. Anlässlich der Wahlen zum Europaparlament Mitte Juni bildete „DEVIRIMCI YOL“ zusammen mit dem „Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK) und dem „Kommunistischen Bund“ (KB) eine Aktionseinheit und rief in einer deutschsprachigen Broschüre mit dem Titel „Kein Mandat für die imperialistischen Ziele der BRD in der EG“ zum Boykott der Wahlen auf.

2.2 Orthodoxe Kommunisten

2.2.1 Mitgliederentwicklung

Kernorganisationen	Nebenorganisationen	Beeinfl. Organisationen	Insgesamt	Vergleich 1983
1200	–	6000	7200	6950

2.2.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten

Bedeutsamste moskautreue türkische Organisation blieb die „Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e. V.“ (FIDEF), die nach wie vor von der konspirativ arbeitenden „Kommunistischen Partei der Türkei“ (TKP), Exilsitz Berlin (Ost),

FIDEF stärkste Kraft der türkischen orthodoxen Kommunisten

**Ausländerpolitik der
Bundesregierung An-
griffsobjekt der
FIDEF**

beeinflusst wird. Meinungsverschiedenheiten über Ideologie und Strategie in der TKP und ihren untereinander zerstrittenen Gruppen – sie führten u. a. im Oktober zu gewaltsamen Auseinandersetzungen bei einer Mannheimer Untergruppierung, wobei die Polizei mehr als 20 Beteiligte festnahm – schwächten jedoch den Einfluß auf die FIDEF.

Wie im Vorjahr hat die FIDEF schätzungsweise 6000 Mitglieder. Die erheblichen Mitgliederverluste, die 1981 eingesetzt hatten, kamen zum Stillstand. Auch finanziell scheint die FIDEF inzwischen eine gewisse Konsolidierung erreicht zu haben.

Entsprechend den Beschlüssen auf ihrem 8. Bundeskongreß am 7./8. April in Essen setzte die FIDEF ihren Kampf gegen die türkische Regierung mit massiven Protesten fort; sie behauptete in einer Propagandaschrift mit dem Titel „Generalamnestie“, „die Verfassung und neuen Gesetze schaffen die Rahmenbedingungen einer langfristigen faschistischen Diktatur“ in der Türkei. In Flugschriften warf sie der türkischen Regierung „schlimmste Menschenrechtsverletzungen“ vor und forderte die Bundesregierung zur Einstellung jeglicher Unterstützung für das „Unrechtsregime“ in der Türkei auf.

Auch die deutsche Ausländerpolitik war weiterhin bevorzugtes Angriffsziel der FIDEF. In einem Flugblatt zum 1. Mai behauptete die Organisation, die geplante Novellierung des Ausländergesetzes sei „Grundlage für die Verdrängung der Ausländer und den Abbau ihrer sozialen und demokratischen Rechte“. Die Rückkehrhilfe der Bundesregierung lehnte sie ab. In der Friedens- und Abrüstungsdiskussion glich ihre Argumentation der der „Deutschen Kommunistischen Partei“; durch die Stationierung der Mittelstreckenraketen würden USA und NATO „erheblich zur Kriegsgefahr“ beitragen.

Die FIDEF pflegte Kontakte zur DKP und war bemüht, ihre Beziehungen zu DKP-beeinflußten Gruppierungen zu verstärken, um mit ihnen gemeinsame Aktionen z. B. gegen die „Ausländerfeindlichkeit“ und den „Neofaschismus“ in der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen. Sie suchte sogar Verbindung zur türkischen „Neuen Linken“. Zusammen mit der türkischen orthodox-kommunistischen „Föderation der Einheit für Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland“ (DIB-AF) beteiligte sich die FIDEF im April an einer von sechs türkischen und kurdischen linksgerichteten Gruppen getragenen Kampagne „Freiheit für die politischen Gefangenen in der Türkei“. In einer Flugschrift, die im Juni in Köln verteilt wurde, protestierte sie gegen die „barbarische Unterdrückung der tapferen Söhne unseres Volkes in den Gefängnissen durch das faschistische Regime“.

Nach einer im Januar 1985 im Bundesgebiet verbreiteten Erklärung in türkischer Sprache schlossen sich im Dezember 1984 an einem bislang nicht bekannten Ort folgende sechs orthodox-kommunistische Parteien zu einer Aktionseinheit zusammen, die sich „SOL BIRLIK“ (Linke Einheit) nennt:

– „Avantgardistische Arbeiterpartei Kurdistans“ (PPKK)

- „Türkische Arbeiterpartei“ (TIP)
- „Kommunistische Partei der Werktätigen der Türkei“ (TKEP)
- „Kommunistische Partei der Türkei“ (TKP)
- „Sozialistische Partei Türkisch-Kurdistan“ (TKSP)
- „Sozialistische Arbeiterpartei der Türkei“ (TSIP).

Die Widerstandsfront will der türkischen „faschistischen Führung ein Ende setzen“ und der „aggressiven Politik des Imperialismus Einhalt gebieten“.

Die der „SOL BIRLIK“ angehörenden Parteien verfügen im Bundesgebiet über etwa 1700 Anhänger.

2.3 Extreme Nationalisten

2.3.1 Mitgliederentwicklung

Kern-organisationen	Neben-organisationen	Beeinfl. Organisationen	Insgesamt	Vergleich 1983
10000	-	-	10000	15000

2.3.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten

Die „Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V.“ (ADÜTDF) enthielt sich im vergangenen Jahr in der Öffentlichkeit aller Äußerungen, die ihre Verbindungen zu der in der Türkei verbotenen „Partei der Nationalen Bewegung“ (MHP) und deren Gedankengut hätten erkennen lassen können. Organisationsintern zeigte sie jedoch ihre Sympathie für diese Partei. So skandierten die Teilnehmer auf dem 6. Jahreskongreß der ADÜTDF am 21. April 1984 in Wiesbaden zugunsten des inzwischen in der Türkei inhaftierten früheren Vorsitzenden der MHP „Führer Türkes“ und „Freiheit für Türkes“.

Nach neuesten Schätzungen weist die ADÜTDF nur noch 10000 Mitglieder auf. Im Vorjahresbericht war die Mitgliederzahl noch mit 15000 angegeben worden. Die Differenz beruht zum einen auf verbesserten Erkenntnismöglichkeiten der Behörden für Verfassungsschutz, zum anderen auch auf einem erheblichen Mitgliederschwind, der u. a. auf eine verstärkte Rückkehr von ADÜTDF-Anhängern in ihr Heimatland zurückzuführen ist. Öffentliche Aktivitäten des Dachverbandes waren kaum zu beobachten.

Mitgliederzahlen der ADÜTDF stark rückläufig

2.4 Islamische Extremisten

2.4.1 Mitgliederentwicklung

Kern-organisationen	Neben-organisationen	Beinfl. Organisationen	Insgesamt	Vergleich 1983
19000	–	–	19000	12000

Erheblicher Mitgliederzuwachs islamischer extremistischer Organisationen

2.4.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten

Die bedeutsamste türkische Gruppierung, die „Islamische Union Europa e. V.“ propagierte mit ihrem Jugendverband „Islamische Welt-Jugendorganisation“ (DIGT) und ihren örtlichen Vereinigungen („Organisationen Nationaler Standpunkt“ u. a.) das streng theokratische Gedankengut der in der Türkei verbotenen und aufgelösten „Nationalen Heilspartei“ (MSP). Mit der Union ist das „Islamische Zentrum Köln e. V.“ (IZ) organisatorisch und politisch-ideologisch eng verbunden. Ziel der islamisch-extremistischen türkischen Vereinigungen ist es, in der Türkei ein Staatswesen zu errichten, daß der „Islamischen Republik Iran“ vergleichbar ist. Das Mitgliederpotential der islamisch-extremistischen Gruppierungen wird auf 19000 Personen (1983: 12000) geschätzt. Der erhebliche Mitgliederzuwachs beruht vor allem auf erfolgreichen Bemühungen, unter gläubigen Landsleuten neue Anhänger zu gewinnen.

2.5 Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Türken

Wie im Vorjahr kam es wieder zu einzelnen Auseinandersetzungen zwischen links- und rechtsextremistischen Türken. Die Angriffe gingen, soweit bekannt, von den Linken aus. Nennenswert sind folgende Fälle:

Gewaltaktionen links-extremistischer türkischer Gruppen gegen politische Gegner halten an

- Am 4. Februar demonstrierten in Hannover ca. 700 Personen gegen eine Kulturveranstaltung des „Vereins türkischer Idealisten in Hannover und Umgebung e. V.“, Mitgliedsverein der ADÜTDF; sie forderten: „Kein Treffen für die faschistischen Grauen Wölfe“*. Dabei gingen militante politische Gegner u. a. mit Steinen und Tränengas gegen die Veranstaltungsteilnehmer vor.
- Am 25. Februar führte der „Nationale türkische Kulturverein Herrenberg e. V.“, Mitgliedsverein der ADÜTDF, in Nufringen eine Folkloreveranstaltung durch. Kurz vor dem Einlaß der Besucher zündeten anonym gebliebene Täter im Eingangsbereich einen selbstgefertigten Brandsatz.

* Der „Graue Wolf“ ist eine legendäre Figur aus der türkischen Mythologie. Die Türken sehen in ihm ein Symbol für Mut, Stärke und Freiheit. Mit dem Begriff „Graue Wölfe“ werden in der Öffentlichkeit häufig die Mitglieder der ADÜTDF bezeichnet. Eine Organisation mit der Bezeichnung „Graue Wölfe“ ist im Bundesgebiet jedoch nicht bekannt.

- Am 8. April versuchten in Bremen etwa 200 türkische und deutsche Linksextremisten eine Kulturveranstaltung der „Türkischen Gemeinschaft e. V. Bremen“, Mitgliedsverein der ADÜTDF, gewaltsam zu verhindern. Ihnen gelang es, Veranstaltungsteilnehmer am Betreten der Räumlichkeiten zu hindern. Polizeikräfte wurden mit Steinen und Flaschen beworfen.
- Am 27. Oktober verteilten Mitglieder des „Türkischen Kulturvereins in Mannheim und Umgebung e. V.“, Mitgliedsverein der ADÜTDF, in der Innenstadt Flugblätter, die auf eine Folkloreveranstaltung am nächsten Tag in Ludwigshafen hinwiesen. Sieben linksextremistische Türken griffen die Flugblattverteiler mit Holzstöcken und Schlagketten an und verletzten vier von ihnen. Die Polizei nahm vier Täter fest.
- In der Nacht zum 16. Dezember überfielen in Hannover etwa 20 linksextremistische Türken eine Gruppe von vier nationalistischen Türken, schlugen sie nieder und verletzten sie durch Messerstiche. Nach Angaben eines Verletzten waren alle Angreifer, die entkommen konnten, mit Messern bewaffnet; einer von ihnen habe eine Handfeuerwaffe getragen.
- Am 23. Dezember wurden in Stuttgart 15 Angehörige des dortigen „Türkischen Kulturvereins“, Mitgliedsverein der ADÜTDF, bei Aufbauarbeiten für eine Saalveranstaltung von etwa 150 linksextremistischen Türken verschiedener ideologischer Richtungen angegriffen. Die teilweise maskierten Täter stachen mit Messern und schlugen mit Knüppeln auf die ADÜTDF-Anhänger ein; vier erlitten schwere Verletzungen. Nachdem die Überfallenen aus dem Veranstaltungsgebäude geflüchtet waren, verbarrikadierten sich dort die Angreifer. Beim nachfolgenden Polizeieinsatz wurden mehrere Beamte verletzt.

3. Türkische Kurden

3.1 Mitgliederentwicklung

Kern-organisationen	Neben-organisationen	Beeinfl. Organisationen	Insgesamt	Vergleich 1983
2000	300	—	2300	1650

3.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten

Die Aktivitäten kurdischer Extremisten nahmen 1984 auch im Bundesgebiet zu. Ihr vorrangiges Ziel ist die Errichtung eines autonomen Kurdenstaates.

Die militanteste und aktivste international operierende Organisation war die teilweise konspirativ arbeitende orthodox-kommunistische

Militante PKK verstärkt ihre Aktivitäten

**Terror der PKK gegen
„Abweichler“**

„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK), die auch unter dem Namen einer ihrer Publikationen als „SERXWEBUN“ (Unabhängigkeit) auftrat und ihren Sitz in Köln hat. In der Öffentlichkeit werden ihre Interessen von der „Föderation der Patriotischen Arbeiter-Kulturvereine in der BRD e. V.“ (FEYKA-Kurdistan) ebenfalls in Köln, vertreten, die im März von PKK-Mitgliedsvereinen gegründet wurde. Erste größere Aktion der FEYKA-Kurdistan waren Sternmärsche von Hannover und Hanau nach Bonn gegen die Mitgliedschaft der Türkei im Europarat.

Die PKK arbeitete im Bundesgebiet nicht nur mit anderen kurdischen, sondern auch mit linksextremistischen türkischen Vereinigungen zusammen, z. B. von Januar bis März bei der Durchführung der Solidaritätskampagne für die hungerstreikenden Insassen der Haftanstalt in Diyarbakir/Türkei. Im Rahmen dieser Kampagnen drangen sie in mehreren Städten u. a. in Büros der SPD, der FDP, der Grünen und des DGB sowie in Kirchen ein.

Die Militanz der PKK, die in der Türkei an zahlreichen Terrorakten beteiligt war, zeigt sich auch in ihrem Verhalten gegen „Abweichler“ und „Verräter“ aus der eigenen Organisation. Am 20. Juni wurde in Uppsala/Schweden ein aus der Partei ausgetretener führender Funktionär auf offener Straße ermordet. Die Festnahme von mehreren PKK-Anhängern Mitte September in Schweden löste dann Protestaktionen der PKK vor schwedischen Einrichtungen in Hannover und Frankfurt/Main sowie in Amsterdam, Paris und Bern aus. Die PKK drohte der schwedischen Regierung mit „härteren Maßnahmen“, falls die Verhafteten nicht freigelassen würden. In der Augustausgabe des PKK-Organs „Kurdistan-Report“ wurde der Mord in Schweden als Konsequenz der Aktivitäten des Opfers als „agent provocateur“ des „europäischen Imperialismus“ dargestellt. Der Artikel enthielt auch Drohungen gegen einen angeblichen Verräter, der unter einem Pseudonym in einer im Bundesgebiet verbreiteten Schrift die „diktatorischen und tyrannischen Maßnahmen“ des Vorsitzenden des Zentralkomitees der PKK beklagt und behauptet hatte, „Oppositionellen“ drohten Strafen, die bis zum Mord gingen.

Auch die Ermordung eines türkischen Staatsangehörigen am 7. August in Rüsselsheim steht wahrscheinlich mit den Auseinandersetzungen in der PKK im Zusammenhang. Obwohl sich andere linksextremistische kurdische und türkische Vereinigungen im Bundesgebiet von der PKK und der FEYKA-Kurdistan wegen deren Militanz und Unterdrückungsmethoden distanzieren, gelang es diesen, für eine Demonstration zum vierten Jahrestag der Machtübernahme durch das Militär in der Türkei am 8. September in Duisburg 2000 bis 3000 Teilnehmer und für eine Großveranstaltung am 1. Dezember in Köln 4000 Teilnehmer zu mobilisieren.

Die orthodox-kommunistische „Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der BRD e. V.“ (KOMKAR) beteiligte sich wiederum an Demonstrationen und anderen Protestveranstaltungen linksextremistischer Türken und Kurden. An einer von ihr zum 8. September in

Köln angemeldeten Demonstration nahmen ca. 3000 Personen, darunter auch deutsche Kommunisten, teil.

Die gespaltene orthodox-kommunistische „Vereinigung der Studenten Kurdistans im Ausland“ (AKSA) zeigte kaum mehr Aktivitäten.

4. Iraner

4.1 Mitgliederentwicklung

Kern-organisationen	Neben-organisationen	Beeinfl. Organisationen	Insgesamt	Vergleich 1983
1200	50	1150	2400	2550

4.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten

Trotz rückläufiger Mitgliederzahlen war ein Anwachsen der Aktivitäten iranischer extremistischer Organisationen im Bundesgebiet festzustellen. Die Zahl politisch motivierter Gesetzesverletzungen stieg von vier im Vorjahr auf zehn an. Gewalttätigkeiten gingen vor allem von iranischen Gruppen aus, die in Opposition zu der derzeitigen iranischen Regierung stehen. In mehreren Städten kam es bei Flugblattverteilungen und anderen Anlässen nicht nur zu verbalen, sondern auch zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern und Gegnern der iranischen Regierung.

Monarchistische und nationalistische iranische Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland blieben organisatorisch zersplittert und waren wenig aktiv. Ihre fortdauernden Einigungsbemühungen hatten keinen nennenswerten Erfolg. Die Ermordung des monarchistischen Generals *Oweissi* und seines Bruders am 7. Februar in Paris, für die iranische Oppositionelle staatliche Institutionen des Iran verantwortlich machten, und ein Brandanschlag auf ein Büro der „Iran-Air“ in Frankfurt/Main am 5. Juni, zu dem sich eine bislang unbekannte Gruppe „Fedayin der kaiserlich-iranischen Monarchisten“ bekannte, machen jedoch die Gefahren deutlich, die für diese Gruppen bestehen und von ihnen ausgehen.

Die Aktivitäten der Regimegegner richteten sich in erster Linie gegen die politischen Verhältnisse im Iran und den fortdauernden Golfkrieg. Erstmals waren jedoch auch deutsche außenpolitische Ereignisse Gegenstand demonstrativer Kritik; am 20. Juni besetzten etwa 50 iranische Oppositionelle – Angehörige eines sogenannten „Koordinierungsbüros iranischer Studenten in Westberlin“ – das Foyer des Sender Freies Berlin, um gegen die Reise von Bundesaußenminister *Genscher* in den Iran zu protestieren.

Iranische Extremisten neigen wieder vermehrt zu Gewalt

4.3 Anhänger der iranischen Regierung

Die die derzeitige iranische Regierung unterstützende „Union der islamischen Studentenvereine in Europa“ (U. I. S. A.), deren erklärtes Ziel es ist, die „Errungenschaften der islamischen Revolution“ zu festigen, trat in der Öffentlichkeit kaum in Erscheinung. In Tübingen wurde am 5. Juni ein Mitglied der U. I. S. A., das einen Informationsstand betrieb, von etwa zehn politischen Gegnern angegriffen und verletzt.

4.4 TUDEH-Partei

Die orthodox-kommunistische TUDEH-Partei, die zunächst die „Linie des IMAM“ über Jahre hinweg aus taktischen Gründen mitgetragen hatte, aber am 4. Mai 1983 im Iran verboten wurde, versuchte weiter, sich in der Bundesrepublik Deutschland zu formieren. Ideologische und organisationsinterne Auseinandersetzungen trugen dazu bei, daß sie in der Öffentlichkeit nur wenig hervortrat. Ihre Veranstaltungen und Veröffentlichungen wurden von der von ihr beeinflussten „Organisation Iranischer Studenten-Sympathisanten der Volksfedayin des Iran (Mehrheit)“ und auch der DKP unterstützt.

4.5 Gegner der iranischen Regierung

4.5.1 „Neue Linke“

Die bedeutendste Gruppe unter den Gegnern der iranischen Regierung in der Bundesrepublik Deutschland bilden die Anhänger der international operierenden „Volksfedayin Guerilla“, die in der „Organisation der iranischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin, Sympathisanten der Volksfedayin Guerilla Iran“ (O. I. P. F. G.) organisiert sind. Sie strebt den gewaltsamen Sturz der iranischen Regierung an. Zollbeamte stellten am 8. September in Frankfurt/Main ein Paket sicher, das Anleitungen zum Bau von Bomben enthielt und an ein O. I. P. F. G.-Mitglied gerichtet war. Dieser Fund unterstreicht die Bereitschaft der O. I. P. F. G. zu Terrorakten. Ihre Militanz zeigte sich auch bei einer Besetzungsaktion gegen das Büro der „Iran-Air“ in Frankfurt/Main, bei der es zu Körperverletzungen kam; die O. I. P. F. G. forderte dort die „Einstellung der Militär- und Wirtschaftshilfe für das verbrecherische Regime des Iran“. Besetzungsaktionen der Vereinigung fanden auch in Den Haag, London, Paris und Wien statt.

Die „Moslemischen Studentenvereinigungen, Sympathisanten der Organisation der Volksmojahedin Iran (MSV-W. Germany)“ (MSV) sind zwar mit ca. 700 Mitgliedern unverändert die zahlenmäßig größte iranische Oppositionsbewegung in der Bundesrepublik Deutschland, entwickelten jedoch nur geringe politische Aktivitäten. Sie veranstalteten vereinzelt Demonstrationen sowie Unterschriften- und Spendensammlungen.

4.5.2 Monarchisten/Nationalisten

Das 1983 in Frankreich proklamierte Bündnis zwischen der „Iranischen Befreiungsfront“ (FLI) und der „Nationalen Widerstandsbewegung Iran“ (NWI) hatte in der Bundesrepublik Deutschland kaum Folgen. Die damit angestrebte Einigung der monarchistisch-nationalistischen iranischen Opposition kam nicht zustande. Die einzige monarchistische Dachorganisation im Bundesgebiet, die „Freiheitsfront Iran“ (FFI) – Mitglied der FLI – war kaum noch aktiv. Eine Gruppe, die sich als „Fedayin der kaiserlich-iranischen Monarchisten“ bezeichnete, verübte am 5. Juni einen Brandanschlag auf ein Büro der „Iran-Air“ in Frankfurt/Main.

5. Jugoslawen

5.1 Mitgliederentwicklung

Kern-organisationen	Neben-organisationen	Beeinfl. Organisationen	Insgesamt	Vergleich 1983
1250	–	–	1250	1600

5.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten

5.2.1 Die linksorientierte, weltweit operierende „Kroatische Staatsbildende Bewegung“ (HDP) erklärte auch 1984 ihre Bereitschaft zu Gewaltaktionen und zum „bewaffneten Kampf“ gegen jugoslawische Einrichtungen im In- und Ausland. Bemühungen, Zweiggruppen im Bundesgebiet aufzubauen, hatten nicht den gewünschten Erfolg. In Publikationen übte die HDP zum Teil heftige Kritik an Maßnahmen deutscher Polizeibehörden; das HDP-Organ „HRVATSKI TJEDNIK“ (Kroatisches Wochenblatt) verurteilte in seinen Ausgaben 319/320 eine Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktion, die das Landeskriminalamt Baden-Württemberg mit Unterstützung des Bundeskriminalamtes und örtlicher Polizeidienststellen in mehreren Bundesländern gegen Mitglieder bzw. Unterstützer einer exilkroatischen terroristischen Vereinigung durchgeführt hatte. Die Polizei stellte dabei sieben Faustfeuerwaffen, 546 Schuß Munition, einen Totschläger und umfangreiches Propagandamaterial sicher. Das Blatt behauptete hierzu, die Kroaten seien gezwungen gewesen, Waffen zu kaufen, um ihr „nacktes Leben“ vor den „Belgrader Verbrechern“ zu retten und versicherte zugleich, der kroatische Befreiungskampf werde bis zum Sieg fortgesetzt.

Die Welle von Mordanschlägen auf Exilkroaten und Jugoslawen albanischer Volkszugehörigkeit in den vergangenen Jahren lasteten kroatische Emigrantenkreise immer wieder dem jugoslawischen Staatssicherheitsdienst „SLUZBA DRZAVNI BEZBEDNOSTI“ (SDB),

HDP nach wie vor zum „bewaffneten Kampf“ bereit

„Kroatischer Nationalrat“ teilweise von der Basis isoliert

frühere Bezeichnung „UDBa“, an. 1984 kam es erstmals seit Jahren zu keinem Mordanschlag auf Exiljugoslawen.

5.2.2 Der 1974 in Toronto/Kanada gegründete „Kroatische Nationalrat“ (HNV) – nationalistischer Dachverband kroatischer Exilvereinigungen mit Sitz in New York – war im wesentlichen nur propagandistisch aktiv. Er vertritt im Vergleich zur HDP eine relativ gemäßigte Politik und lehnt Gewaltaktionen in den jeweiligen Gastländern ab. Der HNV verlor insbesondere im Bereich der „Basis“ weiter an Ansehen. Die Zahl der Mitglieder der Dachorganisation und der Unterorganisation wird auf ca. 600 geschätzt.

5.3 Funde von Waffen, Munition und Sprengmitteln

Am 22. März offenbarte ein Jugoslawe kroatischer Volkszugehörigkeit gegenüber dem Bundeskriminalamt ein Versteck in seinem früheren Münchener Wohnsitz, in dem sich über 20 elektrische Sprengzünder der Firma Dynamit Nobel befanden. Zur Herkunft der Sprengzünder gab er an, sie zusammen mit über fünf Kilogramm Sprengstoff im Mai 1981 von einem unbekanntem Jugoslawen aus Köln zur Aufbewahrung erhalten zu haben. Der Sprengstoff war bereits am 9. Dezember 1981 in Germering bei München sichergestellt und der Besitzer am 12. Mai 1983 vom Landgericht München zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und neun Monaten verurteilt worden.

Am 19. Juli verurteilte das Amtsgericht Mainz einen kroatischen Extremisten wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und drei Monaten. Bei ihm waren am 31. Januar bei einer Wohnungsdurchsuchung ein Revolver und Munition sichergestellt worden. Mit Urteil vom 24. September 1981 hatte bereits das Landgericht Mainz ihn wegen Verstoßes gegen das Sprengstoff- und Kriegswaffengesetz zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren verurteilt.

Am 9. Oktober verurteilte das Amtsgericht Karlsruhe einen kroatischen Extremisten wegen unerlaubten Waffenbesitzes zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr ohne Bewährung; das Urteil war am Jahresende noch nicht rechtskräftig.

6. Armenier

6.1 Mitgliederentwicklung

Kern-organisationen	Neben-organisationen	Beeinfl. Organisationen	Insgesamt	Vergleich 1983
50	–	–	50	50

6.2 Erkenntnisse zu Organisationen und Aktionsschwerpunkten

Die 1983 festgestellten Ansätze organisatorischer Strukturen unter den im Bundesgebiet lebenden armenischen Extremisten haben sich verfestigt. Damals war bei den Ermittlungen wegen des Terroranschlags auf das französische Generalkonsulat im Maison de France in Berlin (West) (25. August 1983), für den vermutlich armenische Terroristen verantwortlich sind, Schriftmaterial mit Hinweisen auf die Gründung einer Unterstützergruppe der marxistisch-leninistischen „ASALA-Revolutionäre Bewegung“ (ASALA-RB) sichergestellt worden. Die ASALA-RB hatte sich im Juli 1983 von der „Armenischen Geheimarmee für die Befreiung Armeniens“ (ASALA) abgespalten. Während die alte ASALA unter Führung *Hagopians* auch Einrichtungen und Repräsentanten der mit der Türkei verbündeten Staaten angreift, lehnt die ASALA-RB Gewaltaktionen gegen nicht-türkische Ziele ab. In Köln wurde im März die „Armenische Studenten- und Jugendorganisation“ gegründet, die ideologisch der ASALA-RB nahesteht. Sie betreibt international den Zusammenschluß junger Armenier unter der Organisationsbezeichnung „Armenian Youth-Assembly“ (APYA). Ziele der APYA sind u. a.:

- „Organisierung armenischer Jugendlicher in einer Avantgarde-Organisation,
- Demaskierung der imperialistischen Politik der Türkei und anderer Satelliten,
- Kampf gegen den Imperialismus, den Feind aller Menschen, angeführt vom amerikanischen Imperialismus.“

6.3 Gewaltaktionen

1984 gab es im Bundesgebiet keine terroristischen Anschläge armenischer Extremisten. Im Ausland setzten die ASALA, die „Gerechtigkeitskommandos des armenischen Völkermordes“ (JCAG) und insbesondere deren Kommandogruppe, die „Armenische Revolutionäre Armee“ (ARA), terroristische Aktionen gegen diplomatische Vertreter und Einrichtungen der Türkei u. a. in Wien und Teheran fort.

Armenische Extremisten organisieren sich auch im Bundesgebiet

Gewaltaktionen armenischer Extremisten im Ausland halten an

Spionageabwehr 1984

I. Allgemeine Erfahrungen

1. Überblick

Die Bundesrepublik Deutschland war auch im Jahre 1984 in allen Bereichen des öffentlichen Lebens intensiven Ausspähungsbemühungen der Nachrichtendienste kommunistischer Staaten ausgesetzt.

Unvermindert halten die Bemühungen an, Bundesbürger bei Reisen in den kommunistischen Machtbereich, aber auch innerhalb der Bundesrepublik Deutschland nachrichtendienstlich anzusprechen oder Agenten als Flüchtlinge oder Übersiedler getarnt ins Bundesgebiet einzuschleusen. Die nachrichtendienstlichen Angriffe gehen – wie die Festnahmen des Jahres 1984 gezeigt haben – in der Regel von gründlich geschulten und auf lange Sicht für ihren Einsatz vorbereiteten Agenten aus. Einigen war es gelungen, hervorragende nachrichtendienstliche Zugänge im politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bereich zu erschließen.

Hauptträger geheimdienstlicher Aktivitäten waren wiederum die Nachrichtendienste der DDR, gefolgt von Diensten Polens, der CSSR, Rumäniens und der Sowjetunion. Unverändert groß ist auch die Bedeutung der Legalen Residenturen in den amtlichen und halbamtlichen Vertretungen kommunistisch regierter Staaten in der Bundesrepublik Deutschland. Die dort tätigen Nachrichtendienst (ND)-Offiziere nutzen ihre Gesprächskontakte nicht nur zur offenen Nachrichtenbeschaffung (Abschöpfung), sondern sie führen auch mit konspirativen Mitteln Agenten.

Nach wie vor spielt die politische Spionage eine bedeutsame Rolle. Die Aufträge richten sich vor allem gegen Regierungs- und Verwaltungsstellen des Bundes und der Länder und gegen die politischen Parteien. Das gegnerische Interesse gilt aber auch den im Bundesgebiet ansässigen oppositionellen Emigranten und deren Organisationen.

Hier sind hauptsächlich die Nachrichtendienste Polens, Rumäniens, der CSSR und Jugoslawiens aktiv. Auf dem Gebiet der Militärspionage sind die bereits 1983 festgestellten verstärkten Anstrengungen fortgesetzt worden. Ziel der Ausspähungsversuche sind die Bundeswehr, die Stationierungstreitkräfte der NATO und die Rüstungsindustrie. Besonderes Interesse finden Unternehmen mit Forschungs- und Entwicklungsaufträgen der Bundeswehr. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage. Die Warschauer-Pakt-Staaten – allen voran die UdSSR – bemühen sich intensiv, Unterlagen über neue Technologien und Forschungsergebnisse zu erhalten. Die Beschaffung erfolgt dabei nicht nur mit nachrichten-

dienstlichen Mitteln. Durch Prospekte und anderes offenes Informationsmaterial, das z. B. auf Messen und Industrieausstellungen zu erhalten ist, sowie durch reguläre Geschäftsbeziehungen erlangen östliche Nachrichtendienste weitere Hinweise auf technisches Know-how. Solche Geschäftsbeziehungen werden auch genutzt, um den Erwerb hochwertiger Geräte vorzubereiten. Der Verkäufer wird dabei über den tatsächlichen Endabnehmer getäuscht. Die Ostblocknachrichtendienste verschaffen sich dadurch erhebliche Vorteile, daß sie die freie Marktwirtschaft und die Freiheit von Forschung und Lehre im westlichen Gesellschaftssystem ausnutzen. Dabei ist das sachliche Informationsinteresse häufig nur schwierig von einer gezielten Ausforschung mit geheimdienstlichen Methoden abzugrenzen.

2. Kontaktnähe/Werbungsmethoden

Um die Bedarfsträger in den Heimatstaaten kontinuierlich und aktuell mit Informationen auf politischem, militärischem, wirtschaftlichem und wissenschaftlichem Gebiet zu versorgen, sind die gegnerischen Nachrichtendienste bestrebt, in der Bundesrepublik Deutschland Agenten in interessante Objekte einzuschleusen oder bereits dort tätige Personen für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Die geheimen Mitarbeiter werden sowohl unter Personen mit Wohnsitz im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) als auch unter Bewohnern des kommunistischen Machtbereichs gewonnen.

2.1 Ansprachen von Bundesbürgern bei Aufenthalten im kommunistischen Machtbereich

Die Werbungsmaßnahmen gegenüber Bundesbürgern, die sich in einem Staat des Warschauer Paktes aufhalten, bilden eindeutig einen Schwerpunkt gegnerischer Aktivitäten. Die nachrichtendienstliche Bearbeitung beginnt dabei teilweise schon weit vor der Einreise. So werden etwa die Visaanträge nachrichtendienstlich oder sicherheitsmäßig interessanter Personengruppen – dazu zählen u. a. Angehörige des öffentlichen Dienstes, insbesondere Polizeibeamte sowie Soldaten, Journalisten und Personen, deren Geburtsort in einem Land des Ostblocks liegt – im Hinblick auf Chancen und Nutzen einer möglichen nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit überprüft. Von nachrichtendienstlichem Interesse sind vor allem Besucher, die aufgrund verwandtschaftlicher, freundschaftlicher oder geschäftlicher Beziehungen wiederholt in den Ostblock einreisen, insbesondere diejenigen mit wichtigen Zugangsmöglichkeiten.

Erste nachrichtendienstliche Kontakte erfolgten z. B. unter dem Vorwand, als „Journalist“ oder „Student“ an einem Meinungs austausch über berufliche, wissenschaftliche, kulturelle oder politische Themen interessiert zu sein. Dabei schlagen die Anbahner, die den Besucher oft bei dessen Verwandten oder Bekannten in der Wohnung aufsuchen, in der Regel ein eingehendes Gespräch an einem neutralen Ort vor.

Besucher aus dem Westen als Zielpersonen gegnerischer Nachrichtendienste

Häufig erfolgt die erste Ansprache westlicher Besuchsreisender, soweit diese nicht in den für West-Touristen vorgesehenen Hotels Unterkunft nehmen, auch im Rahmen der polizeilichen Anmeldung bei den örtlichen Paß- und Visastellen. Die für eine nachrichtendienstliche Ansprache vorgesehenen Personen werden unter einem Vorwand in ein Nebenzimmer gebeten, dort ND-Angehörigen zugeführt und einer eingehenden Befragung unterzogen.

Werbungsgespräche

Anknüpfungspunkte für das anschließende Werbungsgespräch waren bisher z. B. die berufliche Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, verwandtschaftliche oder freundschaftliche Verbindungen in den Ostblock, mögliche Kontakte zu Emigranten in der Bundesrepublik Deutschland sowie militärische Objekte im engeren Lebenskreis des Besuchers. Dabei nutzten die ND-Angehörigen geschickt die Zwangssituation der Westbesucher aus, indem sie z. B. mit einem künftigen Einreiseverbot oder anderen Repressalien drohten.

Druckmittel/Repressalien

Beispiel:

– Der Ingenieur A. war vor Jahren von einer Besuchsreise in die Bundesrepublik Deutschland nicht mehr in seine Heimat, die Tschechoslowakei, zurückgekehrt. Nachdem er deutscher Staatsbürger geworden war, ließ sich A. im Jahr 1982 gegen Entrichtung einer Gebühr aus dem csl. Staatsverband entlassen. Als die erste CSSR-Reise im Jahre 1983 ohne besondere Vorkommnisse verlaufen war, unternahm A. 1984 eine erneute Besuchsreise. Nach Erledigung der Anmeldeformalitäten in der örtlichen Meldestelle wurde er in ein Nebenzimmer geführt, wo ihn zwei Beamte des csl. Nachrichtendienstes StB erwarteten. In einem etwa einstündigen Gespräch versuchten diese, A. für eine nachrichtendienstliche Mitarbeit zu gewinnen. Unter Hinweis auf dessen berufliche Tätigkeit in einem Rüstungskonzern forderte einer der Gesprächspartner A. auf, einen Beitrag für den Friedenskampf der CSSR zu leisten. Dabei könne er viel Geld verdienen und habe zusätzlich die Möglichkeit, einen unbeschwerten Lebensabend in der CSSR zu verbringen. Als A. sich abweisend verhielt, wurde ihm bedeutet, daß er sein Verhalten überdenken solle. Man habe genug Möglichkeiten, ihm das Leben schwer zu machen.

Abschließend wurde ihm ein vorgedrucktes Formular zur Unterschrift vorgelegt, in dem er sich verpflichten sollte, Stillschweigen gegenüber jedermann zu bewahren. Nach anfänglicher Weigerung unterschrieb A. schließlich diese Erklärung, um endlich gehen zu können. Die StB-Angehörigen verabschiedeten sich mit den Worten, daß man zu einem späteren Zeitpunkt nochmals ein Gespräch mit A. führen wolle.

Versprechen von Vorteilen als Werbungs- mittel

Beliebt ist auch der Versuch, die Zielperson mit einer evtl. Befreiung vom Zwangsumtausch oder der großzügigen Ausfuhrmöglichkeit bestimmter Waren zur Mitarbeit zu bewegen.

Beispiel:

– B. kam Anfang der 70er Jahre als deutschstämmiger Spätaussiedler aus der CSSR in die Bundesrepublik Deutschland. In der Folge-

zeit reiste er jährlich etwa ein- bis zweimal besuchsweise zu seinen in der CSSR zurückgebliebenen Verwandten. Jahrelang blieb er nachrichtendienstlich unbehelligt. Bei seinem letzten CSSR-Besuch im Frühjahr 1984 wurde B. von einem Unbekannten in der Wohnung seiner Verwandten aufgesucht und aufgefordert, zur Klärung eines Verkehrsunfalls in der örtlichen Meldestelle zu erscheinen. Dort empfingen ihn zwei Männer, die sich als Angehörige des Staatssicherheitsdienstes vorstellten. Zum Anlaß der Vorladung äußerten sie, den angeblichen Autounfall lediglich vorgegeben zu haben, um mit B. ungestört ein Gespräch ohne Argwohn seiner Verwandten führen zu können. Zunächst erkundigten sie sich nach B.s Verhältnissen, wobei seine berufliche Tätigkeit als EDV-Operator in einer großen Firma breiten Raum einnahm. U. a. wollten sie von ihm wissen, ob er Zugang zu Daten von ehemaligen csl. Staatsangehörigen bzw. Emigranten habe, die in der Firma beschäftigt sind. Er solle eine Liste dieser Leute erstellen und beim nächsten Besuch übergeben. Seine Mitarbeit diene der Erhaltung des Friedens und könne mit der Befreiung vom Zwangsumtausch honoriert werden. Im übrigen könne man ihm behilflich sein, wenn er bei künftigen Ein- und Ausreisen Schwierigkeiten mit dem tschechoslowakischen Zoll haben sollte. Als B. seine Gesprächspartner darauf hinwies, daß ihm die Preisgabe derartiger Daten ausdrücklich verboten sei, drohten diese ihm mit einer künftigen Einreisesperre. Er solle sich die Angelegenheit bis zum nächsten Besuch überlegen und gegenüber jedermann Stillschweigen über dieses Gespräch bewahren.

Es kommt vor, daß gegnerische Nachrichtendienste auch ein Entgegenkommen bei der Familienzusammenführung in Aussicht stellen. Daran sind vor allem Bundesbürger interessiert, die einen Staatsangehörigen eines osteuropäischen Staates heiraten wollen. In solchen Fällen kann es zu einem jahrelangen Tauziehen um die Ausreisegenehmigung für den Ehepartner kommen. Um diese leichter zu erreichen, sind einer oder beide Ehepartner allzuoft zu einer Mitarbeit für einen Nachrichtendienst bereit. Wie das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) in solchen Fällen vorgehen kann, schildert der nachfolgende Fall:

Erstmals im Jahre 1981 stellte die jetzt 27jährige Krankenschwester L. einen Antrag auf Übersiedlung zu ihrem in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Verlobten. Sie wurde daraufhin zum Rat des Kreises vorgeladen, wo man ihr die Beziehung zu einem Bundesbürger vorhielt. Einige Wochen später wurde sie aus ihrem Arbeitsverhältnis entlassen und angehalten, in einem Volkseigenen Betrieb (VEB) tätig zu werden.

Ihrem Verlobten wurden weitere Einreisen in die DDR verweigert.

Anfang 1983, nach mehreren erfolglosen Übersiedlungsbemühungen, eröffnete ihr ein Angehöriger des MfS, daß eine baldige Genehmigung ihres Übersiedlungsantrages von ihrer Bereitschaft zur nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit abhängig sei. Um die Übersiedlung nicht zu gefährden, erklärte sie sich zu einer Mitarbeit bereit und leistete auftragsgemäß in der Folgezeit Spitzeldien-

Ausnutzen persönlicher Bindungen – Familienzusammenführung –

Spitzeldienste als Vorleistung

ste an ihrem Arbeitsplatz. Von diesem Zeitpunkt an konnte auch der Verlobte wieder in die DDR einreisen. Bei einem seiner Besuchsaufenthalte nahm das MfS Kontakt zu ihm auf. Ein allgemein gehaltenes Gespräch über die Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland und die Heiratspläne endeten mit der konkreten Aufforderung zu einer Zusammenarbeit mit dem MfS.

Strafbare Handlungen Druckmittel

Auch tatsächliche oder angebliche Gesetzesverstöße, wie Schmuggel (Devisen, Antiquitäten, Literatur, Taschenrechner und andere Mangelartikel), Verkehrsübertretungen, Fluchthilfe, Schwarztausch, „Spionage“, Bestechung von Geschäftspartnern oder Verstöße gegen Meldevorschriften sind Ansatzpunkte für Werbungsversuche. Bei Bedarf werden derartige Delikte auch provoziert. Das Opfer wird dann unmißverständlich vor die Alternative gestellt, entweder eine jahrelange Freiheitsstrafe zu verbüßen, wobei das Strafmaß auch bei leichten Übertretungen häufig drastisch überhöht dargestellt wird, oder aber sich zu einer Spionagetätigkeit zu verpflichten.

Auf die zuvor beschriebene Weise sollte auch der Elektriker E. nachrichtendienstlich verstrickt werden:

Erwerb einer antika- rischen Taschenuhr als Devisenvergehen

E. hielt sich im Auftrag seiner Firma zu einem 3monatigen Montageeinsatz in der UdSSR auf. Während einer Stadtbesichtigung bot ihm eine Russin eine Taschenuhr aus der Zarenzeit für 100,-DM zum Kauf an; E. erwarb die Uhr, ohne lange zu überlegen. Noch am selben Tag wurde er in das Büro des Kombinatleiters bestellt, wo ihm zwei angebliche Beamte der Miliz den verbotenen Erwerb einer Antiquität und damit ein Devisenvergehen vorwarfen, das mit 2-8 Jahren Gefängnis geahndet werden könne. Aus Angst vor einer Verurteilung leistete E. den Anweisungen seiner Gesprächspartner Folge und traf sich mehrmals mit den angeblichen Milizangehörigen, die er bald als Mitarbeiter eines sowjetischen Geheimdienstes erkannte. E. wurde allgemein über Kollegen ausgehört, später sollte er bereits konkrete Angaben über einen Montagearbeiter liefern. Man versprach ihm Vergünstigungen beim Erwerb weiterer Antiquitäten sowie eine Urlaubsreise in die UdSSR, falls er Unterlagen aus dem sicherheitsempfindlichen Bereich seiner Firma beschaffe.

Versprechen der vor- zeitigen Haftentlas- sung als Werbungs- mittel

Auch die „Haft im Osten“ wird immer wieder zum Anlaß für eine nachrichtendienstliche Anwerbung genommen. Unter Ausnutzung der besonderen Zwangslage der Häftlinge wird eine vorzeitige Haftentlassung versprochen. Hierzu die Angaben des Arbeiters Kurt B.:

1981 habe er sich aufgrund einer Zeitungsannonce einer kommerziellen Fluchthilfeorganisation angeschlossen. Schon bei dem ersten Versuch, einen Flüchtling auszuschleusen, sei er durch die DDR-Grenztruppen gefaßt worden. Kurze Zeit nach seiner Festnahme sei er von Mitarbeitern des MfS aufgesucht und zur Zusammenarbeit aufgefordert worden. Im Falle einer Zusage habe man ihm versprochen, zu seinen Gunsten Einfluß auf das Strafmaß zu nehmen. Nach seiner Verurteilung zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe sei er erneut auf eine Mitarbeit angesprochen worden. Ihm

seien neben einer vorzeitigen Haftentlassung finanzielle Unterstützung sowie Hilfe bei der Suche eines Arbeitsplatzes in Aussicht gestellt worden. Als Gegenleistung habe er Informationen über Fluchhilfeorganisationen, Fluchthelfer, deren Wohnungen, Autos und Stammlokale sowie geplante und durchgeführte Schleusungen sammeln und liefern sollen. Während der Haftzeit sei eine erste nachrichtendienstliche Ausbildung erfolgt, die von einer ideologischen Schulung begleitet gewesen sei. Nachdem ein kleiner Teil der Haftzeit verbüßt war, wurde er nach Berlin (West) „abgeschoben“. Dort offenbarte er sich den Sicherheitsbehörden.

Bei Ansprachen im Ostblock kann der Betroffene die eigentliche Absicht der Nachrichtendienste meist relativ leicht und frühzeitig erkennen. Manchmal tarnt der gegnerische Nachrichtendienst sein Vorgehen jedoch sehr geschickt; dem Angesprochenen bleibt deshalb über einen langen Zeitraum verborgen, daß er angebahnt wurde. Als Beispiel dient der nachfolgend geschilderte Fall Dr. O.:

Dr. O. erhielt während seines Studiums in Berlin (West) wegen seiner literarischen und journalistischen Neigungen Kontakt zur Kulturszene in Berlin (Ost). Er lernte einen DDR-Dramaturgen kennen, der sich an den literarischen Texten des Studenten interessiert zeigte und ihm anbot, bei der Veröffentlichung in der DDR behilflich zu sein. Danach trafen sich beide über ein Jahr hinweg mehrmals in Berlin (West) und im Bundesgebiet, später auch in Weimar und Jena. Im Restaurant des Interhotels Jena stellte der Dramaturg Dr. O. zwei Journalisten vor. Diese lobten Aufbau und Stil der Texte, schlugen ihm jedoch vor, problemorientierte Themen wie etwa die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland aufzugreifen. Für einen guten Bericht stellten die Journalisten eine entsprechende Bezahlung in Aussicht.

Dr. O. lieferte einen entsprechenden Bericht und legte weitere Arbeiten über die Friedensbewegung, Änderungen im Bundessozialhilfegesetz und Kürzungen im BAFöG vor. Bei einem späteren Treffen in Dresden kritisierten die DDR-Journalisten Dr. O.s Artikel. Diese seien für eine Veröffentlichung nicht „in“ genug. Dr. O. wurde aufgefordert, Rohmaterial zu liefern; die anschließende Verarbeitung wollten die beiden Journalisten dann selbst vornehmen. Als während des Gesprächs bekannt wurde, daß Dr. O. Verbindung zu Mitgliedern einer großen politischen Partei in der Bundesrepublik Deutschland unterhielt, forderten die Journalisten ihn auf, detailliert über andere Parteimitglieder zu berichten.

Jetzt erkannte Dr. O., daß der Dramaturg ihn zwei Mitarbeitern eines DDR-Nachrichtendienstes zugeführt hatte. Einen vorgelegten Vertrag über die weitere „Zusammenarbeit für den Frieden“ nahm er zum Schein entgegen und offenbarte sich nach Rückkehr sofort den Verfassungsschutzbehörden.

**Ansprache unter
Legende**

**„Journalisten“ als
Mitarbeiter**

2.2 Ansprachen von Bundesbürgern in der Bundesrepublik Deutschland und im westlichen Ausland

Die gegnerischen Nachrichtendienste beschränken sich nicht auf Ansprachen im eigenen Machtbereich. Im Bundesgebiet richtet sich ihr

Interesse vor allem auf Personen mit besonders qualifizierten Zugängen, die keine Reisen in den Ostblock unternehmen oder die einem Reiseverbot für diese Länder unterliegen.

Inoffizielle Mitarbeiter als Anbahner/ Werber

In vielen dieser Fälle ist der Kontakt zu einer Ostblockvertretung in der Bundesrepublik Deutschland Anlaß für Werbungsmaßnahmen gegnerischer Nachrichtendienste. Insoweit wird auf das Kapitel III. „Legale Residenturen“ (S. 235 ff) verwiesen. Einige Ostblock-Nachrichtendienste – und hier insbesondere das MfS der DDR – entsenden aber auch Inoffizielle Mitarbeiter (IM), die als Anbahner und Werber in der Bundesrepublik Deutschland auftreten. Ihre Werbungsmaßnahmen knüpfen sowohl an beruflicher Tätigkeit als auch an privaten Aspekten an. Charakteristisch ist, daß in nahezu allen Fällen die Ansprache legiert wird.

Ansprache unter Legende – besondere Sorgfalt –

So bot ein Anbahner in einem Zeitungsinsert eine Nebenbeschäftigung für eine Schreibkraft an. Einer Bewerberin gegenüber gab er sich bei dem Vorstellungsgespräch als französischer Journalist aus, der an einer Artikelserie über den Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland arbeite. Zur Vorbereitung seien Übersetzungen zu fertigen und Manuskripte zu erstellen, die sich u. a. mit speziellen Fragen zur Kernenergie befaßten. Nachdem sie die ersten Arbeiten erledigt hatte, bat er die Schreibkraft, die hauptberuflich als Sekretärin in einem großen Wirtschaftsunternehmen arbeitete, um Informationen aus ihrem Arbeitsbereich, damit er sein Manuskript auf den neuesten Stand bringen könne.

Werbungsgespräch im Ausland

Der Fall belegt erneut, daß die IM des MfS bei Werbungsmaßnahmen im Bundesgebiet regelmäßig sorgfältig vorbereitete und individuell abgestimmte Legenden benutzen. Notfalls verlegen sie auch die Werbung ins Ausland, wenn das Risiko einer Werbung in der Bundesrepublik Deutschland als zu hoch erscheint. Eine besondere Legende ist die Werbung unter „falscher Flagge“. Dabei wird die Person, die für eine nachrichtendienstliche Verwendung vorgesehen ist, über den örtlichen Nachrichtendienst als Auftraggeber getäuscht:

Werbung unter „falscher Flagge“

Der ehemalige Offizier der Bundeswehr R. war seit Jahren mit dem Vorsitzenden einer politischen Gesellschaft gut bekannt. Als sich dort finanzielle Probleme abzeichneten, bat der Vorsitzende den Offizier a. D., ihm neue Finanzquellen erschließen zu helfen. Dieser erklärte, er kenne einen Mitarbeiter eines amerikanischen wissenschaftlichen Instituts, der für eine finanzielle Unterstützung in Betracht komme.

Einige Wochen später vermittelte der Offizier ein Zusammentreffen des Vorsitzenden mit einem angeblichen Dr. S., den R. als seinen amerikanischen Freund und Mitarbeiter des genannten Instituts vorstellte. Bei Dr. S. handelte es sich jedoch um Ermittlungen zufolge mit hoher Wahrscheinlichkeit um den Mitarbeiter eines DDR-Nachrichtendienstes. Als Gegenleistung für eine finanzielle Unterstützung erwartete Dr. S. von dem Vorsitzenden Informationen über Wehrpolitik, über die Meinung der Parteien zum zweiten Teil des NATO-Doppelbeschlusses und über Atomwaffenstützpunkte (siehe auch S. 211).

2.3 Ansprachen von Personen mit Wohnsitz im kommunistischen Machtbereich

Seit Jahren nutzen die Nachrichtendienste des Ostblocks private Westreisen, Westkontakte sowie Aussiedlungsbemühungen eigener Bürger zur Anwerbung und Einschleusung von Agenten in den Westen. Die für die Genehmigung einer Westreise oder Aussiedlung vorgelegten Unterlagen geben den gegnerischen Nachrichtendiensten erste Hinweise auf eine nachrichtendienstliche Eignung der Antragsteller.

Oft wird die Reise- oder Aussiedlungsgenehmigung von einer nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit abhängig gemacht.

Beispiel:

Ein polnischer Staatsangehöriger, der aufgrund einer Einladung aus der Bundesrepublik Deutschland einen Reisepaß beantragt hatte, erhielt ihn nur unter der Bedingung, daß er während seines Deutschlandaufenthaltes die Aktivitäten der Exil-„Solidarität“ abklären und die dort engagierten Polen auskundschaften solle. Ein ND-Offizier drohte ihm, er werde seine Familienangehörigen mindestens neun Jahre nicht mehr sehen, falls er nicht nach Polen zurückkehren würde.

Auch dann, wenn Bürger der DDR in die Bundesrepublik Deutschland übersiedeln, wird das MfS in jedem Einzelfall an den Genehmigungsverfahren beteiligt: die Abteilung „Innere Angelegenheiten“ beim Rat des Kreises, der Stadt oder des Stadtbezirks unterrichtet als Annahme- und Erstinstanz für Anträge auf Übersiedlung die Kreisdienststelle des MfS, dessen Vertreter im übrigen auch in der sog. Kreiskommission sitzen, die eine vorläufige Entscheidung über eine Übersiedlung trifft.

Die Ausreisebemühungen erstrecken sich teilweise über Jahre, wobei es dem Nachrichtendienst darauf ankommt, die Betroffenen gefügig zu machen. Als Werbungsmedium wird u. a. die Zusage der beschleunigten Ausreisegenehmigung eingesetzt. Ein aus der DDR übergesiedelter Facharbeiter berichtete wie folgt:

Kurz nach der Beantragung seiner Ausreisegenehmigung habe er eine Vorladung zu einer örtlichen Dienststelle erhalten, wo er von zwei MfS-Angehörigen erwartet worden sei, die von seinen Übersiedlungsbemühungen gewußt und ihm die Ablehnung seines Antrages sowie strafprozessuale Maßnahmen angedroht hätten. Gleichzeitig sei ihm jedoch die Möglichkeit eröffnet worden, alle drohenden Folgen durch eine Arbeitsverpflichtung abwenden zu können. Unter diesen Umständen habe er zugestimmt. Bei den anschließenden Gesprächen sei er auf die Übersiedlung vorbereitet worden und habe den Auftrag erhalten, während des Notaufnahmeverfahrens die MfS-Berührung zu verschweigen. Darüber hinaus habe er einen Bekannten aus der Bundesrepublik Deutschland abklären sollen, der seinen Antrag unterstützt hatte.

Kurz vor der Ausreise aus der DDR sei er noch einmal mit den MfS-Angehörigen zusammengetroffen, die ihm den Ausreisetermin

Aussiedlungs- oder Reisegenehmigungen als Werbungsanlaß

Übersiedler sind Zielpersonen des MfS

Zusage der Ausreisegenehmigung als Werbungsmedium

Drohung mit Strafverfahren

Auftrag, die MfS-Kontakte zu verschweigen

Nachrichtendienstliche Ansprache von Übersiedlern anlässlich von Besuchsreisen in die DDR

bekanntgegeben hätten. Dabei seien auch die Modalitäten für künftige Treffen besprochen worden. Da er der Zusammenarbeit lediglich zugestimmt habe, um seine Ausreise zu erreichen, sei die Verbindung zum MfS von ihm nicht aktiviert worden.

Übersiedler erhalten gelegentlich auch erst nach ihrer Übersiedlung Kontakt zu einem gegnerischen Nachrichtendienst, zumeist bei einem Besuch am früheren Wohnort. Bei diesen Ansprachen wird in der Regel nach den Formalitäten im Notaufnahmeverfahren gefragt, man erkundigt sich nach den Lebens- und Einkommensverhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland und versucht, die Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit abzutasten. Dazu der Fall des A.:

Abschöpfung

Während eines mehrtägigen Besuchs in der DDR, die er vor Jahren legal verlassen hatte, war A. in der Wohnung seiner Verwandten von einem Mitarbeiter des Rates des Kreises aufgesucht worden. Dieser bat ihn zu einem Gespräch in eine örtliche Dienststelle, wo er einem MfS-Angehörigen zugeführt wurde. Dieser ließ sich über A.s Aufenthalt im Durchgangsheim Berlin-Marienfelde informieren und fragte nach Namen ihm bekannter Übersiedler. Sodann legte der MfS-Angehörige ihm Lichtbilder mehrerer Personen mit der Bitte vor, sie zu identifizieren. A. kannte niemanden; er wurde gefragt, ob er bereit sei, die Abgebildeten nach Bekanntgabe der Personalien abzuklären. Als er dies ablehnte, wurde er zum Schweigen aufgefordert und durfte zu seinen Verwandten zurückkehren.

3. Zielrichtung/Zielobjekte

Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sowie militärische Ziele im Blickfeld gegnerischer Ausspähungen

Um ein umfassendes Bild über die politische, wirtschaftliche, wissenschaftliche und militärische Situation in der Bundesrepublik Deutschland zu gewinnen, interessieren sich die gegnerischen Nachrichtendienste für alle bedeutsamen Erkenntnisse aus diesen Bereichen.

3.1 Zielobjekte politischer Spionage

Ziel der politischen Spionage sind Informationen über die Regierungs- und Verwaltungsstellen des Bundes und der Länder, die politischen Parteien, Gewerkschaften, Presse, Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie alle Sicherheitsbehörden. Erkundet werden sollen aktuelle Ziele, Planungen, Tendenzen und Entscheidungen.

Politische Parteien

Ihrer gewachsenen politischen Bedeutung entsprechend war auch die Partei „DIE GRÜNEN“ Ausspähungsbemühungen gegnerischer Nachrichtendienste ausgesetzt. Dies belegt der Fall des Journalisten M.:

Im Juli 1984 wurde Hans M. bei der Ausreise in die DDR festgenommen. Er führte Zeitschriften, Broschüren, Presseerklärungen und einzelne Schreiben der „GRÜNEN“ mit sich. Er berichtete später, vor einigen Monaten anlässlich einer Transitreise durch die DDR von MfS-Angehörigen um Mitarbeit angegangen worden zu sein. Ihm sei großzügige Hilfe zugesagt worden, um seine Schulden zu begleichen, falls er Informationen über die „GRÜNEN“ liefern würde, bei denen er als freier Journalist stark engagiert sei.

Ein weiterer Fall der politischen Spionage konnte durch die Festnahme eines ehemaligen hohen Offiziers der Bundeswehr (siehe Seite 208) im Juli 1984 aufgedeckt werden. Dieser war nach seiner Pensionierung in verschiedenen Verbänden und Institutionen engagiert und in wehrpolitischen Arbeitskreisen auch parteipolitisch tätig:

Nach eigenen Angaben lieferte er einem angeblichen Angehörigen eines amerikanischen Forschungsinstituts in Europa, bei dem es sich mit hoher Wahrscheinlichkeit um einen Mitarbeiter eines DDR-Nachrichtendienstes handelt, allgemeine und spezielle Informationen über Verbände, Institutionen, Behörden und Dienststellen. Im einzelnen soll es sich u. a. um folgende Bereiche gehandelt haben:

- Erkenntnisse aus seiner berufsbedingten Zusammenarbeit mit Sicherheits- und Nachrichtendiensten
- Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft, der Landeszentralen für politische Bildung, Pressestellen des Bundesministers des Innern, Bundesministers für Verteidigung, des Bundespresseamtes und des Gesamtdeutschen Instituts.

Daß aktuelle politische Themen die Aktivitäten gegnerischer Nachrichtendienste mitbestimmen zeigt u. a. die Tatsache, daß seit Beginn der Diskussion um den „fälschungssicheren Personalausweis“ auch die Bundesdruckerei in Berlin (West) Zielobjekt gegnerischer Angriffe, insbesondere des MfS der DDR ist. Grund hierfür ist, daß totalgefälschte bundesdeutsche Identitätspapiere ein wichtiges Hilfsmittel im Führungs- und Verbindungswesen gegnerischer Nachrichtendienste darstellen. Ohne die Kenntnis der chemischen Beschaffenheit des neuen Ausweismaterials, der Drucktechnik und anderer technischer Details müßten sie deshalb bei Einführung der neuen Ausweise nachhaltige Störungen der nachrichtendienstlichen Verbindungsaufnahme in Kauf nehmen. Seit geraumer Zeit bemühen sich deshalb gegnerische Nachrichtendienste, Bedienstete der Bundesdruckerei, bei denen ungeachtet ihrer tatsächlichen Funktion ein qualifizierter Zugang vermutet wird, anzubahnen:

So wurde ein Wachmann der Bundesdruckerei bei der Einreise nach Berlin (Ost) ohne erkennbaren Anlaß von einem Volkspolizisten zur Personen- und Fahrzeugkontrolle angehalten. Ein hinzukommender „Zivilist“ begrüßte den Wachmann mit Namen und forderte ihn zu einem Gespräch in einem nahegelegenen Büro auf. Er zeigte sich erstaunlich gut über die berufliche Tätigkeit und die finanziellen Verbindlichkeiten des Wachmanns informiert. Gegen das Angebot, u. a. die gesamten Schulden zu begleichen, erwartete der „Zivilist“ die Lieferung eines internen Telefonverzeichnisses der Bundesdruckerei sowie die Auflistung sämtlicher für die Bundesdruckerei fahrender Speditionsfirmen einschließlich der Namen der Fahrzeugführer. Für die Erfüllung weiterer Aufträge wurden dem Wachmann Zahlungen von jeweils 500,- bis 1000,- DM in Aussicht gestellt.

In einem anderen Fall machte das MfS die Zusage der Übersiedlung

**Informationen über
Verbände, Institutionen,
Behörden,
Dienststellen in der
Bundesrepublik
Deutschland**

**Bundesdruckerei/
fälschungssicherer
Personalausweis**

einer DDR-Bürgerin zu ihrem Verlobten nach Berlin (West) davon abhängig, daß der Verlobte, ein Bediensteter der Bundesdruckerei, detaillierte Auskünfte über seinen Arbeitsbereich, über Aufbau und Organisation der Behörde sowie Charakteristiken seiner Arbeitskollegen liefern würde. Für Originalmaterial aus der Bundesdruckerei, insbesondere eines Dienstausweises, wurde die sofortige Ausreise der Verlobten in Aussicht gestellt.

Im Zusammenhang mit der im Juni 1984 erfolgten Festnahme eines Beamten einer oberen Bundesbehörde wurde darüber hinaus bekannt, daß dem MfS mehrere Veröffentlichungen des Bundesministers des Innern zu dem Thema „Fälschungssicherer Personalausweis“ sowie eine Broschüre über ein Ausweislesegerät geliefert worden waren.

Forschung und Technologie sind besondere Ziele gegen Spionage

30jährige Industriespionage für das KGB

3.2 Zielobjekte der Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage

Im Bereich der Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage sind die östlichen Nachrichtendienste nach wie vor an Unternehmen der Mikroelektronik, Datenverarbeitung, Kernenergie, chemischen und petrochemischen Industrie sowie der Luft- und Raumfahrttechnik interessiert. Dabei geht es um Erkenntnisse über Verfahren und Entwicklungsforschung und auch um die Erzeugnisse selbst.

Bezeichnend ist der Fall des Abteilungsleiters R. bei dem Münchener Unternehmen Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB), der am 20. September 1984 nach längeren Vorermittlungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz festgenommen wurde. Er wird beschuldigt, für den Sowjetischen Nachrichtendienst KGB Industriespionage betrieben zu haben.

Nach den bisherigen Erkenntnissen, die sich zum großen Teil auf die Einlassungen des Beschuldigten stützen, kann von einer fast 30 Jahre währenden Verratstätigkeit des R. in der Raumfahrt sowie der zivilen und militärischen Luftfahrtindustrie ausgegangen werden.

Nach Abschluß seines Ingenieurstudiums und anschließender Tätigkeit beim VEB Flugzeugbau in Pirna und im Projektions- und Entwicklungsbüro Kohle in Berlin (Ost) siedelte der 1924 in der CSSR geborene Beschuldigte im Mai 1954 mit seiner Familie zu seinen in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Eltern über. Er arbeitete kurze Zeit in einer Aufzugsfirma, anschließend bei verschiedenen Firmen in seinem Beruf als Flugzeugkonstrukteur, bevor er Ende der 60er Jahre im Rahmen einer Fusion in den Unternehmensbereich Raumfahrt der Firma MBB übernommen wurde. Dort war er mit der Konstruktion, Entwicklung und Leitung der verschiedensten Projekte betraut, vor allem auf dem Gebiet der Raumfahrt und Satellitenforschung sowie des militärischen Flugzeugbaus. Aus diesen Arbeitsbereichen lieferte er seinen östlichen Auftraggebern Unterlagen und Informationen. Der Beschuldigte stellt in Abrede, daß sich darunter Verschlusssachen befunden hätten. Eigenen Angaben zufolge wurde er bereits vor der Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland nachrichtendienstlich verpflichtet. Ein Studienfreund, dem er von seiner Absicht erzählt

haben will, sich ins Bundesgebiet abzusetzen, soll unerwartet mit der Drohung reagiert haben, er könne ihn nun anzeigen. Er sei allerdings in der Lage, ihm zu helfen, wenn er bereit sei, eine „Gegenleistung“ zu erbringen. Der Beschuldigte will die angebotene „Hilfe“ angenommen und im April 1954 eine Erklärung unterschrieben haben, mit der er sich verpflichtete, „als Späher für den Frieden“ zu arbeiten.

Daraufhin wurde er mehrere Tage nachrichtendienstlich geschult und auf seinen Einsatz in der Bundesrepublik Deutschland vorbereitet. Die Schulung umfaßte Fertigen und Entwickeln latent geschriebener Briefe, Anlegen von „Toten Briefkästen“ (TBK), konspiratives Verhalten bei Treffs und die Dokumentenfotografie. Erste Treffs nach der Übersiedlung fanden in Frankfurt/Main, Berlin (Ost), Brüssel und Rom statt. Er wurde aufgefordert, Unterlagen von seinem Arbeitsplatz zu fotografieren und TBK zur Übergabe der Filme anzulegen.

Im Herbst 1962 erhielt der Beschuldigte in Berlin (Ost) eine weitere nachrichtendienstliche Schulung. Ihm wurde erklärt, wie Mikrate (s. S. 218) aufgefunden und entwickelt werden, die in der Verklebung von Briefumschlägen versteckt sind. Eine weitere Ausbildung betraf das Abhören und Entschlüsseln von Radiotelegrammen. In Zukunft sollte er zu einer bestimmten Zeit einen bestimmten Sender abhören. Ab Frühjahr 1963 fanden Treffs ausschließlich in Österreich statt. Trefforte waren immer markante Punkte, wobei der Beschuldigte von einer vereinbarten Stelle aus zunächst eine Kontrollstrecke zu durchlaufen hatte. Für den Fall, daß er einen Treffpartner noch nicht kannte, war vereinbart worden, daß ihn der Partner mit einer Parole ansprechen und er eine bestimmte Antwort geben sollte. Der Beschuldigte verfügte über verschiedene Deckadressen in Berlin (Ost) und über eine in Wien. Für Informationsübermittlungen in beide Richtungen war folgende Vereinbarung getroffen worden: Befanden sich keine versteckten Informationen im Brief, wurde der Monat mit der Datumsangabe ausgeschrieben (z. B. 04. Mai 1976), enthielt er versteckte Informationen, so wurde das Datum des Monats lediglich in Zahlen geschrieben (04. 5. 1976).

Zu Beginn seiner Tätigkeit erhielt er neben Treffaufforderungen auch Global- und Daueraufträge in Briefen mit latenter Schrift zugesandt (Berichte über berufliche und persönliche Entwicklung, Tätigkeitsbeschreibungen), die er auf die gleiche Weise an Deckadressen erledigte. Für die Dokumentenfotografie benutzte R. ein von ihm selbst konstruiertes Stativ. Er besaß mehrere Kameras, die sich für Dokumentenfotografie eigneten.

Die Ermittlungen in diesem Fall dauern an. Eine abschließende Wertung insbesondere des nachrichtendienstlichen Werdegangs des Beschuldigten und des Verratsumfangs ist noch nicht möglich.

Nicht nur hochwertige Entwicklungen auf technologischem Gebiet sind für die gegnerischen Nachrichtendienste von Interesse. Sie richten ihre Bemühungen auch gegen andere Wirtschaftsunternehmen wie Banken und Sparkassen. Anhand einer Reihe von Fällen ist auch nachweisbar, daß Versicherungen seit Jahren das besondere Interesse

**Intensive Ausbildung
in der Technik der
Übermittlung von
Informationen**

Treffs im Ausland

Versicherungen

gegnerischer Nachrichtendienste finden. Sie versuchen, Beschäftigte bei Versicherungen für eine nachrichtendienstliche Tätigkeit zu verpflichten oder sie schleusen nachrichtendienstlich ausgebildete Agenten mit falschen biographischen Daten in die Bundesrepublik Deutschland ein mit dem Ziel ihrer Tätigkeit bei einer Versicherung. Aufgabe der bei Versicherungen tätigen Agenten sind nicht allein Objektaufklärungen – z. B. müssen einer Versicherung die Bau-, Lage-, Konstruktionspläne etc. eines Versicherungsobjektes vorgelegt werden – vielmehr können sie ihrer Führungsstelle in der Regel auch wichtige und umfassende Informationen über den persönlichen Hintergrund einer Vielzahl einzelner Versicherungsnehmer vermitteln (finanzielle Verhältnisse, soziale Lage, persönliche Schwächen usw.) und auf diese Weise wertvolle Ansatzpunkte für einen nachrichtendienstlichen Anbahnungsversuch liefern. Gravierendes Beispiel eines solchen „Versicherungsagenten“ ist der Fall des am 21. November 1983 festgenommenen Gerhard B., der als angeblicher „Werner W.“ eingeschleust wurde:

Eingeschleuster Illegaler als „Versicherungsagent“

Der echte Werner E. war Ende November 1955 von Berlin (Ost) nach Berlin (West) gekommen. Nachdem er das Notaufnahmeverfahren durchlaufen hatte, zog er nach Bremen, wo er bis März 1957 als Maurer arbeitete. Anschließend übersiedelte er nach Lübeck und war dort bis Juni 1961 als Grenzjäger beim Grenzschutzkommando Nord beschäftigt. Er verzog dann wieder nach Berlin (West) und war als Fernfahrer bei verschiedenen Speditionen tätig.

DDR-Rückkehrer liefert Biografie

Ende April 1964 meldete sich W. von Berlin (West) nach Lübeck ab, wo er sich jedoch nicht anmeldete. Tatsächlich kehrte er nach Berlin (Ost) zurück, um dort zu heiraten. Die Biografie „W.“ wurde dann vom MfS für die Einschleusung genutzt. B., geb. 1930, ist nach eigenen Angaben in Hohndorf/Sachsen aufgewachsen. Er hat dort die Volksschule besucht und anschließend eine Berufsausbildung als Forstfacharbeiter absolviert. Er übte seinen Beruf jedoch nur kurz aus, wurde 1949 zunächst hauptberuflicher Gewerkschaftssekretär für Jugendfragen in Zwickau und leitete wenig später die Abteilung Agitation und Propaganda bei der Kreisleitung der SED in Schmalkalden. Nach Verbüßung einer dreijährigen Haftstrafe (1954–1956) wegen der „Verletzung von Volkseigentum“ arbeitete er bis 1960 als Feilenhauer in Schmalkalden und begann dann in Karl-Marx-Stadt eine Ausbildung als Fertigungsingenieur. B. war in der DDR von 1950–1962 verheiratet und hat dort drei Kinder.

B. gab zu, etwa 1960 von einem Angehörigen der Bezirksverwaltung Suhl angeworben und zur ND-Tätigkeit verpflichtet worden zu sein. Er habe dadurch seine Vorstrafe eher gelöscht haben wollen. Etwa Anfang 1963 wurde er dann von der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS in Berlin (Ost) übernommen und nachrichtendienstlich ausgebildet.

Aufträge gegen Besucher aus der Bundesrepublik Deutschland

Die ersten Aufträge – noch in Suhl – richteten sich vorwiegend gegen Besucher aus der Bundesrepublik Deutschland. Er sollte diese Personen und deren Kontakte in der DDR abklären. Auch zu Beginn seiner Ostberliner Zeit blieb die Auftragsrichtung zunächst die

gleiche. Später wurde er dann auch mit Westreisen betraut und erledigte Objekt- und Personenklärungen im Bundesgebiet. Nachdem das MfS Kenntnis von der Rückkehr des Werner W. in die DDR erhalten hatte, wurde Gerhard B. auf die Legende vorbereitet und im Mai 1964 als „Werner W.“ nach Straßburg eingeschleust. Er arbeitete dort zunächst als Autowäscher, später als Vertreter einer Möbelfirma. Im April 1966 zog „W.“ von Straßburg nach Pfalz/Trier. Dort lernte er Helene S. kennen, die er im Februar 1968 heiratete. Im Juli 1973 verzog „W.“ mit Familie von Pfalz nach Newel-Butzweiler. In Pfalz wechselte „W.“ die Berufsbranche und wurde Versicherungsvertreter bei verschiedenen Versicherungen. Zuletzt war er ab März 1976 bei einer Beamtenversicherung in Trier beschäftigt und leitete seit Mai 1983 deren Bezirksdirektion Trier. Bereits vor seiner Einschleusung ins Operationsgebiet Bundesrepublik Deutschland war es „W.“ anlässlich einer Reise für das MfS nach München gelungen, eine Frau „unter falscher Flagge“ anzuwerben, die er dann ca. 4 Jahre als Quelle führte. Er veranlaßte sie, sich bei der Europäischen Gemeinschaft (EG) als Schreibkraft zu bewerben. Während ihrer Tätigkeit bei den EG-Behörden lieferte die Frau Unterlagen aus ihrem Arbeitsbereich und erhielt dafür insgesamt etwa 10000,-DM.

Vorbereitung auf und Schleusung unter Legende

Werbung unter „falscher Flagge“

Nachrichtendienstliche Mitarbeit der Ehefrau

Spionage im Wege der „Kundenbetreuung“

Nachgewiesen ist ferner, daß „W.“ seiner späteren Ehefrau Helene noch vor der Eheschließung seine Agententätigkeit für das MfS offenbarte und sie dem MfS ebenfalls zuführte. Frau „W.“ hat gestanden, vom MfS verpflichtet worden zu sein und ihren Mann bei seiner Spionagetätigkeit unterstützt zu haben.

Durch seine Tätigkeit bei einer Beamtenversicherung hatte „W.“ berufliche und private Kontakte zu einer Vielzahl von Bediensteten bei Polizei, Zoll, Bundeswehr etc. Im Wege der Kundenbetreuung konnte er Einblick in die familiären, dienstlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse seiner Versicherungsnehmer gewinnen. Die anfallenden Erkenntnisse gab er an seine Führungsstelle in Berlin (Ost) weiter. Er lieferte ihr dadurch wertvolle Hintergrundinformationen über einen großen Personenkreis und versetzte sie in die Lage, Ansatzpunkte für eventuelle Anbahnungsversuche zu erkennen. Außer solch detaillierten personenbezogenen Angaben verriet „W.“ auch Einzelheiten über Aufbau, Organisation und Personal der Beamtenversicherung sowie über das Versicherungswesen in der Bundesrepublik Deutschland im allgemeinen. Schließlich berichtete er seiner Führungsstelle auch umfassend über Personen, Personalstruktur und Objekte aus dem militärischen Bereich. Das Oberlandesgericht Koblenz verurteilte B. alias W. am 14. November 1984 wegen Spionage für die DDR zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren. Seine Frau erhielt eine Freiheitsstrafe von acht Monaten, die zur Bewährung ausgesetzt wurde.

3.3 Zielobjekte der Militärspionage

Die Militärspionage will neben der Rüstungsindustrie (siehe S. 212) insbesondere Stärke, Bewaffnung und Ausrüstung der Bundeswehr und der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten NATO-Streitkräfte ausspähen. Bevorzugte Zielpersonen sind Angehörige der Bundeswehr, der alliierten Streitkräfte sowie dort beschäftigte

Zivilpersonal. Die Werbungsversuche werden vor allem anlässlich von Reisen dieser Personengruppen in den Ostblock unternommen.

Beispiele:

Angriffsobjekte Flugplätze, Raketenbasen, etc.

Ein Bundeswehrangehöriger wurde während eines CSSR-Urlaubs unter einem Vorwand zur örtlichen Polizeidienststelle vorgeladen und dort über seinen Dienst bei der Luftwaffe, über Flugplätze, Raketenbasen und Militärflugzeuge befragt. Dabei bewiesen die Angehörigen des Nachrichtendienstes erstaunliche Detailkenntnisse über seinen Dienstort, seine Person und seine Kameraden. Für eine ständige Zusammenarbeit boten die ND-Offiziere Geld an.

Ähnlich verlief ein Gespräch mit einer Zivilangestellten der US-Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland, die sich mehrere Tage zu Besuch bei ihrer Tante in der DDR aufhielt. Ein ihr Unbekannter, der vorgab, von der „Reisebetreuungsstelle für Besucher aus der Bundesrepublik“ zu kommen, sprach sie auf ihre Beschäftigung bei der US-Air-Force an. Nach einleitenden Fragen über das Verhältnis zwischen Amerikanern und Deutschen wollte er Einzelheiten über ihre Dienststelle, über ihre Zugänge zu anderen Stellen sowie über Ausweisformalitäten zum Betreten des US-Air-Force-Geländes wissen. Er bot an, ihre finanziellen Auslagen zu erstatten, falls sie ein internes amerikanisches Telefonbuch, das Programm zu einem Flugtag und bestimmte Artikel aus amerikanischen Fachzeitschriften zusenden würde.

4. Führungs- und Verbindungswesen

Ein gut funktionierendes Spionagenetz setzt ein leistungsfähiges Verbindungssystem zwischen Führungsstelle und Agent sowie umgekehrt voraus. Die gegnerischen Nachrichtendienste sind bemüht, die dabei immer vorhandenen Sicherheitsrisiken möglichst gering zu halten. Deshalb werden ständig neue Wege gesucht, um die Sicherheitsbelange der Agenten zu verbessern, aber auch bewährte Techniken und Methoden weiterentwickelt und verfeinert.

4.1 „Wohnstützpunkte“ im Operationsgebiet

Seit Jahren bemüht sich das MfS, den Aufenthalt seiner Mitarbeiter im Bundesgebiet zu legendieren. Hierbei haben sich sog. Wohnstützpunkte als besonders geeignet erwiesen. Sie dienen Instruktoren und Kurieren, die sich nur für kurze Zeit im Bundesgebiet aufhalten sollen, als Unterkunft und Agenten, die für einen längeren Zeitraum eingesetzt sind, als Operationsbasis (vgl. auch Verfassungsschutzbericht 1982, S. 204 ff). Kennzeichnend für diese Methode ist, daß die Anmeldung des „Mieters“ als Wohnungsinhaber unterbleibt. Eine besonders qualifizierte Form des „Wohnstützpunktes“ zeigt folgendes Beispiel aus jüngster Zeit:

Eheähnliches Verhältnis begründet Wohnstützpunkt

Ermittlungen nach der Festnahme eines aus der DDR eingereisten Inoffiziellen Mitarbeiters des MfS (vgl. S. 222) ergaben, daß dieser schon seit 9 Jahren unter Falschidentität ein Verhältnis mit einer im

Bundesgebiet wohnhaften Frau unterhielt. In regelmäßigen Abständen von 4–6 Wochen besuchte er die Frau für jeweils mindestens 10 Tage, lebte mit ihr zusammen und nutzte ihre Wohnung als Ausgangsbasis für nachrichtendienstliche Aktivitäten. Wenn er in die DDR zurückkehrte, täuschte er ihr gegenüber vor, geschäftlich unterwegs zu sein. Die Frau glaubte daher, mit einem erfolgreichen Geschäftsmann zusammenzuleben, dessen häufige Abwesenheiten berufsbedingt waren.

4.2 Nachrichtendienstliche Hilfsmittel im Führungs- und Meldeweg
Spionagetätigkeit steht und fällt damit, daß konspirativ beschaffte Informationen und Materialien an den Auftraggeber übersandt werden können und dieser seinerseits den Agenten durch die Übermittlung neuer Anweisungen steuern kann.

4.2.1 Transport-Container

Der sog. Container, bei dem es sich äußerlich um einen handelsüblichen Gebrauchsgegenstand (z. B. Aktenkoffer, Feuerlöscher, Aschenbecher, Feuerzeug, Batterie oder Schraubenzieher) handelt, wird in vielfacher Weise eingesetzt (vgl. Verfassungsschutzbericht 1982, S. 190). Versierte Techniker haben den Gegenstand so bearbeitet, daß im Inneren ein Hohlraum zur Aufnahme von Materialien entsteht. Je nach Größe können auf diese Weise z. B. Chiffrierunterlagen, Geldscheine, Kameras oder Falschausweise versteckt transportiert werden. Bei Containern, die zum ständigen Gebrauch bestimmt sind, wird viel Sorgfalt auf den Verschlußmechanismus gelegt; dabei darf der Gebrauchswert durch den eingearbeiteten Hohlraum (= Versteck) nicht eingeschränkt werden. Außerdem darf der Container, sollte er in unbefugte Hände gelangen, nicht ohne weiteres zu öffnen sein. Dieses wird dadurch erreicht, daß z. B. versteckte Zuhaltungen angebracht werden, die nur auf unübliche Art entriegelt werden können. Deshalb werden z. B. Schrauben mit Linksgewinde verwendet, die auch als Nieten, Beschläge o. ä. getarnt sind. In Ausnahmefällen werden besondere Sicherungen eingebaut, die bei unbefugter Öffnung des Containers das eingelegte Geheimmaterial zerstören (z. B. Auslösen eines Blitzlichtes, um Filmmaterial zu belichten).

Seit Ende der 70er Jahre die Röntgenkontrolle von Gepäckstücken eingeführt wurde, werden Agenten bei Flugreisen mit Containern einer neuen Generation ausgestattet. Anstelle der bisherigen Metallverschlüsse werden nunmehr röntgensichere Klett-, Adhäsions- oder Kunststoffverschlüsse verwendet.

Ein solcher Container wurde auch bei dem MfS-Mitarbeiter Dr. Jürgen W. gefunden, der im September 1983 bei Wahrnehmung eines Treffs mit einem Chemie-Ingenieur festgenommen und im August 1984 wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit und Urkundenfälschung zu 2 Jahren und 6 Monaten Haft verurteilt wurde:

„Container“ sind handelsübliche Gebrauchsgegenstände mit versteckten Hohlräumen

Besondere Sicherungsmechanismen

Maßnahmen gegen Röntgenkontrollen an Flughäfen

W., der über Berlin (West) und Bremen nach Köln gereist war, führte einen totalgefälschten bundesdeutschen Reisepaß auf den Namen eines Bundesbürgers mit sich. Ein zweiter totalgefälschter Reisepaß, ebenfalls mit den Personalien des Bundesbürgers, befand sich in seiner Handgelenktasche, die für die Aufnahme eines Reisepasses speziell präpariert worden war. Durch Umstülpen des Innenfutters konnte ein geheimes Fach freigelegt werden. In diesem Fach befand sich, durch Futterstoff getarnt, eine Filzversteifung, die genau den Abmessungen des Reisepasses entsprechend ausgespart war. Um ein Ertasten zu verhindern, wurde eine Abdeckung aus Filzkarton, ein Einsteckfach aus Velourstoff im Inneren sowie ein Seitenteil mit Einschubfächern auf der Rückseite angebracht.

Einweg-Container

Neben Containern, die ständig im Gebrauch sind, gibt es für den einmaligen Transport von ND-Materialien auch sog. Einweg-Container. Sie müssen beschädigt oder unbrauchbar gemacht werden, wenn sie geleert werden sollen und sind – laut Weisung der Führungsstelle – anschließend sofort zu vernichten. Bekanntgeworden sind in diesem Zusammenhang z. B. Bücher, Spraydosen, Cremetuben, Spielzeuge, Zigaretenschachteln.

4.2.2 Geheimschrift

„Unsichtbare Tinte“
nicht mehr aktuell
Chemisch präpariertes
Kontaktpapier

Für die Mitteilung von Berichten und Meldungen an die Führungsstelle (Meldeweg) nutzen Agenten auch heute noch das Geheimschriftverfahren. Die klassische Methode der Verwendung von „unsichtbarer Tinte“ wurde durch weiterentwickelte Techniken nahezu vollständig ersetzt. Die Nachrichtendienste statten ihre Agenten heute mit einem chemisch präparierten Kontaktpapier aus, daß äußerlich nicht als solches zu erkennen ist. Als Kontaktpapier eignen sich bedruckte und unbedruckte Papiersorten, z. B. Prospekte, normales Schreibpapier und Linienblätter. Es wird wie Kohlepapier zwischen zwei Bögen gelegt und paust die vom Agenten auf das obere Blatt geschriebene Mitteilung für das menschliche Auge unsichtbar auf das untere Blatt durch. Über diese geheime Mitteilung auf dem unteren Blatt schreibt der Agent dann noch mit normalem Schreibmaterial einen unverfänglichen Text, um den nachrichtendienstlichen Hintergrund zu verdecken. Der Brief wird gewöhnlich unter einem fingierten Absender von einer benachbarten größeren Stadt aus versandt. Nur der Empfänger kennt die chemische Reagenz, mit der die Geheimschrift lesbar gemacht werden kann.

4.2.3 Mikrate

Mikrate sind sehr
dünne durchsichtige
Filmplättchen

Um Agenten geheime Nachrichten, Weisungen oder Aufträge zukommen zu lassen (Führungsweg), benutzt die Führungsstelle auch sog. Mikrate; das sind dünne, durchsichtige Filmplättchen von weniger als 1 mm Durchmesser. Sie werden mit Hilfe einer Spezialkamera und eines besonders feinkörnigen Films gefertigt. Der für den Agenten bestimmte Geheimtext wird zunächst von einer Vorlage abfotografiert. Anschließend wird der Film durch eine besondere chemische

Beispiel für ein Mikrat

Die abgesprochene Stelle
in diesem Beispiel ist der
4. Buchstabe "b" im Brief

Brief geschrieben. Sollte sie
Zeit gehabt. Nun geht e
er. Ich Caracole erst w.
die Arbeit zu gehen. On
n der letzten Woche da

Auch unter dem Mikroskop
ist eine Veränderung des Papiers,
in dem das Mikrat versteckt ist,
nicht zu erkennen.

Der entwickelte und unter
dem Mikroskop lesbar gemachte
bzw. vergrößerte Geheimtext



Brief Nr. 21 erhalten, neues Papier
nehmen! Sofort mitteilen über Ihre
Lage. Ihre Ankunft nicht später als
1. Oktober notwendig. Termin im
nächsten Brief melden. Aufträge
in und Cap unbedingt vorher
erledigen - telefonisch bestätigen.
Alles Gute für weitere Arbeit. Max

Brief Nr. 21 erhalten, neues Papier
nehmen! Sofort mitteilen über Ihre
Lage. Ihre Ankunft nicht später als
1. Oktober notwendig. Termin im
nächsten Brief melden. Aufträge
in und Cap unbedingt vorher
erledigen - telefonisch bestätigen.
Alles Gute für weitere Arbeit. Max

Behandlung so präpariert, daß er lichtunempfindlich wird und ein glasklares Aussehen erhält. Mit bloßem Auge ist das so behandelte Filmplättchen nicht zu erkennen. Das Mikrat gelangt zu dem Agenten auf dem Postwege, nachdem es vorher an vereinbarter Stelle versteckt angebracht wurde. Es kann z. B. unter der Briefmarke, in der Verklebung des Briefumschlages, in einem bestimmten Buchstaben des Textes, oder in den zunächst gespaltenen, dann aber wieder verklebten Schichten einer Ansichtskarte verborgen sein. Der Agent erkennt an bestimmten, vorher vereinbarten Signalen im Brief (z. B. der Monatsname ist nicht ausgeschrieben oder der Ortsname in der Anschrift ist unterstrichen), daß ein Mikrat eingelegt ist.

Mit handelsüblicher konzentrierter Papierentwicklerflüssigkeit betupft er die vereinbarte Stelle des Briefes und spült das Mikrat heraus. Nach wenigen Minuten ist es entwickelt und die geheime Mitteilung wird in dunkler Schrift sichtbar. Mit Hilfe einer Speziallupe oder eines einfachen Mikroskops mit etwa 100facher Vergrößerung kann er die Nachricht lesen. Anschließend werden Brief und Mikrat verbrannt, um alle Spuren zu verwischen.

Das in der Abbildung (S. 219) gezeigte Beispiel ist nachgestellt, entspricht aber der Wirklichkeit.

4.2.4 Funk

Gesprochene und gemorste verschlüsselte Funkprüche

Auch Funk ist ein unpersönlicher, schneller und sicherer Verbindungsweg. Agenten, die von ihrer Führungsstelle über einseitigen Funkverkehr (Zentrale – Agent) Anweisungen erhalten, sind mit einem handelsüblichen Rundfunkgerät und Schlüsselunterlagen ausgerüstet. Sie empfangen zu den vorher festgelegten Programmzeiten von ihren Funkzentralen gesprochene oder gemorste verschlüsselte Funkprüche, die in Fünfer-Gruppen abgesetzt werden. Die Funkprüche beinhalten z. B. Aufträge, Treffabsprachen oder Bestätigungen. Für die Entschlüsselung ist der Agent im Besitz einer Schlüssel-tabelle, u. U. von Code-Tabellen, die zur Verkürzung des Klartextes bestimmt sind, sowie von Schlüsselstreifen oder Schlüsselblock mit Fünfergruppen, dem sogenannten „individuellen Zahlenwurm“ (I-Wurm). Bei der Entschlüsselung werden die Fünfer-Gruppen des I-Wurms von den Fünfer-Gruppen des Funkpruchs subtrahiert. Das Ergebnis ist der Zahlen-Zwischentext, der mit der Schlüsseltabelle (in Verbindung mit den Code-Tabellen) in den Klartext umgesetzt wird. Die für die Entschlüsselung verbrauchten Fünfer-Gruppen des Entschlüsselungsstreifens sind abzuschneiden und zu vernichten.

II. Besondere Themen

1. Schüler und Studenten im Blickfeld östlicher Nachrichtendienste

Angesichts der Schwierigkeiten, Personen mit qualifizierten Zugängen als Agenten zu gewinnen, bemühen sich die gegnerischen Nachrichtendienste seit Jahren intensiv darum, geheime Mitarbeiter anzuwerben, deren berufliche Ausbildung für die Zukunft interessante Zugänge erwarten läßt. Im Sprachgebrauch der kommunistischen Geheimdienste werden sie als „Perspektiv-Kandidaten“ bezeichnet.

Schüler und Studenten und unter ihnen wiederum angehende Juristen und Naturwissenschaftler stehen im Vordergrund des Interesses. Sie sollen zunächst ihr Studium erfolgreich abschließen und dann in Stellen des öffentlichen Dienstes und von Parteien aufsteigen oder in einflußreichen Positionen der Wirtschaft und Industrie tätig werden.

„Perspektivkandidaten“ werden sowohl im kommunistischen Machtbereich als auch in der Bundesrepublik Deutschland angeworben. Bei der Werbung im Ostblock können die gegnerischen Nachrichtendienste ihre „Kandidaten“ unter Abiturienten und jungen Wissenschaftlern aussuchen und systematisch auf ihren Einsatz vorbereiten. Anschließend kommen sie unter verschiedenen Legenden in die Bundesrepublik Deutschland oder sie werden illegal eingeschleust.

„Perspektiv-Kandidaten“ sind insbesondere Juristen und Naturwissenschaftler

1.1 Anwerbung bei Ostblock-Reisen

Die Anwerbung von Zielgruppen aus der Bundesrepublik Deutschland erfolgt meist anlässlich von Verwandtenbesuchen im kommunistischen Machtbereich. Der Kontaktaufnahme gehen sorgfältige Überprüfungen voraus. Unter dem Vorwand eines allgemeinen Informationsgesprächs, einer angeblichen Zeugenschaft in einer Verkehrsunfallsache (siehe S. 203) oder der Einladung durch angebliche Mitarbeiter kultureller oder wissenschaftlicher Institute zu einem Diskussionsabend, wird der „Kandidat“ angesprochen und allmählich nachrichtendienstlich verstrickt. Wenn Ansatzpunkte vorhanden sind, kann die Verpflichtung zur Mitarbeit unter mehr oder weniger starkem Druck erfolgen. So können beispielsweise mögliche Einreisebeschränkungen zu Verwandtenbesuchen, finanzielle Abhängigkeit oder strafbare Handlungen Druckmittel sein. Dazu machte der Beamte der Grenzschutzdirektion Koblenz R., der im letzten Jahr wegen Spionage für das MfS festgenommen wurde, folgende Angaben:

Verpflichtung unter dem Druck von strafbaren Handlungen oder drohenden Einreisebeschränkungen sowie mit finanziellen Versprechungen

Im Sommer 1971 will der Beschuldigte, Student der Rechtswissenschaften, zur „Goldenen Hochzeit“ seiner Großeltern in die DDR gereist sein. Bei der Einreise führte er nicht angemeldetes Westgeld mit sich, das bei der Kontrolle durch die DDR-Grenzorgane gefunden wurde. Obwohl ihm wegen dieses Devisenvergehens zunächst Schwierigkeiten gemacht wurden, durfte er weiterreisen. An seinem Aufenthaltsort in der DDR wurde er angeblich zufällig von einem DDR-Bürger kontaktiert. Dieser gab vor, Maschinenbau-

Ein bedeutsamer Fall eines Perspektivagenten

Vorrangiges Ziel ist der erfolgreiche Studienabschluß

Zielobjekte: Ministerien und Sicherheitsbehörden

Inoffizielle Mitarbeiter des MfS als Vermittler für Nebenbeschäftigung an Studenten

Student zu sein und sich mit einem Studenten aus der Bundesrepublik Deutschland unterhalten zu wollen. Nach mehreren gemeinsamen Unternehmungen entwickelte sich eine freundschaftliche Beziehung, und es wurde ein Wiedersehen in Berlin (Ost) vereinbart. Im September 1971 fuhr R. verabredungsgemäß nach Berlin (Ost), wo er während eines mehrtägigen Aufenthaltes von dem angeblichen Maschinenbaustudenten schriftlich zur Mitarbeit für das MfS verpflichtet wurde. Er sicherte R. zu, daß diese Verpflichtung sein Devisenvergehen ungeahndet bleiben lasse. R.'s Auftrag bestand in erster Linie darin, sich auf das Studium zu konzentrieren und mit einem guten Examensergebnis abzuschließen.

Bis zum Abschluß seiner Ausbildung im Jahre 1979 führte der Beschuldigte nach eigenen Angaben Treffs in Berlin (Ost) und in der DDR durch. Dabei wurde er nachrichtendienstlich geschult, mit ND-Hilfsmitteln, wie z. B. totalgefälschten Personaldokumenten, ausgestattet und im Funkverkehr sowie Ver- und Entschlüsseln von Nachrichten ausgebildet. Nach abgeschlossener Berufsausbildung sollte er sich bei verschiedenen Bundesministerien, beim Auswärtigen Amt und bei Sicherheitsbehörden bewerben.

Zuletzt war R. bei der Grenzschutzdirektion Koblenz als Regierungsrat tätig.

1.2 „Briefanbahnung“

Auch über die sogenannte Briefanbahnung wird häufig versucht, zu Bundesbürgern Kontakt aufzunehmen. „Kandidaten“ erhielten ohne eigenes Zutun den Brief eines angeblichen DDR-Studenten, in dem sie zu einem regelmäßigen Briefwechsel oder zur Teilnahme an einem Preisausschreiben bzw. einer Fragebogenaktion aufgefordert wurden. Daneben wurde Stellungssuchenden schriftlich oder fernmündlich eine Beschäftigung in Aussicht gestellt und angeboten, zu einem Vorstellungsgespräch in die DDR oder nach Berlin (Ost) zu kommen. Diese Kontaktaufnahme beweist, wie intensiv gegnerische Nachrichtendienste Publikationen aus der Bundesrepublik auswerten und für ihre Zwecke nutzen.

1.3 Werbung durch „Inoffizielle Mitarbeiter“

Eine weitere Methode, die den Sicherheitsbehörden in ähnlicher Form bereits bekannt war (vgl. Verfassungsschutzbericht 1982 S. 211 f – Fall Wolfgang A. –), hat 1984 neue Aktualität gewonnen.

DDR-Nachrichtendienste senden Inoffizielle Mitarbeiter unter einer Legende zu den „Perspektiv-Kandidaten“, z. B. auch zu Studenten. Sie nutzen dabei die finanziellen Sorgen vieler Studenten und ihre Bemühungen um Nebenverdienstquellen.

Beispiel:

Anfang 1982 wandte sich ein Student der Betriebswirtschaft an die studentische Arbeitsvermittlung beim AStA der Universität Köln, um sich nach einer Nebentätigkeit zu erkundigen, die ihm auch vermittelt wurde. Einige Zeit danach fand eine Zusammenkunft mit dem Anbieter statt, der sich unter falschen biographischen Daten

im Bundesgebiet aufhielt (siehe dazu „Wohnstützpunkte“, S. 216). Dabei stellte dieser sich als selbständiger Wirtschaftswissenschaftler vor, der u. a. für schweizerische Chemiekonzerne tätig sei. Er suche einen freien Mitarbeiter auf Provisionsbasis, den er von Fall zu Fall mit der Auswertung statistischer Daten betrauen wolle. In der Folgezeit lieferte der Student einige Ausarbeitungen auf wirtschaftswissenschaftlichem und -politischem Gebiet und erhielt dafür eine Vergütung von jeweils mindestens 200,-DM. Zwei Jahre später kam es verabredungsgemäß zu einem Treff in Belgien. Der angebliche Wirtschaftswissenschaftler teilte dem Studenten mit, er sei jetzt Mitarbeiter einer „Gesellschaft zur Förderung der Schweizerischen Wirtschaft“ mit Sitz in Zürich. Als Ressortleiter sei er für die Bundesrepublik und die Beneluxstaaten zuständig. Er bot dem Studenten einen Assistentenvertrag an, wofür sich dieser allerdings zu „Gegenleistungen“ vertraglich verpflichten sollte. Der Student offenbarte sich den Sicherheitsbehörden.

1.4 Werbung durch Angehörige Legalen Residenturen

Auch die Angehörigen der Legalen Residenturen in den offiziellen Vertretungen der kommunistischen Staaten im Bundesgebiet (siehe Seite 235) sehen in der Anwerbung von Perspektivagenten die Chance, daß diese Personen in einigen Jahren in ihrem Beruf Funktionen wahrnehmen, in denen sie den gegnerischen Nachrichtendiensten wichtige Informationen liefern und in deren Interesse bedeutsame Entscheidungen beeinflussen können. Zielgruppen des sowjetischen Nachrichtendienstes KGB bei der Suche nach Perspektivagenten sind vor allem Studenten und Jungpolitiker. Diese stehen einem sowjetischen Diplomaten oder Journalisten bei einem scheinbar zufälligen Kontakt meist unvoreingenommen gegenüber. Sie hegen den verständlichen Wunsch, Menschen aus dem Ostblock kennenzulernen, mit ihnen zu diskutieren und mehr über deren Ansichten und die Verhältnisse in der Sowjetunion zu erfahren. Dies erleichtert die Entwicklung einer persönlichen Beziehung zwischen dem ND-Offizier und der Zielperson.

Beispiel:

Für einen jungen Mann aus Düsseldorf war es unvorstellbar, daß ein gegnerischer Nachrichtendienst an ihm Interesse haben könnte. Er zeigte deshalb keinen Argwohn, als er in einer städtischen Bibliothek von einem ihm bis dahin unbekanntem sowjetischen Journalisten um Hilfe bei der Suche nach einem bestimmten Buch gebeten wurde; zwischen den Gesprächspartnern entwickelte sich eine kurze Diskussion über den Autor des Buches. Schließlich beschloß man – auf Anregung des Russen –, das Thema bei einer Tasse Kaffee in einem nahen Restaurant zu vertiefen. Dort erläuterte der „Journalist“ sein Interesse an dem von ihm gesuchten Buch. Er habe die Aufgabe, einen Artikel über die Reaktion der deutschen Bevölkerung auf das Erscheinen des Buches im Westen zu schreiben. Da die Diskussion wegen eines Termins abgebrochen werden mußte, wurde vereinbart – wiederum auf Vorschlag des „Journalisten“ –, den Meinungsaustausch am nächsten Tag bei einem Mittag-

Auch Angehörige Legalen Residenturen werben „Perspektivkandidaten“

essen fortzusetzen. Der erste Kontakt war hergestellt. Zugleich war es dem ND-Offizier bei diesem zwanglosen Gespräch gelungen, von dem Angesprochenen wichtige Informationen über dessen private und berufliche Situation zu erfahren, die die Basis für die nachrichtendienstliche Werbung bilden sollten.

Neben dieser Art der nachrichtendienstlichen Kontaktaufnahme bevorzugen die ND-Offiziere der Legalen Residenturen Ansprachen anläßlich von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen. Nach dem offiziellen Teil dieser Veranstaltungen wird häufig im kleinen Kreis weiter diskutiert. Der ND-Offizier erkundigt sich dann – zumeist unter vier Augen – nach dem Namen und der Telefonnummer seines Gesprächspartners und regt eine Verabredung innerhalb der nächsten Tage an. Die Entwicklung derartiger Kontakte endet oft in einer nachrichtendienstlichen Verbindung.

1.5 Führungsprinzipien

Zunächst nur „risikoarme“ Aufträge

Die angeworbenen Perspektivagenten haben zunächst meist nur unbedeutendere Aufträge zu erfüllen. So sind Informationen aus den persönlichen Zugängen zu beschaffen, politische oder wissenschaftliche Themen sowie Stimmungsbilder und Charakteristiken auszuarbeiten, Personen und Objekte abzuklären und Kontakte zu pflegen. Je nach ihrer vorgesehenen späteren Verwendung sollen sie auch in einem angesehenen Verein, einer Gesellschaft oder in einer Partei Mitglied werden.

„Studienbeihilfen“, kostenlose Urlaubsreisen und Erfolgsprämien

Angeworbene Studenten erhalten während ihres Studiums bzw. ihrer Ausbildung finanzielle Zuwendungen in Höhe von 200,- bis 500,- DM als „Studienbeihilfe“. Zusätzlich werden kostenlose Urlaubsaufenthalte in Aussicht gestellt und Erfolgsprämien versprochen, wenn das Ziel der Perspektivplanung erreicht wird. Daneben werden auch Genehmigungen von Reiseanträgen zu Verwandten in der DDR und Reiseerleichterungen zugesagt.

Schriftliche Verpflichtung zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit wird als „Vertrag“ geschlossen

Bis zum eigentlichen Einsatz können Jahre vergehen. Die gegnerischen ND-Offiziere streben deshalb nach einer erfolgreichen Anwerbung zumeist eine schriftliche Verpflichtung in Form eines Vertrages an. Diese Verträge regeln die gegenseitigen Rechte und Pflichten, so z. B. das Recht des „Perspektivkandidaten“ auf finanzielle und sonstige Unterstützung und seine Pflichten, z. B. die Ausbildung möglichst gut abzuschließen, eine Anstellung in einem vom gegnerischen Nachrichtendienst genannten Zielobjekte anzustreben und dann für diesen tätig zu werden. Nach den Angaben des früheren MfS-Offiziers *Stiller* ist die Hauptverwaltung Aufklärung des MfS an einer schriftlichen Verpflichtung vor allem bei jungen „Perspektivkandidaten“ interessiert. Sie hat die Erfahrung gemacht, daß eine Reihe von Studenten sich ihr Studium durch das MfS finanzieren ließen, einer späteren nachrichtendienstlichen Mitarbeit aber ausweichen wollten. Für diesen Fall braucht das MfS ein Druckmittel in Form einer schriftlichen Verpflichtung. Die vom MfS angeworbenen „Perspektivkandidaten“ treffen sich in regelmäßigen Abständen mit ihren Führungsoffizieren in der

DDR oder in Berlin (Ost), oder sie werden von Instruktoren oder Kurieren aus der DDR in der Bundesrepublik Deutschland aufgesucht. Das MfS berücksichtigt in besonderen Einzelfällen, daß Reisen in den kommunistischen Machtbereich Risiken mit sich bringen. So wurden vor einigen Jahren einem Jurastudenten Reisen in die DDR verboten, um ihn für die vorgesehene Verwendung in einem Bundesministerium sicherheitsmäßig nicht zu belasten. Die Angehörigen der Legalen Residenturen des KGB führen ihre Treffs mit den Perspektivagenten regelmäßig im Bundesgebiet und in anderen westlichen Ländern, wie z. B. Österreich oder den Beneluxstaaten, durch.

1.6 Fazit:

Erwirbt der Perspektivagent nach seinem Studium einen seinen Kenntnissen und seiner Qualifikation entsprechenden Zugang, dann zahlt sich für den gegnerischen Nachrichtendienst das Warten und das investierte Geld aus. Der Verstrickte selbst sieht kaum eine Möglichkeit mehr, sich aus der nachrichtendienstlichen Verbindung zu lösen. Durch die meist mehrjährige Verbindung zu einem gegnerischen Nachrichtendienst ist ihm bewußt, daß er sich bereits strafbar gemacht hat und damit erpreßbar geworden ist. Kontaktpersonen zu Angehörigen gegnerischer Nachrichtendienste sollten jedoch wissen, daß die Verfassungsschutzbehörden bei der Offenbarung einer nachrichtendienstlichen Verbindung nicht verpflichtet sind, die Strafverfolgungsbehörden zu unterrichten.

Die Verfassungsschutzbehörden sind in der Lage, in solchen Situationen wirksam zu helfen.

2. Selbstanbieter

2.1 Motive

Seit Jahren werden Fälle aufgedeckt, in denen Bundesbürger von sich aus Vertretungen kommunistischer Staaten im Bundesgebiet ihre nachrichtendienstliche Mitarbeit anboten (sog. Selbstanbieter). Ihre Motive beruhen fast ausschließlich auf persönlichen Schwierigkeiten, in der Hauptsache einer hohen, hoffnungslos erscheinenden Verschuldung. Aber auch Mißerfolge im Beruf, Spannungen in privaten Beziehungen oder Abenteuerlust sind Anlaß, Selbstbestätigung in einer nachrichtendienstlichen Verbindung zu suchen. Bei oft verzweifelten Versuchen, ihre Konflikte auf diese Weise zu lösen, ist den Selbstanbietern meist nicht bewußt, wie gering ihre Chance ist und welches Risiko sie für ihre Zukunft eingehen. Daß nachrichtendienstliche Tätigkeit kein Weg ist, der zur Bewältigung persönlicher Probleme führt, machen die nachfolgend geschilderten Praktiken gegnerischer Nachrichtendienste im Umgang mit Selbstanbietern deutlich.

Selbstangebot – Weg ohne Zukunft

Jeder Selbstanbieter wird als möglicher Provokateur behandelt

Überprüfungen und Mißtrauen sind ständiger „Begleiter“ der Selbstanbieter

Enttäuschende Bezahlung und Perspektiven

2.2 Behandlung der Selbstanbieter durch den ND

In jedem Selbstanbieter sehen die gegnerischen Nachrichtendienste grundsätzlich einen Provokateur, der von westlichen Nachrichtendiensten gesteuert den eigenen Dienst unterwandern soll. Daher wird der Selbstanbieter zunächst überprüft. Bereits bei der ersten Befragung, die grundsätzlich durch einen Sicherheitsoffizier erfolgt, will man über ihn so viele Details wie möglich erfahren, über seine Persönlichkeit, seine Motivation und seine Zugangsmöglichkeiten. Nach diesem Gespräch wird der Selbstanbieter auf ein späteres Treffen vertröstet. Ein „neutraler Ort“ sowie eine Zeit für dieses Treffen werden festgelegt und die Treffmodalitäten besprochen.

Die gewonnene Zeit wird genutzt, um das Umfeld und den Hintergrund des Gesprächspartners zu klären. Dabei interessieren Wohnung, familiäre Verhältnisse, berufliche Tätigkeiten sowie Zugänge und Kontakte, die sich nachrichtendienstlich nutzen lassen. Entscheidend ist, ob sich die Angaben des Selbstanbieters bestätigen. Auch das mitgebrachte oder das angebotene Material wird überprüft. Hierbei prüft man, ob das Material echt ist, welchen Wert die Informationen haben und ob sie den Zugangsmöglichkeiten des Selbstanbieters entsprechen. Fällt diese Überprüfung positiv aus, findet ein erster Treff an einem neutralen Ort statt. Die ersten Aufträge, die erteilt werden, betreffen bereits bekannte Sachverhalte oder solche, die durch andere Quellen bestätigt werden können. Erst danach wird eine konkrete nachrichtendienstliche Verwendung angestrebt, in deren Verlauf der Selbstanbieter jedoch ständig mit großem Mißtrauen und ständigen Überprüfungen rechnen muß.

2.3 Gegenleistungen

Völlig falsche Vorstellungen haben Selbstanbieter in der Regel von der Bezahlung, die sie erwarten. Die Summen sind meist gering und entsprechen nur selten dem Wert des gelieferten Materials. Beträge, die einem geregelten „normalen“ Einkommen entsprechen, sind ausgeschlossen. Auch die Vorstellung, größere Schulden mit Hilfe einer Agententätigkeit tilgen zu können, ist verfehlt. So sieht sich der Selbstanbieter regelmäßig in seinen Erwartungen getäuscht. Seine Probleme bleiben ungelöst, und in vielen Fällen hat er auch noch ein Strafverfahren wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu erwarten.

Daß eine nachrichtendienstliche Tätigkeit in keinem Fall ein Mittel zur Lösung persönlicher Probleme ist – gleich welcher Art sie auch sein mögen – verdeutlicht folgender Fall der Bundeswehrsoldaten W. und S.:

Der Bundeswehrangehörige W. bot im Jahre 1983 seine Dienste verschiedenen gegnerischen Nachrichtendiensten an. W. war Hauptfeldwebel und als Luftbildauswerter bei einer Einheit in Leck/Schleswig-Holstein tätig. Er war wegen mehrerer Kredite in finanziellen Schwierigkeiten, weil er mit deren Rückzahlung wegen fehlgeschlagener privater Geschäfte in Verzug geraten war. Meh-

rere Versuche, die Schulden durch Hilfe privater Kreditvermittler zu tilgen, scheiterten. Aufgrund der ausweglos erscheinenden Situation kam ihm im Frühjahr 1983 der Gedanke, sich in die DDR abzusetzen. Zweimal flog er nach Berlin (West), um von dort in die DDR zu übersiedeln und Asyl zu beantragen. Beide Male kamen ihm jedoch kurz vor dem Grenzübertritt Bedenken, dies auf direktem Wege zu tun.

Anfang August rief er daher zunächst die Ständige Vertretung der DDR in Bonn an und vereinbarte einen Gesprächstermin. W. bot seine Mitarbeit an und erkundigte sich nach den Möglichkeiten, in der DDR Asyl zu erhalten. Als Motiv gab er seine hohe Schuldenlast an. Ihm wurde bedeutet, sein Fall müsse in Berlin (Ost) entschieden werden und er möge nach einer Woche unter einem ihm zugewiesenen Decknamen anrufen und sich erkundigen. Bei diesem Anruf erfuhr er, daß seine Übersiedlung in die DDR zwar möglich sei, man aber kein Interesse an seiner Mitarbeit habe.

Während einer Bundeswehrübung im süddeutschen Raum wandte sich W. daraufhin an die Sowjetische Botschaft in Bern, der er sein Anliegen in einem Gespräch vortrug. Dort zeigte man sich zunächst an seiner nachrichtendienstlichen Mitarbeit interessiert. Er mußte eine Verpflichtungserklärung unterzeichnen und erhielt gegen Quittung einen Vorschuß in Höhe von Sfr. 1000,-. Außerdem wurde mit ihm eine Treffabsprache getroffen und ein geheimer Verbindungsweg aufgezeigt. Zu dem verabredeten Treffen kam es jedoch nicht. Auf mehrere Versuche, erneut mit der Sowjetischen Botschaft Kontakt aufzunehmen, erhielt er die Weisung, sich nicht mehr um eine Verbindung zu bemühen, da ein Treffen z. Z. nicht möglich sei.

Da seine Schulden bei der Rückkehr zu seiner Einheit auf etwa 120000,- DM angewachsen waren und bislang alle Versuche, seine Lage zu bessern, fehlgeschlagen waren, geriet W. in Panik. Er beschloß, sich gemeinsam mit seinem Freund, dem Gefreiten S., der in der gleichen Einheit diene und sich ebenfalls in finanziellen Schwierigkeiten befand, ins Ausland abzusetzen.

Bei ihrer Reise durch die Schweiz, Frankreich, Italien, Jugoslawien und Österreich versuchten sie, verschiedenen südamerikanischen, afrikanischen und asiatischen Botschaften ihre Dienste anzubieten. Als keine Botschaft positiv reagierte und schließlich auch die Kubanische Botschaft in Wien absagte, beschlossen sie, mit der Sowjetischen Botschaft in Wien Kontakt aufzunehmen. Sie erkundigten sich dort nach Asylmöglichkeiten in der UdSSR und erklärten, sie hätten sich unerlaubt von der Truppe entfernt und nicht die Absicht, in die Bundesrepublik Deutschland zurückzukehren. Sie gaben an, sie seien im Besitz umfangreichen militärischen Materials, das sich in ihrem Pkw befinde. Weil sie befürchteten, beschattet zu werden, wollten sie das Material jedoch nicht in die Botschaft bringen. Während der folgenden Unterredung wurden W. und S. intensiv zu ihrer Tätigkeit in der Bundeswehr befragt. Danach bat sie ihr Gesprächspartner, am nächsten Tag noch einmal vorbeizukommen, da er über ihr Ansinnen nicht allein entscheiden könne. Als sie am übernächsten Tag die Botschaft aufsuchten, wurden sie erneut nach

**Erster Versuch:
Kontaktaufnahme zur
Ständigen Vertretung
der DDR in Bonn**

**Zweiter Versuch:
Kontaktaufnahme zur
Sowjetischen Bot-
schaft in Bern**

**Dritter Versuch:
Kontaktaufnahme mit
Südamerikanischen,
Afrikanischen und
Asiatischen Botschaf-
ten in Europa**

**Vierter Versuch:
Kontaktaufnahme mit
der Kubanischen Bot-
schaft in Wien**

**Fünfter Versuch:
Kontaktaufnahme mit
der Sowjetischen Bot-
schaft in Wien wegen
Asyls in der UdSSR**

dem angebotenen Material gefragt. Da sie es nicht mit sich führten, nahm man ihnen für ca. 15 Minuten die Pässe ab. Nachdem sie diese zurückerhalten hatten, wurden sie gefragt, ob sie wirklich in die UdSSR umsiedeln wollten. Als sie dies bejahten, diktierte ihr Gesprächspartner ihnen folgende Verpflichtungserklärung:

„Hiermit erkläre ich, daß ich meine Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland abbreche. Ich werde aktiv gegen die NATO, die USA und die Bundesrepublik Deutschland kämpfen. Ich verurteile die Stationierung neuer Waffen im Westen, welche die UdSSR bedrohen. Weiterhin werde ich aktiv von der Sowjetunion aus die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland unterstützen.“

Um Asyl in der Sowjetunion wird gebeten.

Unterschrift.“

Unsicheres „Asyl in der UdSSR“

Anschließend wurde ihnen erklärt, sie sollten am folgenden Morgen um 11.00 Uhr ohne jegliches Gepäck die österreichisch-ungarische Grenze passieren. Auf dem nächstgelegenen Parkplatz sollten sie warten, bis sie abgeholt würden. Sollte bis 12.00 Uhr niemand erscheinen, so sollten sie direkt nach Budapest fahren und sich dort in der Sowjetischen Botschaft melden. Ihr Gepäck und das mitgeführte Material sollten sie vor dem Grenzübertritt vergraben. Die UdSSR habe kein Interesse daran. Sollten sie es für wichtig halten, könnten sie sich das Versteck merken.

Dies war der letzte Kontakt zu den Sowjets. Den Weg in die UdSSR traten W. und S. schließlich doch nicht an. Das Leben dort erschien ihnen zu ungewiß und sie wollten nicht riskieren, zu „schmutzigen Arbeiten“ herangezogen oder zu Propagandazwecken mißbraucht zu werden. Sie faßten schließlich entmutigt den Entschluß, in die Bundesrepublik Deutschland zurückzukehren und sich den hiesigen Behörden zu offenbaren. Das Schleswig-Holsteinische Oberlandesgericht in Schleswig verurteilte sie am 4. Juli 1984 wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit und Fahnenflucht. W. erhielt eine Freiheitsstrafe von drei Jahren, S. von zehn Monaten, die zur Bewährung ausgesetzt wurde.

Ständige Vertretung der DDR in Bonn leitet Angebote an das MfS weiter

Auch der Ständigen Vertretung der DDR in der Bundesrepublik Deutschland (StäV) bieten Bundesbürger immer wieder ihre nachrichtendienstliche Mitarbeit an. Im Gegensatz zu den anderen Legalen Residenturen kommunistischer Staaten in der Bundesrepublik Deutschland nutzt die StäV Selbstangebote jedoch grundsätzlich nicht selbst, sondern leitet sie dem MfS zur nachrichtendienstlichen Bewertung und ggf. weiteren Veranlassung zu.

Beispiel:

Ein Bundeswehrangehöriger, der die StäV in versteckter Form auf sich aufmerksam gemacht hatte, wurde etwa einen Monat später von einem ihm unbekanntem „Richter“ angerufen, der auf „Schwierigkeiten“ des Soldaten anspielte und ihn aufforderte, zu einem Treffen in das Hotel „Vier Jahreszeiten“ nach Berlin (Ost) zu kommen. Da dem Soldaten Bedenken gekommen waren, weigerte er sich, worauf „Richter“ ihm drohte, er werde die Angelegenheit bereuen.

Ein Angestellter eines Finanzamtes, der gegenüber der StÄV Interesse an einer Übersiedlung in die DDR signalisiert hatte, wurde bei einem späteren Besuch seiner Mutter in der DDR von zwei MfS-Angehörigen aufgesucht, die über seinen Übersiedlungswunsch unterrichtet waren.

3. „Zufluchtsort DDR“

Jahr für Jahr sehen Bewohner der Bundesrepublik Deutschland in der Übersiedlung in die DDR einen Ausweg aus persönlichen und beruflichen Schwierigkeiten. Anhaltende Arbeitslosigkeit beispielsweise oder etwa hohe Schulden veranlassen Bundesbürger zu diesem Schritt. Die Betroffenen suchen einen neuen, unbelasteten Start. Diese Hoffnung erweist sich jedoch – wie bei den „Selbstanbietern“ (Ziff. 2) – meist als trügerisch.

Die Organe der DDR reagieren auf solche Übersiedlungswünsche normalerweise zunächst durchaus entgegenkommend. Die Betroffenen werden gewöhnlich im „Zentralen Aufnahmeheim Zepernick“ bei Röntgental in der Nähe von Potsdam untergebracht, wo sie sich meist mehrere Wochen aufhalten. Man fordert sie auf, einen Antrag auf Erwerb der DDR-Staatsbürgerschaft zu stellen, wodurch bei den Übersiedlungswilligen der Eindruck eines formal korrekten Verfahrens erweckt wird.

Den nächsten Schritten stehen sie deshalb nahezu arglos gegenüber. Zur weiteren Prüfung des Antrages müssen sie einen lückenlosen und detaillierten Lebenslauf fertigen, ferner Angaben über Verwandte und Bekannte in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR machen. Diese schriftlichen Unterlagen bilden die Grundlage für die in der Folgezeit praktisch täglich stattfindenden Befragungen durch Angehörige des MfS.

Ziel der Befragungen ist es, Möglichkeiten eines operativen Einsatzes des Übersiedlungswilligen selbst zu prüfen und Hinweise auf nachrichtendienstlich interessante Personen aus seinem Umfeld zu erlangen, an deren Anbahnung er mitwirken könnte. Ergeben sich derartige Ansatzpunkte nicht, so schöpfen die MfS-Befrager zumindest alles auch nur im weitesten Sinne verwertbare Wissen ab. Bei der Befragung jüngerer Männer etwa gilt ihr Hauptaugenmerk eventuellen Militärdienstzeiten, hier insbesondere der Ausrüstung der Truppe sowie der Fertigung von Charakteristiken ehemaliger Vorgesetzter.

Der Wert der auf diese Weise erlangten Informationen hat auf das Übersiedlungsbegehren jedoch insgesamt wenig Einfluß. Selbst Kandidaten, die ihren „Einstand“ durch die freiwillige Preisgabe nicht unbedeutenden militärischen Wissens zu verbessern suchen, werden nach Abschluß der intensiven Befragungen wieder in den Westen abgeschoben.

Typisch hierfür ist der Fall H.:

Zunächst freundliches Entgegenkommen der DDR-Organen

Umfassende u. wochenlange ND-Befragungen durch Angehörige des MfS

Die Preisgabe von nachrichtendienstlich interessanten Informationen garantiert keine Aufnahme in die DDR

H., ein 24-jähriger Stabsunteroffizier der Bundeswehr, war leidenschaftlicher Geldautomatenspieler. Um sein Hobby finanzieren zu können, hatte er Bankkredite in Höhe von insgesamt 20000,-DM aufgenommen und zusätzlich aus der von ihm verwalteten Rechnungsführerkasse seiner Kompanie etwa 1500,-DM unterschlagen. Nachdem er wegen offenstehender Rechnungsbeträge mehrmals gemahnt worden war und eine Rechnungsprüfung fürchten mußte, faßte er den Entschluß, sich in die DDR abzusetzen. Er entnahm der Kompaniekasse weitere 800,-DM und brachte Dienstsiegel, Truppenausweise und teilweise geheimhaltungsbedürftige dienstliche Unterlagen an sich. Damit fuhr er noch am selben Tag in die DDR und stellte sich den Behörden. Man sicherte ihm zu, daß er in der DDR bleiben könne und brachte ihn in das „Zentrale Aufnahmeheim Zepernick“.

100,-DM als „Starthilfe“

In den ersten zwei Wochen wurde er nahezu täglich befragt und fertigte auftragsgemäß umfangreiche Beschreibungen ihm bekannter militärischer Objekte sowie Charakteristiken anderer Soldaten. Nachdem ihm bestätigt worden war, daß er in der DDR bleiben und in Leipzig eine Tätigkeit als Buchhalter aufnehmen könne, wurde ihm wenig später eröffnet, daß er in den Westen zurückkehren müsse. Begründet wurde dies mit seinem Vorleben und damit, daß er für die DDR ein Sicherheitsrisiko darstelle. Ausgestattet mit einer „Starthilfe“ von 100,-DM mußte H. nach Schweden ausreisen. Erfolgos beantragte er dort politisches Asyl und ließ sich – vor die Wahl gestellt, entweder in die Bundesrepublik Deutschland oder in die DDR zurückkehren zu müssen – in das Bundesgebiet abschieben. Am 12.8.1983 verurteilte ihn das OLG Celle wegen Fahnenflucht in Tateinheit mit geheimdienstlicher Agententätigkeit und Verletzung von Dienstgeheimnissen zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und drei Monaten.

„Kurzaufenthalt“ für Personen, die zur ND-Mitarbeit geeignet erscheinen

Nur 2 Tage hingegen hielt sich der Maschinenbautechniker Uwe J. aus Norddeutschland in Zepernick auf. Der Grund für diese ungewöhnlich kurze Aufenthaltsdauer lag darin, daß J. dem MfS für eine nachrichtendienstliche Zusammenarbeit geeignet erschien und deshalb unverzüglich an seinen Arbeitsplatz zurückkehren sollte. Der Fall Uwe J. stellt sich wie folgt dar:

J. entschloß sich im Frühjahr 1984, in die DDR überzusiedeln, weil er Schwierigkeiten in seiner Ehe hatte und hoch verschuldet war. Sein Arbeitgeber, ein Schiffsbauunternehmen, hatte von dem Vorhaben keine Kenntnis. Nach ersten Befragungen in Zepernick zum Grund seiner Übersiedlung und zu seiner beruflichen Tätigkeit kamen ihm Zweifel an seinem Entschluß; er bat, in die Bundesrepublik Deutschland zurückkehren zu dürfen. Der gegnerische Nachrichtendienst erkannte die günstige Gelegenheit, einen geheimen Mitarbeiter in einem bedeutenden Schiffsbauunternehmen der Bundesrepublik anzusiedeln zu können; dem Dienst war auch klar, daß dabei Eile geboten war. Man bot J. gegen die Zusage einer nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit die sofortige Rückführung ins Bundesgebiet an. Dieser willigte zum Schein in eine Mitarbeit ein. Er erhielt daraufhin eine Kontakt-Telefonnummer in Ber-

lin (Ost) und als „Anerkennung“ einen Geldbetrag in Höhe von 3000,-DM. In der Bundesrepublik sollte er sofort an seinen Arbeitsplatz zurückkehren, so, „als sei nichts geschehen“.

4. Aktivitäten der DDR-Nachrichtendienste außerhalb der Bundesrepublik Deutschland

4.1 Frühere und heutige Rahmenbedingungen

Aufgabenschwerpunkte der DDR-Nachrichtendienste war über viele Jahre die Ausspähung der Bundesrepublik Deutschland und der hier stationierten Streitkräfte der Alliierten. Grund hierfür waren die für die DDR-Nachrichtendienste überaus günstigen Arbeitsbedingungen. In allen übrigen Operationsgebieten in Westeuropa, Nordamerika und der Dritten Welt hingegen waren die Arbeitsbedingungen für die Nachrichtendienste der DDR noch bis in die siebziger Jahre wesentlich ungünstiger. Besonders hinderlich war, daß bis zum Abschluß des Grundlagenvertrages (1972) diplomatische Beziehungen der DDR zu den wichtigsten westlichen Staaten fehlten; dies minderte die Chancen, aus Legalen Residenturen heraus zu operieren.

Aus diesen Rahmenbedingungen ergab sich unter den Nachrichtendiensten des Ostblocks schon frühzeitig eine gewisse Arbeitsteilung, nach der sich die DDR im wesentlichen auf die Bundesrepublik Deutschland konzentrierte, während die Sowjetunion und die anderen Warschauer-Pakt-Staaten vorrangig die übrigen Operationsgebiete abdeckten. In den letzten Jahren ist diese Arbeitsteilung offensichtlich aufgegeben worden. So sind besonders auf dem Gebiet der Technologiespionage neben den Nachrichtendiensten der DDR mehr als zuvor die sowjetischen und die Satellitendienste auch im Bundesgebiet aktiv. Gleichzeitig hat die DDR ihre internationale Aufklärung verstärkt. Der Schwerpunkt liegt dort eher im militärischen und vor allem wissenschaftlich-technischen Bereich. Die großen wirtschaftlichen Probleme der Ostblockstaaten, insbesondere ihre Unterlegenheit in wissenschaftlich-technischer Hinsicht, lassen sie – durchaus auch in ihrem nationalen Interesse – jede Möglichkeit nutzen, durch Ausspähung westlicher Forschung und Technologie die eigenen Probleme besser zu lösen.

4.2 Organisatorische Änderungen innerhalb der HVA des MfS

Wie sehr sich der Aktionsradius der DDR-Nachrichtendienste erweitert hat, zeigt die organisatorische Entwicklung in der Hauptverwaltung (HVA) des MfS. Deren Abt. III war zunächst für die politische Aufklärung der gesamten westlichen Welt (außer der Bundesrepublik Deutschland) zuständig. Etwa im Jahre 1968 beschränkte man ihr Operationsgebiet auf Westeuropa und gründete zwei neue Abteilungen für die politische Spionage in Nordamerika (Abt. XI) und der Dritten Welt (Abt. XII). Der 1970 aus der Abt. V gebildete „Sektor Wissenschaft und Technik (SWT)“ ist in seiner Zielsetzung auch – in

„Weltweite Aktivitäten“ des MfS

Teilbereichen sogar überwiegend – an der rüstungs- und zivilwirtschaftlichen Technologie der USA und Japan orientiert.

4.3 Operationsgebiet Westeuropa

Zahlreiche Fälle mit Bezügen nach Westeuropa und den USA belegen, in welchem Maße das Interesse der DDR-Nachrichtendienste an Erkenntnissen aus dem Ausland gewachsen ist:

Beispiele:

Im August 1980 wurde in Lille (Frankreich) der damals 68jährige Heinz Bernhard Z. festgenommen. Unmittelbar zuvor hatte er als Instrukteur einen Treff mit einem Agenten wahrgenommen, der u. a. gegen die NATO eingesetzt war. Ebenfalls für einen Nachrichtendienst der DDR war der im Mai 1983 an seinem Wohnort in Vincennes (Frankreich) verhaftete deutsche Kaufmann Klaus T. tätig. T. hatte Anfang 1982 in verschiedenen westdeutschen Tageszeitungen Stellengesuche aufgegeben. Aufgrund einer solchen Anzeige wurde er von einem Michael *Neubus*, Mitarbeiter eines Büros für „technische Beratung, Dokumentation und Information“ nach Berlin (Ost) eingeladen. Dort wurde er im Frühjahr 1982 für eine nachrichtendienstliche Tätigkeit angeworben, in Dokumentenfotografie ausgebildet und mit einem Container für den Transport von Filmen und Schriftstücken ausgestattet. Er lieferte Informationen über technische Systeme aus dem Kampfflugzeugbereich, die er sich von einem Angestellten eines französischen Flugerprobungszentrums beschafft haben soll. Außerdem soll er auftragsgemäß eine Reihe wissenschaftlicher und technischer Schriftstücke aus der Hochleistungselektronik geliefert haben. Insgesamt will er fünf Treffs in Berlin (Ost) wahrgenommen und für die gelieferten Informationen etwa 6800,-DM erhalten haben.

Am 10. März 1984 wurde in Delft (Niederlande) der 34jährige Günther B. aus Erfurt festgenommen. Er führte einen totalgefälschten Westberliner Personalausweis sowie, in einem Container versteckt, einen gefälschten bundesdeutschen Reisepaß bei sich – beide jeweils auf andere Personalien ausgestellt. Er war als Instrukteur im Auftrag eines Nachrichtendienstes der DDR zur Treffabwicklung in die Niederlande eingereist. Zielrichtung der gegnerischen Operation dürften die niederländischen Streitkräfte gewesen sein. B. wurde im Juni 1984 in die DDR abgeschoben.

4.4 Operationsgebiet USA

Die Vereinigten Staaten von Amerika stellen für die DDR-Nachrichtendienste ein weiteres wichtiges Operationsgebiet dar.

Dies wird an folgenden Beispielen deutlich:

Im November 1979 gelang die Festnahme des Eberhard L., der 1972 unter falscher Identität zunächst in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleust worden war. 1973 verzog er auftragsgemäß nach New York, wo er als Angestellter einer Speditionsfirma arbeitete. Das MfS plante, ihn in den USA langfristig einzusetzen, um das „bestehende große Erkenntnisdefizit“ zu verringern. L. hatte den Auftrag, Detailkenntnisse über das Leben in den USA zu gewinnen.

Darüber hinaus sollte er Informationen aus seiner Beschäftigungsfirma sammeln und nachrichtendienstlich interessante Personen tippen und abklären. Ziel seiner beruflichen Tätigkeit sollte es sein, in eine Position aufzurücken, in der er geheimdienstlich nutzbare Kontakte zu Personen in exponierten Stellen knüpfen könnte.

Am 3. November 1983 gelang es der amerikanischen Bundespolizei (FBI), in Boston (USA) den Physiker Dr. Alfred Z. festzunehmen. Z., Lehrstuhlinhaber an der Technischen Universität Dresden, war im Rahmen eines akademischen Austauschprogramms seit 1976 an der Universität von Puebla (Mexiko) tätig. Von dort aus unternahm er häufig Reisen in die USA. Diese dienten u. a. der Erfüllung nachrichtendienstlicher Aufgaben auf dem Gebiet der Militärspionage. So war Z. als Instrukteur für einen vom MfS als Agenten angeworbenen US-Amerikaner eingesetzt. Im Juli 1984 wurde Z. gegen eine Kautions von 1,4 Millionen DM, die von der Botschaft der DDR geleistet worden war, aus der Haft entlassen.

Jüngstes Beispiel, zugleich für eine besonders intensive Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Abwehrbehörden der USA und der Bundesrepublik Deutschland, ist der Fall Ernst Ludwig F.: F., 1940 in Schlesien geboren, war 1961 aus der DDR nach Berlin (West) geflohen. Er siedelte sich in einem kleinen Ort bei Stuttgart an, wo er ab 1975 zunächst eine Tankstelle mit Reparaturhalle, später einen Handel mit Gebrauchtwagen und Autoersatzteilen betrieb. Außerdem war er in seinem erlernten Beruf als Kfz-Polsterer tätig. Zu seinem Kundenkreis zählten zahlreiche in der Nähe stationierte US-Soldaten, darunter auch höhere Offiziere. Über diese Kontakte gelang es F., sich militärische Dokumente zu verschaffen, die er gegen Bezahlung an einen DDR-Nachrichtendienst lieferte. Die privaten Beziehungen zu den Militärangehörigen hielt er auch noch aufrecht, als diese wieder in ihre Heimat zurückgekehrt waren. Bei seinen häufigen Reisen in die USA besuchte er diese Bekannten und zeigte sich in Gesprächen nach wie vor an militärischen Informationen interessiert. Von einem ehemaligen Offizier der US-Armee, der bis 1974 in der Bundesrepublik Deutschland stationiert war, und seit 1972 geheimgeschützte militärische Dokumente an F. verkauft hatte, erhielt er auf diese Weise noch bis 1977 nachrichtendienstlich interessante Unterlagen.

Ende 1982 wurden den Verfassungsschutzbehörden im Rahmen von Ermittlungen gegen F. Tatsachen bekannt, die seine nachrichtendienstlichen Aktivitäten bestätigten. U. a. wurde die Absicht des F. bekannt, Anfang 1984 in den USA ein Werbungsgespräch durchführen zu wollen. Die amerikanischen Sicherheitsbehörden wurden unterrichtet. Daraufhin konnte F. Anfang März 1984 in Tampa (Florida) festgenommen werden, als er von einem Sicherheitsbeamten, der sich ihm gegenüber als hoch verschuldeter Oberstleutnant der US-Army ausgegeben hatte, geheime militärische Dokumente erwerben wollte. F. gab in seiner Vernehmung zu, daß er etwa 1971/72 bei einer privaten Besuchsreise nach Cottbus von einem Nachrichtendienst der DDR kontaktiert und anschließend zur Mitarbeit verpflichtet worden sei. Das Bezirksgericht in Tampa (Florida) verurteilte Ernst Ludwig F. im August 1984 wegen Spionage zu einer Freiheitsstrafe von 15 Jahren.

Der Fall Ernst Ludwig F.

Zielpersonen: US-Soldaten in der Bundesrepublik

5. Die offiziellen DDR-Reisekader als „Fünfte Kolonne“ des MfS

5.1 Grundsätze

DDR-Auslandsreisekader sind meist inoffizielle Mitarbeiter des MfS. Sie
– tippen
– forschen
– klären Zielpersonen ab

Nach Erkenntnissen des Bundesamtes für Verfassungsschutz ist die Mehrheit der DDR-Auslandsreisekader, d. h. der Personen, die beruflich in andere Staaten fahren dürfen, als Inoffizielle Mitarbeiter des MfS verpflichtet. Reisekader werden hauptsächlich zur Tippgewinnung, Ermittlung und Abklärung geeigneter Zielpersonen eingesetzt. Sollten Kontaktpersonen Ansätze zu weiteren nachrichtendienstlichen Maßnahmen bieten, werden diese in der Regel an einen zuständigen operativen Mitarbeiter übergeben, es wird eine sogenannte „zweite Bearbeitungslinie“ aufgebaut. Gelegentlich kommen Ausnahmen von dieser Regel vor; dann wird ein DDR-Reisekader im nachrichtendienstlichen „klassischen“ Sinne auch in der „zweiten Bearbeitungslinie“ – als Anbahner, Instrukteur oder Kurier – tätig.

Ausnahmsweise werden DDR-Reisekader als Anbahner, Kurier oder Instrukteur tätig

5.2 Auswahl und Nutzung der Reisekader

Hauptvoraussetzung: Regimetreue

Der Auswahl und Bestätigung zum „Reisekader nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet“ (NSW) geht eine eingehende Überprüfung des gesamten persönlichen und beruflichen Umfeldes sowie der gesellschaftspolitischen Aktivitäten des Kandidaten voraus. Nur regimetreue Personen haben eine Chance, vor Erreichen des Rentenalters die begehrten Westreisen unternehmen zu dürfen. Das MfS ist an dieser Überprüfung maßgeblich beteiligt. Die Bestätigung zum Reisekader-NSW wird jährlich wiederholt. Verständlicherweise hat das MfS ein besonderes Interesse an der Nutzung dieses Personenkreises. Diesem Zweck dient insbesondere ein Berichtssystem, dem die Reisekader fast ohne Ausnahme unterliegen. So hat der Reisekader nach Rückkehr von einer Dienstreise einen Sofortbericht (Fragenspiegel, ca. 3–4 Seiten) zu erstellen, in dem neben Angaben über bundesdeutsche Ein- und Ausreiseformalitäten, Unterbringung, Aspekte ökonomischer und technischer Art, mitreisende Kader und Besonderheiten auch Fragen zu Kontakten und Einschätzung der Verhandlungspartner/Kontaktpersonen gehören. Diese Fragen betreffen beispielsweise

„Sofortbericht“ des Reisekaders nach Rückkehr

- berufliche Qualifikation und Stellung,
- private Situation, Hobbies, Gewohnheiten, politische Einstellung,
- Verbindungen dieser Personen in die DDR (ehem. Bewohner der DDR, Verwandte oder Bekannte in der DDR),
- auffälliges Verhalten, geschäftliche oder private Einladungen,
- Übergabe von Geschenken, angebotene Vergünstigungen.

„Ausführlicher Reisebericht“

Weitere Fragen betreffen die Sicherheitsbestimmungen in den aufgesuchten Betrieben, insbesondere, ob man begleitet wird oder sich frei bewegen kann. Neben diesem Sofortbericht, der innerhalb von drei Tagen nach Rückkehr zu fertigen ist, hat der Reisekader einen ausführlichen „Reisebericht“ über die technischen und gesamtökonomischen Verhältnisse der besuchten Betriebe sowie über weitere evtl. in Erfahrung gebrachte wissenschaftlich relevante Informationen zu er-

stellen. Eine Ausfertigung des Sofortberichts wird dem für die Sicherheit im Betrieb zuständigen MfS-Angehörigen bzw. der zuständigen MfS-Dienststelle zugeleitet. Neben der Kontrolle der Zuverlässigkeit der Reisekader ist das MfS somit in der Lage (bei evtl. „Unklarheiten“ nach Rücksprache mit dem Reisekader), sich ein relativ genaues Bild von den Verhandlungspartnern und Kontaktpersonen sowie den aufgesuchten Betrieben/Institutionen zu verschaffen und damit Ansatzpunkte für eine mögliche operative Nutzung zu gewinnen.

Auch die im Rahmen der Leipziger Frühjahrs- und Herbstmesse von DDR-Betrieben geknüpften Kontakte zu Kunden aus dem Westen sind in schriftlicher Form festzuhalten. Das Standpersonal setzt sich dabei aus Personen zusammen, die als NSW-Reisekader bestätigt wurden und somit als zuverlässig im Sinne des Regimes anzusehen sind.

Aktivitäten der Reisekader im Rahmen von Messen in der DDR

III. Legale Residenturen *

1. Überblick

Nach wie vor wird von den Legalen Residenturen in den offiziellen Vertretungen der kommunistischen Staaten im Bundesgebiet und Berlin (West) gegen die Bundesrepublik Deutschland Spionage betrieben. Zu den Legalen Residenturen gehören nicht nur Botschaften, Konsulate, Handelsvertretungen und Militärmissionen, sondern auch die Büros von Luftfahrtgesellschaften und Reiseunternehmen, Agenturen staatlicher Wirtschaftsorganisationen sowie Vertretungen von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Unter dem Deckmantel diplomatischer, konsularischer oder geschäftlicher Betätigung suchen die dort tätigen hauptamtlichen oder kooptierten Mitarbeiter der gegnerischen Nachrichtendienste Kontakte zu Bewohnern der Bundesrepublik Deutschland, um sie für eine geheimdienstliche Mitarbeit zu gewinnen oder ihr nachrichtendienstlich bedeutsames Wissen abzuschöpfen.

Neben denen, die in den amtlichen und halbamtlichen Vertretungen und Einrichtungen nachrichtendienstlich tätig sind, stellen auch diejenigen Angehörigen von Staaten des Warschauer Paktes eine Bedrohung für die Sicherheit unseres Landes dar, die in sog. „gemischten Firmen“ nachrichtendienstlicher Tätigkeit nachgehen. Bei diesen Firmen handelt es sich um Handelsgesellschaften, an denen neben deutschen Partnern osteuropäische Staatshandelsunternehmen beteiligt

Nachrichtendienstliche Aktivitäten unter dem Deckmantel diplomatischer, konsularischer oder geschäftlicher Betätigung

Stützpunkte Legalen Residenturen „Gemischte Firmen“

* Stützpunkte eines Nachrichtendienstes im Operationsgebiet, getarnt in einer offiziellen Institution (z. B. Botschaft), mit der Aufgabe, nachrichtendienstlich gegen das Gastland zu arbeiten.

sind. Durch ihre Unternehmenstätigkeit können sie die illegale Beschaffung von hochwertigen wissenschaftlich-technischen Informationen und Technologien (Embargogüter) besonders gut abtarnen.

2. UdSSR

Der Anteil der erkannten ND-Offiziere bzw. der einer nachrichtendienstlichen Tätigkeit verdächtigten Mitarbeiter der amtlichen und halbamtlichen sowjetischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland – einschließlich der sowjetischen Militärmissionen und der sowjetischen Einrichtung in Berlin (West) – hat sich gegenüber dem Vorjahr nochmals erhöht und beträgt nunmehr fast 52 %.

Residenturen der sowjetischen Nachrichtendienste KGB und GRU

In der Bundesrepublik Deutschland unterhalten der zivile sowjetische Nachrichtendienst KGB und der militärische sowjetische Nachrichtendienst GRU jeweils eine Residentur. Während die GRU-Residentur vornehmlich mit der Beschaffung von militärischen und militärisch-technischen Informationen befaßt ist, hat die KGB-Residentur vielfältige Aufgaben wahrzunehmen. Sie reichen von der politischen und wissenschaftlich-technischen Aufklärung und Beschaffung – ein deutlicher Schwerpunkt ihrer Tätigkeit – über die Unterstützung Illegaler* bis hin zur Gegenspionage. Die KGB-Residentur ist darüber hinaus für die Sicherheit innerhalb der gesamten sowjetischen Kolonie in der Bundesrepublik Deutschland zuständig. Bei der illegalen Beschaffung hochwertiger Technologien, deren Ausfuhr nach dem Außenwirtschaftsgesetz (AWG) und aufgrund der COCOM-Vereinbarung („Coordinating Committee for East West Trade Policy“) westlicher Staaten untersagt ist, gehen die Sowjets nach den schon bekannten Methoden vor. Auf Messen und Ausstellungen (z. B. auf der ELECTRONICA in München) nehmen ND-Offiziere Kontakt zu Mitarbeitern von Firmen auf, die nachrichtendienstlich interessante Technik anbieten.

Illegaler Technologietransfer

Täuschung über die wahren Absichten

Sie täuschen ihre Geschäftspartner zunächst über ihre wahren Zielsetzungen, indem sie den Kauf frei exportierbarer Waren vorgeben und einen lukrativen Geschäftsabschluß in Aussicht stellen. Diese legalen Geschäfte werden jedoch häufig nicht verwirklicht oder zumindest erheblich verzögert. Bei weiteren hinhaltenden Treffen bittet dann der ND-Offizier um Informationen über Produkte, die den Embargobestimmungen unterliegen. Schließlich verlangt er – unter Hinweis auf den ausstehenden Geschäftsabschluß –, auch diese Waren zu beschaffen. Dabei regt er ggf. an, der deutsche Geschäftspartner könne das Geschäft auf eigene Rechnung – ohne seinen Arbeitgeber – machen und so selbst den Gewinn einstreichen. Die Gewinnspanne bei solchen Geschäften und die Aussicht auf eine dauerhafte geschäftliche Beziehung reizen manchen Geschäftsmann. Zu dem erhofften legalen Geschäft kommt es aber oft nicht. Nach der ersten Beschaffung von

Geschäft auf eigene Rechnung mit hohen Gewinnspannen wird in Aussicht gestellt

Von einer Ordnungswidrigkeit zur geheimdienstlichen Agententätigkeit

* Illegal und unter Falschidentität im Operationsgebiet lebender Angehöriger eines Nachrichtendienstes

Embargogütern verlangt der ND-Offizier weitere Lieferungen geschützter Technik. Mit jedem weiteren Auftrag gleitet die Beziehung mehr und mehr in die nachrichtendienstliche Verstrickung ab. Es werden regelmäßig Treffs und Ausweichtreffs vereinbart, die unter konspirativen Umständen stattfinden. So trifft man sich beispielsweise nicht im Büro des Geschäftsmannes oder in der Sowjetischen Handelsvertretung, sondern in Lokalen. Man ist bemüht, den Kontakt gegenüber Dritten zu verschleiern und verzichtet daher auf Korrespondenz, Telefonate, Rechnungen etc. Für den Geschäftsmann wird allmählich erkennbar, daß sein Verhandlungspartner Mitarbeiter eines sowjetischen Nachrichtendienstes ist. Aus der bloßen Ordnungswidrigkeit, dem Verstoß gegen das AWG, wird die nach §§ 99 StGB strafbare geheimdienstliche Agententätigkeit.

Die nachfolgend geschilderten Beispielfälle verdeutlichen die Arbeitsmethode der sowjetischen Nachrichtendienste:

G., gelernter Wirtschaftsingenieur, der beschuldigt wird, für die Legale Residentur eines sowjetischen Nachrichtendienstes in Berlin (Ost) gearbeitet zu haben, war seit den sechziger Jahren in verschiedenen Firmen der Elektronik- und Computerbranche im Bundesgebiet und in Berlin (West) tätig.

1974 nahm er im Rahmen dieser Tätigkeit erstmals Verbindung zur Sowjetischen Handelsvertretung in Berlin (Ost) auf. 1976 lernte er bei seinen Geschäften für eine Westberliner Computerfirma den Mitarbeiter der Sowjetischen Handelsvertretung in Berlin (Ost), K., kennen, einen Vertreter von TECHNOPROMIMPORT. Bei den folgenden Treffen in der Handelsvertretung stellte ihm sein sowjetischer Gesprächspartner lukrative Geschäftsabschlüsse in Aussicht. Als Bedingung hierfür und als Grundlage für die Zahlung von „Spesenbeträgen“ forderte K. den G. auf, einen Mitarbeitervertrag zu unterzeichnen. G. will dies abgelehnt haben.

Neben den Bestellungen von Zubehörteilen für den Betrieb von Computern, die frei exportierbar waren, erteilte K. an G. Aufträge, Informationen über sicherheitsempfindliche Einrichtungen, deren Forschungs- und Entwicklungsprogramme und über deren Bedienstete zu beschaffen. Da G. eigenen Angaben zufolge bemerkte, daß derartige Aufträge nichts mehr mit seinem Geschäftsinteresse zu tun hatten, will er diese abgelehnt haben. Der Kontakt zu K. wurde nach kurzer Zeit abgebrochen.

Erst Mitte 1979 traf G. anlässlich einer Verkaufsausstellung in Berlin (West) erneut mit einem Mitarbeiter (L.) von TECHNOPROMIMPORT zusammen. In regelmäßigen Abständen reiste G. daraufhin nach Berlin (Ost), um mit L. ihm in Aussicht gestellte lohnende Geschäfte zu tätigen. Die anfänglich in der Sowjetischen Handelsvertretung in Berlin (Ost) abgehaltenen Treffen wurden auf Wunsch des L. in ein Außenbüro von TECHNOPROMIMPORT verlegt. Damit wurde die Aufforderung verbunden, häufiger die U-Bahn zu benutzen, statt wie bisher mit dem eigenen Pkw anzureisen. Diese Maßnahmen sollten nach Angaben des L. dazu dienen, die Beobachtung des G. durch westliche Sicherheitsbehörden zu erschweren. Um Telefongespräche soweit wie möglich zu

vermeiden, erfolgten die Absprachen der Trefftermine und -orte sowie Ausweichtermine jeweils bei den vorhergehenden Treffen. Bei diesen Treffen erteilten L. und seit 1981 dessen Nachfolger M. ihre Aufträge an G.

Neben legalen Geschäften wurden in erster Linie solche getätigt, die gegen Embargobestimmungen verstießen. Nach Aussage des G. waren seine sowjetischen Geschäftspartner stets bemüht, den Abschluß legaler Geschäfte – wenn auch unausgesprochen – von Gefälligkeiten bei der Beschaffung empfindlicher Waren abhängig zu machen. Außerdem habe L. gebeten, Informationen über Wissenschaftler an Universitäten und Institutionen in den USA zu besorgen. Von Interesse sei gewesen, ob diese Personen bereit seien, mit einem Fremden über ihre Arbeit zu sprechen. Besonderes Interesse zeigten G.'s Geschäftspartner an amerikanischen Studien über den westlichen Rüstungsmarkt, die nicht in den Ostblock verkauft werden dürfen. Sie veranlaßten ihn, zahlreiche dieser Studien zu beschaffen. Die Übergabe des beschafften Materials erfolgte in fast allen Fällen auf Parkplätzen an der Transitstrecke durch die DDR nach Berlin (West). Die Tatsache, daß Zollkontrollen im Transitverkehr nach Berlin (West) i. d. R. nicht erfolgen, wird von sowjetischen Nachrichtendiensten genutzt, um Embargoware in den Ostblock zu schaffen.

„Umschlagplatz Transitstrecke“

G. wurde 1983 anlässlich einer beabsichtigten Materialübergabe an seinen sowjetischen Geschäftspartner festgenommen. Das gegen ihn anhängige Ermittlungsverfahren wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit ist noch nicht abgeschlossen.

B., Inhaber eines mittleren Betriebes für Tankanlagen und Rohrleitungssysteme, wurde von einem sowjetischen ND-Mitarbeiter aufgesucht, der einer sowjetischen Außenhandelsvereinigung angehörte. Dieser zeigte sich an dem Kauf eines größeren Sortiments interessiert. Er schob jedoch vor, daß vorher von sowjetischen Spezialisten eine Werkstoffprüfung vorgenommen werden müßte. Währenddessen fanden regelmäßige Besuche in dem Betrieb statt; es folgten private Einladungen. Dabei kam es dann zu einem Gespräch, in dem Prospekte und Waren erbeten wurden, die außerhalb des Branchenbereiches von B. lagen. Den Russen interessierten insbesondere Laser- und EDV-Technik und Teile elektronischer Waffensysteme. Von „Embargogütern“ wurde nicht gesprochen und die Bedeutung und Einsatzmöglichkeiten der Waren heruntergespielt. B. will den Aufträgen des Russen nur in geringem Umfang nachgekommen sein. Auffallend war, daß dieser den überhöhten Kaufpreis sofort bar bezahlte.

Zu einem späteren Zeitpunkt wurden die „Geschäftsbeziehungen“ von B. abgebrochen; er offenbarte sich den Sicherheitsbehörden.

Zu dem ursprünglich in Aussicht gestellten Verkauf von Anlagen und Rohren kam es nicht.

Sowjetische Militärmissionen in der Bundesrepublik Deutschland

Zu den Legalen Residenturen sowjetischer Nachrichtendienste sind auch die bei den Oberkommandierenden der Stationierungsstreitkräfte der Drei Mächte akkreditierten sowjetischen Militärmissionen (SMM) in Baden-Baden, Frankfurt/M. und Bünde/Westfalen zu zählen. Sie haben derzeit einen Personalbestand von 21 Offizieren und 28 Mannschaften. Es handelt sich hierbei ausnahmslos um Angehörige des sowjetischen militärischen Nachrichtendienstes GRU. Die Offi-

ziere nutzen bei ihren operativen Erkundungsfahrten jede Möglichkeit, militärische und strategische Anlagen und Einrichtungen der Bundeswehr und der NATO sowie deren Manöver auszuspähen. Im zivilen Bereich werden Energieversorgungsunternehmen, Rüstungsproduktionsstätten, Nachrichtenübermittlungsanlagen und das Verkehrsnetz aufgeklärt.

Vor allem die Angehörigen der SMM Baden-Baden haben im Berichtsjahr ihre Erkundungstätigkeit überdurchschnittlich aktiviert. Sie richtete sich vornehmlich gegen die US-Luftwaffenbasen und NATO-Stützpunkte sowie gegen Gebiete, in denen man nach dem Scheitern der Genfer Abrüstungsverhandlungen die Stationierung von Mittelstrecken-Raketen vermutete. Außerdem wurden verschiedene Zwischenfälle bekannt, die zu Reaktionen der französischen Kommandostellen führten.

In einem Fall unternahm ein SMM-Offizier mehrere vergebliche Versuche, ein VS-geschütztes Telefonbuch einer französischen Dienststelle zu beschaffen. Der SMM-Offizier verließ Baden-Baden im März, obwohl seine reguläre Dienstleistung bei der SMM erst im November dieses Jahres beendet gewesen wäre.

Operative Erkundungsfahrten durch SMM-Offiziere

SMM-„Materialbeschaffung“

3. CSSR

Der Personalstand der tschechoslowakischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) ist gegenüber 1983 nahezu konstant geblieben. Gleiches gilt für den Anteil der erkannten bzw. verdächtigen ND-Angehörigen des zivilen Nachrichtendienstes StB oder des militärischen Nachrichtendienstes ZS, der seit Jahren bei etwa 35 % liegt.

Beispielhaft für die Aktivitäten eines ND-Angehörigen in der politischen Abteilung ist der Fall P.:

Residenturen von StB und ZS

P. war seit Anfang 1982 als III. Sekretär an der tschechoslowakischen Botschaft in Bonn tätig. Er löste bei diesem ersten „Westeinsatz“ einen erkannten ND-Offizier ab und übernahm dessen nachrichtendienstliche Kontakte. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten lag im Bereich der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Er besuchte häufig Seminare und Tagungen, die sich mit dieser Thematik beschäftigten, u. a. bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Deutsch-Atlantischen Gesellschaft, der Karl-Arnold-Stiftung, der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und der Evangelischen Akademie Loccum. Anlässlich dieser Veranstaltungen unternahm er zumindest in zwei bekanntgewordenen Fällen nachrichtendienstliche Anbahnungsversuche. Von einer weiteren Kontaktperson ließ er Studien zu rüstungspolitischen Themen erarbeiten und zahlte dafür entsprechende Vergütungen. Ende August 1984 wurden P. und dessen Ehefrau dabei beobachtet, wie sie das Dienstgebäude einer bayerischen Grenzpolizeiinspektion und dort tätige Beamte fotografierten. Aufgrund der vorliegenden sicherheitsrelevanten Erkenntnisse wurde P. im Dezember 1984 vorzeitig abberufen.

- Technologiebeschaffung durch die Handelsabteilung der CSSR-Botschaft**
Die Handelsabteilung der CSSR-Botschaft in Köln wird von der Abteilung „Bundesrepublik Deutschland“ im Außenhandelsministerium in Prag geleitet; deren Leiter – ein bekannter ND-Mitarbeiter – war früher selbst bei der Handelsabteilung in Köln tätig.
- Tarnung als Delegierte von Außenhandelsunternehmen u. a.**
Die Handelsabteilung der Botschaft bietet den dortigen ZS- und StB-Mitarbeitern eine geeignete Tarnung für nachrichtendienstliche Aktivitäten; sie sind angeblich als Delegierte von Außenhandelsunternehmen, Vertreter der Handelskammer oder z. B. auch als Marktforscher tätig.
- Die intensive Auswertung von Publikationen ist Grundlage für Beschaffungsaufträge**
Zu ihren Aufträgen gehört, Informationen über Technologien, insbesondere im Elektronik-Bereich zu sammeln sowie entsprechendes Gerät zu beschaffen; wehrtechnisch einsetzbare Technologien haben Vorrang. Grundlage für Beschaffungsaufträge in diesem Bereich ist zunächst eine intensive Auswertung einschlägiger Publikationen, z. B. der Zeitschrift „Wehrtechnik“, von Prospekten und Katalogen von Herstellerfirmen. Daneben werden Messen und Ausstellungen entsprechender Branchen besucht. z. B. ELECTRONICA, SECURITY, ILA, FOTOKINA, ORGATECHNIK etc. Hier werden erste Kontakte zu Firmenvertretern hergestellt. In der Regel wird die Technologie jedoch nicht direkt über die Hersteller selbst beschafft, sondern über Zwischenhändler, da bei diesen eine größere Bereitschaft zur Verletzung von Embargobeschränkungen vermutet wird.
- Abklärung militärischer Einrichtungen durch ZS-Offiziere**
Zu den Aufgaben der ZS-Angehörigen gehört auch, militärische Einrichtungen abzuklären, wie z. B. Raketenstellungen, Bundeswehrstandorte und Flugplätze.
- Aufklärungsarbeit im Bereich der Wirtschaftspolitik**
Aufklärungsarbeit im Bereich der Wirtschaftspolitik wird vor allem von der Wirtschaftsabteilung der CSSR-Botschaft betrieben. Man ist bemüht, geeignete Kontakte in die Ministerien für Wirtschaft sowie für Forschung und Technologie sowie zu Verbänden, führenden Konzernen und überregionalen Wirtschaftsorganisationen zu knüpfen. Teilweise ist es ND-Angehörigen gelungen, selbst Mitglied solcher Organisationen zu werden.
- Aufklärungstätigkeit gegen Emigration**
In der Konsular- und Visaabteilung sind durchschnittlich etwa 30 Mitarbeiter tätig, deren Hauptaufgabe in der Bearbeitung der jährlich ½ Million Visaanträge besteht. Der Schwerpunkt ihrer Aufklärungstätigkeit richtet sich gegen die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden tschechoslowakischen Emigranten. Sie zielt auf Kontrolle und Zersetzung aller regimfeindlichen Kräfte sowie die Gewinnung von Quellen für eigene Ausspähungszwecke.
- Militärische Ausspähung**
Die vier Angehörigen des Militattachéstabes gehören alle dem militärischen Nachrichtendienst ZS an. Gesellschaftliche Anlässe, wehrpolitische Tagungen und Kongresse von Parteien und anderen gesellschaftspolitischen Institutionen, Messen und Flugtage dienen ihnen als Tip- und Anwerbebasis.

4. Polen

An der diplomatischen Vertretung der Volksrepublik Polen in Köln sind gegenwärtig 80 Bedienstete akkreditiert. 1984 wurde nahezu die Hälfte der Diplomaten abberufen und ersetzt. Bei ihnen handelt es sich fast ausschließlich um ältere erfahrene und regimetreue Kader, die zum Teil bereits früher in der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt waren. Über 50 % der derzeitigen Bediensteten gehören einem der beiden polnischen Nachrichtendienste (PND) an, entweder dem zivilen Auslandsnachrichtendienst (SB) – Department I des Innenministeriums (MSW) – oder dem militärischen Auslandsnachrichtendienst der II. Verwaltung des Generalstabes der Polnischen Armee (Z II).

Eine besondere Bedeutung kommt der Abteilung „Wissenschaft und Kultur“ der Botschaft zu. Sie kontrolliert und steuert alle polnischen Stipendiaten und Gastwissenschaftler in der Bundesrepublik Deutschland und unterhält engere Kontakte zu Universitäten und Stiftungen der Parteien und Industrie sowie zu anderen wissenschaftlichen Einrichtungen. Unter Ausnutzung der Freiheit von Forschung und Lehre wird eine intensive Aufklärung und Beschaffung sowohl mit offenen als auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln betrieben, die es dem PND ermöglichen, umfangreiche Kenntnisse über den Stand von Wissenschaft und Forschung in der Bundesrepublik Deutschland zu gewinnen.

Die Konsularabteilung der Botschaft befaßt sich u. a. schwerpunktmäßig mit der Betreuung der POLONIA-Verbände, insbesondere dem regimetreuen „Bund der Polen ZGODA in der Bundesrepublik Deutschland e. V.“, der ca. 14000 Mitglieder hat und im gesamten Bundesgebiet Gemeinden (Gromada) unterhält. ZGODA versucht nach wie vor, jüngere polnische Aussiedler in den Übergangwohnheimen zum Beitritt zu bewegen. Diese Versuche sind oft erfolgreich, da ZGODA-Mitglieder ohne Probleme nach Polen reisen können und vom Zwangsumtausch befreit sind. Außerdem werden Sprachkurse und Studienplätze in Polen vermittelt. ZGODA wird nicht nur durch amtliche Stellen, insbesondere durch die POLONIA* und Botschaft politisch gesteuert, sondern auch durch den PND für nachrichtendienstliche Aktivitäten genutzt.

Die bei dem britischen Stadtkommandanten in Berlin (West) akkreditierte Polnische Militärmission (PMM) hat gegenwärtig einen Personalstand von 43 Offizieren und Mitarbeitern.

Unter dem PMM-Personal befinden sich Z II und WSW-Angehörige. Von ihnen gehen vielfältige nachrichtendienstliche Aktivitäten aus, die sich u. a. gegen Angehörige der polnischen Opposition richten, die sich in Berlin (West) etabliert haben.

**Residenturen von SB
und Z II**

**Steuerung der Stipen-
diaten und Gastwis-
senschaftler**

**Betreuung regime-
freundlicher Ver-
bände für nachrich-
tendienstliche
Zwecke**

**Aktivitäten der PMM
gegen Oppositionelle**

* Gesellschaft für die Verbindung mit dem Auslandspolentum POLONIA in Warschau

5. Rumänien

Enthüllungen durch einen rumänischen Überläufer

Durch einen 1984 in den Westen übergetretenen ND-Offizier der Rumänischen Legalresidentur in Bonn konnten über die nachrichtendienstlichen Aktivitäten des rumänischen Nachrichtendienstes in der Bundesrepublik Deutschland wichtige Informationen gewonnen werden. Der Überläufer legte Beweise für die nachrichtendienstliche Vorbereitung und Durchführung von kriminellen Handlungen mit politischem Hintergrund in der Bundesrepublik Deutschland durch Offiziere des rumänischen Auslandsnachrichtendienstes CIE vor, die als Diplomaten der Rumänischen Botschaft in Bonn angehörten.

Gewaltmaßnahmen von ND-Offizieren in der Bundesrepublik Deutschland

Fall 1:

Raubüberfall auf eine Rumäniendeutsche

Am 2. Mai 1984 verübten zwei rumänische „Touristen“, die angeblich von Paris nach Köln gereist waren, mit Tränengas einen Raubüberfall auf eine in Rumänien geborene, in Köln wohnende deutsche Staatsangehörige. Die Täter konnten mit ihrer Beute – Geld, Papiere und Dokumente – unerkannt aus der Wohnung des Opfers entkommen. Die Geschädigte war früher als regimetreue Kommunistin bekannt und in offizieller Mission in der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt. Nach ihrer Rückkehr nach Rumänien verlor sie wegen angeblichen antirumänischen Verhaltens im Ausland ihre frühere Stellung in der rumänischen Kommunistischen Partei; sie nutzte später einen Aufenthalt in einem südeuropäischen Land, um im Westen zu bleiben. Seither ist sie innerhalb der rumänischen Emigration in der Bundesrepublik Deutschland engagiert. Der Anschlag wurde unter der Fallbezeichnung RITA – CORBU von der Legalresidentur der Rumänischen Botschaft in Köln bzw. Bonn organisiert und gesteuert. Die Fallführung oblag dem Abwehrchef der CIE, Ion Greco, I. Sekretär und Presseattaché der Botschaft. Kulturattaché Lupu war beauftragt, das Opfer zu täuschen, im Anschluß an den Anschlag auszuhorchen und den Verdacht von der Rumänischen Botschaft abzulenken.

Fall 2:

Entführungs- bzw. Mordauftrag gegen einen rumänischen Emigranten

Ein rumänischer Arzt, naher Verwandter eines hohen rumänischen Regierungsmitglieds, reiste in die Bundesrepublik Deutschland ein und beantragte Asyl. Im Juni 1984 erhielt die Abwehreinheit in der Zentrale der CIE den Auftrag, den Flüchtling aufzuspüren und mit Gewalt nach Rumänien zurückzubringen. Die Operation sollte bis zum Parteitag der rumänischen KP im November 1984 abgeschlossen sein. Falls es nicht gelänge, den Flüchtling zurückzubringen, sollte ein Spezialist aus Rumänien anreisen und den Asylanten ermorden. An der Botschaft wurde eine operative Gruppe gebildet, die unter der Führung des stellvertretenden Direktors der CIE sowie des Sektionsleiters für Westdeutschland aus der Botschaft heraus agierte. Ab Juni 1984 waren neun als Touristen getarnte Mitglieder eines Suchtrupps im Bundesgebiet unterwegs; ihm gehörten Mediziner, Firmenvertreter und CIE-Offiziere an. Zahlreiche im Bundesgebiet lebende Kontaktpersonen der CIE wurden aktiviert, bundesdeutsche Behörden wurden – unter Vorwänden – offiziell in

die Suchaktion mit einbezogen. Wesentlich in die Fallführung an der Rumänischen Botschaft einbezogen waren

– Constantin *Ciobanu*

Botschaftsrat

– Ion *Greco*

I. Sekretär

und

– Ioan *Lupu*

I. Sekretär

Fall 3:

Die Diversions-Einheit C-428 der CIE traf spätestens seit Oktober 1983 Vorbereitungen für einen Sprengstoffanschlag auf RADIO FREE EUROPE (RFE) in München. Mit der Objekt- und Umfeldabklärung waren folgende ND-Offiziere an der Rumänischen Botschaft in Köln bzw. Bonn beauftragt:

– Constantin *Ciobanu*

Botschaftsrat

– Dan *Mihoc*

II. Sekretär

Leiter Technisches Büro

– Ion *Constantin*

III. Sekretär

Leiter der Konsularabteilung

Constantin erhielt im Sommer 1983 in Bukarest den Befehl, detaillierte Informationen für einen Bombenanschlag auf RFE zu sammeln. Am 11. und 12. Oktober 1983 hielt er sich in München auf und schrieb anschließend einen 13seitigen Abklärungsbericht zum „Angriffsziel“ RFE. *Ciobanu* bestätigte als Resident in einem Zusatz, daß er sich selbst an Ort und Stelle davon überzeugt habe, daß der Bericht von *Constantin* der Wirklichkeit entspreche. Im Dezember 1983 nahm *Constantin* in Bukarest an einer zweitägigen Einsatzbesprechung teil. Dabei wurden ihm zum Vergleich Objektaufklärungen von *Ciobanu* und *Mihoc* vorgelegt. Er erhielt daraufhin den Auftrag, noch weitere Informationen zu beschaffen. 1984 unternahm er erneut zwei Reisen nach München, um fehlende Details zu ermitteln.

**Vorbereitung eines
Sprengstoffanschlags
auf RADIO FREE
EUROPE**

IV. Festnahmen und Verurteilungen

1984 wurden 29 Personen wegen des Verdachts einer geheimdienstlichen Agententätigkeit für einen kommunistischen Nachrichtendienst von den Strafverfolgungsbehörden festgenommen; es ergingen 27 Haftbefehle. In 11 Fällen führten die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder die ersten Vorermittlungen. Von den Festgenommenen waren 24 Personen von einem DDR-Nachrichtendienst,

4 von einem sowjetischen und einer von einem tschechoslowakischen Nachrichtendienst angeworben worden.

Im gleichen Zeitraum verurteilten Gerichte der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) insgesamt 23 Personen rechtskräftig wegen Straftaten im Bereich „Landesverrat und Gefährdung der äußeren Sicherheit“ (§§ 93–101 a StGB). 18 Personen waren von einem DDR-Nachrichtendienst, 3 Personen von einem sowjetischen Nachrichtendienst und 2 Personen von einem jugoslawischen Nachrichtendienst geführt worden.

Sachwortregister

- A**
Abkehr vom Hitlerismus 140
Abu Mussa (Maragha, Mussa Said) 187, 188
ABU SHARIF 120
Action Directe (A. D.) 120
Ahrens, Dietmar 40
Aktion Ausländerrückführung (AAR) 141
Aktionen gegen die Herbstmanöver 57
Aktionsbündnisse 16
Aktionsbüro Friedenserbst '84 48
Aktionseinheitspolitik 53
Aktionsfront Nationaler Sozialisten/
Nationale AktivistInnen (ANS/NA) 129, 130, 137, 138, 141, 143, 144, 145, 158, 159, 163
Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten Westberlin (ADS) 25, 26, 27, 40
Aktionsgruppen gegen den Personalausweis 103
Aktionskonferenzen der Friedensbewegung 56, 100
Aktionswoche „Für das Recht auf Arbeit und Bildung – gemeinsam gegen Rechts“ 64
AL FATAH 187, 188
Allchristliche Friedensversammlung 79
Allgemeine Studentenausschüsse (ASten) 27, 28, 105
Alternative Listen 17, 85
Amaudruz, Gaston Armand 164, 165,
Anarchisten 20, 29, 84, 88, 97–99
Anarcho-Syndikalisten 97
Anbahner 203, 208, 221, 234
Antiamerikanismus 137
„Antifaschismus“-Kampagne 60
antifaschistische rundschau 45
Antifaschistisches Einheitskomitee im Ausland (BIRKOM) 191
Anti-HRG-Tag 69
Antiimperialisten (Antiimpis) 88
antiimperialistische Front 17
Antiimperialistisches Informationsbulletin (AIB) 52
Antiimperialistische Solidarität 60
Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK) 51, 52, 61, 109
Anti-Kabel-Initiativen 103
antimonopolistische Demokratie 33
Arafat 187, 188
Arabische Organisation 15. Mai 175, 188
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) 93
Arbeiterkampf 93, 102
Arbeiterkongreß „Frieden und Arbeit“ 63
Arbeiterkonzerte 75, 83
Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) 176, 196
Arbeiterzug in die Sowjetunion 106
Arbeitsgemeinschaft für revolutionäre Hochschulpolitik 91
Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger und Buchhändler 55, 71
Arbeitskreis „Blumen für Stukenbrock“ 60
Arbeitskreise demokratischer Soldaten (ADS) 64
ARMENIAN YOUTH ASSEMBLY (APYA) 201
Armenische Geheimarmee für die Befreiung Armeniens (ASALA) 201
Armenische Revolutionäre Armee (ARA) 201
Armenische Studenten- und Jugendorganisationen 201
ASALA–Revolutionäre Bewegung (ASALA–RB) 201
Assoziation 95
Aufruf zum 40. Jahrestag der Befreiung und des Friedens 46, 60
Autonome 17, 84, 88, 98, 99
autonome Protestbewegung 85
Ausländerfeindlichkeit 138/139, 153, 155
Ausländischer Rechtsextremismus 162ff.
Ausspähung 206/207, 210, 214/215, 223, 234, 240
Avantgardistische Arbeiterpartei Kurdistans (PPKK) 192
AVRUPA da DEV GENÇ 190
- B**
Basisgruppenfraktion 105
beeinflusste Organisationen „Neue Linke“ 19
beeinflusste Organisationen, orthodox-kommunistische 16, 18, 19, 37, 44–52, 107/108
Behrendt, Uwe 170
Beier, Henry 144
Bethge, Horst 61
Betriebsarbeit 62/63, 64, 93, 103, 105
Betriebsgruppen 35, 62, 64
Betriebsrätekonferenz 63
„Berufsverbote“ 53, 61
Birkmann, Franziska 170

- Blasche*, Wulf 170
 Blätter für deutsche und internationale Politik 71
 Blockaden 34, 44, 58, 100, 102
Boock, Jürgen-Peter 121
Borchardt, Siegfried 158
 Borussenfront 143, 158
Braun, Reiner 58
Brehl, Thomas 143
Breuch, Rolf 49
 Briefanbahnung 222
 Bruderparteien 16, 40, 80, 85, 106/107
 Brücken-Verlag 73
 Bündnispolitik 16, 49, 52–61, 63
 Bürger- und Bauerninitiative e. V. (BBI) 145
 Bürgerinitiative Deutsche Arbeiterpartei (BI-DAP) 143
 Bund demokratischer Wissenschaftler e. V. (BdWi) 59
 Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) 94, 109
 Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) 89, 91
 Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen (BuF) 99
Buschmann, Martha 108
- C**
Cagnet, Michel 163
 Cellules Communistes Combatantes (C. C. C.) 120
Chandra, Romesh 108
 Chile-Komitees 51
 Christen für die Abrüstung (CfA) 46, 109
 Christliche Friedenskonferenz (CFK) 109
Christophersen, Thies 145, 165
 CIE (Auslandsnachrichtendienst Rumäniens) 242
 Círculo Español de Amigos de Europa (CEDADE) 165
Cless, Olaf 75
 Code-Tabellen 220
 collectiv-Buchhandlungen 71, 73
 Comité Objectif entraide et solidarité avec les victimes de la Répression Antinationaliste (COBRA) 144, 164
 Committee to Free Patriots and Anti-Communist Political Prisoners (COFPAC) 144
 Container 217, 218, 232
 Courrier du Continent 164
- D**
 Damnitz-Verlag 75
 Deckadresse 213
Degrelle, Léon 161
 Demokratische Erziehung 71, 75
 Demokratische Fraueninitiative (DFI) 50/51, 108
 Demokratischer Frauenbund Westberlin (DFB) 41
 Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP) 188
 demokratisches Gesundheitswesen 71
 Der Fackelträger für Freiheit – Recht und Ehre, Hilfswerk Manfred ROEDER 148
 Der Münchner Spießerschreck 158
 Der Schulungsbrief 167
Deumilch, Gerd 73
 Deutsche Aktionsgruppen (DA) 148
 Deutsche Bürgerinitiative e. V. (DBI) 145
 Deutsche Frauenfront (DFF) 141
 Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) 49/50
 Deutsche Friedens-Union (DFU) 31, 46–48, 56–58, 61, 108
 Deutsche Journalisten-Union (DJU) 55
 Deutsche Kommunistische Partei (DKP) 16/17, 30–39, 41, 43–63, 66–84, 89, 91
 Deutsche Monatshefte (DM) 101, 161
 Deutsche National-Zeitung (DNZ) 130, 138, 153, 154
 Deutsche Stimme (DSt) 151
 Deutsche Volksunion (DVU) 130, 153, 164
 Deutsche Volkszeitung/die tat (DVZ/die tat) 52
 Deutsche Wochen-Zeitung (DWZ) 139, 160/161
 Deutscher Anzeiger (DA) 153, 154
 Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes (DKEG) 159
 DEVRIMCI ISCI (Revolutionäre Arbeiter) 191
 DEVRIMCI SOL (Revolutionäre Linke) (DEV SOL) 184, 190
 DEVRIMCI YOL (Revolutionärer Weg) (DEV YOL) 191
 Die Bauernschaft 145
 Die Deutsche Freiheitsbewegung (DDF) 159
 Die Neue Zeit 163
 Die revolutionäre Front 116
 Die Wahrheit 39/40
 Die zweite Revolution 144, 167
Dietz, P. 167
Dietzel, Peter 53
 Diktatur des Proletariats 18, 29, 33, 84, 93
 direkte aktion 97
 DKP-Betriebszeitungen 62
 DKP-Landrevue 39
 DKP-Parteitag 34, 37, 39, 75, 106
 DKP-Pressedienst 37, 39

dogmatische „Neue Linke“ 85
Dokumentenfotografie 213, 232
Dortmunder Kreis betrieblicher
Friedensinitiativen 59
Dreibrodt, Heinz 46
Dritter Weg 139
Dritte-Welt-Solidaritätsgruppen 85
Druckschriften- und Zeitungsverlag
GmbH (DSZ-Verlag) 154
Düsseldorfer Debatte – Zeitschrift
für Politik, Kunst, Wissenschaft 35, 73
Durchblick 62
Dutzi, Gisela 121

E

Eberhard, Hans-Georg 41
Einschleusung 214, 221, 226/227, 228/229, 232
Eiserne Lerche-Hefte für eine demo-
kratische Musikkultur 75
elan – Das Jugendmagazin 41, 71
Engel, Stefan 89
Erlebach, Kurt 45, 108
Eurokommunismus 32
Europäische Neuordnung (ENO) 164
Europawahl 76, 107
express-Zeitung für Sozialistische
Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit 95

F

„falsche Flagge“ 208, 215
Faisceaux Nationalistes Européens
(F.N.E.) 162, 163
Fanal – Anarchistische Studentenzeitung 97
FATAH-Dissidentengruppe 188
FDJ-Hochschule „Wilhelm Pieck“ 36
FEDAYIN – der Kaiserlich Iranischen
Monarchisten 197, 199
Festival „Künstler für den Frieden“ 58
Fiedler, Hans-Michael 154
Fluchthelfer 207
Fluchthilfeorganisationen 207
Föderation der Arbeitervereine aus
Kurdistan in der BRD e. V.
(KOMKAR) 196
Föderation der Arbeiter aus der Türkei
in Deutschland e. V. (ATIF) 189
Föderation der Arbeitervereine der
Türkei in der Bundesrepublik Deutsch-
land e. V. (FIDEF) 191, 192
Föderation der Einheit für Demokratie
in der Bundesrepublik Deutschland
(DIB-AF) 192
Föderation der patriotischen Arbeiter-
und Kulturvereine in der BRD e. V.
(FEYKA-Kurdistan) 196

Föderation der türkischen demokratischen
Arbeitervereine in Deutschland e. V.
(DIDF) 190
Föderation der türkischen demokratischen
Idealistenvereine in Europa e. V.
(ADÜTDF) 193, 194
Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen
(FöGA) 98/99, 102
Fördergesellschaft für Friedensarbeit e. V. 49
Fraas, Hans-Peter 170
Frankfurter Freundeskreis Germania 141
Freie Arbeiter-Union (FAU) 91, 97
Freie Arbeiter-Union/Studenten (FAUST) 97
Freie Deutsche Jugend (FDJ) 40, 43, 44, 81
Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
(FDGB) 81
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
(FAP) 143
Freiheitlicher Zeitungsverlag GmbH
(FZ-Verlag) 154
Freiheitsfront Iran (FFI) 199
Freizeitverein Hansa 141
Freundeskreis Karl ROOS 163
Freundschaftsgesellschaft Bundes-
republik Deutschland – Kuba e. V. 44/45, 61
„Freundschaftszug“ in die UdSSR 43
„Friedensbewegung“ 16, 31, 45, 48–50, 56, 85,
99/100
Friedenscamps 57
„Friedenskampf“ 16, 40, 46, 48, 50, 53, 59, 108
Friedensliste 37, 48, 69, 75/76
Friedensrat der DDR 48, 49
Frey, Dr. Gerhard 130, 137, 153 ff.
Front National (FN) 162/163
Führungs- und Verbindungswesen 212/213,
216, 218, 224
„35-Stunden-Woche“ 16, 39, 40, 51, 55, 59/60,
64, 66, 88, 89, 93, 103
Fundamentos 165
Funkverkehr, -zentrale 212/213, 220
Fußball-Fanclub „Borussenfront“ 143, 158
Fußballfans, militante 129, 157

G

Gäbler, Bernd 44
Gautier, Hermann 34, 45
gefährliche Eingriffe in den Straßen-,
Schienen- und Luftverkehr 16, 122
Geheimschrift 218
Gemischte Firmen 235
Gerechtigkeitskommandos des armeni-
schen Völkermordes (JCAG) 201
Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische
Freundschaft – Westberlin (DSFW) 40/41
Gesellschaft für freie Publizistik
(GFP) 159

Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund 16, 28, 84, 103, 121/122, 123
Gewaltfreie Aktionsgruppen 98
Gewerkschaftsarbeit, extremistische 54/55, 64, 93, 103–105
Goerth, Christa 144
„Graswurzelbewegung“ 97/98
Graswurzelrevolution 98
Graue Wölfe 194
Grimm, Dr. Holle 159
große Freiheit 88
GRU (militärischer Nachrichtendienst der UdSSR) 236
Gruppe Internationale Marxisten (GIM) 91, 93, 103, 109
Gruppe „Ludwig“ 167
Gruppe Z 89

H

HAGOPIAN 201
Hauptverwaltung Aufklärung des MfS (HVA) 214, 231
Hepp, Odfried 54
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG) 143, 162
Hochschule des Leninschen Komsomol 36
Hoffmann, Karl-Heinz 170, 172
Hulpkomitee voor nationalistische politieke gevangenen (HNG) 144, 164
Hungerstreik 17

I

Ijzerbedevaart 164
Illegaler Technologietransfer 236, 240
Industriespionage 214/215
infodienst 39
Informationsdienst Wissenschaft und Frieden 59
Initiative „Frauen in die Bundeswehr? – Wir sagen Nein!“ 49
Initiative Freie Arbeiter Union (I. FAU) 97
Initiative „Kein Friede mit der NATO – Raus aus der NATO“ 100
Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ 46, 54, 61
Inoffizieller Mitarbeiter (IM) 208, 216, 222, 234
Institut für Gesellschaftswissenschaften bei ZK der KPdSU 36
Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR (IPW) 81, 83
Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V. (IMSF) 62, 69/70, 83
Instrukteur 216, 232, 234

INTERNATIONAL – Informations- und Bildungszentrum e. V. 81
IV. Internationale 93, 109
Internationale Arbeiter-Assoziation (IAA) 97
Internationale Demokratische Frauenföderation (IDFF) 108
Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) 108
Internationale Kommunistische Strömung (IKS) 94
Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation (ISA) 94
Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen (IVDJ) 108
Internationaler Frauentag 83
Internationales Anarchistentreffen 88, 109
Internationalismus 31, 32, 106
Iranische Befreiungsfront (FLI) 199
Islamische Union Europa e. V. 194
Islamische Welt-Jugendorganisation (DIGT) 194
Islamisches Zentrum Köln (IZ) 194

J

Jansen, Mechtild 49, 51
Jennes, Hans 45
Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg 41–43, 44, 66
„Jugendkampagne“ der DKP 35
Jugendpolitische Blätter 41
Jugoslawischer Staats Sicherheitsdienst (SDB) 199
Jung, Heinz 69
Junge Front (JF) 145
Junge Nationaldemokraten (JN) 137, 140, 150, 151, 157
Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation (JP) 40/41, 43, 66–68, 81

K

Kampagne gegen Arbeitslosigkeit 59/60
Kampagne gegen „Berufsverbote“ 61
Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung 16/17, 40, 45, 55–59, 64
Kampagne gegen die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) 69
Kampagne gegen „Rechtsentwicklung“ 60
Kampagne „Volksbefragungen“ 56/57
Karl-Liebkecht-Schule 36
Karlsruher Front 141
Karlsruher Stadtzeitung 88
Kernorganisationen der „Neuen Linken“ 19
Kernorganisationen, orthodox-kommunistische 18, 19, 106–107
Kexel, Walther 170
K-Gruppen 17, 18, 19, 31, 85, 88/89, 99, 103

- Klar, Christian* 121
KLARTEXT 44
Klartext 151
 Klassenkampf 32, 34, 44, 56, 62, 95
Knorr, Lorenz 46
Koch, Horst-Dieter 90
 Komitee der Antifaschistischen
 Widerstandskämpfer der DDR 46
 Komitee für Frieden, Abrüstung und
 Zusammenarbeit (KFAZ) 48/49, 54, 108
 Komitee für Staatssicherheit (KGB) 212, 223,
 236
 Komitee gegen Bombenzüge (KgB) 100
 Komitee zur Vorbereitung der Feier-
 lichkeiten zum 100. Geburtstag
 Adolf Hitlers (KAH) 143
 Kommunalwahlen 76, 90
 Kommune – Forum für Politik und
 Ökonomie 95
 Communiqué „Für die Einheit der
 Revolutionäre in Westeuropa“ 120
 Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ) 93
 Kommunistische Hochschulgruppen
 (KHG) 91
 Kommunistische Jugend Deutschlands
 (KJD) 90
 Kommunistische Partei der Sowjetunion
 (KPdSU) 16, 30, 32, 34, 36, 106/107
 Kommunistische Partei der Türkei (TKP) 192,
 193
 Kommunistische Partei der Werktätigen der
 Türkei (TKEP) 193
 Kommunistische Partei Deutschlands
 (KPD) 32, 34, 35, 46,
 Kommunistische Partei Deutschlands (Marxi-
 sten -Leninisten) (KPD) 88, 90/91, 103, 109
 Kommunistische Studenten (KS) 90, 91
 kommunistische Weltbewegung 16, 32, 106
 Kommunistischer Arbeiterbund
 Deutschlands (KABD) 89
 Kommunistischer Bund (KB) 89, 93, 100, 102,
 191
 Kommunistischer Bund Westdeutschland
 (KBW) 89, 91, 94/95
 Kommunistischer Hochschulbund (KHB) 93
 Konferenz „Frieden für das südliche
 Afrika“ 51
Konze, Marianne 108
 Koordinationsausschuß der Friedens-
 bewegung 46, 50, 56, 61, 64, 69
 Koordinationsbüro iranischer Studenten
 in West-Berlin 197
 Koordinationsstelle ziviler Ungehorsam
 (KoZU) 99
Kopp, Inge 40
Krämer, Michael 164
 Krasse Zeiten – Graue Morgen 88
 Krefelder Appell 58
 Krefelder Initiative 46, 58
 „Krieg der Sterne“ 30
 Kriegsschuldfrage 155, 160/161
 Kritik-Schriftenreihe 145, 165
 Kroatischer Nationalrat (HNV) 200
 Kroatische Staatsbildende Bewegung
 (HDP) 199, 200
Krooss, Achim 43
Kühnen, Michael 137, 141–144, 159, 162, 163,
 167
 Kürbiskern. Literatur, Kritik,
 Klassenkampf 75
 Kulturarbeit der DKP 73–76
 Kulturpolitisches Forum 73
Kumpf, Richard 70
 Kurier 216, 225, 234
- L**
 Landtagswahl Baden-Württemberg 76
Lauck, Gary Rex 144, 163, 165–167
 Legale Residenturen 223, 227, 228, 231, 235
 – CSSR 239
 – Polen 241
 – Rumänien 242
 – UdSSR 236, 237/238
 Legende 207, 208, 215
Le Pen, Jean-Marie 161, 163
Lehmann, Hermann 137, 151
 Leserkreise 141
 Liberty Bell Publications 167
 Linke Einheit (SOL BIRLIK) 192, 193
 links-Sozialistische Zeitung 95
 Linksextremisten im öffentlichen
 Dienst 21, 23
 linksextremistische Agitation 29
- M**
 Mädelbund 141
Mannhardt, Klaus 49
 Manöverbehinderungen 57
 Marsch gegen Ausländerfeindlichkeit 94
Marx, Arnd-Heinz 142, 171
 Marx-Engels-Stiftung e. V. 70
 MARX-ENGELS-Zentrum 44, 70
 marxistisch-leninistische Organisationen 17,
 18, 84, 92
 Marxistisch-Leninistische Partei
 Deutschlands (MLPD) 88, 90, 103
 Marxistisch-Leninistischer Bund
 Intellektueller (MLBI) 89
 Marxistisch-Leninistischer Schüler-
 und Studentenverband (MLSV) 89
 Marxistische Abendschulen (MASCH) 71
 Marxistische Arbeiterbildung – Vereini-

- gung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus (MAB) 70
 Marxistische Arbeiterzeitung (MAZ) 95, 105
 Marxistische Betriebsarbeiterschulen 36, 63
 Marxistische Blätter 71
 Marxistische Gruppe (MG) 17, 95, 97, 105
 Marxistische Hochschulzeitung 97
 Marxistische Schulzeitung 97
 Marxistische Studienwoche '84 70
 Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB) 25, 27, 28, 35, 41, 43, 44, 54, 56, 68, 69, 81
Maske, Achim 49, 108
Matthiessen, Gunnar 49
 Mauerbruch 88
 Mauerspringer 151
 Mensch und Maß 161
 Messemagazin International (MMI) 71–73
Mies, Herbert 32, 34, 62, 70, 76, 79, 80, 106
 Mikrate 213, 218
 militante „Autonome“ 17
 Ministerium für Staatssicherheit (MfS) 205, 208, 209, 214, 217, 222
 Moderne Zeiten (MOZ) 95
Mohnhaupt, Brigitte 121
 Moslemische Studentenvereinigungen, Sympathisanten der Organisation der Volksmojahedin Iran (MSV) 198
 Motorradclub „Kuhle Wampe“ 66
 MSZ – Gegen die Kosten der Freiheit, Marxistische Zeitung 95
Müller, Curt 142
- N**
 Nachrichten-Austausch-Dienst (NAD) 164
 Nachrichten-Verlags GmbH 55, 71
 Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik 55
Nahrath, Wolfgang 158/159
 Nation Europa (NE) 161
 Nationaldemokraten 128
 Nationaldemokratische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 164
 Nationaldemokratische Partei (NDP) 164
 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 129, 130, 137, 148 ff., 164
 Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB) 150, 151
 Nationale Basisgruppen 141
 Nationale Heilspartei (MSP) 194
 Nationale Sozialistische Widerstandsbewegung Kiel 141
 Nationale Widerstandsbewegung Iran (NWI) 199
 Nationaler türkischer Kulturverein Herrenberg e. V. 194
- „National-freiheitliche“ Rechte 128, 153 ff., 158
 Nationalistische Front (NF) 145
 Nationalistischer Neutralismus 129, 137, 153, 160
 National Socialist Irish Workers Party (NSIWP) 163, 165
 National Socialist Party United Kingdom (NSPUK) 163, 165
 NATO-Nachrüstung 16, 30, 55
 Nebenorganisationen der „Neuen Linken“ 19
 Nebenorganisationen, orthodox-kommunistische 16, 19, 33, 37, 41–44, 106/107
 Neonazismus/Nationalsozialismus 140
 Neue Hauptseite Theorie 91
 „Neue Linke“ 17, 18, 19, 21, 27, 29, 30, 31, 69, 84–106, 109
Neumann, Oskar 75
 Nothilfetechnische Übungs- und Bereitschaftsstaffel e. V. (NÜB) 142
 Notre Europe 163
 NSDAP – Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO) 144, 165
 NS-Kampftruf 144, 167
 NS-Sturm 165
 NS-Verbot (Beseitigung, Aufhebung) 138, 145
- O**
Obermayer, Ute 69
Ochsenberger, Walter 164
 Österreichischer Beobachter 164
 Offenbarung 225
Oppermann, Lotte 159
 Organisation der iranischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin, Sympathisanten der Volksfedayin Guerilla Iran (O. I. P. F. G.) 198
 Organisation für Afro-Asiatische Völkersolidarität (AAPSO) 109
 Organisation iranischer Studenten – Sympathisanten der Volksfedayin des Iran (Mehrheit) (O. I. S.) 198
 Organisation Nationaler Standpunkt (türkisch) 194
 orthodoxe Kommunisten 16, 20, 32–84, 100, 106–109
 Orwell-Jahr 1984 88, 102
 Ostermärsche '84 48, 56
 OWEISSI 197
- P**
Paech, Norman 51
 Pahl-Rugenstein-Verlag 71
 Palästinenische Befreiungsorganisation (PLO) 187, 188

- Palästinensischer Arbeiterverband (PAV) 187
 Palästinensischer Studentenverband (PSV) 187
Pape, Martin 143
 Partei der Arbeit Albaniens (PAA.) 90, 109
 Partei der Nationalen Bewegung (MHP) 193
 Parteischulen 35, 36
 Partizan (ATIF-P/türkisch) 189
 Partizan Bolsevik (ATIF-PB/türkisch) 189
 Patenbezirke der SED 79, 80
 Perspektivagenten 221
 Perspektiv-Kandidaten 221, 223
 Pfingstcamps der SDAJ 66, 81, 83
 pionier 43
 Pionierleiter-Info 43
 Pionierorganisation Karl Liebknecht 40
 pläne GmbH 75
 Plambeck & Co. Druck und Verlag GmbH 71
Polikett, Georg 37
 Politische Berichte 91
 Polnische Militärmission (PMM) 241
 Polnische Nachrichtendienste 241
 - SB (ziviler Auslands-Nachrichtendienst) 241
 - ZII (milit. Auslands-Nachrichtendienst) 241
 - WSW (milit. Abwehrdienst) 241
 POLONIA-Verbände 241
 Posadistische Kommunistische Partei 94
 PPA-Tagesdienst 39
 praxis-Erfahrungen aus dem Leben und der Arbeit der Partei 39
 Probleme des Friedens und des Sozialismus 53, 107
 Progress-Presse-Agentur GmbH (PPA) 39
 Publikationen der „Neuen Linken“ 20
 Publikationen des orthodoxen Kommunismus 19
- R**
- Radow, Birgit* 41
 radikal 88
 Rätssysteme 18, 29, 93
Randow von, Dr. Fritz 154
 Rassereinheit 139, 161
 Rat der Frankreich-Deutschen 163
 Rebell 89
 Rechtfertigung des NS-Regimes 128, 145
 Regenbogen (Neue Folge) 88
 Reichs-Arbeiter-Zeitung (RAZ) 160
 Reisekader 83, 84, 234/235
Remer, Otto Ernst 159
Reusch, Jürgen 69
 Revolutionäre Autonome 117
 Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO) 90, 103
 Revolutionäre Jugend in Europa (AVRUPA 'da DEV GENC/türkisch) 190
- Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei (TDKP) 189, 190
 revolutionäre Marxisten 19
 Revolutionäre Volksbrigade (türkisch) 190
 Revolutionäre Zellen (RZ) 18, 110, 113, 114, 115, 116
 Revolutionärer Jugendverband Deutschlands (RJVD) 89
 Revolutionär-Sozialistische Jugend-roter Maulwurf (RSJ) 94
 RGO-Nachrichten 90
Roeder, Gertraud 45
Roeder, Manfred 45
 Röderberg-Verlag 71
 Rote Armee Fraktion (RAF) 17, 110, 111, 112, 113, 115, 117, 118, 119, 120
 - RAF-Umfeld/-Anhänger 110, 111, 116, 117, 118, 119, 120
 rote blätter 44
 Rote Fahne 89
 Rote Zora 110, 113, 114
 Roter Rebell 90
 Rührt Euch - Zeitung für Soldaten 41, 64
 RUMP, Michael 40
- S**
- Sabotageaktionen 99
 Schiedskommissionen der DKP 35
Schleifstein, Josef 69
 Schlüsselunterlagen 220
Schmitt, Horst 39, 40
Schneider, Hans 70
Schorler, Erika 50
Schröder, Karl-Heinz 106
Schützing, Jürgen 149
Schulz, Adelheid 121
 Schutzbund für Leben und Umwelt 130, 154
 Schwarze Wölfe 163
 Schwarzer Faden 97
 SED-Parteischule Franz Mehring 36
 Selbstanbieter 225-231
Sendbühler, Karl-Heinz 151
 SERXWEBUN (Unabhängigkeit) 196
 SIEG-AJ-Presse-Dienst 164
 Skinheads 129, 143, 150, 157, 158
 SOL-BIRLIK (Linke Einheit) 192, 193
 Soldaten-Friedensinitiativen 64
 Solidarisch Hilfe-Verein gegen staatliche Willkür 62
 Solidaritätsaktionen Nicaragua 57, 109
 Solidaritätsbrigade Carlos Fonseca 61
 Sowjetische Militärmission (SMM) 238
 Sozialimperialismus 30
 Sozialismus 30, 32, 33, 36, 44, 52, 62, 69, 70, 73, 83, 84, 106
 Sozialistische Arbeitergruppe (SAG) 94

- Sozialistische Arbeiterpartei der
 Türkei (TSIP) 193
 Sozialistische Deutsche Arbeiter-
 jugend (SDAJ) 33, 35, 41, 42, 43, 56, 57, 59,
 63–66, 75, 76, 81
 Sozialistische Einheitspartei
 Deutschlands (SED) 16, 32, 34, 36, 55, 56,
 79, 80
 Sozialistische Einheitspartei
 Westberlins (SEW) 18, 39, 40, 55, 107
 Sozialistische Partei Türkisch-
 Kurdistan (TKSP) 193
 sozialistische Revolution 33
 Sozialistischer Hochschulbund (SHB) 25, 26,
 27, 28, 54, 68, 81
 Sozialistischer Jugendbund (SJB) 94
 Sozialistischer Jugendverband Karl
 Liebknecht (SJV Karl Liebknecht) 40, 81
 Sozialistisches Büro (SB) 94/95
Sporleder, Dieter 170
 Sprengstoff- und Brandanschläge 16, 84, 103,
 121
 staatsmonopolistischer Kapitalismus 33
 StB (ziviler Nachrichtendienst der CSSR) 204,
 239
Steffens, Dr. 159
Steidle, Dr. Bernhard 154
Steigerwald, Robert 36, 69
Stuby, Gerhard 108
 Studentenvertretungen 25
Sütz, Hannes 75
 Süddeutscher Koordinierungs-
 ausschuß 46, 57
Sudholt, Dr. Gert 161
- T**
 Tag der „massenhaften Kriegs-
 dienstverweigerung“ 50
 TECHNOPROMIMPORT 237
 tendenzen – Zeitschrift für
 engagierte Kunst 75
 Terrorakte 17, 18
 Terrorismus 17, 18
 Theatertage für Arbeiter 75
 The New Order 167
 The Phoenix – deutsche Stimme 165
 The Phoenix – German Department 165
Tillmann, Ulrich 170
 Toter Briefkasten (TBK) 213
 Treff (Modalität, Abwicklung) 209, 210, 213,
 222, 223/224, 232, 236
 Trotzistische Gruppen 18, 19, 84, 85, 93, 94
 Trotzistische Liga Deutschlands (TLD) 94
 Türkische Arbeiterpartei (TIP) 193
 Türkische Gemeinschaft e. V. Bremen 195
 Türkische Kommunistische Partei/
 Marxisten-Leninisten (TKP/M-L) 184, 189
 Türkische Volksbefreiungspartei/
 -front (THKP/-C) 189, 190
 Türkischer Kulturverein in Mannheim
 und Umgebung e. V. 194
 Türkischer Kulturverein Stuttgart 195
 TUDEH-Partei 198
- U**
 Unabhängige Arbeiter Partei e. V.
 (UAP) 160
 Unabhängiger Wählerkreis Würzburg –
 Arbeitskreis für Wiedervereinigung
 und Volksgesundheit (UWK) 141
 undogmatische „Neue Linke“ 29, 30, 99
 UNIDOC 75
 Union der Islamischen Studentenvereine
 in Europa (U. I. S. A.) 201
 Unsere Zeit (UZ) 21, 37, 39, 71
 „US-Imperialismus“ 30, 85
 UZ-Pressesfest – Volksfest der DKP 37, 39, 55,
 75, 83
- V**
van Ooyen, Willi 56
 Vereinigte Deutsche Studentenschaften
 (VDS) 68, 69
 Vereinigte Widerstandsfront gegen den
 Faschismus (türkisch) (FKBDC) 191
 Vereinigtes Sekretariat 93, 94
 Vereinigung Demokratischer Juristen
 in der Bundesrepublik Deutschland und
 Berlin (West) e. V. (VDJ) 51, 108
 Vereinigung der Studenten Kurdistan
 im Ausland (AKSA) 197
 Vereinigung der Verfolgten des Nazi-
 regimes – Bund der Antifaschisten
 (VVN-BdA) 45, 46, 60, 108
 Vereinigung der Verfolgten des Nazi-
 regimes Westberlin – Verband der Anti-
 faschisten (VVN Westberlin VdA) 40
 Vereinigung für gesamtdeutsche Politik
 e. V. (VGP) 160
 Verein türkischer Idealisten in
 Hannover und Umgebung e. V. 194
 Verfassungspolitik 30
 Verlag Marxistischer Blätter 71
 Verlage 21, 71, 73
 Verpflichtungserklärung 209, 224
 Vertriebsdienste 21
 Verweigerungskampagne 50
 Victor-Jara-Treffen 75
Voets, Stephan 75
 Volksecho 90
 Volksfedayin Guerilla 198

Volksfront für die Befreiung
Palästinas (PFLP) 187, 188
Volksfront gegen Reaktion, Faschismus
und Krieg (VOLKSFRONT) 90
Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/
Partei der Arbeit (VSBd/PdA) 145

W
Wagner, Rolf-Clemens 121
Warschauer Pakt 30
Was tun 93, 94, 103
Weber, Josef 46
Weil, Ekkehard 170
Weltbund der demokratischen Jugend
(WBDJ) 43
12. Weltfestspiele der Jugend und
Studenten 40, 43, 66, 79
Weltföderation der Wissenschaftler
(WFW) 108
Weltfriedensrat (WFR) 48, 49, 108
Weltkinderorganisation CIMEA 43
Weltkreis-Verlag 71
Wende zu demokratischem und sozialem
Fortschritt 33
Werber 216
Werbungsgespräche 204, 208, 209, 221, 230
Werbungsmittel 204, 205/206, 207, 208, 213,
230/231
Werkkreis Literatur der Arbeitswelt 76
Westarbeit 79, 81-84
Westberliner Vorbereitungs-komitee für

die 12. Weltfestspiele der Jugend und
Studenten 1985 in Moskau 40
Widerstandsfront (DIRENIS CEPHESI) 191
Widersprüche - Zeitschrift für sozia-
listische Politik im Bildungs-,
Gesundheits- und Sozialbereich 95
Wiking-Jugend e. V. (WJ) 140, 142, 143, 145,
151, 157, 158
Wir Frauen 51
Witt, Gregor 49, 50
Wohnstützpunkt 216
„Wolf im Schafspelz“ 114
Worch, Christian 142, 144

Z
ZGODA 241
Zielobjekte gegnerischer Nachrichten-
dienste 210
- Behörden 211
- Bundesdruckerei 211
- Bundesnotaufnahmeverfahren/BI Gießen
209
- Parteien 210
- Versicherungen 213, 215
Zivil Courage 50
ZS (militärischer Nachrichtendienst
der CSSR) 239
Zusammen kämpfen - Zeitung für die
antiimperialistische Front in West-
europa 119
Zwischenruf links 90

Abkürzungsverzeichnis

AAPSO	Organisation für Afro-Asiatische Völkersolidarität
AAR	Aktion Ausländerrückführung
AB	Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
A. D.	Action Directe
ADS	Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten West-Berlin
ADS	Arbeitskreise demokratischer Soldaten
ADÜTDF	Föderation der türkischen demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V.
AIB	Antiimperialistisches Informationsbulletin
AKSA	Vereinigung der Studenten Kurdistans im Ausland
ANS/NA	Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten
APYA	ARMENIAN YOUTH ASSEMBLY
ARA	Armenische Revolutionäre Armee
ASALA	Armenische Geheimmarmee für die Befreiung Armeniens
ASALA-RB	ASALA - Revolutionäre Bewegung
ASK	Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika
ASten	Allgemeine Studentenausschüsse
ATIF	Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V.
ATIF-P	Partizan
ATIF-PB	Partizan Bolsevik
BBI	Bürger- und Bauerninitiative e. V.
BdWi	Bund demokratischer Wissenschaftler e. V.
BI-DAP	Bürgerinitiative Deutsche Arbeiterpartei
BIRKOM	Antifaschistisches Einheitskomitee im Ausland
BSA	Bund Sozialistischer Arbeiter
BuF	Bundeskonzferenz unabhängiger Friedensgruppen
BWK	Bund Westdeutscher Kommunisten
C. C. C.	Cellules Communistes Combattantes
CEDADE	Circulo Espanol de Amigos de Europa
Cfa	Christen für die Abrüstung
CFK	Christliche Friedenskonferenz
CIE	Auslandsnachrichtendienst Rumäniens
COBRA	Comité Objectiv entraide et solidarité avec les victimes de la Repression Antinationa- liste
COFPAC	Committee to Free Patriots and Anti-Communist Political Prisoners
DA	Deutsche Aktionsgruppen
DA	Deutscher Anzeiger
DBI	Deutsche Bürgerinitiative e. V.
DDF	Die Deutsche Freiheitsbewegung
DEV SOL	DEVIMCI SOL (Revolutionäre Linke)
DEV YOL	DEVIMCI YOL (Revolutionärer Weg)
DFB	Demokratischer Frauenbund Westberlin
DFE	Deutsche Frauenfront
DFG-VK	Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner
DFI	Demokratische Fraueninitiative
DFLP	Demokratische Front für die Befreiung Palästinas
DFU	Deutsche Friedens-Union
DIB-AF	Föderation der Einheit für Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland
DIDF	Föderation der türkischen demokratischen Arbeitervereine in Deutschland e. V.
DIGT	Islamische Welt-Jugendorganisation
DJU	Deutsche Journalisten-Union
DKEG	Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes

DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DM	Deutsche Monatshefte
DNZ	Deutsche National-Zeitung
DSFW	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft – Westberlin
DSt	Deutsche Stimme
DSZ-Verlag	Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH
DVU	Deutsche Volksunion
DVZ/die tat	Deutsche Volkszeitung/die tat
DWZ	Deutsche Wochen-Zeitung
ENO	Europäische Neuordnung
FAP	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
FAU	Freie Arbeiter-Union
FAUST	Freie Arbeiter-Union/Studenten
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FEYKA-Kurdistan	Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereine in der BRD e. V.
FFI	Freiheitsfront Iran
FIDEF	Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e. V.
FIR	Internationale Föderation der Widerstandskämpfer
FKBDC	Vereinigte Widerstandsfront gegen den Faschismus (türkisch)
FLI	Iranische Befreiungsfront
FN	Front National
F. N. E.	Faisceaux Nationalistes Européens
FöGA	Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen
FZ-Verlag	Freiheitlicher Zeitungsverlag GmbH
GFP	Gesellschaft für Freie Publizistik
GIM	Gruppe Internationale Marxisten
GRU	militärischer Nachrichtendienst der UdSSR
HDP	Kroatische Staatsbildende Bewegung
HNG	Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.
HNG	Hulpkomitee voor nationalistische politieke gevangenen
HNV	Kroatischer Nationalrat
HVA	Hauptverwaltung Aufklärung des MfS
IAA	Internationale Arbeiter-Assoziation
IDFF	Internationale Demokratische Frauenföderation
I.FAU	Initiative Freie Arbeiter Union
IKS	Internationale Kommunistische Strömung
IM	Inoffizielle Mitarbeiter
IMSF	Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V.
IPW	Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR
ISA	Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation
IVDJ	Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen
IZ	Islamisches Zentrum Köln
JCAG	Gerechtigkeitskommandos des armenischen Völkermordes
JF	Junge Front
JN	Junge Nationaldemokraten
JP	Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation
KABD	Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands
KAH	Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers
KAZ	Kommunistische Arbeiterzeitung
KB	Kommunistischer Bund
KBW	Kommunistischer Bund Westdeutschland

KFAZ	Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit
KGB	Komitee für Staatssicherheit
KgB	Komitee gegen Bombenzüge
KHB	Kommunistischer Hochschulbund
KHG	Kommunistische Hochschulgruppen
KJD	Kommunistische Jugend Deutschlands
KOMKAR	Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der BRD e. V.
KoZU	Koordinierungsstelle ziviler Ungehorsam
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands (1956 verboten)
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KS	Kommunistische Studenten
MAB	Marxistische Arbeiterbildung – Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
MASCH	Marxistische Abendschulen
MAZ	Marxistische Arbeiterzeitung
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MG	Marxistische Gruppe
MHP	Partei der Nationalen Bewegung
MLBI	Marxistisch-Leninistischer Bund Intellektueller
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
MLSV	Marxistisch-Leninistischer Schüler- und Studentenverband
MMI	Messemagazin International
MOZ	Moderne Zeiten
MSB	Marxistischer Studentenbund Spartakus
MSP	Nationale Heilspartei
MSV	Moslemische Studentenvereinigungen, Sympathisanten der Organisation der Volksmohajedin Iran
NAD	Nachrichten-Austausch-Dienst
NDP	Nationaldemokratische Partei
NE	Nation Europa
NF	Nationalistische Front
NHB	Nationaldemokratischer Hochschulbund
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NSDAP	Nationaldemokratische Deutsche Arbeiterpartei
NSDAP-AO	NSDAP – Auslands- und Aufbauorganisation
NSPUK	National Socialist Party United Kingdom
NSIWP	National Socialist Irish Workers Party
NÜB	Nothilfetechnische Übungs- und Bereitschaftsstaffel e. V.
NWI	Nationale Widerstandsbewegung Iran
O. I. P. F. G.	Organisation der iranischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin, Sympathisanten der Volksfedayin Guerilla Iran
O. I. S.	Organisation iranischer Studenten – Sympathisanten der Volksfedayin des Iran (Mehrheit).
PAA.	Partei der Arbeit Albaniens
PAV	Palästinensischer Arbeiterverband
PFLP	Volksfront für die Befreiung Palästinas
PKK	Arbeiterpartei Kurdistan
PLO	Palästinensische Befreiungs-Organisation
PMM	Polnische Militärmission
PPA	Progress-Presse-Agentur GmbH
PPKK	Avantgardistische Arbeiterpartei Kurdistans
PSV	Palästinensischer Studentenverband

RAF	Rote Armee Fraktion
RAZ	Reichs-Arbeiter-Zeitung
RGO	Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition
RJVD	Revolutionärer Jugendverband Deutschlands
RSJ	Revolutionär-Sozialistische Jugend – roter Maulwurf
RZ	Revolutionäre Zellen
SAG	Sozialistische Arbeitergruppe
SB	Sozialistisches Büro
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SDB	Jugoslavischer Staatssicherheitsdienst
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SEW	Sozialistische Einheitspartei Westberlins
SHB	Sozialistischer Hochschulbund
SJB	Sozialistischer Jugendbund
SJV Karl Liebknecht	Sozialistischer Jugendverband Karl Liebknecht
SMM	Sowjetische Militärmission
TBK	Toter Briefkasten
TDKP	Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei
THKP/-C	Türkische Volksbefreiungspartei/-front
TIP	Türkische Arbeiterpartei
TKEP	Kommunistische Partei der Werktätigen der Türkei
TKP	Kommunistische Partei der Türkei
TKP/M-L	Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten
TKSP	Sozialistische Partei Türkisch-Kurdistan
TLD	Trotzkistische Liga Deutschlands
TSIP	Sozialistische Arbeiterpartei der Türkei
UAP	Unabhängige Arbeiter Partei e. V.
U. I. S. A.	Union der Islamischen Studentenvereine in Europa
UWK	Unabhängiger Wählerkreis Würzburg – Arbeitskreis für Wiedervereinigung und Volksgesundheit
UZ	Unsere Zeit
VDJ	Vereinigung Demokratischer Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e. V.
VDS	Vereinigte Deutsche Studentenschaften
VGP	Vereinigung für Gesamtdeutsche Politik e. V.
VOLKSFRONT	Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg
VSBD/PdA	Volksozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit
VVN-BdA	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten
VVN Westberlin	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Westberlin – Verband der Antifaschisten
WBDJ	Weltbund der demokratischen Jugend
WFR	Weltfriedensrat
WFW	Weltföderation der Wissenschaftler
WJ	Wiking-Jugend e. V.
ZS	militärischer Nachrichtendienst der CSSR